Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

HESSEN




# Verfassungsschutz in Hessen

## Bericht 2017

HESSEN



Hessisches Ministerium des Innern und für Sport

# Verfassungsschutz in Hessen

## Bericht 2017

**Zu diesem Bericht**

Vorwort Staatsminister Beuth ... 9

Grußwort Präsident Schäfer ... 12

**Verfassungsschutz in Hessen** ... **14**

Freiheitliche demokratische Grundordnung ... 15

Aufgaben und Befugnisse ... 16

Methoden ... 17

Kontrolle ... 18

Strukturen, Haushalt, Organisation – Künftige Entwicklung des Verfassungsschutzes ... 19

Wesentliche institutionelle Elemente der nationalen Sicherheitsarchitektur ... 21

Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ... 22

Kontakt und Internetpräsenz ... 27

**Extremismus in Hessen – Ein Überblick** ... **28**

**Rechtsextremismus** ... **36**

Merkmale ... 37

Personenpotenzial ... 38

Parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen ... 39

Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)/Identitäre Bewegung Hessen (IBH) ... 39

Neonazis ... 47

Rechtsextremistische Parteien ... 53

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD) ... 53

Der Dritte Weg/Der III. Weg ... 62

Die RECHTE ... 69

Weitgehend unstrukturierte Rechtsextremisten ... 69
Subkulturell orientierte Rechtsextremisten/Skinheads ... 69
Rechtsterrorismus ... 72
Straf- und Gewalttaten ... 73

**Reichsbürger und Selbstverwalter** ... 76

**Linksextremismus** ... 82
Merkmale ... 83
Personenpotenzial ... 85
Autonome ... 85
Legalistischer Linksextremismus ... 100
Linksextremisten im Bundestagswahlkampf ... 105
Straf- und Gewalttaten ... 108

**Islamismus** ... 110
Merkmale ... 111
Personenpotenzial ... 113
Salafismus ... 113
Muslimbruderschaft (MB)/Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) ... 127
Millî-Görüş-Bewegung ... 133
Türkische Hizbullah (TH) ... 139
Sonstige Beobachtungsobjekte ... 142
Straf- und Gewalttaten ... 143

**PAAF (Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit – Projekte und Angebote** ... 146

**Extremismus mit Auslandsbezug** ... 152
Merkmale ... 153
Personenpotenzial ... 154
Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans) ... 154
Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (DHKP-C, Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) ... 164
Straf- und Gewalttaten ... 167

**Flüchtlinge im Visier von Extremisten** ... 168

**Organisierte Kriminalität** ... 174
Definition/Ziele ... 175
Rockerkriminalität ... 175
Italienische Organisierte Kriminalität ... 176
Maßnahmen des LfV ... 176

**Spionageabwehr** ... 178
Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste ... 179
Regeln für Reisende ... 184
Straftatbestand „Spionage"/Agententätigkeit ... 185

**Geheim- und Wirtschaftsschutz** ... 188
Aufgaben/Ziele ... 189
Geheimschutz ... 189
Wirtschaftsschutz ... 190

**Mitwirkungsaufgaben des LfV** ..... 194

**Glossar und Abkürzungsverzeichnis** ..... 198

**Anhang zum Register** ..... 246

**Impressum und Kontakt** ..... 250



**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

die erfolgten wie auch die vereitelten Anschläge von islamistischen Terroristen in Europa und auch in Deutschland haben unsere Sicherheitslage nachhaltig verändert. Die Sicherheitsbehörden haben sich der Bedrohung durch den internationalen islamistischen Terrorismus gestellt und setzen alles daran, Anschlagspläne im Vorfeld aufzudecken und Attentate zu verhindern.

Sicherheit ist ein hohes Gut. Nur wer sich sicher fühlt, kann sich frei entfalten. Die Terroristen möchten unser Sicherheitsgefühl schwächen und unsere Art zu leben angreifen. Sie zielen darauf, den Kern unseres friedlichen Miteinanders zu treffen. Der Kampf gegen den Terror wird deshalb mit umfangreichen repressiven und präventiven Maßnahmen geführt. Die Sicherheitsbehörden haben ihre Konzepte den neuen Bedrohungen angepasst. Großveranstaltungen erfahren neue Schutzformen. Poller und Fahrsperren werden in das Stadtbild integriert. Der Verfassungsschutz arbeitet weniger sichtbar, aber dennoch intensiv daran, uns vor Anschlägen zu schützen. Nie zuvor war es so wichtig, innerhalb der Sicherheitsarchitektur ein gut ausgestattetes Frühwarnsystem zu haben. Die nachrichtendienstliche Lage der Früherkennung von drohenden Gefahren geht fließend in die polizeiliche Gefahrenabwehr über. Deshalb ist es unerlässlich, dass Verfassungsschutz und Polizei – zwar institutionell getrennt aber im Falle drohender Gefahr – nahtlos miteinander zusammenarbeiten. Wenn Informationen über mögliche Anschläge rechtzeitig erhoben und an die richtige Stelle transportiert werden, können Menschenleben gerettet werden.

Für diese wichtige Aufgabe haben wir das Landesamt für Verfassungsschutz operativer ausgerichtet und massiv personell gestärkt. Observation und Analyse sind arbeitsintensive Tätigkeitsfelder. Bis 2019 wird das Landesamt daher auf 370 Planstellen angewachsen sein, das ist eine Verdopplung der Personalstellen seit dem Jahr 2000. Nie zuvor verfügte das Landesamt für Verfassungsschutz über so viel Personal.

Mit dem im Juni 2018 verabschiedeten Gesetz zur Neuausrichtung des Verfassungsschutzes schaffen wir zudem einen zeitgemäßen rechtlichen Rahmen für die wichtige Arbeit des Landesamtes für Verfassungsschutz. Wir haben dabei be-

wusst auf die Harmonisierung mit einschlägigen Bundesgesetzen und eine Verzahnung mit bestehenden polizeilichen Befugnissen gesetzt. Denn die Lehren aus der Aufarbeitung der schrecklichen Morde des sogenannten Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) verpflichten zu einer engen Kooperation innerhalb des Verfassungsschutzverbunds sowie zwischen den Nachrichtendiensten und den Polizeistellen. Die Übermittlung von Informationen des Verfassungsschutzes an die Polizei und andere Stellen wurde klar strukturiert, um der Rechtsprechung und den Anforderungen der gewandelten Sicherheitslage gerecht zu werden, die wie selten zuvor eine nachrichtendienstliche Früherkennung erfordert. Auch die vielfältigen Mitwirkungsaufgaben des Verfassungsschutzes haben im neuen Gesetz den Stellenwert bekommen, den sie für unsere Sicherheit haben. Denn durch seine Mitwirkung an Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen erweist sich der Verfassungsschutz tagtäglich als Servicestelle unserer Sicherheit. Der rechtliche Rahmen zur Anwendung der nachrichtendienstlichen Mittel wie etwa der Observation sowie der Einsatz menschlicher Quellen ist nun klarer definiert. Dies sorgt für Handlungs- und Rechtssicherheit bei den Verfassungsschützern, ermöglicht eine bessere Überprüfbarkeit der einzelnen Maßnahmen und sorgt letztlich dafür, dass unser Nachrichtendienst unter optimalen rechtlichen Bedingungen seine wichtige Arbeit für unsere Sicherheit verrichten kann.

Erstmals wurde auch die parlamentarische Kontrolle des Verfassungsschutzes in einem eigenständigen Gesetz klar geregelt. Dadurch wird besonders deutlich, dass das Landesamt für Verfassungsschutz unser Dienstleister für unsere Demokratie ist. Wenn auch für unsere Sicherheit viele seiner Tätigkeiten im Verborgenen stattfinden müssen, so steht die Behörde ganz klar im Dienste unserer parlamentarischen Demokratie.

Jene Strömungen, die sich gegen unsere Demokratie und unsere freiheitliche Art zu leben richten, werden vom Verfassungsschutz beobachtet. Neben dem internationalen islamistischen Terrorismus haben sich auch im Rechts- und Linksextremismus gefährliche Radikalisierungen und ein Absinken der Hemmschwellen zur Gewaltanwendung feststellen lassen. Diese Entwicklungen auszumachen und die Öffentlichkeit wie auch die Polizei und andere öffentliche Stellen über drohende Gefahren dieser verfassungsfeindlichen Bestrebungen zu informieren, ist Kernaufgabe des Verfassungsschutzes. Hierbei treten immer wieder neue Phänomene und neue Aktionsformen zutage. Deshalb geht auch unser Landesamt für Verfassungsschutz immer wieder neue Wege, um diese Entwicklungen wahrzunehmen und die richtigen Stellen darüber zu informieren.

Mit der neugeschaffenen Phänomenbereichsübergreifenden wissenschaftlichen Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) hat das Landesamt für Verfassungsschutz als bundesweit erste Verfassungsschutzbehörde eine eigene Einheit zur Analyse antisemitischer Bestrebungen geschaffen. Der bewusst wissenschaftliche und Extremismus-For-

men übergreifende Ansatz der Analysestelle sorgt dafür, dass auch bislang weniger präsente Formen des Antisemitismus ans Licht kommen. Nur so kann Antisemitismus in seiner vollen Ausprägung erkannt und dadurch letztlich auch vollumfänglich geächtet und bekämpft werden.

Antisemiten und Extremisten, egal aus welcher Ecke sie kommen, begegnen wir, indem wir ihre Agitation und die dahinterstehenden undemokratischen und menschenverachtenden Ziele entlarven. Ein zentraler Bestandteil der Extremismus-Bekämpfung des Landesamts für Verfassungsschutz ist daher auch die Präventionsarbeit. Dieses wichtige Aufgabenfeld haben wir deshalb auch im neuen Gesetz als Arbeitsauftrag fest verankert. Denn die Behörde, deren Geschäft das Sammeln und Weitergeben von Informationen über verfassungsfeindliche Bestrebungen ist, ist zugleich der kompetenteste Warner vor den extremistischen Vorhaben und der beste Ratgeber zur Früherkennung von Radikalisierung. Um den Extremisten den Nährboden zu entziehen haben wir die Haushaltsmittel für die Extremismus-Prävention stetig erhöht. 2017 standen bereits 4,6 Millionen Euro zur Verfügung. Im Doppelhaushalt 2018/2019 wurde diese Summe noch einmal deutlich auf rund sechs Millionen Euro pro Jahr angehoben (davon rund 1,1 Millionen Euro Bundesmittel). Es gibt keinen guten Extremismus und deshalb werden wir das herausragende Engagement und die Vorreiterrolle, die Hessen zu Recht bundesweit bei seinen Präventionsprogrammen eingenommen hat, weiter in allen Bereichen ausbauen.

Das Landesamt für Verfassungsschutz steigerte die Zahl seiner Präventionstermine in den letzten fünf Jahren kontinuierlich. Es hat sich bei Lehrern, Sozialarbeitern, kommunalen Verantwortungsträgern und vielen weiteren Institutionen als gefragte Expertenstelle etabliert. Die Fachreferenten des Landesamtes informieren über die neuesten extremistischen Entwicklungen und damit verbundenen Radikalisierungsgefahren auf Schulleiterdienstversammlungen, in Hessischen Erstaufnahmestellen für Flüchtlinge oder auf dem Hessentag. Auch dadurch macht die Behörde deutlich, dass sie ihre Arbeit in den Dienst unserer freiheitlichen Gesellschaft stellt.

Mein herzlicher Dank gilt deshalb den tüchtigen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern im Landesamt für Verfassungsschutz. Auch dank ihrer Expertise, ihres Engagements und ihres Einsatzes ist Hessen ein sicheres Land. Mit den Informationen, die der Verfassungsschutz gewonnen und in seinem Bericht zusammengetragen hat, können Sie, liebe Leserinnen und Leser, sich einen Überblick über extremistische Bestrebungen in Hessen verschaffen. Der Bericht soll Sie in die Lage versetzen, Extremismus zu erkennen, damit Sie aktiv daran mitwirken können, Radikalisierung entgegentreten und für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung unseres Landes eintreten zu können.



Peter Beuth
Hessischer Minister des Innern und für Sport



**Liebe Bürgerinnen und Bürger,**

das Landesamt für Verfassungsschutz versteht sich als Dienstleister in einer Zeit, die von Veränderungen geprägt ist. Die Lage der Inneren Sicherheit hat sich in den letzten Jahren gewandelt, terroristische Anschläge gehören – leider – wieder zu den Möglichkeiten, denen wir uns stellen müssen. Aber auch die offene, freiheitliche Gesellschaft in einer globalisierten Welt stellt uns vor Herausforderungen. Ein Land, das sich nicht von der Außenwelt abschließen will und darf, muss darauf achten, dass gesellschaftliche Spannungen nicht in Konflikte umschlagen und zu Bedrohungen für unsere freiheitliche demokratische Grundordnung werden. Gleiches gilt für die Entwicklungen in der digitalen Welt. Mit der Vernetzung über das Internet ist die Gefahr elektronischer Angriffe auf unsere Ressourcen, auf das Know-how in Betrieben und Verwaltung, zu einem ständigen Begleiter geworden. Die virtuelle Welt ist mittlerweile Realwelt.

Das Landesamt für Verfassungsschutz will als Frühwarnsystem dazu beitragen, diese Gefahrenpotenziale rechtzeitig zu erkennen, um Gegenmaßnahmen ergreifen zu können. Dazu haben wir unsere Strukturen weiterentwickelt und verbessert. Die Neustrukturierung, die wir vor zwei Jahren im Landesamt vollzogen haben, hat zu einer stärkeren operativen Ausrichtung unserer Arbeit geführt. Dies bedeutet, dass wir die Bündelung unserer Ressourcen, etwa auf die Bedrohungen durch Rechtsextremismus und den islamistischen Terrorismus, gestärkt haben. Dies erhöht zugleich unsere Auswertungs- und Analysefähigkeit.

Zur nachrichtendienstlichen Arbeit mit modernen Methoden gehört immer auch deren Einbettung in die Strukturen der Kontrolle von Nachrichtendiensten. Ich habe, seit ich dieses Amt übernommen habe, Kontrolle des Nachrichtendienstes immer als etwas Positives gesehen. Für mich ist die Zusammenarbeit mit der Parlamentarischen Kontrollkommission Verfassungsschutz des Hessischen Landtags nicht nur eine Darlegung unserer Arbeit im Tagesgeschäft, sondern zugleich eine Rückkopplung für die strategische Ausrichtung des Landesamtes.

Das Landesamt hat seine Rolle als Dienstleister für Politik, Behörden und Kommunen, für Vereine und Verbände, aber auch für die Öffentlichkeit weiter

ausgebaut. In zahlreichen Schulen konnten wir wieder Sensibilisierungsveranstaltungen für Lehrkräfte anbieten, in denen unsere Fachleute über die Phänomene des Extremismus, über Radikalisierungsprozesse und präventive Handlungsfelder aufgeklärt haben. Auch für kommunale Bedienstete, sei es in den Ausländerbehörden oder der Jugendarbeit, hat sich dieses Angebot gut entwickelt. Nach wie vor bieten wir für all diejenigen, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind, Informationsveranstaltungen an. Nachdem in den Jahren 2015/2016 vor allem die landesweiten Erstaufnahmeeinrichtungen für Flüchtlinge im Blickfeld standen, haben wir in 2017 zusammen mit dem Regierungspräsidium Gießen und dem Hessischen Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus (HKE) dieses Aufklärungsangebot über Radikalisierungsgefahren auch für die Flüchtlingshelferinnen und -helfer in den Kommunen begonnen. Wir wollen auch dies landesweit fortsetzen. Wenn ich die Präventionsarbeit für die Wirtschaftsverbände und Unternehmen hinzunehme, denen wir etwa bei der Abwehr von Cyberangriffen Hilfe anbieten, so kommen wir mit all dem auf eine Zahl von fast 300 Präventionsveranstaltungen.

Liebe Leserinnen und Leser,

Sie finden in diesem Jahresbericht erstmals ein Kapitel, in dem Ergebnisse der wissenschaftlichen Studien unserer Phänomenbereichsübergreifenden wissenschaftlichen Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit (PAAF) dargestellt werden. Meine Überlegung bei dessen Gründung war, die nachrichtendienstliche Arbeit zu ergänzen um eine eigenständige wissenschaftliche Analyse. Dies dient zum einen der engeren Verzahnung der sicherheitsbehördlichen Arbeit mit der Wissenschaft, zum anderen unterstützt die wissenschaftliche Analyse unserer Themenfelder zugleich unsere fachliche Bewertung insgesamt. Die erste Studie über Antisemitismus haben wir im vergangenen Jahr zum Thema unseres Herbstgespräches gemacht. Mit hochrangigen Vertretern der jüdischen Verbände und der Wissenschaft konnte dieses aktuelle und brisante Thema vertieft beleuchtet werden.

Die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Landesamtes für Verfassungsschutz haben die Veränderungen, denen wir von außen ausgesetzt sind, oder die wir im Innenverhältnis vollzogen haben, hervorragend bewältigt. Dafür danke ich ihnen sehr herzlich. Sich auf neue Herausforderungen in der Inneren Sicherheit einzustellen, ist nicht nur Teil unseres Berufs, sondern gehört geradezu zu dessen positiven Elementen – sich in der Gestaltung des Neuen immer wieder selbst zu beweisen.

Robert Schäfer
Präsident des Landesamts für Verfassungsschutz Hessen

Demokratie in Deutschland
Verfassungsschutz in Hessen



# Verfassungsschutz in Hessen

## Freiheitliche demokratische Grundordnung

**Den Kern der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland bildet die freiheitliche demokratische Grundordnung. In ihr sind tragende Grundprinzipien festgeschrieben, die absolute Werte und unverzichtbare Schutzgüter sind. Resultierend aus den Erkenntnissen über das Scheitern der Weimarer Republik (1918 bis 1933) und aus den furchtbaren Erfahrungen mit dem nationalsozialistischen Terror- und Unrechtsregime (1933 bis 1945) ist die Demokratie in Deutschland heute streitbar und abwehrbereit. Sie ist willens und fähig, sich gegen Angriffe ihrer Feinde zu verteidigen. Der Verfassungsschutz hat hierbei die wichtige Funktion eines „Frühwarnsystems".**

Nach der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts ist unsere Demokratie eine rechtsstaatliche Herrschaftsordnung. Sie gründet sich auf dem Selbstbestimmungsrecht des Volkes nach dem Willen der jeweiligen Mehrheit und auf der Freiheit und Gleichheit aller Menschen.

Zur freiheitlichen demokratischen Grundordnung zählen:

- die im Grundgesetz konkretisierten Menschenrechte,
- das Recht des Volkes, die Staatsgewalt in Wahlen und Abstimmungen und durch besondere Organe der Gesetzgebung, der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung auszuüben und die Volksvertretung in allgemeiner, unmittelbarer, freier, gleicher und geheimer Wahl zu wählen,
- die Bindung der Gesetzgebung an die verfassungsmäßige Ordnung und die Bindung der vollziehenden Gewalt und der Rechtsprechung an Gesetz und Recht,
- das Recht auf Bildung und Ausübung einer parlamentarischen Opposition,
- die Ablösbarkeit der Regierung und ihre Verantwortlichkeit gegenüber der Volksvertretung,
- die Unabhängigkeit der Gerichte und
- der Ausschluss jeder Gewalt- und Willkürherrschaft.

Darüber hinaus hat das Bundesverfassungsgericht zu seinem Urteil vom 17. Januar 2017 (2 BvB 1/13) auf den Antrag des Bundesrates, die Nationaldemokratische Partei Deutschlands einschließlich ihrer Teilorganisationen als verfassungswidrig einzustufen und aufzulösen, Folgendes erklärt:

*„Der Begriff der freiheitlichen demokratischen Grundordnung im Sinne von Art. 21 Abs. 2 GG beinhaltet die zentralen Grundprinzipien, die für den freiheitlichen Verfassungsstaat schlechthin unentbehrlich sind. Ihren Ausgangspunkt findet die freiheitliche demokratische Grundordnung in der Würde des Menschen (Art. 1 Abs. 1 GG). Die Garantie der Menschenwürde umfasst insbesondere die Wahrung personaler Individualität, Identität und Integrität sowie die elementare Rechtsgleichheit. Auf rassistische Diskriminierung zielende Konzepte sind damit nicht vereinbar. Daneben sind im Rahmen des Demokratie-*

*prinzips die Möglichkeit gleichberechtigter Teilhabe aller Bürgerinnen und Bürger am Prozess der politischen Willensbildung und die Rückbindung der Ausübung aller Staatsgewalt an das Volk (Art. 20 Abs. 1 und 2 GG) konstitutive Bestandteile der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Hinsichtlich des Rechtsstaatsprinzips gilt dies für die Rechtsbindung der öffentlichen Gewalt, die Kontrolle dieser Bindung durch unabhängige Gerichte und das staatliche Gewaltmonopol".*

## Aufgaben und Befugnisse

Aufgabe des Landesamts für Verfassungsschutz (LfV) ist es, den zuständigen Stellen zu ermöglichen, rechtzeitig die erforderlichen Maßnahmen zur Abwehr von Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung sowie den Bestand und die Sicherheit von Bund und Ländern zu treffen. Darüber hinaus erstellt das LfV Lageberichte und Analysen. Zu diesem Zweck sammelt es Informationen über extremistische Bestrebungen und wertet sie aus.

Verfassungsfeindliche Bestrebungen im Sinne des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen sind politisch bestimmte ziel- und zweckgerichtete Verhaltensweisen in einem oder für einen Personenzusammenschluss, die auf die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen. Nicht extremistisch ist die kritische Auseinandersetzung mit Elementen der freiheitlichen demokratischen Grundordnung, ohne dass diese Auseinandersetzung das Ziel der Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung verfolgt. Eine solche Bestrebung wird als radikal bezeichnet und unterliegt nicht der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Das LfV beobachtet

- Bestrebungen, die gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes gerichtet sind oder eine ungesetzliche Beeinträchtigung der Amtsführung der Verfassungsorgane des Bundes oder eines Landes oder ihrer Mitglieder zum Ziel haben,
- sicherheitsgefährdende oder geheimdienstliche Tätigkeiten im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die durch Anwendung von Gewalt oder darauf gerichtete Vorbereitungshandlungen auswärtige Belange der Bundesrepublik Deutschland gefährden,
- Bestrebungen im Geltungsbereich des Grundgesetzes, die gegen den Gedanken der Völkerverständigung (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes), insbesondere gegen das friedliche

Zusammenleben der Völker (Art. 26 Abs. 1 des Grundgesetzes), gerichtet sind,
- Bestrebungen und Tätigkeiten der Organisierten Kriminalität im Geltungsbereich des Grundgesetzes.

Das LfV hat keine polizeilichen Befugnisse. Es darf zum Beispiel Personen weder vorladen noch festnehmen oder Durchsuchungen durchführen. Um Maßnahmen, zu denen es selbst nicht befugt ist, darf das LfV die Polizei nicht ersuchen (Trennungsgebot).

Neben den oben beschriebenen Aufgaben unterstützt das LfV im Bereich des Geheim- und Wirtschaftsschutzes Behörden und Unternehmen mit seinen Erkenntnissen und seinem Wissen. Ebenso wirkt das LfV mit bei:
- Aufenthalts-/Einbürgerungsverfahren von Ausländern und
- Sicherheits- und Zuverlässigkeitsüberprüfungen (unter anderem für die Bereiche Luftsicherheit, Atomkraftanlagen und den Umgang bzw. Verkehr mit Waffen und Sprengstoff).

Die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes sind gesetzlich festgelegt. In allen Ländern bestehen hierfür eigene gesetzliche Grundlagen. In Hessen sind die Aufgaben und Befugnisse des Verfassungsschutzes im Gesetz über das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen geregelt. Darüber hinaus regelt das Bundesverfassungsschutzgesetz die Aufgaben und die Rechtsstellung des Bundesamts für Verfassungsschutz (BfV) sowie die Zusammenarbeit der Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern.

## Methoden

Die zur Erfüllung seiner Aufgaben notwendigen Informationen gewinnt das LfV vornehmlich aus offenen Quellen, die jedermann zugänglich sind. Dazu gehören unter anderem
- Publikationen,
- Internetinhalte,
- Besuche öffentlicher Veranstaltungen.

Verfassungsfeinde arbeiten aber oft konspirativ, das heißt, sie versuchen ihre wahren Ziele und Aktivitäten zu verschleiern oder geheim zu halten. Die Sammlung frei zugänglichen Materials durch das LfV und der Informationsaustausch mit anderen Behörden und anderen Stellen genügen deshalb zuweilen nicht, um ein vollständiges und sachgerechtes Bild von verfassungsfeindlichen und sicherheitsgefährdenden Bestrebungen sowie von Spionagetätigkeiten und Aktivitäten der Organisierten Kriminalität zu erhalten. Daher ist das LfV befugt, nachrichtendienstliche Mittel einzusetzen. Dazu gehören zum Beispiel:

- die Observation verdächtiger Personen,
- das Fertigen von Bild- und Tonaufzeichnungen,
- die Überwachung des Brief-, Post- und Fernmeldeverkehrs sowie
- das Anwerben und Führen von verdeckt eingesetzten Personen in verfassungsfeindlichen Organisationen.

Die verdeckt eingesetzten Personen gehören nicht dem Verfassungsschutz an, liefern aber Informationen aus dem jeweiligen Beobachtungsobjekt. Beim Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel ist der Grundsatz der Verhältnismäßigkeit zu beachten. Ein nachrichtendienstliches Mittel darf nur eingesetzt werden, wenn Informationen auf andere Weise nicht zu beschaffen sind. Von mehreren zur Verfügung stehenden Mitteln ist das mildeste auszuwählen, das mithin den Betroffenen am wenigsten beeinträchtigt.

## Kontrolle

Die Tätigkeit des LfV wird auf vielfältige Weise kontrolliert. Dies geschieht insbesondere durch die Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz (PKV) des Hessischen Landtags. Nach § 20 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen besteht die PKV aus fünf Mitgliedern, die zu Beginn jeder Wahlperiode vom Landtag aus seiner Mitte mit der Mehrheit der Abgeordneten gewählt werden.

Maßnahmen, die mit einem Eingriff in Art. 10 des Grundgesetzes (Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis) verbunden sind, bedürfen der Genehmigung der G-10-Kommission des Hessischen Landtags. Das Hessische Ministerium des Innern und für Sport nimmt die Rechts- und Fachaufsicht über das LfV wahr.

Darüber hinaus kontrollieren der Hessische Datenschutzbeauftragte, der Hessische Rechnungshof und – mittelbar auf dem Wege der Berichterstattung und Kommentierung – die öffentlichen Medien die Tätigkeit des LfV. Die Speicherung personenbezogener Daten, Auskunftserteilungen und die Erwähnung im Verfassungsschutzbericht, die das LfV zu Lasten Betroffener trifft, unterliegen der vollständigen gerichtlichen Kontrolle.

## Strukturen, Haushalt, Organisation – Künftige Entwicklung des Verfassungsschutzes

Der Verfassungsschutz ist als Inlandsnachrichtendienst der Bundesrepublik Deutschland föderal organisiert. Der Bund und die 16 Länder unterhalten jeweils eigene Verfassungsschutzbehörden. Als obere Landesbehörde untersteht das LfV dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport. Das LfV hat seinen Sitz in Wiesbaden.

Die Personalmittel sowie die Finanzmittel für Personal- und Sachausgaben sind im Haushaltsplan des Landes Hessen ausgewiesen. Für das Jahr 2017 standen dem LfV 332 Planstellen zur Verfügung. Das Ausgabenbudget für das Jahr 2017 belief sich auf 27.542.300 Euro.

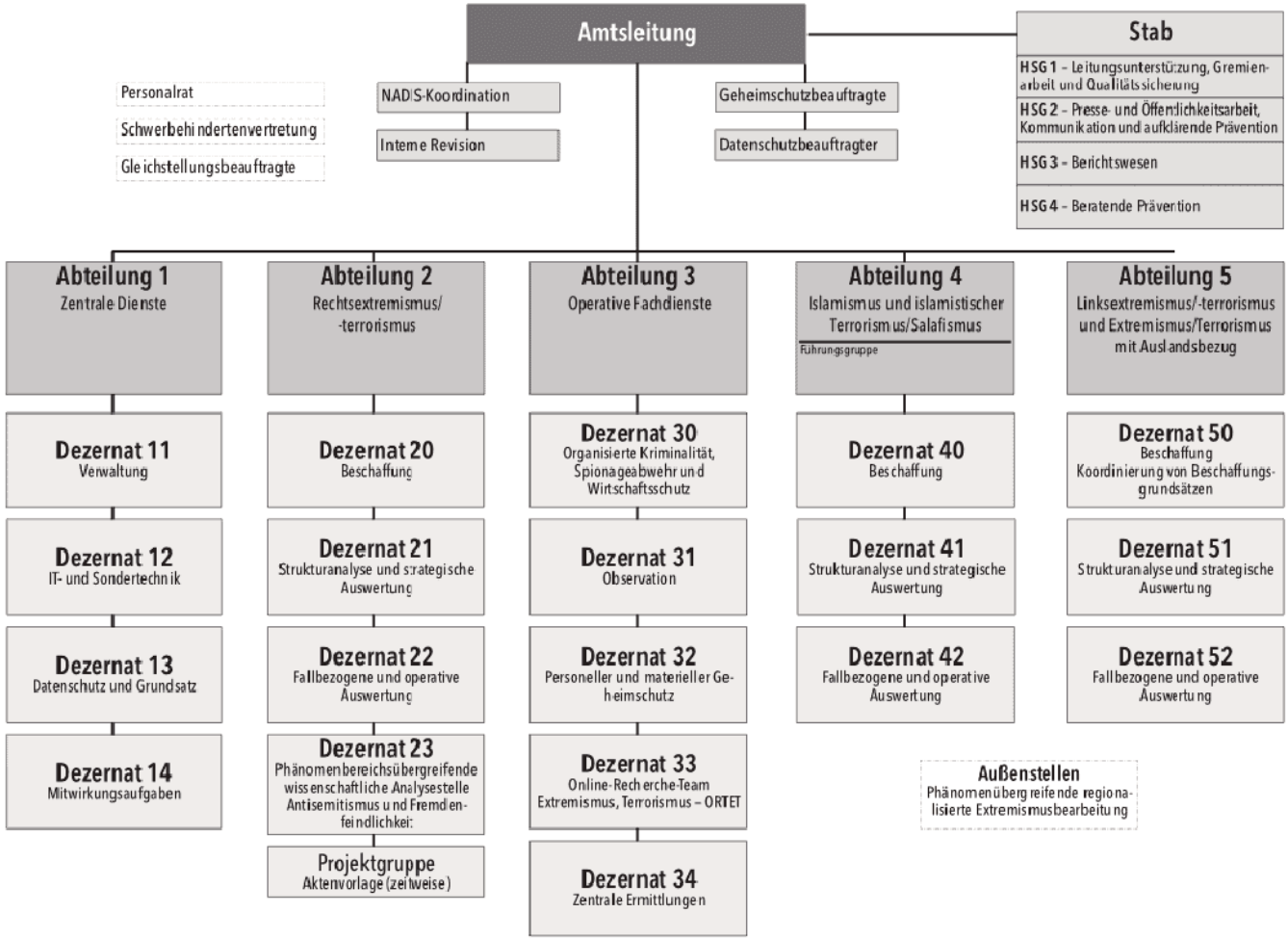
Innerhalb der hessischen Sicherheitsarchitektur ergänzt das LfV die Arbeit der Polizei und sonstiger Sicherheitsbehörden vor allem dadurch, dass es extremistische Bestrebungen nachrichtendienstlich aufklärt. Dazu gehören der intensive Einsatz und das Ausschöpfen aller gesetzlich zur Verfügung stehenden nachrichtendienstlichen Mittel. Im Mittelpunkt stehen hierbei der Einsatz menschlicher Quellen und die Observation.

Der Einsatz menschlicher Quellen ist ein unverzichtbares Instrument der Aufklärung extremistischer Bestrebungen. Gesetzliche und untergesetzliche Regelungen und die spezifische Zuständigkeit eines Dezernats sorgen bei der Auswahl, Werbung und Führung menschlicher Quellen für ein klar geregeltes und professionelles Vorgehen sowie standardisierte Kontrollmechanismen.

Die Observation des LfV wird weiter ausgebaut und durch den Einsatz hochmoderner Technik unterstützt werden.

Die Beschaffung von Informationen bildet nur einen Teil der nachrichtendienstlichen Arbeit. Wichtig ist ebenso die kompetente Aus- und Bewertung der gewonnenen Informationen. Ziel ist es, die fachliche und auch wissenschaftliche Kompetenz im LfV stetig zu optimieren. Mit mehr wissenschaftlichen Mitarbeitern wird die Auswertungs- und Analysekompetenz deutlich gestärkt. Vor allem aus der Wissenschaft sind wertvolle Impulse zu erwarten, da sich in etlichen extremistischen Phänomenbereichen – wie etwa im Rechtsextremismus die Identitäre Bewegung, das neue Beobachtungsobjekt Reichsbürger und Selbstverwalter sowie neue antisemitische Erscheinungsformen zeigen – grundlegende Veränderungen vollziehen.

Nicht zuletzt wird die Aufklärung extremistischer Bestrebungen im Internet verbessert und erweitert. Denn die technischen Entwicklungen schreiten weiter voran und werden auch auf vielfältige Weise von Extremisten für Ihre Zwecke genutzt. Das LfV baut daher seine IT-Kompetenz deutlich aus.


Amtsleitung
Stab
HSG 1 – Leitungsunterstützung, Gremienarbeit und Qualitätssicherung
HSG 2 – Presse- und Öffentlichkeitsarbeit, Kommunikation und aufklärende Prävention
HSG 3 – Berichtswesen
HSG 4 – Beratende Prävention
Personalrat
Schwerbehindertenvertretung
Gleichstellungsbeauftragte
NADIS-Koordination
Interne Revision
Geheimschutzbeauftragte
Datenschutzbeauftragter
Abteilung 1
Zentrale Dienste
Dezernat 11
Verwaltung
Dezernat 12
IT- und Sondertechnik
Dezernat 13
Datenschutz und Grundsatz
Dezernat 14
Mitwirkungsaufgaben
Abteilung 2
Rechtsextremismus/-terrorismus
Dezernat 20
Beschaffung
Dezernat 21
Strukturanalyse und strategische Auswertung
Dezernat 22
Fallbezogene und operative Auswertung
Dezernat 23
Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit
Projektgruppe
Aktenvorlage (zeitweise)
Abteilung 3
Operative Fachdienste
Dezernat 30
Organisierte Kriminalität, Spionageabwehr und Wirtschaftsschutz
Dezernat 31
Observation
Dezernat 32
Personeller und materieller Geheimschutz
Dezernat 33
Online-Recherche-Team Extremismus, Terrorismus – ORTET
Dezernat 34
Zentrale Ermittlungen
Abteilung 4
Islamismus und islamistischer Terrorismus/Salafismus
Führungsgruppe
Dezernat 40
Beschaffung
Dezernat 41
Strukturanalyse und strategische Auswertung
Dezernat 42
Fallbezogene und operative Auswertung
Abteilung 5
Linksextremismus/-terrorismus und Extremismus/Terrorismus mit Auslandsbezug
Dezernat 50
Beschaffung
Koordinierung von Beschaffungsgrundsätzen
Dezernat 51
Strukturanalyse und strategische Auswertung
Dezernat 52
Fallbezogene und operative Auswertung
Außenstellen
Phänomenübergreifende regionalisierte Extremismusbearbeitung

## Wesentliche institutionelle Elemente der nationalen Sicherheitsarchitektur

Die Sicherheitsstruktur der Bundesrepublik Deutschland wurde in den letzten Jahren ausgebaut und modifiziert. Die Zielsetzung war hierbei, auf Gefahren und Bedrohungen flexibler und schneller reagieren zu können sowie Wissen und Kompetenzen verschiedener Sicherheitsbehörden zu bündeln. Relevante Informationen sollen unter Beachtung der jeweiligen Zuständigkeiten und gesetzlichen Vorgaben zusammengeführt und bewertet werden, ohne die organisatorische Trennung der Sicherheitsbehörden in Frage zu stellen.

Kernelemente der fortentwickelten Sicherheitsarchitektur sind folgende Einrichtungen:
- das Gemeinsame Terrorismusabwehrzentrum (GTAZ) zur Abwehr und Bekämpfung des islamistischen Terrorismus,
- das Gemeinsame Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum (GETZ) und
- das Gemeinsame Internetzentrum (GIZ).

Am GTAZ in Berlin sind Vertreter folgender Behörden beteiligt:
- Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern,
- Bundeskriminalamt (BKA),
- Bundesnachrichtendienst (BND),
- Generalbundesanwaltschaft (GBA),
- Bundespolizei (BPol),
- Zollkriminalamt (ZKA),
- Bundesamt für Migration und Flüchtlinge (BAMF),
- Militärischer Abschirmdienst (MAD) und die
- Landeskriminalämter.

Im GTAZ gibt es darüber hinaus zwei voneinander institutionell getrennte Einrichtungen: Die Nachrichtendienstliche (NIAS) und die Polizeiliche Informations- und Analysestelle (PIAS). NIAS- und PIAS-Mitglieder kooperieren in verschiedenen Arbeitsgruppen eng miteinander, um bestimmte Fälle aktuell zu bearbeiten sowie Gefahrenprognosen und mittel- bzw. längerfristige Analysen zu erstellen.

Nach dem Vorbild des GTAZ arbeiten im GIZ Vertreter des
- BfV,
- BKA,
- BND,
- MAD und
- der GBA

eng zusammen. Darüber hinaus steht das GIZ in ständigem Austausch mit den zuständigen Landesbehörden.

Aufgabe der Vertreter der am GIZ mitwirkenden Behörden ist die Beobachtung, Auswertung und Analyse von Veröffentlichungen mit islamistischen und jihadistischen Inhalten im Internet, um frühzeitig extremistische und terroristische Strukturen und Aktivitäten zu identifizieren.

Das GETZ ist als „Dachorganisation" für die Bekämpfung folgender Phänomenbereiche zuständig:

- Rechtsextremismus/-terrorismus,
- Linksextremismus/-terrorismus,
- Extremismus mit Auslandsbezug,
- Spionageabwehr und Proliferation.

Die Federführung obliegt dem BfV und dem BKA. Die Koordinierte Internetauswertung (KIA) erfolgt beim BfV in Köln.

Am GETZ als Informations- und Kommunikationsplattform beteiligen sich – analog zu den Aufgaben des GTAZ – zur Bündelung der Fachexpertise und der Sicherstellung eines möglichst lückenlosen und schnellen Informationsflusses folgende Behörden:

- Verfassungsschutzbehörden von Bund und Ländern,
- BKA,
- BPol,
- Europol,
- GBA,
- ZKA,
- BND,
- MAD,
- BAMF,
- Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) und die
- Landeskriminalämter.

## Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit

Der Verfassungsschutz hat unter anderem die Aufgabe, die Öffentlichkeit über extremistische Bestrebungen zu informieren und aufzuklären. Zu diesem Zweck stellt das LfV der Öffentlichkeit seinen jährlichen Verfassungsschutzbericht sowie eine Vielzahl weiterer Informations- und Präventionsangebote zur Verfügung. Darüber hinaus können sich Journalistinnen und Journalisten mit Anfragen an die Pressestelle des LfV wenden.

**Hessischer Verfassungsschutzbericht |** Im Mittelpunkt der Unterrichtung der Öffentlichkeit steht der vom Hessischen Ministerium des Innern und für Sport herausgegebene jährliche Verfassungsschutzbericht. Er informiert über die wesentlichen während des Berichtsjahrs gewonnenen Erkenntnisse des LfV und bewertet diese.

**Informationsbroschüren des LfV |** Damit sich die Bürgerinnen und Bürger gezielt mit verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen auseinandersetzen können, gibt das LfV Informationsbroschüren heraus. Folgende Publikationen können beim LfV direkt angefordert bzw. über dessen Internetpräsenz abgerufen werden (siehe unten Kontakt und Internetpräsenz):

- Kennzeichen und Symbole der Rechtsextremisten.
- Gedenk-und Jahrestage von Rechtsextremisten – Hintergründe und Aktivitäten.

- Verfassungsfeindliche Bestrebung: „Reichsbürger“ und „Selbstverwalter“.
- Mit Militanz zur Errichtung einer „herrschaftsfreien Gesellschaft“ – Einblicke in die autonome Bewegung.
- Salafistische Bestrebungen in Hessen.
- Verfassungsschutz in Hessen – Beobachten, analysieren und informieren.
- Extremismus erkennen – Handreichung für Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingshilfe.

Darüber hinaus finden interessierte Bürgerinnen und Bürger weitere Informationsmaterialien auch auf den Internetseiten des BfV und der anderen Landesämter für Verfassungsschutz (www.verfassungsschutz.de/de/oeffentlichkeitsarbeit/publikationen).

**Aufklärende Prävention – Zielgruppen |** Oberstes Ziel der Präventionsarbeit des LfV ist es, Menschen gegen Extremismus zu immunisieren. Daher versucht das LfV, möglichst viele Menschen sowohl in staatlichen als auch nichtstaatlichen Stellen über Gefahren, die von extremistischen Bestrebungen ausgehen, aufzuklären. Das LfV bietet zu verschiedenen extremistischen Phänomenbereichen Fortbildungen an, bei denen es über Ideologien, Erscheinungsformen, Strategien sowie Anhaltspunkte für Radikalisierung informiert. Die Veranstaltungsteilnehmer werden somit in die Lage versetzt, extremistische Bestrebungen, die ihnen möglicherweise im Alltag begegnen, zu erkennen.

Primäre Zielgruppe der aufklärenden Prävention sind Multiplikatoren im Bereich der (Jugend-)Bildung (zum Beispiel Lehrerinnen und Lehrer). Das LfV ist seit 2009 durch die Hessische Lehrkräfteakademie als Anbieter von Fortbildungen für hessische Lehrerinnen und Lehrer akkreditiert. Auf seiner Internetseite sowie über die Online-Fortbildungsangebote der Staatlichen Schulämter bietet das LfV entsprechende Veranstaltungen an.

Weitere Adressaten sind Bildungseinrichtungen, Justiz, Polizei, Feuerwehr, religiöse Träger, private Sicherheitsdienstleister sowie – im Hinblick auf den präventiven Wirtschaftsschutz – Unternehmen und Wirtschaftsverbände.

Außerdem steht das LfV als Ansprechpartner für Vorträge bei Bürgermeisterdienstversammlungen, Magistrats- und Ausschusssitzungen sowie für Parteien, Vereine und andere Multiplikatoren zur Verfügung.

**Beratende Prävention – Zielgruppe |** Neben der aufklärenden bietet die beratende Prävention einzelfallbezogene Leistungen an, insbesondere Gespräche, Vorträge und Schulungsmaßnahmen für ausgewählte Bedarfsträger. Hierzu gehören insbesondere die Landkreise, Städte und Gemeinden, Schulen, soziale Einrichtungen, andere Behörden und öffentliche Stellen sowie weitere Institutionen wie Vereine, Verbände (zum Beispiel Sport- und Jugendvereine) und Moscheegemeinden, darunter auch extremistische, das heißt unter Beobachtung des Verfassungsschutzes stehende Moscheegemeinden.

Besonders die hessischen Kommunen sind wichtige Präventionspartner bei der Bekämpfung des Salafismus und Rechtsextremismus. So ist das LfV in zahlreichen kommunalen Präventionsgremien vertreten beziehungsweise arbeitet eng mit diesen zusammen.

**Beispiele |** Im Berichtsjahr veranstaltete das Hessische Ministerium des Innern und für Sport in Kooperation mit dem LfV am 21. April eine Informationsveranstaltung für die hessischen Landkreise, Städte und Gemeinden über das Phänomen der Reichsbürger und Selbstverwalter. In diesem Rahmen wurden die Teilnehmer über Hintergründe, Gefahrenpotenziale und Handlungsempfehlungen im Umgang mit diesem verfassungsfeindlichen Phänomen informiert.

Im Berichtsjahr führte der Präsident des LfV zahlreiche Gespräche vor Ort mit Landräten und Oberbürgermeistern, um diese über regionale extremistische Ausprägungen zu informieren. Auch bei diesen Treffen wurde das Thema der Reichsbürger und Selbstverwalter berücksichtigt.

Darüber hinaus war das LfV im Berichtsjahr beim Hessischen Landkreistag zu Gast und referierte über das Thema Extremismus.

**Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Flüchtlingsbetreuung |** Aufgrund vereinzelter salafistischer Missionierungsversuche in der Nähe von Flüchtlingsunterkünften modifizierte das LfV sein Präventionsangebot seit 2015, indem es in Zusammenarbeit mit anderen Stellen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Erstaufnahmeeinrichtungen – koordiniert vom HKE – schulte. Dabei ging es unter anderem darum, Handlungsoptionen zu entwickeln, falls

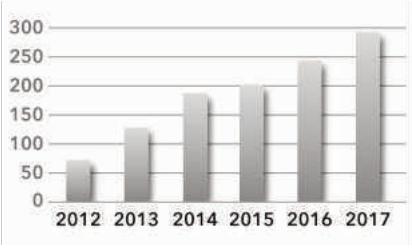
- Anzeichen für eine extremistische Radikalisierung unter Flüchtlingen bemerkt werden,
- Tätigkeiten extremistischer Personen oder Gruppen in oder an einer Flüchtlingsunterkunft festgestellt werden,
- der Besuch extremistischer Treffpunkte durch Flüchtlinge wahrgenommen wird oder
- Hinweise auf ehemalige Mitarbeiter ausländischer Nachrichtendienste bzw. auf nachrichtendienstliche Aktivitäten anderer Staaten in Bezug auf Flüchtlinge erlangt werden.

Das LfV bietet in diesem Zusammenhang auch spezifische Angebote zur Information und Beratung, um vor Ort die Sensibilität für mögliche Gefahren durch extremistische Agitation zu erhöhen.

Darüber hinaus wurde im Berichtsjahr in Zusammenarbeit mit dem Regierungspräsidium Gießen, dem HKE, dem Violence Prevention Network e. V. (VPN) und dem LfV eine landesweite Abfolge an Präventionsveranstaltungen für kommunale Bedienstete, die für Betreuung und Unterbringung der Flüchtlinge zuständig sind, auf den Weg gebracht.

**Ausbau der Präventionsarbeit |** Im Berichtsjahr gelang es dem LfV, die Anzahl seiner Präventionsveranstaltungen erneut zu steigern. Die große Nachfrage nach den Präventionsdienstleistungen

des LfV korrespondiert mit der Neuausrichtung des Verfassungsschutzes in Hessen, der damit verbundenen Öffnung der Behörde gegenüber der Öffentlichkeit und dem kontinuierlichen Ausbau der aufklärenden und beratenden Prävention, unter anderem durch die Einrichtung des Kompetenzzentrums gegen Rechtsextremismus (KOREX) bereits im Jahr 2008. Seit 2009 vervielfachte sich die Zahl der Präventionstermine von 24 auf nunmehr 292 im Jahr 2017. In den letzten sechs Jahren gestaltete sich die Entwicklung wie folgt:




Im vergangenen Jahr fanden die meisten Veranstaltungen zu den Themen Rechtsextremismus, Reichsbürger und Selbstverwalter, Islamismus und Wirtschaftsschutz statt.

**Hessisches Präventionsnetzwerk gegen Salafismus |** Das 2014 gegründete Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus ist das erste landesweite Präventionsprojekt gegen Salafismus in Deutschland. Im Mittelpunkt des Präventionsnetzwerks steht die zentrale Beratungsstelle, die von den hessischen Sicherheitsbehörden und einem Fachbeirat flankiert wird. Das LfV ist Mitglied des Fachbeirats. Der zentralen Beratungsstelle ist der Verein VPN zugeordnet, der für ganz Hessen zuständig ist und zu dessen Aufgaben Präventions- und Interventionsmaßnahmen gehören.

Das Hessische Präventionsnetzwerk gegen Salafismus ist über die Internetseite des HKE und dessen E-Mail-Adresse wie folgt erreichbar:

www.hke.hessen.de und
hke@hmdis.hessen.de

**Prävention gegen Rechtsextremismus |** Kernaufgabe von KOREX ist die Aufklärungsarbeit durch Aufbereitung des Fachwissens des LfV für bestimmte Zielgruppen sowie für die breite Öffentlichkeit. Ein Schwerpunkt der Tätigkeit von KOREX liegt dabei auf Fortbildungsangeboten. In diesem Rahmen informiert KOREX über aktuelle Entwicklungen und Erscheinungsformen des Rechtsextremismus, insbesondere über Strategien, mit denen Rechtsextremisten um Jugendliche werben und wie Rechtsextremisten zu erkennen sind. Darüber hinaus erstellt KOREX Broschüren und berät Verantwortungsträger in Politik, Behörden und Gesellschaft.

Das LfV gehört mit KOREX dem Expertenpool des landesweiten beratungsNetzwerks hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus an. In dem Expertenpool sind staatliche Institutionen und zivilgesellschaftliche Initiativen miteinander vernetzt. Hierin ist auch das HKE eingebunden, das die Präventionsmaßnahmen koordiniert. Zu erreichen ist das beratungsNetzwerk hessen – Mobile Intervention gegen Rechtsextremismus über ein Kontaktformular auf der In-

ternetseite www.beratungsnetzwerk-hessen.de.

**Prävention für die Wirtschaft |** Informationen über die Aktivitäten und Dienstleistungen des LfV zum Thema Wirtschaftsschutz finden Sie im Kapitel Geheim- und Wirtschaftsschutz.

**Informationsstand auf dem Hessentag |** Traditionell ist das LfV in der Landesausstellung des Hessentags mit einem Informationsstand vertreten, so auch in Rüsselsheim am Main (Kreis Groß-Gerau) vom 9. bis 18. Juni 2017. Die Besucher hatten die Möglichkeit, sich in Gesprächen mit Experten des LfV über verschiedene extremistische Bestrebungen, insbesondere über Rechtsextremismus und Salafismus, zu informieren und entsprechende Publikationen mitzunehmen. Das LfV bot zudem Expertensprechstunden zu den Themen Identitäre Bewegung, Antisemitismus und Wirtschaftsschutz an. Aufgrund der unmittelbaren Nähe zu den Besuchern ist die alljährliche Präsenz des LfV auf dem Hessentag ein wichtiger Baustein der Präventions- und Aufklärungsarbeit des Verfassungsschutzes in Hessen.

Bei seinen Bühnenveranstaltungen in der Landesausstellung kooperiert das LfV mit unterschiedlichen Partnern. Im Bereich der aufklärenden Prävention führt das LfV seit einigen Jahren Projekte mit hessischen Schulen durch, die dem Grundsatz „Prävention mal anders" folgen und das Ziel haben, junge Menschen selbst zu Präventionspaten fortzubilden. Beim Hessentag 2017 produzierten Oberstufenschülerinnen und Schüler eines Politikleistungskurses der Max-Planck-Schule zum Thema „Rechtsextremismus" einen Kurzfilm. Dazu führten sie unter anderem Interviews mit Passanten in Rüsselsheim am Main.

Bei einer weiteren Bühnenveranstaltung des LfV präsentierten Schülerinnen und Schüler der Wiesbadener Gerhart-Hauptmann-Schule Kurzrollenspiele, um vor islamistischen Radikalisierungen und Anwerbeversuchen zu warnen. Diese Vorstellung erfolgte anlässlich des preisgekrönten Präventionsprojekts „Wir gegen Salafisten" der Gerhart-Hauptmann-Schule Wiesbaden in Zusammenarbeit mit dem LfV.

Darüber hinaus referierten der Präsident des LfV, Robert Schäfer, zusammen mit dem Präsidenten des Polizeipräsidiums Südhessen, Bernhard Lammel, sowie Prof. Susanne Schröter, Leiterin des Frankfurter Forschungszentrums Globaler Islam (FFGI), über die aktuelle Sicherheitslage in Hessen.

**Herbstgespräch |** Das jährliche Herbstgespräch des LfV fand am 14. November zum Thema „Antisemitismus: Neue Formen – Alte Ressentiments" im Hessischen Landtag in Wiesbaden statt. Am selben Tag hatte die PAAF des LfV eine aktuelle Studie zu Erscheinungsformen und ideologischen Hintergründen antisemitischer Agitation in den sozialen Netzwerken veröffentlicht und darin vor den zahlreichen Facetten und Gesichtern des heutigen Antisemitismus gewarnt. Der hessische Innenminister Peter Beuth warnte in seinem Impulsvortrag

vor den vielfältigen Facetten des Antisemitismus: „Wir müssen also feststellen, dass wir es neben dem leider lange und alt bekannten von rechts geprägten Antisemitismus und dem ebenfalls mindestens seit dem Deutschen Herbst erkannten Antisemitismus von links auch mit einem Antisemitismus unter Migranten und Muslimen zu tun haben. Allen Antisemiten müssen wir uns gleichermaßen entgegenstellen."

In der anschließenden Podiumsdiskussion unter der Moderation von Jörg Diehl (Spiegel Online) erörterten vor knapp 200 geladenen Besucherinnen und Besuchern Dr. Josef Schuster (Präsident des Zentralrats der Juden in Deutschland), Esther Schapira (Journalistin, Filmemacherin und Autorin), Prof. Dr. Bassam Tibi (Politikwissenschaftler und Experte für den politischen Islam), Prof. Dr. Reinhard Schramm (Vorsitzender der Jüdischen Landesgemeinde Thüringen) und Dr. Walter Jung (Landesamt für Verfassungsschutz Baden-Württemberg) die Bedeutung und Gefahren der vielfältigen Gesichter des Antisemitismus.

https://lfv.hessen.de/praevention/das-herbstgespraech/19-herbstgespraech-rueckblick

## Kontakt und Internetpräsenz

Alle Bürgerinnen und Bürger können sich an den Verfassungsschutz in Hessen wenden. Für allgemeine Fragen stehen Mitarbeiter des LfV via E-Mail *(poststelle@lfv.hessen.de)* und Telefon (*0611-720566*) zur Verfügung.

Für spezielle Fragen zur Öffentlichkeits- und Präventionsarbeit ist das LfV unter folgender Telefonnummer erreichbar: *0611-720404*. Die E-Mail-Adresse lautet: *praevention@lfv.hessen.de*

Für spezielle Fragen zum Wirtschaftsschutz ist das LfV unter der E-Mail-Adresse *wirtschaftsschutz@lfv.hessen.de* erreichbar.

Die Internetseite *www.lfv.hessen.de* enthält außerdem Informationen zu den Aufgaben und Befugnissen des LfV Hessen sowie zu allen extremistischen Phänomenbereichen. Das LfV veröffentlicht auf seiner Homepage auch aktuelle Stellenangebote.




# Extremismus in Hessen - Ein Überblick

**Rechtsextremismus |** Wie im Jahr 2016 nahmen auch im Berichtsjahr die Aktivitäten der Identitären Bewegung (IB) sowohl bundes- als auch hessenweit zu. Sie versuchte größtmögliche mediale und öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen. Über die einzelnen Aktionen veröffentlichte die Identitäre Bewegung Deutschland (IBD) Berichte mit Fotos bzw. Videos auf ihrem Facebook-Profil. Auf diese Weise versuchte sie nicht nur neue Angehörige zu werben, sondern auch die eigenen Aktivisten zu motivieren.

Auch Neonazis konzentrierten sich – wie in den Jahren zuvor – auf öffentlichkeitswirksame propagandistische Aktionen: Die Teilnahme an Demonstrationen und an Mahnwachen sowie die Verteilung von Aufklebern und Flugblättern. Ein zentrales Ereignis war erneut die Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen", die diesmal nicht in Hessen stattfand. Die Szene war mehrheitlich durch lose regionale Gruppierungen geprägt; die Kameradschaft Aryans zeichnete sich demgegenüber durch eine überregionale, länderübergreifende Struktur aus.

Der Landesverband Hessen der Nationaldemokratischen Partei Deutschlands (NPD) war wie in den Vorjahren nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Wenige Kreisverbände waren aktiv und traten wie zum Beispiel die Kreisverbände Lahn-Dill und Wetterau auch öffentlich in Erscheinung. Agitationsschwerpunkte waren nach wie vor die Themen „Asyl", „Flüchtlinge" und „Innere Sicherheit", mit denen die NPD bevorzugt im Internet und in sozialen Netzwerken ihre Ideologie verbreitete.

Wie in den Vorjahren stand die Asyl- und Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt der Agitation der Partei Der Dritte Weg/Der III. Weg. Dabei traten typisch rechtsextremistische Argumentationsmuster hervor. Bezüge zum Nationalsozialismus zeigten sich anlässlich des „Heldengedenkens" am ehemaligen Grab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess in Wunsiedel (Bayern).

Da die (Sicherheits-)Behörden – soweit rechtlich möglich – alle Anstrengungen unternehmen, um rechtsextremistische Konzerte in Hessen zu unterbinden, fand auch im Berichtsjahr keine entsprechende Veranstaltung in Hessen statt. Konzerte dienen sowohl als zentrale Anlaufstelle innerhalb der rechtsextremistischen Szene als auch als Scharnier zu Jugendlichen, die (noch) außerhalb des Rechtsextremismus stehen. Die Mobilisierungskraft, die rechtsextremistische Musik und das damit verbundene Lebensgefühl auf manche Jugendliche und auch Erwachsene nach wie vor ausüben, zeigte sich bei der Veranstaltung „Rock gegen Überfremdung II". Nachdem im Jahr 2016 das „Rocktoberfest" etwa 5.000 Rechtsextremisten mobilisierte, kamen im Berichtsjahr etwa 6.000 Besucher aus dem In- und Ausland zu dieser bislang größten rechtsextremistischen Konzert- und Rednerveranstaltung in Deutschland, die in Themar (Thüringen) stattfand.

Die der rechtsextremistischen Ideologie eigene Gewaltorientierung, die sich insbesondere in Hass und Gewalt gegenüber Flüchtlingen und Asylbewerbern manifestiert, birgt die Gefahr schwerer

staatsgefährdender Gewalttaten. Dabei kann diese Gewaltorientierung bis zum Rechtsterrorismus führen. Die Beobachtung rechtsextremistischer Gewaltpotenziale, deren Herausbildung eine virulente Gefahr darstellt, ist eine herausragende Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Das folgende Ereignis im Berichtszeitraum verdeutlicht die Virulenz dieser Gefahr:

Das Oberlandesgericht (OLG) München verurteilte am 15. März vier Angeklagte wegen Gründung und Mitgliedschaft in der terroristischen Vereinigung Oldschool Society (OSS) zu Freiheitsstrafen zwischen drei und fünf Jahren. Die OSS-Mitglieder hatten rassistische, antisemitische und antimuslimische Ziele verfolgt und planten Sprengstoffanschläge auf Ausländer bzw. Asylbewerberunterkünfte.

**Reichsbürger und Selbstverwalter |** Unter der Bezeichnung Reichsbürger und Selbstverwalter beobachten die Verfassungsschutzbehörden seit dem 22. November 2016 Gruppierungen und Einzelpersonen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen das Grundgesetz, die Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem, die Staatsorgane und die demokratisch gewählten Repräsentanten nicht anerkennen.

Reichsbürger sind der irrigen Auffassung, dass das Deutsche Reich weiterhin besteht; Selbstverwalter hängen der abwegigen Meinung an, in einem von der Bundesrepublik Deutschland völlig unabhängigen, eigenen Hoheitsgebiet zu leben. Beide Strömungen betrachten sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend und sind in hohem Maße bereit, gegen Gesetze zu verstoßen. Zu etlichen Personen lagen den Behörden Erkenntnisse zu Gewaltdelikten und Straftaten vor. Eine hohe zweistellige Zahl der in Hessen im Berichtsjahr bekannten 1.000 Reichsbürger und Selbstverwalter besaß eine waffenrechtliche Erlaubnis, etwa die Hälfte von ihnen war tatsächlich im Besitz von Waffen. Verfügen die Behörden über extremistische Erkenntnisse in Bezug auf diese Personen, wird der Widerruf waffenrechtlicher Erlaubnisse geprüft und gegebenenfalls vollzogen. Unter den Reichsbürgern und Selbstverwaltern befanden sich auch Rechtsextremisten, in einzelnen Fällen Antisemiten, die den Holocaust leugneten.

**Linksextremismus |** Die Vorgehensweisen linksextremistischer und insbesondere autonomer Gruppierungen werden exemplarisch in der direkten Auseinandersetzung mit dem „politischen Feind" sichtbar. Hier wird auch deutlich, dass Linksextremisten für sich beanspruchen, festzulegen, wer „faschistisch" ist und wer nicht. Diese Vereinnahmung der Deutungshoheit führt im Ergebnis zu einer Polarisierung in der öffentlichen Wahrnehmung von politischer Betätigung (Schwarz-Weiß-Denken). Es finden wiederholt Angriffe auf Grundrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung statt. Dies geschieht unabhängig davon, wie letztlich die Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden die Gruppierungen und Organisationen bewerten, denen diese Angriffe gelten. Im Berichtsjahr war erneut die Alterna-

tive für Deutschland (AfD) als zentraler „faschistischer" Feind im Visier von Linksextremisten. Aus ihrem „antifaschistischen" Kampf leiten sie die Legitimation ab, Straf- und Gewalttaten zu verüben. So wurde von dem autonomen Bündnis Antifa United Frankfurt (AUF) die Kampagne „make racists afraid again! Kampagne gegen Naziterror und Rassismus" ins Leben gerufen. Laut AUF sei es deren Ziel, Nazis in ihrem Umfeld zu outen, AfD-Veranstaltungen zu verhindern und dafür zu sorgen, dass sich Rassisten nicht mehr in ihre Stammkneipe trauen. Verstärkt wurde das Aktionsniveau durch den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017, zu der auch die AfD angetreten war.

Die Proteste anlässlich des Gipfels der Gruppe der 20 (G20) am 7. und 8. Juli in Hamburg waren bundesweit das herausragende Thema der linksextremistischen Szene und wurden von ihr als Erfolg gewertet. Es fanden zahlreiche Protestaktionen mit insgesamt mehreren zehntausend Teilnehmern statt, unter ihnen etwa 8.000 gewaltbereite Linksextremisten, aus deren Reihen es insbesondere zwischen dem 6. und 8. Juli zu schwersten gewalttätigen Ausschreitungen kam. Eine klare Distanzierung von den Gewaltexzessen gab es kaum, zumal die Szene Gewalt generell als legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung betrachtet. Die gewalttätigen Protestaktionen zeigten erneut, dass die autonome Szene auf logistische Strukturen zurückgreifen kann, die ihr zum Teil vergünstigt zur Verfügung gestellt werden. Als Reaktion auf die Ereignisse entstand in Politik und Medien eine Debatte über ein verschärftes Vorgehen gegen linksextremistische Strukturen. In den Fokus der Diskussionen rückte vor allem der Umgang mit linksextremistischen Szeneobjekten, aber auch das im August bekanntgegebene Verbot der wichtigsten linksextremistischen Internetplattform, linksunten.indymedia.org, fand bundesweit Aufmerksamkeit.

**Bundestagswahl: Wahlergebnisse von Rechts- und Linksextremisten |** Nach einem überwiegend regional begrenzten und zeitweise mit der Unterstützung von Bundesvorstandsmitgliedern geführten Wahlkampf erzielte die NPD gemäß dem Endergebnis bundesweit 0,4 Prozent (= 176.020 der Zweitstimmen) und verlor damit gegenüber der Wahl 2013 0,9 Prozentpunkte.

Auch linksextremistischen Parteien gelang keine größere Mobilisierung von Wählern. In absoluten Zahlen konnten die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) und die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) allerdings einen, teilweise erheblichen, Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Sozialistische Gleichheitspartei (SGP) kandidierte lediglich mit einer Direktkandidatin im Wahlkreis 182 (Frankfurt am Main I). Vor allem die MLPD konnte ihr Erststimmenergebnis durch zahlreiche Direktkandidaten erheblich verbessern. Innerhalb des gesamten Parteienspektrums bleiben die linksextremistischen Parteien dennoch nahezu bedeutungslos.

**Islamismus/Salafismus |** Die terroristische Vereinigung Islamischer Staat (IS) verlor in einer Reihe empfindlicher mili-

tärischer Niederlagen weiter an Territorium in Syrien und im Irak. Besonders der Fall der für den IS überaus bedeutsamen Städte Raqqa (Syrien) und Mossul (Irak) markierte den Niedergang des im Jahr 2014 ausgerufenen „Kalifats". Gegen Ende des Berichtsjahrs verfügte der IS nur noch über etwa ein Zehntel seines ursprünglichen Gebiets. Verbliebene IS-Anhänger gingen in den Untergrund oder setzten sich in Staaten ab, in denen IS-nahe Gruppen oder Ableger der Terrororganisation existierten. Dass die Gefahr jihadistisch motivierter Anschläge aufgrund des weitgehenden Zerfalls des IS abnimmt, ist jedoch nicht zu erwarten. Solange jihadistische Gruppierungen wie der IS für andere Jihadisten ihre ideologische Anziehungskraft und operative militärische Fähigkeit behalten, bleibt die latente Anschlagsgefahr für Deutschland und andere Länder bestehen. Vor diesem Hintergrund verfolgten Anhänger und Sympathisanten der jihadistischen Szenen in Hessen die Entwicklungen im weltweiten Jihadismus. Mit dem sich abzeichnenden Ende des IS-„Kalifats" erlosch für zahlreiche Jihadisten und ihnen nahestehende Personen vorerst die Utopie eines islamischen Gemeinwesens. Ungeachtet dessen blieben sie weiterhin von der dem gewaltsamen Jihad zugrunde liegenden Ideologie überzeugt. Die Gefahr von terroristischen Anschlägen in Deutschland und Europa ist daher anhaltend hoch.

Zum Ende des Jahres 2017 lagen den hessischen Sicherheitsbehörden Erkenntnisse zu ca. 140 Islamisten aus Hessen vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen.

Im Bereich des politischen Salafismus fanden seit dem Frühjahr Verteilaktionen des da'wa-Projekts „We Love Muhammad" in Frankfurt am Main statt. Dabei wurden Biografien des Propheten Mohammad (arab. *sira*) in deutscher Sprache, Hörbücher und Visitenkarten, die für eine App werben, kostenlos angeboten.

Mit Verfügung vom 16. März verbot der Hessische Minister des Innern und für Sport den Almadinah Islamischen Kulturverein e. V. in Kassel. Die Aushändigung der Verbotsverfügung an die Mitglieder des Vereins durch Beamte des Polizeipräsidiums Nordhessen am 23. März war verbunden mit Durchsuchungsmaßnahmen von Objekten des Vereins und seiner Mitglieder.

Die Anhänger der Muslimbruderschaft (MB) in Hessen solidarisierten sich mit den unter staatlicher Repression stehenden MB-Funktionären in Ägypten. Für deutlich größere Emotionalität in der hiesigen Szene sorgte indes die Schließung der Al-Aqsa Moschee in Jerusalem (Israel). Die Organisationen der MB in Deutschland, insbesondere die Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD) und das Europäische Institut für Humanwissenschaften in Deutschland e. V. (EIHW), versuchten, durch soziales Engagement und Bildungsangebote ihre Anhängerschaft zu erweitern.

Der Saadet Partisi Landesverband Hessen (SP, Partei der Glückseligkeit) führte – wie in der Vergangenheit – wieder zahlreiche Veranstaltungen durch und war in der Betreuung seiner Mitglieder aktiv. Durch ihr zielgerichtetes und weitreichendes Veranstaltungsangebot gelang es der SP in Hessen, ihren Nachwuchs an die Organisation zu binden und deren Einbindung in das vorhandene Gemeinschaftsgefüge zu stärken. Dabei zeigten Gastauftritte türkischer SP-Funktionäre, wie sehr die türkische Mutterpartei SP-Strukturen im Ausland unterstützte.

Die Ismail Aĝa Cemaati (IAC, Ismail-Aĝa-Gemeinschaft) war in Hessen unverändert aktiv, jedoch ohne Aussicht auf eine baldige Rückkehr ihres im Jahr 2015 aus Deutschland ausgewiesenen Oberhaupts, das sich in der Türkei aufhielt.

Für die hessischen Vereine der Türkischen Hizbullah (TH) war die am 16. April ausgerichtete jährliche Europaveranstaltung der TH, die zum zweiten Mal in Folge in Hofheim am Taunus (Main-Taunus-Kreis) mit mehreren hundert Teilnehmern aus dem In- und Ausland stattfand, das bedeutendste Ereignis. Die Kinder- und Jugendarbeit wurde in den hessischen TH-Vereinen wie in den vergangenen Jahren erfolgreich vorangetrieben. Daneben wurden auch aufwändige Wohltätigkeitsveranstaltungen für TH-nahe Organisationen durchgeführt.

**Extremismus mit Auslandsbezug |** Die zentrale Großveranstaltung im Spektrum der mit einem Betätigungsverbot belegten Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans), das Newroz-Fest, fand im Berichtsjahr in Hessen statt. An der Veranstaltung am 18. März in Frankfurt am Main nahmen rund 30.000 Anhänger teil. Im Vorfeld der Veranstaltung war durch das Bundesministerium des Innern die Liste der verbotenen PKK-Symbole erweitert worden. Bereits im Februar startete in Deutschland die sogenannte Azad-Bike-Kampagne („Mach frei"). Sie stand im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Verhaftung/Inhaftierung Abdullah Öcalans (15. Februar 1999). Die Kampagne wurde später im Gesamtzusammenhang der aktuellen Thematik „Freiheit für Kurdistan" weiter fortgeführt. Die Sorge um den Gesundheitszustand Öcalans bestimmte in der zweiten Jahreshälfte maßgeblich das Demonstrationsgeschehen der PKK in Hessen. Die örtlichen PKK-nahen Vereine führten im Oktober zahlreiche Veranstaltungen in hessischen Innenstädten durch.

Die Rekrutierung kurdischer Jugendlicher zu politischen oder militärischen Ausbildungszwecken ist seit Jahren gängige Praxis innerhalb der PKK bzw. ihrer Jugendorganisation Ciwanên Azad. Seit 2013 sind auch Ausreisefälle kurdischer Jugendlicher zum Einsatz mit den kurdischen Peschmerga – unter Beteiligung der PKK – gegen den IS in Kobane (Syrien) und in Sengal (Irak) zu beobachten. Auch in Hessen gab es seither mehrere solcher Fälle.

Die Anhänger der Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (DHKP-C, Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front) waren in Hessen kaum organisiert. Dennoch kam es in Frankfurt am Main und in Darmstadt regelmäßig zu Veranstaltun-

gen, die der DHKP-C zugerechnet werden können. Die zum Propagandanetzwerk der DHKP-C gehörende türkische Musikgruppe Grup Yorum trat anlässlich ihres sechsten großen Europakonzertes am 17. Juni bei dem von ca. 2.000 Teilnehmern besuchten „Fest der Völker" in Fulda (Landkreis Fulda) auf.

**Flüchtlinge im Visier von Extremisten |** In Hessen gab es im Berichtszeitraum sieben (2016: 25) Straftaten, die sich gegen Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte richteten; diese entfielen alle auf den Bereich Politisch Motivierte Kriminalität (PMK) – rechts –. Die Anzahl der Straftaten gegen Asylbewerber und Flüchtlinge belief sich auf 50 (2016: 72), davon entfielen 46 (2016: 67) auf den Bereich PMK – rechts –. Gegen Hilfsorganisationen sowie ehrenamtliche und freiwillige Helfer waren zwei Straftaten zu verzeichnen (2016: 3), davon entfiel eine (2016: 2) auf den Bereich PMK – rechts –. Die Zahl dieser Straftaten lag somit auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau bei sinkender Tendenz.

Auch im Berichtsjahr bildeten die Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik zentrale Themen in der rechtsextremistischen Agitation in Hessen. Mit der Angst vor „kultureller Überfremdung" sollten Ressentiments und Ängste in der Bevölkerung geschürt werden. Diese fremdenfeindliche Agitation birgt das Risiko, dass sich Einzelpersonen und Gruppierungen radikalisieren, was zum Begehen schwerster Straftaten führen kann.

Das Themenfeld „Antirassismus" bleibt für Linksextremisten grundsätzlich ein wichtiger Aktionsbereich. Allerdings beschränkten sich solche Aktivitäten im Berichtsjahr weitgehend auf lokale oder regionale Projekte. Größere Bedeutung gewannen die begonnenen Rückführungen von Geflüchteten in ihre Heimatländer. Deswegen kam es zu demonstrativen Aktionen, die friedlich verliefen. Die 2016 festgestellten Bemühungen von PKK-Anhängern, Flüchtlinge für ihre Sache zu gewinnen, konnten im Berichtsjahr nicht mehr beobachtet werden. Dahingegen nahmen Islamisten weiterhin – überwiegend zum Zweck der Missionierung – Kontakt zu Flüchtlingen auf. Hierbei handelte es sich um Fälle, in denen unter anderem auch – zum Beispiel über Unterstützungs-, Hilfeleistungen oder Zuwendungen – versucht wurde, die Notsituation der Flüchtlinge für islamistische Interessen zu nutzen. Dabei ging es sowohl um den Ausbau der jeweiligen Mitgliederbasis durch Werbungs- und Rekrutierungsmaßnahmen als auch um Indoktrinierung von Flüchtlingen unter dem Deckmantel der humanitären Hilfe.




# Rechtsextremismus

## Merkmale

**Das deutsche Volk als höchster Wert |** Rechtsextremisten lehnen die freiheitliche demokratische Grundordnung der Bundesrepublik Deutschland ab und bekämpfen sie zum Teil mit Gewalt. Sie verfolgen extremistische Bestrebungen in unterschiedlichen Formen. Das deutsche Volk stellt für alle Rechtsextremisten den höchsten Wert dar. Sie ordnen die Rechte und Freiheiten anderer Völker und Nationen wie auch die des einzelnen Menschen diesem Nationalismus unter. Nach ihren Vorstellungen hat der Einzelne im Sinne eines völkischen Kollektivismus seinen Wert nur durch die Zugehörigkeit zum Volk, das heißt durch eine bestimmte Herkunft.

**„Ethnopluralismus" |** Teile des Rechtsextremismus, vor allem die IB, propagieren das Konzept des „Ethnopluralismus" und behaupten in einer verschleiernden Sprache, dass sie für die Vielfalt der Völker einstehen würden. In Wirklichkeit zielt dieses Konzept auf einen strikten Nationalismus, der „fremde" Menschen ausgrenzt und dadurch Fremdenfeindlichkeit provoziert. Der „Ethnopluralismus" beschreibt die Unterschiede zwischen den Völkern und meint damit letztlich die homogene nationale Identität der eigenen Ethnie.

**Ideologie der Ungleichheit |** Rechtsextremisten vertreten somit eine Ideologie der Ungleichheit, die in vielfacher Hinsicht den Prinzipien der freiheitlichen demokratischen Grundordnung widerspricht. An die Stelle demokratischer Entscheidungsprozesse wollen Rechtsextremisten einen autoritären (Führer-) Staat setzen, in dem nur der angeblich in sich einheitliche Wille der „Volksgemeinschaft" herrscht.

**„Kampf um die Parlamente" und „Kampf um die Straße" |** Ihre Ziele verfolgen Rechtsextremisten auf unterschiedliche Art und Weise. Rechtsextremistische Parteien treten zu Wahlen an und versuchen, sich der demokratischen Strukturen zu bedienen, um diese letztlich abzuschaffen. Demgegenüber setzen Neonazis vor allem auf den „Kampf um die Straße". Sie versuchen, durch öffentlichkeitswirksame Aktionen sowohl im Internet als auch in der „realen" Welt Aufmerksamkeit zu erzielen und ihre Propaganda zu verbreiten.

## Personenpotenzial[1]

Die Gesamtzahl der Rechtsextremisten in Hessen stieg gegenüber dem Vorjahr an. Im Wesentlichen ist dies der besseren Erkenntnislage zu Rechtsextremisten unter Reichsbürgern und Selbstverwaltern zuzuschreiben.

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **in Parteien** | | | |
| Hessen | 275 | 265 | 260 |
| Bund | 6.050 | 6.550 | 6.650 |
| **davon in der Partei** | | | |
| **NPD** | | | |
| Hessen | 250 | 250 | 250 |
| Bund | 4.500 | 5.000 | 5.200 |
| **Der Dritte Weg** | | | |
| Hessen | 15 | 15 | 10 |
| Bund | 500 | 350 | 300 |
| **DIE RECHTE** | | | |
| Hessen | 10 | – | – |
| Bund | 650 | 700 | 650 |
| **in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen[2]** | | | |
| Hessen | 650 | 510 | |
| Bund | 6.300 | | |
| **weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial[2]** | | | |
| Hessen | 540 | 560 | |
| Bund | 12.900 | | |
| **Gesamtzahl der Rechtsextremisten (nach Abzug von Mehrfachmitgliedschaften)** | | | |
| Hessen | 1.465 | 1.335 | 1.310 |
| Bund | 24.000 | 23.100 | 22.600 |
| **Davon gewaltorientiert** | | | |
| **Hessen** | **670** | **650** | **400[3]** |
| **Bund** | **12.700** | **12.100** | **11.800** |

[1] Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

[2] Im Jahr 2017 wurde das Personenpotenzial bundesweit neu kategorisiert. Unter **in parteiunabhängigen bzw. parteiungebundenen Strukturen** sind in Hessen vor allem die Neonazis sowie die IB zu fassen. Unter **weitgehend unstrukturiertes rechtsextremistisches Personenpotenzial** fällt z. B. die subkulturelle Musikszene. Für Hessen wurden die Zahlen rückwirkend für 2016 ermittelt.
Bis 2015 wurde bei der Darstellung des hessischen Personenpotenzials die Anzahl der gewaltbereiten Rechtsextremisten ausgewiesen. Ab 2016 wird nunmehr die Anzahl gewaltorientierter Rechtsextremisten angegeben. Der Oberbegriff „gewaltorientiert" beinhaltet gewalttätig, gewaltbereit, gewaltunterstützend und gewaltbefürwortend.

# Parteiunabhängige bzw. parteiungebundene Strukturen

## Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)/Identitäre Bewegung Hessen (IBH)

### Definition/Kerndaten

**Die IBD ist innerhalb des Rechtsextremismus ein relativ neues Phänomen, das sich „modern", „intellektuell" und aktionsorientiert präsentiert. Typisch rechtsextremistische bzw. nationalsozialistische Begriffe wie etwa „Volksgemeinschaft" und „Rasse" gehören nicht zum Vokabular der IBD, stattdessen verwendet sie „Identität" und „Ethnie" als Chiffren. Hierdurch versucht die IBD mittels ihrer Selbstdarstellung in den sozialen Medien und mit Hilfe medienwirksamer Aktionen vor allem internetaffine Jugendliche und junge Erwachsene zu gewinnen, um eine neue völkische Jugendkultur bzw. politische Strömung zu etablieren. Vor allem über die direkte Kommunikation in den sozialen Medien versucht sie, Begriffe und Inhalte neu und scheinbar unverfänglich zu definieren und damit auch Personen außerhalb der rechtsextremistischen Szene zu erreichen. So sagte ein Vertreter der Identitären Bewegung (IB): „Wir haben die Gesetze des Marketings, der Sozialen Medien, und des Gesellschaftsspektakels verstanden. Wir gießen diese Erkenntnisse in überraschende, aber verständliche Aktionen. Wir sprechen die Sprache der Jugend und erzeugen die Bilder, die die Mediengesellschaft versteht". (Schreibweise wie im Original.)**

| | |
|---|---|
| Bundesvorsitzender: | **Daniel Fiß** (Mecklenburg-Vorpommern) |
| Angehörige: | In Hessen etwa **80**, bundesweit etwa **500** |
| Medien : | **Internetpräsenzen, Publikation Identitärer Aktivist** |

*Logo der Identitären Bewegung Deutschland*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Wie im Jahr 2016 nahmen sowohl bundes- als auch hessenweit die Aktivitäten der IB im Berichtsjahr zu. Sie versuchte größtmögliche mediale und öffentliche Aufmerksamkeit zu erringen. In einem Interview sagte ein führender Angehöriger der Identitären Bewegung: „Wir sind kreativ, dynamisch und überraschend. […] Wir adaptieren Aktionen der Studentenbewegung oder von Greenpeace: Begrenzte Regelübertretung, ziviler Ungehorsam, Überraschungsmoment und ja, auch Spaßaktionen. Letztere haben ein enormes Potential, denn nichts hat die linke Multikulti-Schickeria weniger als Humor". Über die einzelnen Aktionen veröffentlichte die IBD Berichte mit Fotos bzw. Videos auf ihrem Facebook-Profil. Auf diese Weise versuchte sie nicht nur neue Angehörige zu werben, sondern auch die eigenen Aktivisten zu motivieren. So hieß es in einem Beitrag der IBH auf Facebook: „Wenn einheimische Frauen vor vermeintlichen Flüchtlingen fliehen müssen, dann ist das die vorhergesehene Folge einer völlig verfehlten Politik der Massenmigration zum Zweck des ›Großen Austauschs‹. Wehre auch DU Dich und komm in (die) Bewegung!"**

**Jugendliche und junge Erwachsene als Zielgruppe |** Thematisch konzentrierte sich die IBH auf ihrer Facebook-Seite auf den Protest gegen die Migrations- und Asylpolitik. Wie in den Vorjahren brachte die IBH Banner und Plakate an, unter anderem in Frankfurt am Main, Gießen (Landkreis Gießen), Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Kassel sowie im Lahn-Dill-Kreis.

Ende Mai führte die IBH anlässlich des Schlossgrabenfestes in Darmstadt eine Banneraktion unter dem Motto „Schlossgrabenfest 2017 – Feiern unter Polizeischutz, offener Grenzen sei Dank" durch.

Am 28. Juli ließ die IBH-Ortsgruppe Kassel gemeinsam mit der Regionalgruppe Thüringen rund 200 schwarze und gelbe Luftballons als „Zeichen gegen die Instrumentalisierung der documenta14" an der Orangerie und am Schlosspark Wilhelmshöhe in Kassel steigen. An den Ballons waren Flyer bzw. Stellungnahmen der IBH zur documenta14 angebracht, „deren politisch abgerichtete Kunst die Zerstörung unserer Identität zelebriert". Hiermit widersetze sich die IB der

*„gescheiterten Agenda einer multikulturellen Gesellschaft, die vor allem den Völkern der abendländischen Welt trotz allem offenkundigen Misslingens aufgezwungen werden soll."*

Mitte August führte die IBH eine „Pantomime" unter dem Motto „Das Schweigen der Lämmer" anlässlich der documenta in Kassel auf. Auf der Facebook-Seite der IBH hieß es hierzu:

*„Unser Straßentheaterstück stellt in starker Symbolsprache dar, was eine Politik der offenen Grenzen und der massenhaften Migration für Deutschland bedeutet. Das Volk wird ausgeblutet – und schweigt!"*

Die Inschrift am Kasseler Fridericianum „Being safe is scary" kritisierte die IBH als das

*„immer gleiche Narrativ, demzufolge Migration immer und uneingeschränkt positiv ist, selbst wenn immer mehr Menschen Mord, Raub, Vergewaltigung und Körperverletzung durch Migranten zum Opfer fallen – Menschen, die wie Schafe auf dem Altar der politschen Korrektheit geopfert werden."* (Schreibweise wie im Original.)

Weitere symbolische Aktionen führte die IBH am 20. August in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) unter dem Motto „Terror als Normalzustand? Nicht mit uns!" und am 17. September in Fulda (Landkreis Fulda) unter dem Motto „Wer sind die nächsten Opfer, Frau #Merkel?" durch. Eine ähnliche Aktion fand im Dezember in Frankfurt am Main statt. Hierbei stellten IBH-Angehörige weiße Kreuze und Grablichter auf. Zu der Aktion in Marburg hieß es auf Facebook: „Wir werden den Terror und dessen Verharmlosung nicht hinnehmen. Wir sind die letzte wehrhafte Generation Europas". Ihre Aktion in Fulda begründete die IBH unter anderem mit der angeblichen „Selbstaufgabe der eigenen Werte, wie es mit der zunehmenden Islamisierung geschieht". Anlässlich des Jahrestags des Terroranschlags auf einen Berliner Weihnachtsmarkt brachten IBH-Angehörige in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) Banner an einem Einkaufszentrum an, um der Angehörigen und der Verletzten zu gedenken, was Politiker „ein Jahr lang nicht für nötig befunden" hätten: „Sie sind Opfer zweiter Klasse in den Augen unserer Politiker! An den Händen Merkels klebt ihr Blut".

Darüber hinaus brachten IB-Aktivisten in Wiesbaden, Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und im Lahn-Dill-Kreis Aufkleber an und verteilten Flugblätter in Marburg und Frankfurt am Main. Außerdem veranstaltete die IBH verschiedene Stammtischtreffen.

Aktivisten aus Hessen beteiligten sich auch an besonders medien- und öffentlichkeitswirksamen Aktionen der IBD:

Am 19. Mai versuchten in Berlin etwa 50 IB-Aktivisten in das Bundesministerium der Justiz und für Verbraucherschutz zu gelangen, was die Polizei jedoch verhinderte. Vor dem Gebäude zeigten die Aktivisten Banner mit den Aufschriften „Zensurministerium" sowie „Alles schon vergessen? Gegen Zensur und Meinungsverbote" und schwenkten Fahnen der IBD. Der Protest richtete sich gegen den Entwurf des Gesetzes zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (NetzDG). Die IBD sprach auf Facebook von einem „Netzwerkdurchsuchungsgesetz", das als „trojanisches Pferd für eine massive Meinungseinschränkung" dienen solle.

Gleichfalls in Berlin führten am 17. Juni Regionalgruppen der IBD und ausländische Aktivisten der IB eine Demonstration unter dem Motto „Zukunft Europa" in Berlin durch, an der zeitweise etwa 850 Personen teilnahmen. Aufgrund mehrerer Blockaden durch Gegendemonstranten wurde der Aufzug nach mehreren hundert Metern abgebrochen.

Auf Facebook charakterisierte die IBD den Berliner Wedding, wo die Demons-tration stattgefunden hatte, als einen Stadtteil,

*„in dem der Anteil von Ausländern und Menschen mit Migrationshintergrund nahezu 84,5 Prozent beträgt. Hier manifestiert sich der Große Austausch, der von den Etablierten geleugnet, aber immer sichtbarer wird".*

Anfang August startete die IB im Rahmen ihrer Kampagne „Defend Europe" vor der libyschen Küste ihre erste „Mission" gegen angebliche „Schlepperaktivitäten" von Nichtregierungsorganisationen (NGO), deren Ziel es war, Flüchtlinge aus dem Meer zu retten. Für ihre Kampagne hatte die IBD ein Schiff angemietet, das sich mehrere Wochen im Mittelmeer aufhielt. Mit ihrer Kampagne wollte die IB den „NGO-Wahnsinn" beenden und die „mögliche Zusammenarbeit mit den Schleppern" dokumentieren. Die IB-Aktivisten, die unter anderem aus Deutschland kamen, beendeten ihre Aktion am 17. August.

**Klage gegen Beobachtung durch den Verfassungsschutz |** Am 28. September veröffentlichte die IBD auf ihrer Facebook-Seite einen Beitrag, wonach sie „im Rahmen ihrer ‚Verfassungsschützer'-Kampagne dem Bundesminister des Innern […] eine Unterlassungsklage zugestellt und weitere optionale gerichtliche Schritte angekündigt" habe. Darin habe sie den Innenminister aufgefordert, die

*„weitere Beobachtung der Identitären Bewegung einzustellen und die Nennung in den jährlichen Verfassungsschutzberichten zu unterlassen. Das gleiche gilt für öffentliche Äußerungen, in denen die Identitäre Bewegung als ‚rechtsextrem' bezeichnet wird. Denn nichts davon basiert auf einer validen Argumentationsgrundlage."*

Die IBD hatte bereits zuvor angekündigt, gegen die Verfassungsschutzbehörden zu klagen und für diese Kampagne eine eigene Homepage eingerichtet.

**Neue Publikation Identitärer Aktivist |** Im Juni brachte die IBH erstmals ihre Publikation Identitärer Aktivist heraus, die im Berichtszeitraum in insgesamt drei Ausgaben erschien. Das Redaktionsteam verfolgte damit drei Ziele:

- *„Einen kleinen Einblick in unsere politische Arbeit als am schnellsten wachsende Jugendbewegung Europas zu geben."*
- *„Die Meinungsvielfalt an Universitäten und Fachhochschulen wieder in ein Gleichgewicht zu bringen."*
- *„Nach und nach an allen hessischen Schulen patriotische Schüler zu erreichen."*

**Rechtsextremistisches Merchandising |** Darüber hinaus bot die IBD, um Jugendliche und junge Erwachsene als Zielgruppe zu erreichen, über eigene Online-Versandhäuser Material für den „patriotische[n] Aktivist[en]" an. Das Warenangebot umfasste unter anderem T-Shirts, Aufkleber („Revolte gegen den großen Austausch", „Multikultur ist eine Lüge!") und Flugblätter.

## Entstehung/Geschichte

Die IBD gründete sich im Oktober 2012 als Facebook-Gruppe und erhielt in kürzester Zeit große Zustimmung. Die Anzahl der Likes im Internet stieg von rund 1.600 Ende 2012 auf mehr als 64.000 Anfang 2018. Die IBD sieht sich als Ableger der Identitären Bewegung Österreich (IBÖ), die wiederum aus dem 2003 in Frankreich entstandenen Bloc Identitaire – Le mouvement social européen, der späteren Génération Identitaire (GI), hervorgegangen war.

Die Anhänger der IB in Deutschland wurden zunächst „virtuell" im Internet, dann aber auch zunehmend „real" aktiv, indem sich regionale Gruppen bildeten. Anfang Dezember 2012 fanden sich deutsche Anhänger der IB zu ihrem ersten bundesweiten, konstituierenden Treffen in Frankfurt am Main zusammen, unter ihnen auch Vertreter aus Österreich und Italien. Zu der Veranstaltung wurden im Internet unter anderem folgende plakative programmatische Schlagworte veröffentlicht:

*„Europa steht auf dem Spiel. Keine Kinder. Massenzuwanderung. Dekadenz & Kulturverfall. Islamisierung. Selbsthass. Fremdenliebe. Wirtschaftskrise. Asylbetrug. Rechtsfreie Räume. Scharia-Zonen. Migrantengewalt. Political Correctness. Wenn wir jetzt nichts tun, waren wir die letzte freie Generation Europas. Wir müssen jetzt handeln! Reconquista oder Eurabia."*

In Hessen trat die IB seit Ende 2012 mit Plakat- und Aufkleberaktionen öffentlich in Erscheinung. Im April 2014 fand in Fulda (Landkreis Fulda) ein Treffen statt, das der weiteren Vernetzung diente. In der Folge gründete sich im Mai 2014 in Nordrhein-Westfalen der Verein Identitäre Bewegung Deutschland e. V. mit dem Ziel, die

*„Identität des deutschen Volkes als eine eigenständige unter den Identitäten der anderen Völker der Welt zu erhalten und zu fördern. Er widersetzt sich insbesondere der fortschreitenden Globalisierung und der Verdrängung der deutschen Identität aus immer mehr Bereichen des öffentlichen und privaten Lebens."*

## Ideologie/Ziele

Die IB stellt sich in ihrer Ideologie gegen den Gleichheitsgedanken des Grundgesetzes. „Kulturfremde" Einflüsse hält sie für schädlich; Folge ihrer politischen Bestrebung ist letztlich Ausgrenzung.

**Politische Eckpunkte |** Auf ihrer Internetseite definiert die IBD vier „Säulen unserer politischen Arbeit": „Metapolitik", „Aktivismus", „Gemeinschaft", „Ausbildung". Unter „Metapolitik" versteht die IBD den „Kampf um Begriffe, um das Sagbare, letztlich auch um das Denken". Damit versucht die IBD „jene Europäer" zu gewinnen, die das „Establishment" angeblich längst vergessen habe: „Jugendliche ohne Migrationshintergrund".

Da „materielle Werte" zu wenig Sinn stifteten, so die IBD, sei es ihr Ziel, „echte Gemeinschaften" zu etablieren. Außerdem wolle sie „tiefgründige Analysen

und Lösungen zu aktuellen gesellschaftspolitischen Entwicklungen" liefern.

**„Metapolitik" |** In einer Kulturrevolution, so die IBD in dem Internet-Beitrag „Metapolitische Räume – Macht und Moral", sei es der „68er Bewegung und dem akademischen Überbau der Frankfurter Schule" gelungen, die „konservativen Wurzeln" Nachkriegsdeutschlands („Familie als Keimzelle des Volkes", „Sittlichkeit und Anstand") „aus dem Boden zu reißen". Aus einer „rein subjektivistischen Perspektive" hätten die „68er" damals wie heute für eine bessere und gerechtere Gesellschaft gefochten – auf der „grundideologischen Basis […], dass das Subjekt nicht in eine höhere Ordnung eingebunden sei". Damit seien eine „politische Moralblase" und die linksliberale Ideologie einer „Konsenskultur" geschaffen worden. Nun allerdings bekomme, so die IBD, die „illusorische Traumblase der Linken zunehmend Risse", da Vorstellungen und reale Ereignisse auseinanderklafften.

Die „Neue Rechte", so die IBD, müsse „linke Dogmen" nicht nur widerlegen, sondern einen „moralischen Gegenentwurf zeichnen":

*„Eine Gemeinschaft muss auf mehr aufbauen als nur auf Verfassungsgarantien und abstrakten Menschenrechten. Sie braucht einen gemeinsamen Identitätsrahmen, der sich aus der geschichtlichen Kontingenz ableitet und dabei auf einem ethnokulturellen Fundament aufbaut."*

Vor diesem Hintergrund betont die IBD die dominierende Bedeutung von Abstammung und Identität und befindet sich damit in der Nähe zur völkischen Ideologie von Rechtsextremisten. Das Subjekt, das heißt den Menschen, nimmt die IBD nicht primär in seiner Individualität, sondern vorrangig in Bezug auf seine ethnische Herkunft und seine Eingebundenheit in die „Gemeinschaft" wahr.

**„Großer Austausch" |** Mit dem Begriff „Großer Austausch" bezeichnet die IBD die „Tendenz einer schrittweisen Verdrängung der einheimischen Bevölkerung zugunsten fremder und zumeist muslimischer Einwanderer". In einer Internet-Veröffentlichung „Was heißt für euch eigentlich ‚Identität'?" definiert die IBD dagegen als „kollektives Merkmal unserer Identität" den „ethnokulturelle[n] Aspekt, der für uns den Kern des politischen Handelns darstellt":

*„Wir glauben, dass sich jedes Volk dieser Erde durch seine besondere Verschiedenheit auszeichnet und in seiner Lebensart, seinen Wertvorstellungen, seiner Kultur, Herkunft, Religion und seinen sozialen Praktiken immer etwas Einzigartiges ist. Jedes Volk hat demnach auch das Recht, diese Eigenschaften und Merkmale seiner ethnokulturellen Identität zu bewahren und zu verteidigen. Genau diese Bewahrung fordern wir auch für unsere eigene deutsche und europäische Identität ein".*

**„Ethnokulturelle Gemeinschaft" |** Nur wer ein „ehrliches und aufrechtes Verhältnis von sich selbst und dem Eigenen" definiere, könne „gleichzeitig dem Anderen offen und anerkennend in der Verschiedenartigkeit begegnen".

Diese „inhaltliche Positionierung" erteile, so die IBD,

*„jeglichem Rassismus und Chauvinismus eine klare Absage, da es uns stets um die Betonung des Rechts auf Bewahrung der Identität für jedes Volk und jede Kultur geht und wir eine qualitative Auf- oder Abwertung einer bestimmten ethnokulturellen Gemeinschaft klar ablehnen. Wir wollen daher auch die Identität des deutschen Volkes in ihrer Besonderheit neben den vielen weltweit nebeneinanderstehenden Völkern in ihrer jeweiligen Einzigartigkeit bewahren. Die ethnische und die kulturelle Seite unserer Identität sind dabei für uns gleichwertig. Die Überbetonung eines Teilaspekts der Identität lehnen wir ab".*

Unter dem Titel „Nationalismus vs. ethnokulturelle Identität" versuchte die IBD den Vorwurf zu entkräften, sie sei nationalistisch. In dem entsprechenden Internet-Beitrag hieß es: „Wir Identitären sind nicht nationalistisch! […] Unsere Idee ist auch keine nationale, sondern eine europäische". Zurzeit zerfalle der „europäische Kulturkreis" nicht in einzelne Nationen, sondern gehe „als Gesamtes" zugrunde:

*„Jedes Volk Europas wird zwischen den liberalistischen Walzen der Masseneinwanderung, des Konsumwahns und des Werteverfalls zerrieben. Alle europäischen Völker verlieren ihre Identität und vergessen ihre Geschichte und ihre Kultur. Niemals war es wichtiger, dass die Europäer sich als solche begreifen und sich nicht durch nationalistische Ressentiments bei der Findung eines gemeinsamen und starken Überlebenswillens selbst im Wege stehen."*

In einer Positionsbestimmung unter dem Titel „Nationalismus revisited" führte die IBD aus, dass Nationalismus mit „Subjektivismus, Werteverfall, Sinnentleertheit" und der „Auflösung aller Dinge" gleichzusetzen sei:

*„Er würde einen fanatischen Krieg nach außen, Totalitarismus und Vereinheitlichung nach innen, biologistische und darwinistische Betäubungen gegen eine echte Sinnfrage bedeuten. Letztlich würde er damit keine Antwort auf die großen Fragen bedeuten, die heute das ganze Dasein umstellen und es in den Nihilismus treiben."*

Dem setzt die IBD entgegen:

*„Wenn wir für den Erhalt unserer Identität kämpfen, tun wir das nicht egoistisch' oder nur für uns'. Wir […] kämpfen gegen eine globale Tendenz der Vereinheitlichung, der Entzauberung, Entfremdung und Vermassung, gegen die Vernichtung von Freiheit, Vielfalt, Behausung und Verwurzelung."*

Für den „kulturellen Verfall (die identitäre Schwäche) in den Einwanderungsländern" sei, so die IBD, der Liberalismus verantwortlich. Er müsse als Ideologie überwunden werden, da er Traditionsgebundenheit in „atomisierenden Individualismus" verwandele.

**„Tugenden des Widerstandes" |** Unter Rückgriff auf den Topos des Widerstandsrechts folgert die IBD:

*„Der Widerstandsfall nach GG Art. 20 Abs. 4 ist eingetreten. Unsere öffentliche Ordnung, unsere (Rechts-)Staatlichkeit und innere Sicherheit sind fundamental gefährdet. […] Unsere Regierung schadet unserem Land und unserem Volk – andere Abhilfe als oppositioneller Widerstand ist derzeit nicht möglich. Gleichzeitig ist jede Anwendung von Recht an den Grundsatz der Verhältnismäßigkeit, den jede Situation erfordert, gebunden. Das Recht auf Widerstand in unserer jetzigen Situation rechtfertigt zivilen Ungehorsam, keine Gewalt."*

Als historisches Vorbild „in der jetzigen Situation" benennt die IBD – in krasser manipulativer Umdeutung und Verzerrung der deutschen Geschichte – die „Akteure der Weißen Rose", die als Jugendgruppe Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime geleistet hatten:

*„Aus ihrem Opfer für Deutschland ist Kraft zu schöpfen. Nicht nur durch den exemplarischen Mut, den diese Widerständigen bewiesen, sondern gleichfalls durch die historische Kontinuität, die uns heute mit ihnen verbindet, ist die Legitimität von Widerstand offenbar: Deutschland, das Land der Deutschen, die den Souverän dieser Republik bilden, ist in Gefahr. Als es das letzte Mal durch eine Tyrannis in Gefahr war, mussten sich die Wenigen ebenso gegen die Vielen erheben."*

**Symbolik |** In ihrer Bildsprache verwendete die IBD im Internet, bei Veranstaltungen sowie auf Flyern, Aufklebern und Merchandisingartikeln den griechischen Buchstaben Λ (Lambda), der durch die Comicverfilmung „300" aus dem Jahr 2006 einem breiten Publikum bekannt geworden ist. Der Film glorifiziert das antike Sparta und den letztlich aussichtslosen Verteidigungskampf von 300 Spartanern (Lakedaimoniern) gegen die Übermacht der Perser in der Schlacht bei den Thermopylen (480 v. Chr.). In vielfachen Variationen zeigt der Film bewaffnete und kämpferisch-entschlossene Spartaner im Kampf gegen die persischen Angreifer. Die IBD identifiziert sich mit dieser Bildersprache und sieht sich in ihrem „Abwehrkampf" in der Tradition der Spartaner.

## Strukturen

Laut ihren Facebook-Auftritten gliederte sich die IBD bundesweit in 15 Regionalgruppen, eine davon ist die IBH. Das die Regionalgruppe IBH umfassende Gebiet schloss auch Gebiete jenseits der hessischen Landesgrenze mit ein: den rheinland-pfälzischen Rhein-Lahn-Kreis und den „Regierungsbezirk Rheinhessen".

In Hessen bestanden Ortsgruppen in Frankfurt am Main, Gießen (Landkreis Gießen), Kassel/Nordhessen, Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Darmstadt, Fulda (Landkreis Fulda), Wiesbaden, Eschwege (Werra-Meißner-Kreis) sowie im Lahn-Dill-Kreis und im Schwalm-Eder-Kreis. Die Anzahl der Ortsgruppen hat sich damit gegenüber dem Vorjahr verdoppelt.

## Bewertung/Ausblick

Die IBH konnte gegenüber dem Vorjahr die Anzahl ihrer Ortsgruppen von fünf auf zehn verdoppeln. Dies zeigt die Dy-

namik dieser Bewegung. Zugleich stellt ihre Propaganda in modernem Design, ihre Internet-Affinität und die dem linken politischen Protestspektrum entlehnte Agitationsweise eine Gefahr der Einflussnahme auf die junge Generation dar. In einem modernen Layout wird die verfassungsfeindliche Botschaft transportiert.

Neben der anwachsenden Dynamik und den jugendaffinen Aktionsformen geht von der IB zudem die Gefahr aus, dass sie mit ihrer Begriffswahl den Anschluss in die Mitte der Gesellschaft erreichen kann. So ersetzt sie Begriffe wie „Rasse" durch die in der Gesellschaft nicht negativ besetzten Begriffe der „Ethnie" und „Kultur".

Die Anhänger der IB argumentieren mit einem (pseudo)intellektuellen Anspruch. Ihre Ausführungen kommen, anders als in der Neonazi- oder rechtsextremistischen Musikszene, nicht plump daher. Ihre Protagonisten entstammen zum Teil dem anspruchsvollen Bildungsbürgertum und richten sich infolgedessen auch an dieses.

Der Rekurs auf das grundgesetzliche Widerstandsrecht impliziert eine Agitation außerhalb des pluralen Meinungsbildungsprozesses. Diese Ideologie ist geeignet, Aktionsformen über das Verbale hinaus zu legitimieren.

## Neonazis

### Definition/Kerndaten

**Rechtsextremisten, die nach der Überwindung der Gewaltdiktatur des Nationalsozialismus (1933 bis 1945) dessen Ideologie in ihren inhaltlichen Zielsetzungen oder im Rahmen ihrer Aktivitäten zu verwirklichen versuchen, werden als Neonazis bezeichnet. Zahlreiche neonazistische Organisationen sind verboten, Neonazis finden sich aber immer wieder in neuen Gruppierungen, Bündnissen und Plattformen zusammen. Zu rechtsextremistischen Parteien und zu subkulturell orientierten Rechtsextremisten und Skinheads unterhalten Neonazis, denen grundsätzlich eine Gewaltorientierung zuzuschreiben ist, enge Kontakte.**

| | |
|---|---|
| Regionale Schwerpunkte: | **Mittelhessen** |
| Aktivisten / Anhänger: | In Hessen etwa **250** |
| Medien: | **Internetpräsenzen** |

*Logo des FWH*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Wie in den Jahren zuvor konzentrierten sich die Neonazis auf öffentlichkeitswirksame propagandistische Aktionen: Die Teilnahme an Demonstrationen und an Mahnwachen sowie die Verteilung von Aufklebern und Flugblättern. Ein zentrales Ereignis war erneut die Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen", die diesmal nicht in Hessen stattfand. Die Szene war mehrheitlich durch lose regionale Gruppierungen geprägt; die Kameradschaft Aryans zeichnete sich demgegenüber durch eine überregionale, länderübergreifende Struktur aus.**

**Kameradschaft Aryans |** Bei der rechtsextremistischen Kameradschaft Aryans handelt es sich um einen länderübergreifenden Personenzusammenschluss aus gewaltbereiten Rechtsextremisten, der unter anderem auch Personenbezüge nach Hessen aufweist. Öffentlichkeitswirksamkeit erzielte die Gruppierung seit etwa Ende 2016 zunächst mit ihrer Facebook-Seite „Deutschland, unsere Zukunft", die als erste offizielle Seite der Aryans galt. Im Profilbild war der Schriftzug „Aryans" auf einer schwarz-weiß-roten Fahne, flankiert von Reichsadler-Abbildungen, zu sehen.

Am 4. Februar fand auf einem Grundstück im Raum Aschaffenburg (Bayern) eine Feier von ca. 30 bis 40 Rechtsextremisten statt, bei der ein mehrere Meter großes Hakenkreuz aus Holz abgebrannt werden sollte. Das Treffen wurde von der Polizei beendet. Unter den Teilnehmern befanden sich Personen, die der Kameradschaft Aryans zugerechnet werden können.

Am 18. März nahmen Personen der Gruppierung an einer Demonstration der Partei DIE RECHTE in Leipzig (Sachsen) teil. Die Teilnehmer traten in einheitlicher schwarzer Oberbekleidung mit der Aufschrift „Aryans 88" (Vorderseite) und „Support your Race" (Rückseite) auf.

An der rechtsextremistischen 1. Mai-Demonstration der Partei DIE RECHTE in Halle (Saale) in Sachsen-Anhalt nahmen auch Personen der Aryans teil. Auch hier trat die Gruppe in den bereits beschriebenen einheitlichen Kleidungsstücken auf. Im Zusammenhang mit der Veranstaltung kam es zu Ausschreitungen, an denen auch hessische Aktivisten der Aryans beteiligt gewesen sein sollen.

**Freier Widerstand Hessen (FWH) |** Die Gruppierung FWH ging aus der ehemals aktiven neonazistischen Gruppierung Nationale Sozialisten Main-Kinzig (NSMK) hervor. Die NSMK stellten ihre Aktivitäten Anfang 2015 ein.

Im Februar trat die Gruppierung wieder mit einem Internetauftritt in Erscheinung. Hier teilte die Gruppierung mit, dass sie ihre Aktivitäten nun unter dem Namen Freier Widerstand Main-Kinzig (FWMK) entfalten wird. Im Juni konnte der Internetauftritt nicht mehr erreicht werden. Allerdings trat nahezu

zeitgleich eine bislang unbekannte Gruppe namens FWH im Internet in Erscheinung. Seitenaufbau und Inhalt waren identisch mit dem Internetauftritt der Gruppierung FWMK, sodass davon ausgegangen werden kann, dass eine erneute Umbenennung der Gruppierung stattfand. In der Öffentlichkeit trat die Gruppierung im Berichtsjahr durch Banneraktionen, so in Gelnhausen (Main-Kinzig-Kreis) sowie im Stadtgebiet Wiesbaden, in Erscheinung.

**Demonstration „Für die Zukunft unserer Kinder" in Wetzlar |** Am 22. April fand in Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis) die Demonstration „Für die Zukunft unserer Kinder" statt. Einer der Redner war der Vorsitzende der NPD im Lahn-Dill-Kreis. An der von einer Rechtsextremistin aus Nordrhein-Westfalen angemeldeten Veranstaltung, die neben anderen rechtsextremistischen Organisationen unter anderem von der NPD mitgetragen wurde, beteiligten sich rund 80 Personen.

Mit der Wahl des gesellschaftlich positiv besetzten Mottos „Für die Zukunft unserer Kinder" hatten die Verantwortlichen der Demonstration offenbar den rechtsextremistischen Hintergrund der Veranstaltung zu verbergen versucht.

An der Demonstration nahmen auch einige Aktivisten der neonazistischen Gruppierung Berserker Pforzheim – Ortsgruppe Lahn-Dill teil. Diese Gruppierung trat bereits durch ihr uniformiertes Erscheinungsbild bei demonstrativen Veranstaltungen insbesondere im Lahn-Dill-Kreis in Erscheinung. Nach Exekutivmaßnahmen im Januar 2018 wegen des Verdachts von Verstößen gegen das Waffen-, Kriegswaffenkontrollgesetz und das Betäubungsmittelgesetz sowie wegen der Bildung einer kriminellen Vereinigung gab die Gruppierung ihre Auflösung bekannt.

**Antikapitalistisches Kollektiv (AKK) |** Im Berichtsjahr entfaltete das AKK nur wenige Aktivitäten. Im Zusammenhang mit dem G20-Gipfel am 7. und 8. Juli in Hamburg behauptete das AKK gegenüber Medien, es hätten „mehrere Gruppen" an den Protesten teilgenommen. Vom 15. auf den 16. August beklebten unbekannte Täter zahlreiche Fensterscheiben und Gebäudeteile einer Berufsschule in Geisenheim (Rheingau-Taunus-Kreis) mit Plakaten und Werbezetteln. Die Plakate trugen die Aufschrift „NS AREA" sowie den Slogan „Für den nationalen Sozialismus". Darüber hinaus wurde auf die Website des AKK verwiesen.

**„Drittes Nationales Schoppenturnier" in Hünstetten |** Am 9. September konnte ein Treffen von Rechtsextremisten in Hünstetten-Ketternschwalbach (Landkreis Limburg-Weilburg) zu einem sogenannten Schoppenturnier verhindert werden. Die Veranstaltung wurde nach Kündigung des Mietvertrags des Grill- und Bolzplatzes durch die Gemeinde durch Polizeikräfte aufgelöst. Es wurden mehr als 60 Personen kontrolliert. Die Teilnehmer kamen ganz überwiegend aus Hessen, aber auch aus anderen Bundesländern und in einem Fall aus dem europäischen Ausland.

**Combat 18 Deutschland (C18 Deutschland) |** Bei der neonazistischen Organisation Combat 18 Deutschland handelt es sich um ein Netzwerk, deren Ursprungsbezug in einer 1992 in England gegründeten Gruppierung liegt. Die Gruppenbezeichnung setzt sich aus „Combat" für „Kampf" sowie der Zahlenkombination 18, die für den ersten und achten Buchstaben des Alphabets (A und H) stehen, zusammen. Der Name Combat 18 kann demnach mit Kampftruppe Adolf Hitler übersetzt werden. Mitglieder der Gruppierung sind in mehreren Bundesländern, auch in Hessen, wohnhaft.

Für das Wochenende des 23. und 24. September reiste eine Gruppe von Personen von der Bundesrepublik Deutschland in die Tschechische Republik und soll dort Schießübungen auf einem privaten Schießstand durchgeführt haben. Am 24. September wurden am deutsch-tschechischen Grenzübergang Schirnding (Bayern) zwölf deutsche Staatsangehörige bei der Einreise in die Bundesrepublik Deutschland kontrolliert. Aus der Kontrolle ergaben sich Hinweise auf Verstöße gegen das Waffengesetz (erlaubnispflichtige Schusswaffenmunition) sowie auf einen Bezug zur Gruppierung Combat 18. Strafrechtliche Ermittlungsverfahren wurden eingeleitet, die sich auch gegen Personen aus Hessen richteten.

Es ist davon auszugehen, dass zumindest bei einem Teil der Mitglieder bzw. Anhänger von Combat 18 Deutschland eine Waffenaffinität und Gewaltbereitschaft besteht.

**Kampf der Nibelungen in Kirchhundem (Nordrhein Westfalen) |** Am 14. Oktober fand zum fünften Mal die in der rechtsextremistischen Szene populäre Kampfsportveranstaltung „Kampf der Nibelungen" statt. An der Veranstaltung, die im Berichtsjahr in Kirchhundem (Nordrhein-Westfalen) durchgeführt wurde, nahmen rund 500 Personen, darunter ca. 50 Kämpfer, aus dem gesamten Bundesgebiet sowie aus dem europäischen Ausland teil. Nach Veranstaltungsende wurden durch die Polizei eine Vielzahl von Fahrzeug- und Personenüberprüfungen durchgeführt.

Ziel des seit 2013 jährlich stattfindenden „Kampfs der Nibelungen", der konspirativ in der rechtsextremistischen Szene geplant wird, ist es, so die Verlautbarung der Veranstalter im Internet, abseits des „Bekenntnis[es] zur freien demokratischen Grundordnung" den

*„Sport nicht als Teil eines faulenden politischen Systems [zu] verstehen, sondern diesen als fundamentales Element einer Alternative zu eben jenem [zu] etablieren und in die Breite [zu] tragen. […] Der Kampf der Nibelungen will […] allen Sportlern und Sport-Anhängern, die sich nach einer Alternative zum vorherrschenden ehr- und wertelosen Zeitgeist sehnen, eine Bühne bieten. Beteiligt euch, besucht unsere Veranstaltungen oder tretet selber aktiv an, kommt mit anderen Sportlern in Kontakt und animiert über euer Vorbild andere dazu, dem System der Versager, der Heuchler und der Schwächlinge den Rücken zu kehren".*

## Ideologie/Ziele

**Historischer Nationalsozialismus als „Vorbild" |** Neonazis orientieren sich, wenn auch in unterschiedlicher Ausprägung, an der Ideologie des Nationalsozialismus (unter anderem an Rassismus, Antisemitismus, Sozialdarwinismus, Nationalismus, Antipluralismus) und idealisieren den „Führer" Adolf Hitler (1889 bis 1945). Das Ziel von Neonazis ist die Schaffung eines ethnisch homogenen, diktatorischen Staats. Die Rechte des Einzelnen, Meinungsfreiheit und Meinungsvielfalt – insgesamt Pluralismus – haben in der von Neonazis angestrebten deutschen „Volksgemeinschaft" keinen Platz. Die „Volksgemeinschaft" schließt Menschen anderer Kulturen und auch solche „Deutsche" aus, die sie aufgrund von Behinderungen, sexueller Orientierung und sozialer Marginalisierung als „unwert" einstuft. Das Individuum soll sich dem angeblichen Gesamtwillen unterordnen. Historische Tatsachen deuten Neonazis in revisionistischer Manier um und leugnen dabei auch den Holocaust.

**Uneinheitlichkeit der Neonazi Szene |** Die neonazistische Szene ist in sich nicht homogen. Zum einen wird das „Dritte Reich" (1933 bis 1945) als Vorbild betrachtet und eine Wiederherstellung des Nationalsozialismus angestrebt, zum anderen wird die nationalsozialistische „Weltanschauung" neu interpretiert oder – wie teilweise im Falle des AKK – „antikapitalistisch" mit Bezügen zum Linksextremismus und entsprechenden Aktionsformen „modernisiert". Die überwiegende Zahl der Neonazis befürwortet jedoch die Kernelemente des Nationalsozialismus: Führerprinzip, Antisemitismus und die Ideologie der „Volksgemeinschaft".

**Zahlencodes |** Intern bekennen sich Neonazis zu ihrer Ideologie, indem sie zum Beispiel nationalsozialistische Grußformeln („Sieg Heil", „Heil Hitler") verwenden und den „Hitler-Geburtstag" feiern. Nach außen bekennen sich Neonazis wegen der Strafbarkeit eher in verklausulierter Form zum Nationalsozialismus, etwa in der Form der Selbstbezeichnung von Gruppierungen. So steht etwa bei dem 2015 durch das Hessische Ministerium des Innern und für Sport verbotenen Verein Sturm 18 e. V. die Zahl für den ersten und achten Buchstaben im Alphabet, AH; was für Adolf Hitler steht. Entsprechend steht 88 für „Heil Hitler".

**Kampf gegen das „System" |** An die Stelle der freiheitlichen demokratischen Grundordnung wollen Neonazis einen autoritären Führerstaat sowie eine ethnisch einheitliche „Volksgemeinschaft" setzen. Unsere freiheitliche Demokratie bezeichnen Neonazis als „System", das es abzuschaffen gelte. Bereits die Nationalsozialisten hatten die Weimarer Republik (1918 bis 1933) mit dieser Bezeichnung diffamiert. Der Aufruf zum Kampf gegen das „System" ist ein Grundpfeiler neonazistischer Propaganda. Zielgruppe sind vor allem junge Menschen, die früh an die neonazistische Szene herangeführt und an sie gebunden werden sollen.

## Strukturen

Die Neonazi-Szene wies in der Vergangenheit unterschiedliche Strukturen und

Organisationsgrade auf. In der Vergangenheit waren hierarchisch strukturierte Vereine die vorherrschende Organisationsform. Zu ihnen zählte zum Beispiel die am 21. September 2011 vom Bundesminister des Innern verbotene Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG) sowie der am 27. Oktober 2015 verbotene Sturm 18 e. V. In den letzten Jahren traten jedoch weniger formalisierte, lose strukturierte Kameradschaften und sogenannte Freie Kräfte an die Stelle derartiger Personenzusammenschlüsse.

## Thule Seminar e. V.

Das 1980 von dem Rechtsextremisten Dr. Pierre Krebs gegründete Thule-Seminar e. V. mit Sitz in Kassel versteht sich als „Forschungs- und Lehrgemeinschaft für die indoeuropäische Kultur" und will eine „geistig-geschichtliche Ideenschmiede für eine künftige Neuordnung aller europäischen Völker unter besonderer Berücksichtigung ihres biokulturellen und heidnisch-religiösen Erbes" sein. Das Thule-Seminar e. V. betrieb – neben seiner umfangreichen Homepage – unter anderem den Eigenverlag Ahnenrad der Moderne und den Buch- und Kunstversanddienst Ariadne.

Das Thule-Seminar e. V. versteht sich als ideologische Denkschule mit elitärem Selbstverständnis und verbreitet vor allem in Publikationen und im Internet aggressive völkisch-rassistische Texte. Als Ideologe, Ideengeber und auch Vortragsredner versucht Krebs, Wirkung in rechtsextremistischen Kreisen zu erzielen. Bereits Anfang der 1980er Jahre verwendete er den gegenwärtig vor allem von der IB gebrauchten Begriff „Ethnopluralismus". „Für den Extremfall, daß Westeuropa hoffnungs- und heillos durch den mörderischen Globalismus und die rassische Durchmischung zur Auflösung gebracht wird", strebt Krebs das rein biologistisch-rassistische und an der nationalsozialistischen Ideologie orientierte Ziel an, jetzt ein „genetisches Reservoir zu schaffen". (Schreibweise wie im Original.)

Im Mai durchsuchte die Polizei im Rahmen eines von der Staatsanwaltschaft Kassel geführten Ermittlungsverfahrens wegen des Verdachts der Volksverhetzung Räumlichkeiten der in Hessen und Nordrhein-Westfahlen ansässigen drei Vorstandsmitglieder des Thule-Seminars e. V. Gegenstand der Ermittlungen war die Veröffentlichung „Mars Ultor 2016 – Leitthema Volksgemeinschaft. Der Taschenbuchplaner der Avantgarde".

Die Publikation war 2016 von der Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien (BPjM) auf Anregung des BfV indiziert worden (Bundesanzeiger AT 29. Juli 2016 B 11). Der Taschenbuchkalender reize „an zahlreichen Stellen zum Rassenhass insbesondere gegenüber Flüchtlingen, Asylsuchenden und Menschen ausländischer Herkunft" an. Der Inhalt des Taschenbuchkalenders sei geeignet, Kinder und Jugendliche sozialethisch zu desorientieren. Außerdem verherrliche und verharmlose der Taschenbuchkalender den Nationalsozialismus. Adolf Hitler werde glorifiziert und rehabilitiert. Dieser habe sich, so

der Text in „Mars Ultor 2016“, „im Dienste Deutschlands, ja letztlich wohl auch Europas, vollständig aufgerieben“.

### Bewertung/Ausblick

Das Aktivitätsniveau, insbesondere des AKK, ist im Berichtsjahr zurückgegangen, die Gesamtzahl der Neonazis in Hessen in etwa konstant geblieben.

Wie sich gezeigt hat, etablierten sich jährlich stattfindende Sportveranstaltungen, um auf der Basis eines sportlichen Zusammenkommens – ob als Zuschauer oder als Teilnehmer – eine Bühne zur Verherrlichung der rechtsextremistischen Ideologie und szeneinternen Vernetzung zu schaffen. Durch derartige „Schoppenturniere“ und Fußballturniere haben Rechtsextremisten eine weitere Form von Zusammenkünften gefunden, die in der Öffentlichkeit zunächst als „harmlos“ wahrgenommen werden könnte. Auch wenn hier offensichtlich sportliche Betätigungen mit Fußballturnieren stattfinden sollen, werden derartige Zusammenkünfte zum regen Austausch und zur Verbreitung der rechtsextremistischen Botschaften genutzt. Aufgrund der mitunter hohen Teilnehmerzahl solcher Veranstaltungen stehen diese auch in Zukunft in besonderem Maße im Fokus der Beobachtung durch den Verfassungsschutz.

Neonazi-Gruppierungen werden weiterhin versuchen, sich zu vernetzen. Das Internet wird auch in Zukunft das herausragende Mittel sein, mit dem Neonazis vor allem fremdenfeindliche Propaganda verbreiten.

## Rechtsextremistische Parteien

### Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

#### Definition/Kerndaten

**Die NPD vertritt nationalistische, völkische und revisionistische Positionen. Insgesamt weist ihre Programmatik eine ideologische und sprachliche Nähe zur Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) im „Dritten Reich“ (1933 bis 1945) auf. Den verfassungsfeindlichen Charakter der NPD hat das Bundesverfassungsgericht in seinem Urteil vom 17. Januar 2017 festgestellt.**

**Während die NPD in der zweiten Hälfte der 1960er Jahre in bis zu sieben westdeutschen Landesparlamenten vertreten war, verlor sie in den folgenden**

**Jahren an Bedeutung. Seit der Wiedervereinigung 1989/90 nahm aber ihre lokale und regionale Verankerung, vor allem in damals wirtschaftlich schlechter gestellten Gebieten im Osten Deutschlands, teilweise wieder zu. Nachdem sie seit 2004 bzw. 2006 in den Landtagen von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern vertreten war, ist sie inzwischen in keinem Landesparlament mehr präsent.**

| | |
|---|---|
| Gründung: | **1964** |
| Landesvorsitzender: | **Jean Christoph Fiedler** |
| Bundesvorsitzender: | **Frank Franz** (Saarland) |
| Mitglieder: | In Hessen etwa **250**, bundesweit etwa **4.500** |
| Jugendorganisation: | **Junge Nationaldemokraten (JN)** |
| Medien (Auswahl): | **Deutsche Stimme** (**DS**, Erscheinungsweise monatlich), **Internetpräsenzen** |

*Logo der NPD*

*Logo der JN*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Der NPD-Landesverband Hessen war wie in den Vorjahren nur sehr eingeschränkt handlungsfähig. Wenige Kreisverbände waren aktiv und traten wie zum Beispiel die Kreisverbände Lahn-Dill und Wetterau auch öffentlich in Erscheinung. Agitationsschwerpunkte waren nach wie vor die Themen „Asyl", „Flüchtlinge" und „Innere Sicherheit", mit denen die NPD bevorzugt im Internet und sozialen Netzwerken ihre Ideologie verbreitete.**

**Beteiligung an der Bundestagswahl |** Am 3. Juni eröffnete die NPD in Hessen mit einer Rednerveranstaltung in Büdingen (Wetteraukreis) ihren Wahlkampf zur Bundestagswahl am 24. September. Das entsprechende Motto lautete „Unsere Heimat schützen – NPD unterstützen!" Mit einer elf Personen (2013: fünf) umfassenden Landesliste und Direktkandidaturen in sechs von 22 hessischen Wahlkreisen (Lahn-Dill, Gießen, Fulda, Main-Kinzig – Wetterau II – Schotten, Wetterau I und Hanau) trat die Partei zur Wahl an (2013 waren es 19 Direktkandidaten in den 22 Wahlkreisen).

Nach einem überwiegend regional begrenzten und zeitweise mit der Unterstützung von Bundesvorstandsmitgliedern geführten Wahlkampf (Informations-

stände, Lautsprecherfahrten und Flugblattverteilungen), erzielte die NPD gemäß dem endgültigen Endergebnis bundesweit 0,4 Prozent (= 176.020 der Zweitstimmen) und verlor damit gegenüber der Wahl 2013 0,9 Prozentpunkte.

Hessenweit kam die NPD ebenfalls auf 0,4 Prozent (= 11.904 der Zweitstimmen) und verlor gegenüber dem letzten Bundestagswahlergebnis in Hessen 0,7 Prozentpunkte. Bei den Erststimmen erhielt die NPD sowohl bundesweit (= 45.169) als auch in Hessen (= 4.423) 0,1 Prozent und verlor damit 1,4 bzw. 1,1 Prozentpunkte.

In der unten stehenden Tabelle werden die hessenbezogenen Wahlergebnisse der NPD – absteigend geordnet nach dem Ergebnis der Zweitstimmen in Prozent – aufgeführt.

| Wahlkreis-nummer | Wahlkreis | Zweitstim-men-Anzahl | Zweitstimmen in Prozent | Differenz zu 2013 in Pro-zent-Punkten |
|---|---|---|---|---|
| 175 | Main-Kinzig – Wet-terau II – Schotten | 1.249 | 0,9 | -1,2 |
| 172 | Lahn-Dill | 897 | 0,6 | -1,0 |
| 177 | Wetterau I | 811 | 0,6 | -0,9 |
| 173 | Gießen | 751 | 0,5 | -0,8 |
| 170 | Schwalm-Eder | 652 | 0,5 | -0,7 |
| 180 | Hanau | 636 | 0,5 | -1,0 |
| 169 | Werra-Meißner – Hersfeld-Roten-burg | 608 | 0,5 | -1,1 |
| 174 | Fulda | 663 | 0,4 | -1,0 |
| 188 | Bergstraße | 545 | 0,4 | -0,7 |
| 187 | Odenwald | 624 | 0,3 | -0,8 |
| 178 | Rheingau-Taunus – Limburg | 443 | 0,3 | -0,7 |
| 167 | Waldeck | 442 | 0,3 | -0,5 |

| Wahlkreis-nummer | Wahlkreis | Zweitstim-men-Anzahl | Zweitstimmen in Prozent | Differenz zu 2013 in Pro-zent-Punkten |
|---|---|---|---|---|
| 185 | Offenbach | 429 | 0,3 | -0,8 |
| 168 | Kassel | 417 | 0,3 | -0,5 |
| 184 | Groß-Gerau | 403 | 0,3 | -0,8 |
| 176 | Hochtaunus | 388 | 0,3 | -0,5 |
| 171 | Marburg | 357 | 0,3 | -0,6 |
| 186 | Darmstadt | 450 | 0,2 | -0,5 |
| 181 | Main-Taunus | 337 | 0,2 | -0,4 |
| 182 | Frankfurt am Main I | 315 | 0,2 | -0,5 |
| 183 | Frankfurt am Main II | 265 | 0,2 | -04 |
| 179 | Wiesbaden | 222 | 0,2 | -0,5 |

Zum Ausgang der Bundestagswahl erklärte das Parteipräsidium in Berlin:

*„Der bundesweite Stimmenanteil von 0,4 Prozent für die NPD ist enttäuschend und hat unser Wahlziel untertroffen. Die AfD hat alles aufgesogen, was möglich war, weil es momentan eben angesagt ist, bei dem vor allem auch von den Medien inszenierten ‚Hype' dabei zu sein."*

Die NPD müsse, so die Erklärung des Parteipräsidiums, wenn sie noch einen politischen Auftrag haben wolle, „sich radikal als soziale und nationale außerparlamentarische Opposition präsentieren, die die Politik der AfD und der Linken im Blick haben" werde. Die NPD müsse „vor allem auf die AfD Druck" ausüben, „indem wir konsequent unsere unverhandelbaren Positionen präsentieren, damit diese gezwungen ist, das Meinungsspektrum in unserem Sinne zu erweitern".

Zeitgleich zur Bundestagswahl kandidierte der NPD-Funktionär Thomas Hantusch bei der Bürgermeisterwahl der Stadt Leun (Lahn-Dill-Kreis) und erreichte im ersten Wahlgang 4,6 Prozent (= 155 Stimmen).

**Aktivitäten der JN |** Wie bereits in den vergangenen Jahren verfügten die JN in Hessen nur über eine marginale Anzahl aktiver Mitglieder, sodass sie sich auch im Berichtsjahr bemühten, neue Aktivis-

ten zu werben. Dabei fand die Öffentlichkeitsarbeit der JN Hessen vor allem über soziale Medien wie etwa Facebook statt. Im Juli wählten die JN in Leun (Lahn-Dill-Kreis) einen neuen Landesvorstand und bestätigten dabei den Landesvorsitzenden Thassilo Hantusch in seinem Amt.

Am 15. Juni führten JN-Aktivisten in Frankfurt am Main eine „Solidaritätskundgebung" für die in Lyon (Frankreich) zwei Tage zuvor von der Polizei geräumte Bastion Social durch, die am 27. Mai von der rechtsextremistischen Studentenorganisation Groupe Union Défense (GUD) besetzt worden war. Hierzu hieß es im Internet:

*„Damit nimmt der Staat jungen und alten Franzosen einen Freiraum für kulturelle und soziale Entfaltung fern von kapitalistischen Normen und Verwertungszwängen. Die Bastion Social bot Unterschlupf für Bedürftige, verteile Speisen und Sachspenden […]. Dieser Überfall eines Staates auf sein eigenes Volk wird nicht der letzte sein […]. Sparmaßnahmen und asoziale Wirtschafts- und Arbeitsmarktreformen der Herrschenden machen den Widerstand in allen europäischen Ländern notwendiger denn je. Statt dem sozialen Verfall entgegenzuwirken, rüstet die Elite auf und setzt die eigenen Interessen notfalls mit Gewalt gegen das eigene Volk durch. Werde auch du Teil der aktiven, revolutionären und völkischen Jugendbewegung!"* (Schreibweise wie im Original.)

Offensichtlich in Anlehnung an die Vorstellungen der GUD in Frankreich führten Aktivisten im Rahmen der vom JN-Bundesverband organisierten Kampagne „Jugend packt an. Du – ich – wir" auch in Hessen Aktionen durch. Auf der entsprechenden Homepage hieß es, dass „doch besonders die Hilfsbedürftigen in unserem Volk Degradation und Ausgrenzung" erführen:

*„Mieten, Strom- und Gaspreise, diktiert von riesigen, privaten Konzernen, zwingen unsere Landsleute immer weiter in die Knie, während sich die Politbonzen und Börsenspekulanten an ihren reich gedeckten Tischen fett fressen."*

Unter dem Motto „Hier gilt es, Taten statt Worte sprechen zu lassen!" wurden in Hessen im November laut einem Facebook-Eintrag „Kleider, Decken und andere Spenden an die deutschen Obdachlosen in Frankfurt am Main verteilt". Dazu hieß es im Internet:

*„Gerade in den Großstädten sehen sich Bedürftige einem sich zuspitzenden Konkurrenz- und Verdrängungskampf durch Migranten und ausländische Banden ausgesetzt. […] An den Ausgabestellen für Kleidung und Nahrungsmittel, aber auch in den Heimen für Obdachlose und die von der Stadt im Winter geöffneten Bahnhofshallen, haben ebenfalls ausländische Clans durch Gewalttaten ein Klima der Angst geschaffen und die deutschen Bedürftigen so zum Großteil in andere Gebiete,verdrängt. Wir sehen uns jenen Deutschen verpflichtet, die unter den sich immer weiter verschlechternden Zuständen leiden und unverschuldet in die Armut oder sogar die Obdachlosigkeit gerutscht sind."*

Kurz vor dem G20-Gipfel in Hamburg brachten am 5. Juli mehrere Aktivisten an der Autobahn bei Wiesbaden ein Plakat mit der Aufschrift „G20 Stoppen – Junge Nationalisten“ an und brannten Pyrotechnik ab. Weitere Plakate und Pyrotechnik wurden polizeilich sichergestellt.

Beispiele für die fremdenfeindliche Agitation der JN und zugleich für ihren Aktionismus sind Vorfälle am 31. Juli in den S-Bahnhöfen von Hofheim am Taunus, Hattersheim am Main (beide Main-Taunus-Kreis) und Niedernhausen (Rheingau-Taunus-Kreis). Dort wurden unter anderem tatorttypische Leichenskizzen/Umrisszeichnungen auf den Böden angebracht und mit Ketchup als Blutsymbol beschmiert. In einem Fall wurde eine ausgestopfte Puppe drapiert. Auf Flyern und Plakaten hieß es „Multikulti tötet!“ und „Tatort Multikulti“.

## Entstehung/Geschichte

**Bündelung rechtsextremistischer Kräfte als Ziel |** Mit der Gründung der NPD 1964 in Hannover (Niedersachsen) sollten die zersplitterten Kräfte des rechtsextremistischen Lagers in der Bundesrepublik in einer Partei gebündelt werden. Der Großteil des Führungskaders der NPD bestand zunächst aus ehemaligen Mitgliedern der NSDAP. Aus dem Verbot der Sozialistischen Reichspartei (SRP) 1952 durch das Bundesverfassungsgericht zog die NPD den Schluss, sich um den Anschein von Legalität zu bemühen und eine öffentliche Verherrlichung des Nationalsozialismus weitgehend zu unterlassen. Diese Strategie trug dazu bei, dass die NPD bei der Bundestagswahl 1965 2 Prozent (= 664.193 der Zweitstimmen) erreichte. Zwischen 1966 und 1968 zog die NPD in die Landtage von Baden-Württemberg, Bayern, Bremen, Hessen, Niedersachsen, Rheinland-Pfalz und Schleswig-Holstein ein. Die Mitgliederanzahl stieg, wobei auf sämtlichen Parteiebenen etwa 20 Prozent der Mitglieder eine NSDAP-Vergangenheit aufwiesen. Ursache für den damaligen Auftrieb für die NPD waren zum Beispiel das Bestehen einer nur kleinen Opposition gegenüber der ersten Großen Koalition (1966 bis 1969), die konjunkturelle Schwäche in Deutschland und damit verbundene Verlustängste in der Bevölkerung.

**Krise der NPD |** Bei der Bundestagswahl 1969 scheiterte die NPD mit 4,3 Prozent (= 1.422.010 der Zweitstimmen) relativ knapp an der Fünf-Prozent-Hürde. In der Folge führten unter anderem die innere Zerstrittenheit der Partei, eine sich allmählich bessernde wirtschaftliche Lage sowie die kritische Berichterstattung in den Medien über Ausschreitungen im Zusammenhang mit NPD-Mitgliedern zu einer langjährigen Krise der Partei. Weitere interne Streitigkeiten über die programmatische Ausrichtung, der starke Rückgang der Mitgliederzahlen, der öffentliche Skandal um die Leugnung des Holocausts durch den damaligen NPD-Vorsitzenden Günter Deckert (1991 bis 1995) und das Auftauchen konkurrierender rechtsextremistischer Parteien zementierten die Krise der NPD bis in die 1990er Jahre hinein.

**„Drei Säulen Konzept“ – Erfolge in Ostdeutschland |** Mit der Wahl Udo Voigts zum Bundesvorsitzenden im Jahr 1996

steigerte die NPD vor allem in den neuen Ländern ihre Mitgliederzahl und erneuerte neben Organisation und Strategie auch ihre Programmatik. Das neue „Drei-Säulen-Konzept" enthielt folgende Punkte: „Kampf um die Köpfe", „Kampf um die Straße" und „Kampf um die Parlamente". 2004 kam der „Kampf um den organisierten Willen" hinzu.

Im Zuge ihres „Kampfs um die Straße" öffnete sich die NPD vor allem gegenüber rechtsextremistischen Skinheads und Neonazis. Umgekehrt näherten sich diese der NPD an. Nach dem Scheitern des NPD-Verbotsverfahrens 2003 setzte die Partei ihre Politik der Annäherung an die Neonazi-Szene fort und konzentrierte ihre Aktivitäten zunehmend auf Ostdeutschland. 2004 und 2006 zog die NPD in die Landtage von Sachsen und Mecklenburg-Vorpommern ein. In beiden Landtagen ist sie inzwischen nicht mehr vertreten.

**Konzept der „seriösen Radikalität" |** Holger Apfel, der 2011 gewählte Nachfolger Udo Voigts als Bundesvorsitzender, wollte mit seinem Konzept der „seriösen Radikalität" die NPD aus der Krise führen, in die sie unter anderem durch eine Reihe von Niederlagen bei Landtagswahlen sowohl im Osten als auch im Westen Deutschlands geraten war. Offensichtlich aus persönlichen Gründen legte Apfel 2013 sein Amt als Bundesvorsitzender nieder und trat aus der Partei aus. Vorübergehend übernahm sein Stellvertreter Udo Pastörs die Führung, bis im November 2014 Frank Franz, vorher Pressesprecher der Partei, zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt wurde. Zuvor war die NPD im September 2014 bei den Landtagswahlen in Thüringen, Brandenburg und Sachsen an der Fünf-Prozent-Hürde gescheitert. Mit dem Verlust der staatlichen Teilfinanzierung nach dem Ausscheiden aus dem Sächsischen Landtag und der damit verbundenen Einbuße von Mitarbeitern verlor die NPD eine wesentliche Grundlage ihrer bundesweiten politischen Arbeit.

**Politische Bedeutungslosigkeit |** Seit der Landtagswahl in Sachsen verlor die NPD bei weiteren Wahlen auf Landes- und Bundesebene kontinuierlich Stimmen. Im Berichtsjahr erhielt sie bei den Landtagswahlen im Saarland am 26. März 0,7 Prozent (= minus 0,5 Prozentpunkte) sowie in Nordrhein-Westfalen am 14. Mai 0,3 Prozent (= minus 0,3 Prozentpunkte). In Bezug auf einen „TV-Spot der NPD zur Bundestagswahl" 2017 hieß es entsprechend auf der Internetseite der Partei:

*„Gleichzeitig gilt es festzustellen, daß der Wähler von unserem Angebot nicht im gewünschten – und für unser Land wünschenwerten – Maße Gebrauch macht. Viele, allzu viele Deutsche erliegen immer noch der Hetze und Desinformation der Etablierten – oder sind wider besseres Wissen schlichtweg zu feige, ihr Stimmkreuz bei der NPD zu machen."*
(Schreibweise wie im Original.)

## Ideologie/Ziele

**Überwindung des „Systems" |** Die NPD steht für Antiparlamentarismus und Antipluralismus. Sie wendet sich mit ihrer fremdenfeindlichen, rassistischen und antisemitischen Programmatik offen ge-

gen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die NPD will die parlamentarische Demokratie von innen heraus, das heißt mittels Parteiarbeit, abschaffen. Die NPD will die politische und gesellschaftliche Ordnung der Bundesrepublik Deutschland, von der Partei in Anlehnung an die Sprache des Nationalsozialismus als rein machtorientierte Herrschaft der „Systemparteien" diffamiert, durch eine ethnisch homogene „Volksgemeinschaft" ersetzen. Solidarität soll nur „ethnischen Deutschen" zuteilwerden. So heißt es im Parteiprogramm:

*„Der ethnischen Überfremdung Deutschlands durch Einwanderung ist genauso entschieden entgegenzutreten wie der kulturellen Überfremdung durch Amerikanisierung und Islamisierung."*

Diejenigen, die in den Augen der NPD „Fremde" sind, grenzt sie aus. So seien

*„Ausländer […] aus dem deutschen Sozialversicherungswesen auszugliedern und einer gesonderten Ausländersozialgesetzgebung zuzuordnen. In ihrer Ausgestaltung von Pflichten und Ansprüchen hat sie auch dem Rückführungsgedanken Rechnung zu tragen. […] Asylbewerber haben keinen Anspruch auf Sozialleistungen."*

**„Solidargemeinschaft aller Deutschen", Islamfeindlichkeit und Antisemitismus |** Der Globalisierung will die NPD begegnen, indem sie das bestehende „System" durch eine „Solidargemeinschaft aller Deutschen" ersetzt. Darüber hinaus werden Muslime diffamiert. Auch antisemitische Positionen sind in der NPD verbreitet. Die Partei vertritt zwar keine offen antisemitische Programmatik, sie streut aber entsprechende Vorurteile.

## Strukturen

Eine 2010 vorgenommene Neugliederung des Landesverbands in zwei Unterbezirks- und elf Kreisverbände erforderte bereits 2015 eine erneute Modifizierung. Es erfolgte eine Umgestaltung zu nun sechs Bezirksverbänden (Nordhessen, Osthessen, Mittelhessen, Wetterau-Kinzig, Rhein-Main und Südhessen).

Auf den ersten Blick scheint die NPD flächendeckend vertreten zu sein. Die Umstrukturierung in größere Bezirksverbände macht jedoch deutlich, dass für feingliederige Strukturen das notwendige Personal fehlt. Die tatsächlich vorhandenen Strukturen sind in weiten Teilen Hessens nur schwach ausgeprägt.

## Kein Verbot der NPD

**Mit Urteil vom 17. Januar 2017 lehnte das Bundesverfassungsgericht den Antrag des Bundesrats vom 3. Dezember 2013 – Hessen hatte sich der Stimme enthalten – einstimmig als unbegründet ab, die NPD und ihre Teilorganisationen für verfassungswidrig zu erklären und aufzulösen.**

**Eindeutige Verfassungsfeindlichkeit der NPD |** Das Bundesverfassungsgericht stellte fest, dass die NPD ein auf die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung gerichtetes politi-

sches Konzept vertritt. Sie will die bestehende Verfassungsordnung durch einen an der ethnisch definierten „Volksgemeinschaft" ausgerichteten autoritären Nationalstaat ersetzen. Das politische Konzept der NPD missachtet die Menschenwürde und ist mit dem Demokratieprinzip unvereinbar. Die NPD arbeitet planvoll und mit hinreichender Intensität auf die Erreichung ihrer gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung gerichteten Ziele hin.

**Aktuell keine Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in Aussicht |** Für ein Verbot muss sich eine Partei nicht nur durch aktives und planvolles Handeln für ihre verfassungsfeindlichen Ziele einsetzen und auf die Beeinträchtigung oder Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung hinwirken. Es müssen darüber hinaus konkrete Anhaltspunkte von Gewicht vorliegen, die es zumindest möglich erscheinen lassen, dass das Handeln der Partei erfolgreich sein kann. Lässt das Handeln einer Partei dagegen nicht auf die Möglichkeit des Erreichens ihrer verfassungsfeindlichen Ziele schließen, bedarf es keines präventiven Schutzes der Verfassung durch ein Parteiverbot.

Bei der NPD steht, so die Überzeugung des Bundesverfassungsgerichts, weder eine erfolgreiche Durchsetzung ihrer verfassungsfeindlichen Ziele im Rahmen der Beteiligung am Prozess der politischen Willensbildung in Aussicht, noch ist der Versuch einer Erreichung dieser Ziele durch eine der Partei zurechenbare Beeinträchtigung der Freiheit der politischen Willensbildung in hinreichendem Umfang feststellbar. Auf Einschüchterung und Bedrohung, wie sie von der NPD ausgehen mag, sowie auf den Aufbau von Gewaltpotenzialen im Umfeld der Partei muss mit den Mitteln des Strafrechts rechtzeitig und umfassend reagiert werden.

**Keine Verstöße gegen die Staatsfreiheit und den Grundsatz des fairen Verfahrens |** Der antragstellende Bundesrat hat, so das Bundesverfassungsgericht, weder das Gebot strikter Staatsfreiheit verletzt noch gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens verstoßen. Der Antragsteller hatte alle verdeckt eingesetzten Personen auf den Führungsebenen der NPD spätestens zum Zeitpunkt des Bekanntmachens der Absicht, einen Verbotsantrag zu stellen, abgeschaltet und eine informationsgewinnende Nachsorge unterlassen. Auch lag kein Verstoß gegen den Grundsatz des fairen Verfahrens vor, da zur Überzeugung des Bundesverfassungsgerichts feststeht, dass die Prozessstrategie der NPD nicht mit nachrichtendienstlichen Mitteln ausgespäht wurde und auch keine zufällig mit nachrichtendienstlichen Mitteln erlangten Erkenntnisse über die Prozessstrategie im laufenden Verbotsverfahren zum Nachteil der Antragsgegnerin verwandt wurden.

## Bewertung/Ausblick

Mit nur 0,4 Prozent der Zweitstimmen bei der Bundestagswahl verfehlte die NPD eine weitere Teilhabe an der staatlichen Teilfinanzierung, die das Erreichen von mindestens 0,5 Prozent erfordert. Da die Finanzlage der Partei seit

Jahren angespannt ist, dürfte der Wegfall der staatlichen Mittel negative Folgen für die Bundespartei haben. Für die NPD in Hessen sieht dies anders aus, weil sie bei der Landtagswahl 2013 1,1 Prozent der Zweitstimmen erreichte und somit nicht von der staatlichen Teilfinanzierung des Landes Hessen ausgeschlossen ist.

Sowohl das bundesweite als auch das hessische Ergebnis der Bundestagswahl zeigen, dass die NPD politisch nur eine marginale Rolle spielt. Auch innerhalb des rechtsextremistischen Spektrums hat sie kaum Bedeutung. Der bereits seit etlichen Jahren angestrebte strukturelle und personelle Neuaufbau des Landesverbands in Hessen zeichnet sich auch unter dem seit 2015 amtierenden Vorsitzenden Jean-Christoph Fiedler nicht ab.

Vereinzelte Mandatsgewinne bzw. punktuelle Erfolge bei Kommunal- und Bürgermeisterwahlen sind auch in Zukunft nicht auszuschließen. Zu flächendeckenden Wahlerfolgen wird die NPD vor dem Hintergrund der gegenwärtigen personellen, organisatorischen und finanziellen Schwäche jedoch kaum in der Lage sein.

## Der Dritte Weg/Der III. Weg

### Definition/Kerndaten

**Der Dritte Weg ist eine rechtsextremistische Partei, die ein völkisch-antipluralistisches Menschen- und Gesellschaftsbild propagiert. Die Partei begreift sich als „national", „revolutionär" und „sozialistisch". In der im Berichtsjahr erschienenen Broschüre „National, Revolutionär, Sozialistisch" wird unter dem Begriff „Revolution" ein „grundlegender, allumfassender, systematischer und nachhaltiger Wandel, die Durchdringung der Politik und der Gesellschaft mit unserer Weltanschauung" als Ziel formuliert. Eine solche Revolution sei nicht mit Waffengewalt zu erzwingen, wenngleich es notwendig sein könne, dass „einige Scheiben" zerbrächen, wenn es gelte, das deutsche Volk „in seiner ethnischen Existenz zu sichern" und eine „Jahrtausende umfassende Hochkultur zu retten". Unter den Parteimitgliedern, die überwiegend dem neonazistischen Spektrum entstammen, befinden sich Personen aus dem Umfeld der verbotenen Gruppierung Freies Netz Süd (FNS), der völkisch geprägten Neonazi-Szene sowie frühere Mitglieder der NPD.**

| | |
|---|---|
| Bundes-vorsitzender: | **Klaus Armstroff** (Rheinland-Pfalz) |
| Stellvertreter: | **Matthias Herrmann** (Hessen) |
| Sitz: | **Weidenthal** (Rheinland-Pfalz) |
| Mitglieder: | In Hessen etwa **15**, bundesweit etwa **500** |
| Medien: | **Internetpräsenzen** |

*Logo der Partei Der Dritte Weg*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Wie in den Vorjahren stand die Asyl- und Flüchtlingspolitik im Mittelpunkt der Agitation des Dritten Wegs. Dabei traten typisch rechtsextremistische Argumentationsmuster hervor. Bezüge zum Nationalsozialismus zeigten sich anlässlich des „Heldengedenkens" am ehemaligen Grab des Hitler-Stellvertreters Rudolf Hess in Wunsiedel (Bayern).**

**Agitation gegen Asyl- und Flüchtlingspolitik |** In Beiträgen im Internet bezeichnete Der Dritte Weg Flüchtlinge pauschal als „Art- und Kulturfremde" und schrieb unter der Überschrift „Die Asylflut bringt uns die Krätze zurück": „Viele der illegal in die BRD Eingewanderten bringen die fast ausgerottet geglaubten Krankheiten nach Europa zurück und bereichern uns auch in diesen Bereichen."

Angehörige des Dritten Wegs verteilten nicht nur asylfeindliche Flugblätter, sondern auch zu „Ausreisebötchen an Deutschlandhasser" geformte Flyer, die sie ebenso „etablierten ‚Volksvertretern' aller BRD-Blockparteien" zukommen ließen:

*„Mit dieser Aktion sollen Überfremdungsbefürworter aus der Deckung geholt werden und mit den Folgen für Volk und Heimat konfrontiert werden, auf dass sie ihr Handeln überdenken. Wer Deutschland nicht liebt, soll Deutschland verlassen!!!"* (Schreibweise wie im Original.)

**„Nationale Streifen" |** In diesem Zusammenhang führten Angehörige des Dritten Wegs im Berichtsjahr in Fulda (Landkreis Fulda) mehrfach eine „nationale Streife" durch. So gingen im Juni einige Aktivisten in Kleidungsstücken, auf denen das Parteilogo sowie „National Revolutionär Sozialistisch" stand, anlässlich des Stadtfests durch Fulda. Später hieß es hierzu auf der Internetseite des Dritten Wegs: „In der völlig überfremdeten Stadt in Osthessen, ist gerade bei solchen Anlässen Vorsicht vor fremdländischen Straftätern geboten!" Zu weiteren „Streifengängen" kam es im November.

**„Heldengedenken" |** Aktivisten des Gebietsverbands West führten am 12. März ein „traditionelles Heldengedenken" durch. Das Vorziehen des von Rechtsextremisten traditionell im November be-

gangenen „Heldengedenktags“ (so hatten die Nationalsozialisten den Volkstrauertag 1934 umbenannt) in den März begründeten die Angehörigen des Dritten Wegs mit der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 und der Stiftung des Eisernen Kreuzes im März 1813.

Mit dem „Heldengedenken“ wollten, so ein Beitrag des Dritten Wegs im Internet, „volkstreue Deutsche“ an die „Werte“ erinnern, die „unseren Ahnen Kraft gegeben haben[,] unbeschreibbare Heldentaten zu vollbringen“. Dies bedeute vor allem, die „Opferkraft unserer Ahnen in das Hier der Jetztzeit zu transformieren. Ihre Saat sei unsere Ernte und auch wir müssen säen, damit unsere Nachfahren ernten können“. Um „den Verstorbenen von Stalingrad“ zu gedenken, entzündeten Aktivisten des Stützpunkts Westerwald-Taunus eine Flamme an einem Gedenkstein in Limburg (Landkreis Limburg-Weilburg).

**„Heimat bewahren – für einen deutschen Sozialismus“ |** Am 26. August führte Der Dritte Weg in Fulda (Landkreis Fulda) unter dem Motto „Heimat bewahren – für einen deutschen Sozialismus“ eine Demonstration durch, an der etwa 100 Personen aus dem übrigen Bundesgebiet teilnahmen. Dabei zeigten sie Plakate und Banner mit den Themen „Asylflut stoppen!“ und „Heimat bewahren! Deutscher Sozialismus jetzt“. Zuvor hatten die Demonstranten an kurzfristig angemeldeten Kundgebungen in Bad Hersfeld (Landkreis Hersfeld-Rotenburg), Alsfeld (Vogelsbergkreis) und Schweinfurt (Bayern) teilgenommen.

**„Heimatvertriebenen Aktionstag“ |** In dem „Themenflugblatt ‚Deutschland ist größer als die BRD!‘“ forderte Der Dritte Weg die „Erringung der Freiheit aller Deutschen innerhalb und außerhalb der gegenwärtigen deutschen Teilstaaten“ und behauptete, eine „friedliche Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen“ anzustreben, was mit einer „Wiederherstellung der Handlungsfähigkeit des Deutschen Reiches“ einhergehen solle. Um diese für den Rechtsextremismus typischen revisionistischen Positionen zu bekräftigen und um auf das „Schicksal der deutschen Vertriebenen“ aufmerksam zu machen, führte die Partei am 10. September unter dem Motto „Verzicht ist Verrat“ einen „Heimatvertriebenen-Aktionstag“ durch.

Bundesweit versammelten sich Aktivisten des Dritten Wegs an Vertriebenen-Denkmälern und legten Kränze ab bzw. stellten Kerzen auf, so auch in mehreren Orten in Hessen: Villmar (Landkreis Limburg-Weilburg), Frankenberg (Landkreis Waldeck-Frankenberg), Fulda (Landkreis Fulda), Herborn, Aßlar, Atzbach, Wetzlar (Lahn-Dill-Kreis), Usingen (Hochtaunuskreis), Kassel sowie im Kreis Groß-Gerau und an der Bergstraße.

**Parteitag |** Während des „Gesamtparteitags“, der am 30. September stattfand, wurde Klaus Armstroff (Rheinland-Pfalz) als Parteivorsitzender bestätigt. Anstelle des aus Hessen stammenden bisherigen stellvertretenen Parteivorsitzenden wurde der dem mitgliederstarken Gebietsverband Mitte (Thüringen, Sachsen, Sachsen-Anhalt, Brandenburg, Berlin)

zuzurechnende Matthias Fischer in diese Funktion gewählt. Mehr als „200 Mitglieder, Förderer und Interessenten" sollen nach Angaben des Dritten Wegs an der Veranstaltung teilgenommen haben.

**„Tag der Gemeinschaft" |** Im Anschluss an den „Gesamtparteitag" fand zum dritten Mal der „Tag der Gemeinschaft" unter dem Motto „Jugend im Sturm" statt. Hauptredner waren Matthias Fischer und „Sebastian Räbiger, der bis zur Verbotsverfügung am 31. März 2009 als ‚Bundesführer' der Heimattreuen Deutsche Jugend agierte". Letzterer schilderte, „wie nationale Erziehung und Jugendarbeit […] auszusehen hat und wie diese vor allem auch in den Alltag einer Familie vor- und erlebt werden sollte". Um zu verdeutlichen,

*„daß nationaler Freiheitskampf mehr ist als nur an Demonstrationen teilzunehmen, führte ein sächsischer Stützpunkt Selbstverteidigungstechniken vor, welche allen Teilnehmern nochmals die notwendige Wehrhaftigkeit vor Augen führte."* (Schreibweise wie im Original.)

Darüber hinaus gab es „Volkstanz für jedermann", einen „Jungautorenwettbewerb" sowie den Auftritt eines „Liedermachergespanns aus Thüringen". Die Partei erklärte:

*„Die drei Säulen unserer Bewegung – der politische Kampf, der kulturelle Kampf und der Kampf um die Gemeinschaft – sollen nicht bloße Lippenbekenntnisse darstellen, sondern aktiver Ausdruck unseres gesamtheitlichen Wollens [sein]."*

**Kontakte zu nationalistischen Gruppierungen im Ausland |** Eine Gruppe von Aktivisten des Dritten Wegs nahm im Oktober am sogenannten Marsch der Nation in Kiew (Ukraine) teil, an dem rund 20.000 Personen teilgenommen haben sollen. Im Zuge der Reise wurde eine Delegation der Partei zudem vom ukrainischen Azov-Bataillon empfangen. Hierbei handelt es sich um eine paramilitärische Einheit, die in der Ukraine am Kampf gegen pro-russische Separatisten beteiligt ist.

**„Heldengedenken" |** Vor allem Angehörige des Dritten Wegs nahmen am 18. November in Wunsiedel (Bayern) an einer Demonstration mit etwa 200 Personen teil, um ihre „tiefe Dankbarkeit und Hochachtung vor den Leistungen aus der Vergangenheit" zu artikulieren. Gleichzeitig sei dies ein „lebensbejahendes Bekenntnis dazu, das Erbe aufzunehmen und weiterzutragen, sodass der Fortbestand unseres Volkes auch zukünftig gesichert" sei. Offensichtlich in Anspielung auf den „Stellvertreter des Führers", Rudolf Hess, dessen mittlerweile aufgelöstes Grab sich in Wunsiedel befand, sprach Der Dritte Weg im Internet vom „Heldengedenken in der Märtyrerstadt".

## Entstehung/Geschichte

Die Partei Der Dritte Weg wurde am 28. September 2013 in Heidelberg (Baden-Württemberg) gegründet. Nach und nach gründeten sich verschiedene länderübergreifende Stützpunkte, unter anderem auch der Stützpunkt Westerwald/Taunus, der im Wesentlichen den

Landkreis Limburg-Weilburg und den Lahn-Dill-Kreis sowie angrenzende Landkreise in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen umfasst. Seit ihrer Gründung führte die Partei vor allem Demonstrationen, „Heldengedenkfeiern" und gegen Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik gerichtete Flugblattverteilaktionen durch bzw. veröffentlichte entsprechende Verlautbarungen im Internet.

Auf Landesebene nahm die Partei bislang lediglich in Rheinland-Pfalz an der Landtagswahl am 13. März 2016 teil, erreichte jedoch mit 1.944 Zweitstimmen (= 0,1 Prozent) weniger Stimmen, als sie im Vorfeld an Unterstützungsunterschriften (2.040) erhalten hatte.

## Ideologie/Ziele

**„Zehn Punkte Programm" |** In seinem „Zehn-Punkte-Programm" nennt Der Dritte Weg als sein Ziel die „Schaffung eines Deutschen Sozialismus, fernab von ausbeuterischem Kapitalismus wie gleichmacherischem Kommunismus". Kinderreiche Familien sollen „zur Abwendung des drohenden Volkstodes" gefördert werden, für „Kindermord und andere Kapitalverbrechen" fordert die Partei die Einführung der Todesstrafe. Ein weiteres Ziel besteht in der „Erhaltung und Entwicklung der biologischen Substanz des Volkes". Darüber hinaus enthält das „Zehn-Punkte-Programm" die geschichtsrevisionistische Forderung nach der „friedliche[n] Wiederherstellung Gesamtdeutschlands in seinen völkerrechtlichen Grenzen".

**„National, sozialistisch und revolutionär" |** Gemäß seinem 2015 im Internet veröffentlichten „Selbstverständnis" begreift sich Der Dritte Weg als „national", „revolutionär" und „sozialistisch":

*„Denn nur diese drei Begriffe zusammengefasst ergeben eine ganzheitliche Wirkung, welche das politische, das wirtschaftliche, das soziale und das geistige Leben zu einer Synthese zusammenführt".*

Ausführlich erläuterte Der Dritte Weg die Begriffe in seiner 2017 erschienenen Broschüre „National, Revolutionär, Sozialistisch".

**Nationalismus |** Den Nationalismus definiert die Partei als die „politische Idee, die die Interessen und das Überleben des eigenen Volkes in den Mittelpunkt aller Betrachtungen und Entscheidungen" rücke. Der „echte Nationalismus" brauche stets eine „völkische Komponente", und das „Blut ist der Schlüssel zum Verständnis der volkseigenen Kultur und der Seele des völkischen Lebens". Das Volk sei nicht nur eine „Blut-, sondern auch eine Schicksalsgemeinschaft" und die Nation bilde den „übergeordneten Willen des Volkes". Im Liberalismus verkörpere dagegen der „Einzelne den wichtigsten Wert", als „geistige Immunschwächekrankheit" habe der Liberalismus den „europäische[n] Mensch[en] auf seine Existenz als Einzelwesen reduziert und seiner Kultur, Heimat und Identität beraubt". In diesem Kontext sieht sich Der Dritte Weg „unseren kultur- und blutsverwandten Völkern in Europa verbunden":

*„Egal ob West- oder Ost- Süd[-] oder Nordeuropa, es sitzen überall die gleichen Verräter, die gleichen Vertreter des feigen Bürgertums und die gleichen Geldempfänger des Kapitals in den Parlamenten. Daher können wir sie gar nicht anders als gleichsam hassen und verachten. Wir fiebern jedem Schlag, ja jedem Nadelstich, den die verschiedenen europäischen Bewegungen den volksfeindlichen Systemen beibringen, entgegen, begeistern uns über jeden Erfolg und verneigen uns vor jedem Toten und jedem Verletzten dieses gesamteuropäischen Kampfes."*

**Revolution |** Als Ziel ihrer Arbeit beschreibt die Partei Der Dritte Weg die „nationale Revolution":

*„Ein grundlegender, allumfassender, systematischer und nachhaltiger Wandel, die Durchdringung der Politik und der Gesellschaft mit unserer Weltanschauung."*

Der liberale Staat müsse durch den autoritären abgelöst und die „nihilistische Kultur der Moderne durch eine völkische ausgetauscht werden". Dies will Der Dritte Weg mittels einer „friedlichen Revolution" erreichen, schränkt jedoch ein:

*„Doch auch wenn wir unsere Revolution gewaltlos durchsetzen wollen, lehnen wir dennoch die bürgerliche Auffassung, dass Ruhe und Ordnung die oberste Maxime ist, ab. Sofern es notwendig ist, dass einige Scheiben zerbrechen, um nicht nur das deutsche Volk in seiner ethnischen Existenz zu sichern, […] so werden wir dies nicht als Frevel ansehen. Als Revolutionär ist es manchmal nötig, die kleine Ordnung zu verletzen, um die große Ordnung zu retten."*

**„Nationaler und deutscher Sozialismus" |** Unter „sozialistisch" versteht Der Dritte Weg – im Unterschied zur angeblich rein wirtschaftlichen Definition durch den Kommunismus – eine „geistige Lebensauffassung", die sich auf der Achtung der Natur und der Umwelt sowie der „sozialen und ökologischen Nachhaltigkeit" gründe:

*„Der Deutsche Sozialismus ist darum der dritte Weg, der des Blutes, gegenüber Kommunismus und Kapitalismus, die beide nur materialistisch sind."*

Vor diesem Hintergrund kritisiert die Partei generell den „Kapitalismus", insbesondere die durch ihn angeblich verursachte Ausbeutung und Umweltzerstörung. Der „Überfremdung Europas" durch „Millionen hereinströmender, außereuropäischer ‚Migranten' […] als Lohndrückerkolonnen und Konkurrenzmasse für den europäischen Arbeiter" sei mit der „Idee unseres Deutschen Sozialismus" zu begegnen, „indem wir die Gemeinschaft aller Deutschen über die Interessen jedes Einzelnen oder von Einzelgruppen setzen". Nach dem Sozialismus-Verständnis des Dritten Wegs ist eine „geistige Wende, die auf alle Lebensbereiche – damit auch den wirtschaftlichen – ausstrahlt", das Ziel. Im Unterschied zum „materialistischen Menschenbild" des Kommunismus wolle der „Deutsche Sozialismus dem Arbeiter wieder gesellschaftliches Anse-

hen verschaffen". Um dies zu erreichen, sei die „Einführung eines allgemeinen Arbeitsdienstes der Jugend" vorgesehen.

## Strukturen

Die Partei gliederte sich gemäß ihrer Satzung in die Gebietsverbände Süd, West, Nord und Mitte. Im Berichtsjahr existierten nur die Gebietsverbände Süd, West und Mitte, denen bundesweit 20 Stützpunkte zugeordnet werden. Hessen zählte neben den Ländern Nordrhein-Westfalen, Rheinland-Pfalz und Saarland zum Gebietsverband West, der aus den Stützpunkten Pfalz, Rheinhessen, Westerwald-Taunus, Sauerland-Süd und „Hermannsland" bestand. Die Bezeichnung „Hermannsland" spielt auf den Schauplatz der Varusschlacht an, in welcher der eigentlich in römischen Diensten stehende Cherusker Arminius – auch Hermann genannt – ein römisches Heer vernichtend schlug.

Der Stützpunkt Westerwald/Taunus umfasste im Wesentlichen den Landkreis Limburg-Weilburg und den Lahn-Dill-Kreis sowie angrenzende Landkreise in Rheinland-Pfalz und Nordrhein-Westfalen. Zum Stützpunkt Sauerland-Süd zählte – neben Landkreisen in Nordrhein-Westfalen – der hessische Landkreis Waldeck-Frankenberg. Zunehmende Aktivitäten der Partei waren im Berichtszeitraum darüber hinaus im Raum Fulda feststellbar, der im Organisationsaufbau der Partei dem Stützpunkt Mainfranken zugerechnet wird.

## Bewertung/Ausblick

Die Partei zeigt sich nach außen willens, die rechtlichen Anforderungen zur Aufrechterhaltung des Parteienstatus zu erfüllen. Obgleich sie das Parteiensystem der Bundesrepublik Deutschland ablehnt, nutzt sie die mit dieser Organisationsform einhergehenden Vorteile. Ihre Agitation ist weniger auf Wahlen ausgerichtet, als vielmehr aktionsorientiert mit provokativen Elementen.

Die Intensivierung von Kontakten zu nationalistischen Organisationen im Ausland, insbesondere der Besuch einer paramilitärischen Einheit wie das ukrainische Azow-Bataillon, eigens inszenierte Selbstverteidigungskurse bei Veranstaltungen und das Bekenntnis, dass nationaler Freiheitskampf mehr als Teilnahme an Demonstrationen bedeute, lässt erkennen, dass die Partei Gewalt zur Durchsetzung politischer Ziele nicht ausschließt, ohne dies allerdings offen zu propagieren.

Zur Verbreitung ihrer Agitation nutzte die Partei verstärkt das Internet. So setzte sie neben der üblichen Informationsverbreitung über die parteieigene Internetseite auch die verschiedenen Kommunikationsmöglichkeiten der sozialen Netzwerke ein. Sie gibt sich damit modern und versucht, gesellschaftlich anschlussfähig zu sein. Ihre gesellschaftliche Isolation konnte sie allerdings bislang nicht aufbrechen.

## DIE RECHTE

Als Auffangbecken für Mitglieder der ehemaligen rechtsextremistischen Deutschen Volksunion (DVU) im Mai 2012 gegründet, traten der Partei DIE RECHTE anschließend auch Neonazis und frühere Mitglieder der NPD bei. Im Oktober 2017 legte der Neonazi Christian Worch sein Amt als Bundesvorsitzender, das er seit 2012 bekleidet hatte, wegen parteiinterner Differenzen nieder. Ihm folgte – zunächst kommissarisch – der Neonazi Christoph Drewer nach.

Am 26. August gründete sich der hessische Landesverband der Partei DIE RECHTE neu, nachdem er sich 2014 aufgelöst hatte. Zum Vorsitzenden wählte der Parteitag Christian Göppner. Auf der Facebook-Seite des neonazistischen



*Logo der Partei DIE RECHTE*

FWH war im Vorfeld mit dem Aufruf „Jetzt Aktiv werden!“ auf die Neugründung hingewiesen worden. Bisher wurden der Kreisverband und Stützpunkt Main-Kinzig sowie die Stützpunkte Marburg und Wiesbaden gegründet. In Hessen gehören der Partei, die als Auffangbecken für Rechtsextremisten verschiedener Ausrichtungen fungiert, etwa zehn Personen an, bundesweit etwa 650. Bei der Bundestagswahl erzielte DIE RECHTE, die nur mit einer Landesliste in Baden-Württemberg angetreten war, 0,0 Prozent (= 2.054 der Zweitstimmen).

# Weitgehend unstrukturierte Rechtsextremisten

## Subkulturell orientierte Rechtsextremisten/Skinheads

### Definition/Kerndaten

**Das Skinhead-Phänomen entstand in Großbritannien als Protest gegen die bürgerliche Gesellschaft und trat Ende der 1970er Jahre erstmals in Deutschland in Erscheinung. Seit den 1980er Jahren geriet die Skinhead-Szene in der Bundesrepublik zunehmend unter den Einfluss von Rechtsextremisten. Inzwischen wurde das Spektrum zwar vielfältiger, die Grenzen zwischen Skinhead-Bewegung und sonstigen subkulturell orientierten Rechtsextremisten waren jedoch nach wie vor fließend. Daher werden beide Begrifflichkeiten als Synonyme verwendet. Skinheads sind heute auf den ersten Blick nicht immer als solche zu erkennen. Springerstiefel und Bomberjacke werden durch Turn-**

**schuhe und beliebte Szeneartikel ersetzt. Aber auch lange Haare, dunkle Kleidung und schwarze Schminke sind insbesondere bei Anhängern der Musikrichtung des National Socialist Black Metal (NSBM) verbreitet. Skinheads agieren überwiegend ohne organisatorische Bindungen.**

| | |
|---|---|
| Aktivisten/Anhänger: | In Hessen etwa **360** |
| Rechtsextremistische Musikgruppen in Hessen: | **Faust** und **Nordglanz (NSBM)** |

## Ereignisse/Entwicklungen

**Soweit rechtlich möglich, unterbinden die Sicherheitsbehörden rechtsextremistische Konzerte in Hessen. Aufgrund dieser restriktiven Vorgehensweise fand auch im Berichtsjahr in Hessen kein rechtsextremistisches Konzert statt.**

**Andere Musikveranstaltungen |** Am 2. Juni fand in Hessen ein Balladenabend im internen Kreis mit einem rechtsextremistischen Liedermacher der rechtsextremistischen Musikgruppe FLAK statt. Die Veranstaltung entfaltete keine Außenwirkung. Darüber hinaus wurden jeweils am 28. Januar bzw. 11. November im Main-Kinzig-Kreis und am 13. Mai im Schwalm-Eder-Kreis insgesamt drei Partei- bzw. Rednerveranstaltungen mit Musikdarbietung durchgeführt. Darüber hinaus fanden im Berichtsjahr fünf weitere Musikdarbietungen im internen Kreis statt.

**Mobilisierungskraft rechtsextremistischer Musik |** Im Berichtsjahr zeigte sich erneut, wie stark die Mobilisierungskraft rechtsextremistischer Musik ist. Als bundesweit herausragendes Ereignis ist hier die Veranstaltung „Rock gegen Überfremdung II – Identität und Kultur bewahren – Rede- und Musikbeiträge gegen den Zeitgeist“, am 15. Juli zu nennen.

**„Rock gegen Überfremdung II“ |** Besucht von etwa 6.000 Personen aus dem In- und Ausland fand am 15. Juli in Themar (Thüringen) die bislang größte rechtsextremistische Konzert- und Rednerveranstaltung in Deutschland statt, die im Februar als politische Versammlung angemeldet worden war. Acht Bands traten auf, unterbrochen jeweils von Redebeiträgen einzelner Rechtsextremisten. An Informations- und Verkaufsständen wurden rechtsextremistische Schriften verteilt und einschlägige CDs und Bekleidung verkauft. Auch Rechtsextremisten aus Hessen waren nach Themar angereist.

Die hohe Besucherzahl, mit Teilnehmern aus dem europäischen Ausland, resultiert offenbar aus dem Umstand, dass

die Veranstalter im Vorfeld mit in der Szene bekannten und beliebten Bands geworben hatten.

Insgesamt gab es Strafanzeigen im mittleren zweistelligen Bereich wegen Verwendens von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Bedrohung, Körperverletzung und Verstößen gegen das Waffengesetz. Einzelpersonen wurden in Gewahrsam genommen, darüber hinaus gab es Identitätsfeststellungen im dreistelligen Bereich.

Dieses größte in Deutschland durchgeführte rechtsextremistische Konzert zeigt, dass die Zugkraft dieser Musik ungebrochen ist. In zahlreichen Liedtexten von Musikgruppen des subkulturell geprägten Spektrums werden offen oder auch unterschwellig rechtsextremistische Feindbilder und Ideologiefragmente transportiert, entsprechende Denkmuster geformt und verfestigt sowie ein Identitätsgefühl beschworen. In Liedtexten wird Gewalt nicht nur gerechtfertigt, sondern es wird offen zur Gewalt aufgerufen. Vor diesem Hintergrund gilt es in Hessen nach wie vor, im Rahmen aller gesetzlichen Möglichkeiten rechtsextremistische Konzerte zu unterbinden.

**Funktion rechtsextremistischer Musik |** Rechtsextremistische Musik spielt nach wie vor eine wichtige Rolle für die rechtsextremistische Szene und ist zugleich ein bedeutendes, jugendorientiertes Medium, um entsprechende Botschaften zu transportieren. Oft stehen im Vordergrund des Musikerlebnisses zunächst nicht rechtsextremistische Inhalte, sondern für die Hörer einprägsame Melodien und einfache Rhythmen. Die Hürde für den Einstieg in den Rechtsextremismus ist dabei niedrig, da Musik nahezu jederzeit und überall konsumierbar ist. Die Musik dient der Selbstdarstellung und der szeneinternen Kommunikation über Werte und Feindbilder und ist Ausdruck eines subkulturellen Zusammengehörigkeitsgefühls. Dabei wirkt der Konsum von rechtsextremistischer Musik oft als Katalysator von Gefühlen und Aggressionen. Besonders in Verbindung mit Alkohol kann dies zu Gewaltausbrüchen führen.

**Diffuse Einstellungen |** Subkulturell orientierte Rechtsextremisten und Skinheads sind gekennzeichnet durch eher diffuse rechtsextremistische Einstellungen, die sich an das Gedankengut von Neonazis anlehnen. Eine vertiefte „weltanschauliche“ und politische Auseinandersetzung findet dabei nicht statt. Im Vordergrund steht eine erlebnis- und aktionsorientierte Lebensgestaltung vor allem in Form des Konsumierens von Musik.

**Musikveranstaltungen – Internet |** Konzerte spielen für subkulturell orientierte Rechtsextremisten und Skinheads eine wichtige Rolle. In der eher strukturlosen Szene sind Konzerte identitätsstiftende Ereignisse und dienen der Kommunikation und Vernetzung. Zudem üben die in der Regel konspirativ organisierten Konzerte gerade auf junge Rechtsextremisten eine große Faszination aus.

Eine wachsende Bedeutung haben für subkulturell orientierte Rechtsextremisten und Skinheads, aber auch für Neo-

nazis und rechtsextremistische Parteien, mittlerweile Liederabende. Auftritte überwiegend einzelner rechtsextremistischer Interpreten dienen als Treffpunkt und Plattform, wobei politische Botschaften über die Liedtexte mit Zwischenmoderationen verknüpft und zur Anwerbung potenzieller Interessenten genutzt werden.

### Bewertung/Ausblick

Große Konzerte mit szenebekannten Bands stoßen nach wie vor auf eine große Resonanz in der Szene. Zugleich hat sich im Berichtszeitraum die Tendenz bestätigt, dass eine Verlagerung der Musikveranstaltungen hin zu Liederabenden, zumeist verbunden mit politischen Redebeiträgen, stattfindet.

Unabhängig von der Form dieser Musikveranstaltungen bleibt die hohe Gefahr, die von rechtsextremistischer Musik ausgeht. Der Besuch von Konzerten dient vielfach als Einstieg in den Rechtsextremismus. Entsprechende Inhalte und vor allem Teile der neonazistischen Ideologie werden insbesondere jugendlichen Neueinsteigern auf eingängige Art und Weise vermittelt. Aufgrund der hieraus für Jugendliche resultierenden Gefahren ist die Szene der subkulturell orientierten Rechtsextremisten und Skinheads ein wichtiges Beobachtungsfeld des Verfassungsschutzes in Hessen. Mit jedem verhinderten Konzert verliert die rechtsextremistische Szene eine Anlaufstelle und ein wichtiges Bindeglied zu Jugendlichen, die noch außerhalb des Rechtsextremismus stehen.

## Rechtsterrorismus

**Die der rechtsextremistischen Ideologie eigene Gewaltorientierung, die sich insbesondere in Hass und Gewalt gegen über Flüchtlingen und Asylbewerbern manifestiert, birgt die Gefahr schwerer staatsgefährdender Gewalttaten: Solche Straftaten richten sich gegen Leben und persönliche Freiheit eines oder mehrerer Menschen, so dass sie nach den Umständen bestimmt und geeignet sind, den Bestand oder die Sicherheit eines Staates oder einer internationalen Organisation zu beeinträchtigen oder Verfassungsgrundsätze der Bundesrepublik Deutschland zu beseitigen, außer Geltung zu setzen oder zu untergraben. Dabei kann diese Gewaltorientierung bis zum Rechtsterrorismus führen. Die Beobachtung rechtsextremistischer Gewaltpotenziale, deren Herausbildung eine virulente Gefahr darstellt, ist eine herausragende Aufgabe der Verfassungsschutzbehörden. Das folgende Ereignis im Berichtszeitraum verdeutlicht die Virulenz dieser Gefahr:**

**Mitglieder einer Terrorvereinigung verurteilt |** Das OLG München verurteilte am 15. März vier Angeklagte wegen Gründung und Mitgliedschaft in der terroris-

tischen Vereinigung OSS zu Freiheitsstrafen zwischen drei und fünf Jahren. Das Urteil ist rechtskräftig. Das Gericht sah es als erwiesen an, dass die Angeklagten im August 2014 die terroristische OSS gebildet hatten. Die zuletzt etwa 30 OSS-Mitglieder hatten rassistische, antisemitische und antimuslimische Ziele verfolgt. Nachdem sie sich zunehmend in verschiedenen sozialen Medien radikalisiert hatten, planten die Verurteilten Sprengstoffanschläge auf Ausländer bzw. Asylbewerberunterkünfte.

Um konkret einen Anschlag auf eine bewohnte Asylbewerberunterkunft in Sachsen zu verüben, hatten zwei Rechtsextremisten in Tschechien in Deutschland nicht zugelassene Sprengkörper erworben, die sie mit Nägeln oder Brennstoff versehen wollten, um deren Gefährlichkeit noch weiter zu steigern. Aufgrund der Festnahme der vier Verurteilten im Mai 2015 wurde die Tat verhindert. Darüber hinaus wurde innerhalb der Gruppe erwogen, eine Kirche anzugreifen und dabei „Allahu akbar" zu rufen, um in der Bevölkerung den Verdacht auf Muslime zu lenken.

**Ziele von Rechtsterroristen |** Wie bereits die Verbrechen des Nationalsozialistischen Untergrunds (NSU) gezeigt haben, wollen Rechtsterroristen mit ihren Straf- und Gewalttaten gemäß ihrem rechtsextremistischen Verständnis die bestehende Ordnung destabilisieren. Dies gilt auch für Einzeltäter („lone wolves"). Das, was nach ihrer Ansicht nicht zur deutschen, in sich einheitlichen „Volksgemeinschaft" gehört, also „Fremdes" bzw. Ausländer oder Flüchtlinge, soll bekämpft bzw. vernichtet werden.

## Straf- und Gewalttaten

Im Berichtsjahr wiesen insgesamt 540 politisch motivierte Straf- und Gewalttaten einen rechtsextremistischen Hintergrund auf. Die Zahl der rechtsextremistischen Straftaten, die 2016 im Vergleich zu den Vorjahren deutlich angestiegen war, sank damit im Berichtsjahr sehr deutlich ab. Schwerpunkt der Gewalttaten, die ebenfalls zurückgingen, blieben die Körperverletzungsdelikte.

Eine Ursache für das deutliche Absinken der rechtsextremistischen Straf- und Gewalttaten kann in der veränderten Fokussierung von Rechtsextremisten in Bezug auf den Rückgang der Asylbewerberzahlen vermutet werden. (Siehe im Glossar und Abkürzungsverzeichnis unter dem Stichwort Politisch motivierte Kriminalität zur Erfassung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund.)

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Deliktart** | | | |
| Tötung | | | |
| Versuchte Tötung | | | 1 |
| Körperverletzung | 13 | 19 | 17 |
| Brandstiftung/Sprengstoffdelikte | 2 | 3 | |
| Landfriedensbruch | 1 | | |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr | | | |
| Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte | | 1 | 2 |
| **Gewalttaten gesamt** | **16** | **23** | **20** |
| **Sonstige Straftaten** | | | |
| Sachbeschädigung | 22 | 41 | 57 |
| Nötigung/Bedrohung | 6 | 29 | 16 |
| Andere Straftaten (insb. Propagandadelikte) | 496 | 706 | 566 |
| **Straf- und Gewalttaten gesamt** | **540** | **799** | **659** |

Beispielhaft seien folgende Straftaten aufgeführt:

- In Oberursel (Hochtaunuskreis) trat ein unbekannter Täter einem iranischen Staatsangehörigen mit dem Fuß gegen den Oberschenkel, schlug ihn mit der Faust auf das linke Ohr und rief im darauffolgenden Streit „Heil Hitler".
- Ein Beschuldigter veröffentlichte auf einer Internet-Plattform ein Video mit der Bezeichnung „German bus driver – Aus[c]hwitz", welches eine Person zeigt, die auf dem Fahrersitz eines Busses in die Sprechanlage sagt: „Alle Ausländer einsteigen, wir fahren nach Auschwitz!" Darüber hinaus zeigte die Person den Hitlergruß.




# Reichsbürger und Selbstverwalter

**Unter der Bezeichnung Reichsbürger und Selbstverwalter fasst der Verfassungsschutz Gruppierungen und Einzelpersonen zusammen, die aus unterschiedlichen Motiven und mit unterschiedlichen Begründungen das Grundgesetz, die Bundesrepublik Deutschland und deren Rechtssystem, die Staatsorgane und die demokratisch gewählten Repräsentanten nicht anerkennen und ihnen die Legitimation absprechen. Reichsbürger propagieren das Fortbestehen eines historischen Deutschen Reichs, Selbstverwalter erfinden Fantasiestaaten und beanspruchen für sich ein von der Bundesrepublik Deutschland unabhängiges Territorium. Reichsbürger und Selbstverwalter erkennen die Bundesrepublik nicht als Staat an. Sie verstehen sich als außerhalb der Rechtsordnung stehend und fordern Behörden sowie Gerichte auf, geltendes Recht nicht anzuwenden. Darüber hinaus können sich Bestrebungen von Reichsbürgern und Selbstverwaltern auch gegen den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes richten. Wenn solche Aktivitäten mit gebietsrevisionistischen Forderungen verbunden sind, steht dies nicht mit dem Gedanken der Völkerverständigung in Einklang. Insgesamt sind Reichsbürger und Selbstverwalter in hohem Maße bereit, gegen Gesetze zu verstoßen. Die Verfassungsschutzbehörden des Bundes und der Länder beobachten die Reichsbürger und Selbstverwalter seit dem 22. November 2016 in Gänze.**

| | |
|---|---|
| Angehörige: | In Hessen etwa **1.000**, bundesweit etwa **16.500** |
| Medien : | **Internetpräsenzen** |

**Heterogene Szene |** Das Spektrum der Reichsbürger und Selbstverwalter besteht aus einer Vielzahl verschiedener Gruppierungen und Einzelpersonen. Die Szene ist vielschichtig, unübersichtlich und umfasst Verschwörungstheoretiker und Rechtsextremisten ebenso wie Leichtgläubige und finanziell Gescheiterte.

Verschwörungstheoretiker glauben, dass die Bundesrepublik Deutschland eine fremdbestimmte Kolonie sei, die zum Beispiel von den Alliierten oder Geheimlogen kontrolliert wird. Bei Rechtsextremisten dagegen steht die Behauptung im Mittelpunkt, das Deutsche Kaiserreich oder die nationalsozialistische Regierung würden fortexistieren. Damit einher geht bei Rechtsextremisten eine völkische Abstammungslehre. Demnach sei nur deutsch, wer über mindestens drei Generationen einen „rein deutschen" Stammbaum vorweise.

Aufgrund der unterschiedlichen Ansichten und Überzeugungen gibt es innerhalb der Szene keine allgemein anerkannten Strukturen oder Organisationen. Typisch für das Milieu ist daher eine Zersplitterung der Szene. Einzig in der fundamentalen Ablehnung der Bundesrepublik Deutschland, ihrer Gesetze und Repräsentanten besteht Einigkeit.

**Personenpotenzial |** Das mit Stand 31. Dezember 2017 den Sicherheitsbehörden bekannte Personenpotenzial der Reichsbürger und Selbstverwalter unterscheidet sich von dem anderer extremistischer Phänomenbereiche auch durch seine Zusammensetzung. Während andere Extremisten häufig junge Erwachsene sind oder im Übergang zum Erwachsenenalter stehen, liegt das Durchschnittsalter bei Reichsbürgern und Selbstverwaltern bei 45 bis 60 Jahren. Darüber hinaus ist die Szene zu knapp 75 Prozent männlich und im Vergleich zur Gesamtbevölkerung durch einen unterdurchschnittlichen Anteil von Akademikern gekennzeichnet.

**Gebietsrevisionismus |** Mit der Forderung nach der Wiederherstellung eines Deutschen Reichs berufen sich Reichsbürger oft willkürlich auf unterschiedliche historische und völkerrechtliche Situationen, in denen sich Deutschland zum Beispiel in seinen Grenzen von 1871, 1918, 1933 und 1937 befand. Diese völkerrechtswidrigen und gebietsrevisionistischen Vorstellungen und Bestrebungen richten sich gegen die territoriale Integrität von Nachbarstaaten der Bundesrepublik Deutschland und verstoßen damit gegen den Gedanken der Völkerverständigung.

Beispielhaft hierfür steht folgende Aussage auf der Internetseite der rechtsextremistischen Exil-Regierung Deutsches Reich:

*„Der Begriff Wiedervereinigung ist […] irreführend, da nur zwei Teile Deutschlands, die Bundesrepublik Deutschland (Westdeutschland) und die Deutsche Demokratische Republik (Mitteldeutschland), vereinigt wurden, Ostdeutschland aber noch immer besetzt ist und deutsche Staaten wie Österreich, Luxemburg oder Liechtenstein immer noch eigene Kleinstaaten sind. Hinzu kommt, daß der Begriff, ‚Wiedervereinigung' falsch ist, da es zuvor keinen deutschen Staat in den aktuellen Grenzen gab, zudem mit der ‚Wiedervereinigung' auf die ostdeutschen Gebiete des Deutschen Reiches und das Sudetenland durch die BRD kein Anspruch erhoben wurde."* (Schreibweise wie im Original.)

Reichsbürger und Selbstverwalter führen eine Vielzahl von verschwörungstheoretischen Argumenten an, in denen sie sich abwegig und pseudo-juristisch auf verschiedene Gesetze und internationale Normen berufen. So ist die Bundesrepublik in ihrer Sicht lediglich ein „Besatzungskonstrukt": Deutschland sei seit dem Ende des Zweiten Weltkriegs kein souveräner Staat, sondern ein von den alliierten Streitkräften militärisch besetztes Gebiet. Entsprechend behauptet die Szene, die Bundesrepublik Deutschland existiere nicht, sei nicht souverän, sondern lediglich eine Art Firma. So agitierten und polemisierten Reichsbürger und Selbstverwalter gegen eine angebliche „BRD-GmbH" sowie gegen Parlament

und Regierung, Justiz und Polizei. Obwohl Reichsbürger und Selbstverwalter das Grundgesetz, die Rechtsordnung, Gerichtsurteile und behördliche Bescheide nicht anerkannten, zitierten sie diese jedoch, wenn sie glaubten, sie für sich instrumentalisieren zu können. Stattdessen beanspruchten Reichsbürger und Selbstverwalter, eine eigene Staatsgewalt auszuüben: Sie vergaben „staatstragende" Ämter, verkauften „Reichsausweise" und selbstgefertigte „Reichsführerscheine", die keinerlei Gültigkeit besitzen.

**Widerstand gegen Staat und Verwaltung |** Das Agieren gegen Behörden mit absurden Eingaben stellte das Hauptbetätigungsfeld der Reichsbürger und Selbstverwalter dar. Damit versuchte die Szene, die Ämter an ihrem rechtmäßigen Handeln zu hindern. So wird etwa die Entrichtung von Bußgeldern wegen angeblich fehlender Legitimation der Bescheide verweigert. Reichsbürger und Selbstverwalter begründeten dies in umfangreichen Schriftsätzen, in denen sie sich etwa auf die Haager Landkriegsordnung von 1907 oder selbst erdachte Allgemeine Geschäftsbedingungen beriefen. Mitunter verschickten Szeneangehörige selbstformulierte „Schadensersatzforderungen" – zahlbar in Silber oder Gold – auf der Grundlage selbst gefällter „Urteile" an die in Behörden zuständigen Sachbearbeiter.

Exemplarisch und das Agieren der Reichsbürger erhellend ist folgendes, in Auszügen abgedrucktes Telefax, das ein „Reichspolizeiamt" der Gruppierung Deutsches Reich im Berichtsjahr an den Hessischen Landespolizeipräsidenten versandte:

*„Betrifft: Rechtsmittel der Beschwerde nach geltendem Reichsrecht, unter dem Tatbestand von StGB §§ 81 Absatz 2u.4, 84, 87, 88, 89, 90 Absatz 3,5 und 6, zum rechtsstaatlichen Schutz der Amtsträger des Deutschen Reichs, Generalkonsul des Deutschen Reichs für die russische Föderation Herrn […] und Staatssekretär für Verfassungsschutz […].*

*Sofortige Beschwerde […] wegen Verweigerung der Ausweispflicht, fehlender Legitimation, Plünderung im vorgetäuschtem Amt, Bildung einer bandenmäßigen kriminellen Vereinigung unter UKIP333571359 sog. Ministerium des Inneren Hessen, Verstoß gegen HLKO, Beihilfe – und schwere Nötigung, fehlender Nachweis einer staatsrechtlichen Waffenbesitzgenehmigung, staatsrechtlich nicht nachweisbare Zulassung zum Polizeidienst, nichtamtliche Handlung mit Gefahr für Leib und Leben, Verstoß gegen die EMRK, räuberische Erpressung, Menschenraub, erzwungene vorsätzliche Verhaftung mit kriminellen Charakter, Vorteilsnahme im vorgetäuschten Amt illegale Beschlagnahmung bzw. Raub amtlicher Dokumente des Deutschen Reiches […]*

*Die Reichsverfassung von 1871 (Stand: 28.10.1918) ist die staatsrechtliche Grundlage. Aus allem Vorgetragenen, resultiert eine damit verbundene Strafanzeige mit Schadenersatzklage gegen jeden Einzelnen des genannten Personenkreis, die nicht verjährt oder verwirkt, es gilt das Reichsrecht, das Völkerstrafgesetzbuch, das Besatzungsrecht, die SHAEF-Gesetze und SMAD-Befehle. […]*

*Leiter des Stabes im Reichspolizeiamt Deutsches Reich*

*Sie sollten in Ihrem Interesse auch unseren Verteiler beachten Dieses Schreiben geht als Kopie mit Strafverfolgungsantrag an den Ober-Reichsanwalt, an das Reichsgericht Strafsenat, an den Reichsverband Deutscher-Rechtskonsulenten, an das Beweissicherungsamt, an die Justizabteilung Justitia Deutschland und an das Reichsamt zur Bereinigung von Staatsterrorismus."* (Schreibweise wie im Original.)

**„Malta-Masche" |** Reichsbürger und Selbstverwalter versuchen mitunter, sich nicht nur behördlichem Zugriff zu entziehen, sondern Behördenmitarbeiter widerrechtlich zu belangen. Hierfür erfinden Reichsbürger und Selbstverwalter im Rahmen der sogenannten Malta-Masche Schulden eines Behördenmitarbeiters, die sie in das amerikanische Online-Schuldnerregister Uniform Commercial Code (UCC) eintragen lassen. Anschließend werden die Forderungen an ein maltesisches Inkassounternehmen abgetreten, um einen vollstreckbaren Titel nach dem Europäischen Mahnverfahren zu erreichen. Eine Durchsetzung ihrer erfundenen Forderungen mittels dieses missbräuchlichen Verfahrens ist der Szene nicht gelungen.

**Deliktfelder der Reichsbürger und Selbstverwalter |** Zu etlichen Reichsbürgern lagen der Polizei Erkenntnisse zu Gewaltdelikten (Freiheitsberaubung, Körperverletzung, Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte) vor. Außerdem begingen Reichsbürger Betrug, Hausfriedensbruch, Nötigung, Sachbeschädigung, Amtsanmaßung, Urkunden- und Kfz-Kennzeichenfälschung, Beleidigung und Verleumdung. Manche verstießen gegen das Kunsturheber- sowie das Kriegswaffenkontroll-, Waffen- und Betäubungsmittelgesetz.

**Gefahr der Gewaltanwendung |** Rechtsansprüche gegenüber Reichsbürgern und Selbstverwaltern mussten die Behörden oft mittels Zwangsvollstreckung durchsetzen. Hierbei besteht die Gefahr, dass sich Reichsbürger mit Gewalt einer Maßnahme widersetzen. Ihre teilweise erhebliche Gewalt richtete sich vornehmlich gegen Gerichtsvollzieher und Polizeibeamte. Deren Einsätze bezeichneten Reichsbürger als „Plünderung" oder „Raub", gegen die angeblich „Notwehr" geboten sei. Dabei schossen Angehörige der Reichsbürger und Selbstverwalter sogar auf Beamte, so etwa im

August 2016 in Reuden (Sachsen-Anhalt) und im Oktober 2016 in Georgensgemünd (Bayern), wo ein Polizeibeamter seinen schweren Verletzungen erlag.

Die Verfassungsschutzbehörden übermittelten bundesweit bis zum Stichtag 31. Dezember 2017 bereits zu rund 600 Reichsbürgern und Selbstverwaltern Erkenntnisse an die Waffenbehörden. Nach Kenntnisstand der Verfassungsschutzbehörden wurden in der Folge rund 350 Reichsbürgern und Selbstverwaltern ihre waffenrechtlichen Erlaubnisse entzogen.

Nichtsdestotrotz ist der Grad der Bewaffnung der Szene weiterhin hoch. Zum Stichtag 31. Dezember 2017 verfügten bundesweit immer noch rund 1.100 Reichsbürger und Selbstverwalter über eine oder mehrere waffenrechtliche Erlaubnisse. Grund für die weiterhin hohe Zahl an bekannten Erlaubnisinhabern ist insbesondere die fortschreitende Aufklärung der Szene, durch die kontinuierlich neue Erlaubnisinhaber bekannt werden.

In Hessen besaß eine hohe zweistellige Anzahl von Personen aus der Szene waffenrechtliche Erlaubnisse, mehr als die Hälfte von diesen war im Besitz von mindestens einer legalen Schusswaffe. Das Ziel der Sicherheitsbehörden in Hessen ist es, dass kein den Behörden bekannter Reichsbürger oder Selbstverwalter waffenrechtliche Erlaubnisse oder legale Waffen besitzt bzw. sie ihnen im Falle des Besitzes entzogen werden.



# Linksextremismus

## Merkmale

**Die Beseitigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und die Errichtung eines totalitären, sozialistisch kommunistischen Systems oder einer angeblich „herrschaftsfreien Gesellschaft" sind Ziele linksextremistischer Bestrebungen.**

**Orthodoxer Kommunismus |** Protagonisten dieses Teils des Linksextremismus wie zum Beispiel die Deutsche Kommunistische Partei (DKP) orientieren sich an den Lehren von Karl Marx (1818 bis 1883) und Friedrich Engels (1820 bis 1895). Marx und Engels teilten Gesellschaften in Klassen ein und behaupteten, es gebe einen andauernden „Klassenkampf". Auf der Ausbeutung der Klasse der Arbeiter („Proletariat") durch die Klasse der „Kapitalisten" fußt nach Auffassung orthodoxer Kommunisten – gegründet auf den Lehren von Marx und Engels – der „Kapitalismus": Dieser führe zwangsläufig zu immer mehr Elend und Gewalt in der Gesellschaft. Der Kapitalismus könne nur durch eine Revolution, die eine Änderung der Eigentumsverhältnisse einschließe, beseitigt werden. Durch Umverteilung des Besitzes werde die alte Ordnung absterben und sich nach und nach eine kommunistische Gesellschaft entwickeln.

Neben Marx und Engels berufen sich orthodoxe Kommunisten auf Wladimir Iljitsch Uljanow (1870 bis 1924), genannt Lenin. Dieser glaubte, die Arbeiter könnten nur durch eine elitäre Kaderpartei zum richtigen „Klassenbewusstsein" und zu einer erfolgreichen Revolution geführt werden. Nach der Erringung der Macht sei es Aufgabe dieser Partei, mittels einer „Diktatur des Proletariats" die kommunistische Gesellschaft zu errichten und gewaltsam alle „konterrevolutionären" Elemente zu bekämpfen.

**Maoismus |** Organisationen wie die Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) orientieren sich an der chinesischen Variante des Kommunismus, dem Maoismus, der auf den Revolutionär Mao Zedong (1893 bis 1976) zurückgeht. Die von ihm 1937 verfassten Schriften sowie seine Politik der Ablehnung der damaligen Sowjetunion bilden die Grundlage der maoistischen Ideologie. Im Unterschied zum orthodoxen Kommunismus setzt sich für Maoisten die Revolution auch nach Erringung der Macht fort und kann sich gegen eigene kommunistische Strukturen richten. Darüber hinaus definierte der Maoismus nicht die Arbeiter, sondern – vor allem in Ländern der Dritten Welt – die Bauern als Träger der proletarischen Revolution.

**Anarchismus |** Anarchisten wie die Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU) lehnen – im Unterschied zu kommunistischen Organisationen – jegliche Herrschaft ab. Sie sehen den Staat als unterdrückerische Zwangsinstanz an, die zerschlagen werden müsse, wobei es – im Unterschied zu Marxisten-Leninisten – keiner Kaderpartei bedürfe. Anarchisten wenden sich gegen jegliche Institutionen, insbesondere gegen Parteien und Parlamente; sie selbst organisieren sich in nur wenig strukturierten Gruppen.

**Autonome Vorstellungen |** Die Positionen von Autonomen sind – verglichen mit denjenigen orthodox-kommunistischer Parteien – anders differenziert. Nicht die Partei, sondern das selbstbestimmte Individuum steht bei Autonomen im Mittelpunkt („Politik der ersten Person"). Nach autonomer Auffassung muss der Einzelne ständig um seine Befreiung von „strukturellen Zwängen" kämpfen. Mit orthodoxen Kommunisten verbindet Autonome aber die Vorstellung von einer Welt, in der jeder im Rahmen einer kommunistischen Gesellschaft nach seinen Bedürfnissen leben und sich selbst verwirklichen kann. Dazu müssten alle „Systeme", die dem Individuum Pflichten und Zwänge auferlegen, beseitigt werden. Zu diesen „Systemen" gehören nach dem Verständnis von Autonomen unter anderem Demokratie und rechtsstaatliches Handeln.

Die Vorgehensweisen und die Zusammensetzung autonomer Zusammenschlüsse gestalten sich heterogen. Einige Autonome versuchen, Ideen anarchistischer Prägung in die Realität umzusetzen, z. B. durch die Errichtung „gewalt- und herrschaftsfreier Räume" in Form von Besetzungen oder der Verwaltung von Gebäuden. Andere engagieren sich zunehmend in der Bündnis- und Netzwerkarbeit, wobei sie zunehmend nichtextremistische Unterstützer zu gewinnen versuchen.

Um ihre jeweiligen Ziele zu erreichen, halten Autonome übergreifend die Anwendung von Gewalt für ein legitimes Mittel. Insbesondere auf Grund ihrer „militanten Aktionen" stellen Autonome eine konstante Bedrohung für die Innere Sicherheit in Deutschland dar.

## Personenpotenzial[1]

Das Personenpotenzial in linksextremistischen Gruppierungen ist in Hessen konstant geblieben.

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Autonome** | | | |
| Hessen | 400 | 400 | 340 |
| Bund | 7.000 | 6.800 | 6.300 |
| **Anarchisten** | | | |
| Hessen | 70 | 70 | 60 |
| Bund | 800 | 800 | 800 |
| **Sonstige Linksextremisten (Marxisten-Leninisten, Trotzkisten u. a.)** | | | |
| Hessen | 2.400 | 2.400 | 2.400 |
| Bund | 22.600 | 21.800 | 20.300 |
| **Linksextremisten gesamt** | | | |
| **Hessen** | **2.570** | **2.570** | **2.500** |
| **Bund** | **29.500** | **28.500** | **26.700** |

## Autonome

### Definition/Kerndaten

**Autonome sind undogmatische und organisationskritische Linksextremisten, die sich an verschiedenen, zum Teil diffusen kommunistischen und anarchistischen Deutungsmustern orientieren. Das staatliche Gewaltmonopol lehnen Autonome ab und sehen eigene Gewaltanwendung („Militanz") zur Durchsetzung ihrer politischen Ziele als legitim an. Starren Organisationsstrukturen stehen „klassische" Autonome kritisch bis ablehnend gegenüber und beharren stattdessen auf ihrer Selbstbestimmtheit. Autonome organisieren sich daher in losen Gruppen, zwischen denen oft nur aktions- und anlassbezogene lockere Netzwerke bestehen.**

**Teile der autonomen Szene sind in den letzten Jahren allerdings von diesem Selbstverständnis abgerückt. Die mangelnde Strategie sowie die Organisati-**

[1] Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet. n der Gesamtsumme sind Mehrfachmitgliedschaften abgezogen.

ons- und Theoriefeindlichkeit „klassischer" Autonomer erachten sie als wenig zielführend: Anstelle der Revolution bevorzugt dieser Teil der Szene, der sich selbst als postautonom bezeichnet, eine langfristige Veränderung der bestehenden Verhältnisse. Hierfür greifen Postautonome gesamtgesellschaftlich relevante Themen auf und setzen auf eine auch das gesamte linksextremistische Spektrum umfassende Bündnispolitik, die eine Zusammenarbeit mit nichtextremistischen Akteuren ausdrücklich einschließt. Dementsprechend vermeiden Postautonome in der Regel ein offenes Bekenntnis zur Gewalt. Stattdessen verwenden sie eher unbestimmte Begriffe wie „ziviler Ungehorsam" oder sprechen davon, „Polizeiketten durchfließen" zu wollen. Damit bieten Postautonome für ihre „Aktionen" einen weiten Interpretationsspielraum, der sowohl gewaltorientierten als auch gewaltablehnenden Personen eine Teilnahme ermöglicht.

Die bundesweit bedeutendsten postautonomen Organisationen sind die Interventionistische Linke (IL) und das sich selbst als „kommunistisch" definierende Bündnis …umsGanze! Während die Gruppe kritik&praxis – radikale Linke [f]rankfurt Teil des …umsGanze!-Bündnisses ist, sind in der IL die Gruppen d.o.r.n. (Kassel), d.i.s.s.i.d.e.n.t. (Marburg), IL Darmstadt und IL Frankfurt organisiert.

| | |
|---|---|
| Aktivisten: | In Hessen etwa **400**, bundesweit etwa **7.000** |
| Regionale Schwerpunkte: | **Frankfurt am Main, Marburg, Gießen, Kassel, Darmstadt** |
| Medien (Auswahl): | **Swing** (Erscheinungsweise mehrmals jährlich), **Internetpräsenzen** |

## Ereignisse/Entwicklungen

Die Vorgehensweisen linksextremistischer und insbesondere autonomer Gruppierungen werden exemplarisch in der direkten Auseinandersetzung mit dem „politischen Feind" sichtbar. Hier wird auch deutlich, dass Linksextremisten für sich beanspruchen, festzulegen, wer „faschistisch" ist und wer nicht. Diese Vereinnahmung der Deutungshoheit führt im Ergebnis zu einer Polarisierung in der öffentlichen Wahrnehmung von politischer Betätigung (Schwarz-Weiß-Denken). Es finden wiederholt Angriffe auf Grundrechte und die freiheitliche demokratische Grundordnung statt. Dies geschieht unabhängig

**davon, wie letztlich die Sicherheits- und Verfassungsschutzbehörden die Gruppierungen und Organisationen bewerten, denen diese Angriffe gelten. Die G20-Proteste waren bundesweit das herausragende Thema der linksextremistischen Szene. Die gewalttätigen Protestaktionen zeigten erneut, dass die autonome Szene auf logistische Strukturen zurückgreifen kann, die ihr zum Teil vergünstigt zur Verfügung gestellt werden.**

**Linksextremistische Aktionen gegen die AfD |** Linksextremisten nahmen die AfD als zentralen „faschistischen" Feind ins Visier und leiteten aus ihrem „antifaschistischen" Kampf die Legitimation ab, Straf- und Gewalttaten zu verüben. Verstärkt wurde das Aktionsniveau durch den Wahlkampf zur Bundestagswahl 2017, zu der auch die AfD angetreten war.

In verschiedenen hessischen Regionen fanden Veranstaltungen und Aktionen gegen die AfD und ihre Repräsentanten statt:

- Im Februar erschien auf dem inzwischen verbotenen linksextremistischen Internetportal linksunten.indymedia.org ein Outing eines AfD-Funktionärs aus dem nordhessischen Raum. Unbekannte behaupteten darin, der Funktionär habe Kontakt zur „rechtsextremen Kameradschaftsszene" gehabt.
- Mittels Interneteinträgen zu AfD-Politikern aus dem Rheingau-Taunus-Kreis wurden diese unter anderem als „Göbbels-Double" bezeichnet bzw. es wurde öffentlich die private Wohnanschrift mit einem Abwesenheitshinweis preisgegeben.

Unabhängig vom Wahrheitsgehalt solcher Veröffentlichungen zeigt sich, dass Linksextremisten nach willkürlicher Art Datenschutz- sowie Persönlichkeitsrechte übergehen und Feindbilder nach eigenen Maßstäben schaffen und bekämpfen.

Von der autonomen Plattform Antifa United Frankfurt (AUF) ausgehend wurde die Kampagne „Make racists afraid again" geführt, deren Höhepunkt und vorläufigen Abschluss eine Demonstration am 25. Februar in Frankfurt am Main bildete. Die Gruppierung kündigte an: „Der Wahlkampf geht los und die AfD RassistInnen trauen sich aus ihren Einfamilienhäusern. Nicht ohne unseren Widerstand!" (Schreibweise wie im Original.) Zudem kommentierten Angehörige der AUF:

*„Über unsere Blase von Facebook und Indymedia hinaus konnten wir in großen Frankfurter Zeitungen – relativ vorurteilsfrei und ausführlich – über militanten Antifaschismus und die Konzepte (hinter) antifaschistischer Praxis sprechen."*

Die autonome Plattform AUF rief etwa dazu auf, eine „Veranstaltung zu stören und der AfD ihren Wahlkampf zu vermiesen!" Stellenweise, wie etwa am 26. August in Frankfurt am Main, konnten körperliche Angriffe durch Autonome auf

den politischen Gegner nur durch die Präsenz der Polizei verhindert werden.

Mit dem Themenfeld „Antifaschismus" gelang es Linksextremisten immer wieder, den Schulterschluss mit nichtextremistischen Gruppierungen und dem bürgerlichen Protest zu finden. Deutlich wurde dies etwa im organisatorischen Aufbau der Veranstaltung „Wie viel rechte Hetze muss die Öffentlichkeit dulden?", die am 12. Dezember im DGB-Haus in Darmstadt stattfand. Neben Beteiligten aus den Bereichen Gewerkschaft, NGO, Kommunalpolitik und Medien war es vor allem die linksextremistische IL Darmstadt, die für diese Veranstaltung verantwortlich zeichnete. In der öffentlich einsehbaren Einladung wurde die Moderation des Podiums durch Aktive der IL angekündigt.

Im April riefen auch hessische aktions- und gewaltorientierte Linksextremisten dazu auf, gegen den AfD-Bundesparteitag in Köln (Nordrhein-Westfalen) zu protestieren. Die Aktionen wurden bereits rund einen Monat vor dem Parteitag durch die Gruppierung kritik&praxis – radikale Linke [f]rankfurt im DGB-Jugendclub U68 in Frankfurt am Main vorbereitet.

Im November mobilisierten Autonome und Postautonome aus dem Rhein-Main-Gebiet zu Protesten gegen den AfD-Bundesparteitag in Hannover. Hierzu lud die IL Frankfurt zu einem Mobilisierungstreffen in das Café KoZ in Frankfurt am Main ein.

**„Antifaschismus": Kampagne „make racists afraid again! Kampagne gegen Naziterror und Rassismus" und Demonstration am 25.Februar in Frankfurt am Main |** Anfang des Jahres wurde von dem autonomen Bündnis AUF die Kampagne „make racists afraid again! Kampagne gegen Naziterror und Rassismus" ins Leben gerufen. Laut AUF sei es deren Ziel, Nazis in ihrem Umfeld zu outen, AfD-Veranstaltungen zu verhindern und dafür zu sorgen, dass sich Rassisten nicht mehr in ihre Stammkneipe trauen. Das Begehen szenetypischer Straftaten wurde offen gefordert.

Den Höhepunkt der Kampagne bildete die am 25. Februar in Frankfurt am Main durchgeführte Demonstration unter dem Motto „Rechtem Gedankengut entschlossen entgegentreten!" Tatsächlich nahmen rund 1.000 Personen an dem überwiegend friedlich verlaufenen Demonstrationszug teil, der auch am Büro des Landesverbands der AfD vorbeiführte. An der Aufzugspitze formierte sich ein schwarzer Block, auch wurden einige Böller sowie Raketen gezündet.

**Links-Rechts-Auseinandersetzungen in Mittelhessen |** Auch im Berichtsjahr kam es im Bereich Mittelhessen erneut zu Links-Rechts-Auseinandersetzungen. Diese hatten hauptsächlich ihren Schwerpunkt in der Universitätsstadt Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf). Es kam zu einigen Sachbeschädigungen an Pkw sowie zu Angriffen auf Burschenschaftshäuser mit Farbbeuteln, Steinwürfen, Feuerwerkskörpern, zum Teil auch zu körperlichen Auseinandersetzungen. Zu den Aktions-

formen gehörten auch Outings angeblicher Rechtsextremisten. In der Tendenz war eine Steigerung der Intensität der Auseinandersetzungen erkennbar.

**„Antirassismus": Demonstrationen gegen Abschiebungen und Protestaktionen der Kampagne „Kein Schlussstrich – Tag X" |** Im Themenfeld „Antirassismus" kam es im Berichtsjahr zu mehreren Demonstrationen gegen Abschiebungen, an denen sich Linksextremisten beteiligten. So demonstrierten unter dem Motto „Abschiebestopp nach Afghanistan – jetzt" am 11. Februar etwa 800 Personen in Wiesbaden. Hierzu hatten der Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden (AKU), AUF sowie die antirassistische Gruppierung noborderffm aufgerufen.

Am 6. Dezember versammelten sich auf dem Flughafen Frankfurt am Main unter Mitführung von Fahnen und Plakaten etwa 560 Teilnehmer zu einer Kundgebung unter dem Motto „Es reicht! – Keine Abschiebung mehr nach Afghanistan!" Die friedlich verlaufene Veranstaltung wurde von dem AKU und noborderffm unterstützt.

**Anti-Gentrifizierung" / „selbstverwaltete Freiräume": Hausbesetzungen |** Im Juni besetzte eine Personengruppe im Bereich der Universität Kassel das Gebäude Mönchebergstraße 42. Laut eigenem Bekunden wollten die Besetzer ganz im anarchistisch geprägten Sprachgebrauch „solidarisch den alltäglichen Erzählungen von Konkurrenz und Verwertbarkeit etwas Großartiges entgegensetzen". Man setzte hierbei eigenmächtig voraus: „Dieser Raum gehört uns allen" und bezeichnete sich selbst, ebenfalls im anarchistischen Anklang, als „ständig wachsendes Kollektiv". Als Sprecherin für die Hausbesetzer trat eine nordhessische Anarchistin öffentlich auf.

Aus dem linksextremistischen Spektrum kam es zu sogenannten Solidaritätserklärungen. Die Gruppierungen d.o.r.n. und T.A.S.K. etwa thematisierten die Besetzung, das OAT-Marburg (Offenes Antifa Treffen in Marburg) befürwortete die Besetzung,

*„weil hier dieser beschissenen Gesellschaft mit ihren faschistoiden Elementen der Raum genommen wird um ihn für etwas Besseres, etwas Schöneres und etwas Emanzipatorisches zu nutzen. Das Schaffen von Freiräumen ist aktiver Antifaschismus."* (Schreibweise wie im Original.)

Noch im Juni fand die polizeiliche Räumung des Gebäudes statt, in deren Anschluss es zu tumultartigen Protesten kam.

**„Antikapitalismus": Gewalttätige Proteste gegen den G20-Gipfel in Hamburg |** Anlässlich des Gipfels der G20 am 7. und 8. Juli in Hamburg fanden dort seit dem 2. Juli zahlreiche Protestaktionen mit insgesamt mehreren zehntausend Teilnehmern statt, unter ihnen etwa 8.000 gewaltbereite Linksextremisten, aus deren Reihen es insbesondere zwischen dem 6. und 8. Juli zu schwersten gewalttätigen Ausschreitungen in der Innenstadt kam (476 verletzte Polizeibeamte und Sachschäden in Millionen-

höhe). Als Reaktion auf die Ereignisse entstand in Politik und Medien eine Debatte über ein verschärftes Vorgehen gegen linksextremistische Strukturen. In den Fokus der Diskussionen rückte vor allem der Umgang mit linksextremistischen Szeneobjekten, aber auch das im August bekanntgegebene Verbot der wichtigsten linksextremistischen Internetplattform, linksunten.indymedia.org, fand bundesweit Aufmerksamkeit.

**Mobilisierungsphase und „militante Begleitkampagne" |** Den Protesten vorausgegangen war eine monatelange bundes- und europaweite Mobilisierungskampagne, an der sich – neben zahlreichen nichtextremistischen Organisationen – auch türkische und kurdische Linksextremisten sowie nahezu die gesamte bundesweite linksextremistische Szene beteiligten. Letztere war durch die linksextremistischen Organisationen IL und das …umsGanze!-Bündnis federführend im bedeutendsten Vorbereitungsbündnis, dem bundesweiten und Spektren übergreifenden NoG20-Bündnis engagiert. Darüber hinaus existierten mehrere Vernetzungsstrukturen, die ausschließlich aus gewaltbereiten linksextremistischen Gruppierungen bestanden. Während das NoG20-Bündnis versuchte, durch eine thematisch breite und konsensfähige Ausrichtung sowohl Nichtextremisten als auch Linksextremisten und Extremisten mit Auslandsbezug in einem Bündnis zu vereinigen, sprachen sich die anderen Vernetzungsstrukturen deutlich für „militante" Aktionen während des Gipfels aus.

Gefördert wurde die Gewaltbereitschaft durch eine bereits im Mai 2016 von autonomen und anarchistischen Gruppen initiierte „militante Begleitkampagne", in deren Rahmen es im Vorfeld des G20-Gipfels zu schadensträchtigen Anschlägen auf Gebäude und Fahrzeuge von Banken, Unternehmen, Polizei, Bundeswehr und sonstigen staatlichen Einrichtungen kam. Von den etwa 140 Straftaten, die im Zusammenhang mit der Kampagne zu verzeichnen waren, wurden sechs Aktionen in Hessen verübt. Zunächst kam es in Frankfurt am Main am 21. Oktober 2016 zu Stein- und Flaschenwürfen auf die Baustelle des ehemaligen Philosophicums der Goethe-Universität Frankfurt am Main. Bei weiteren Aktionen im Berichtsjahr kam es ebenfalls in Frankfurt am Main zu Brandanschlägen, bei denen drei Firmenfahrzeuge, drei Zivilfahrzeuge des Zolls sowie ein Schaufelbagger in Brand gesetzt wurden. Zudem wurde am 25. Juni in Frankfurt am Main ein Ausbildungszentrum der Deutschen Bank erheblich beschädigt.

Generell war die linksextremistische Szene in Hessen bei der Mobilisierung für die Proteste gegen den G20-Gipfel sehr aktiv. Landesweit (unter anderem in Kassel, Fulda, Marburg, Gießen und Darmstadt) gab es über 50 entsprechende Veranstaltungen, die teilweise auch von Organisationen aus dem Bereich des dogmatisch-legalistischen Linksextremismus wie etwa von der Sozialistischen Deutschen Arbeiterjugend (SDAJ), der Gruppe Arbeitermacht (GAM) und deren Jugendorganisation Revolution (REVO) durchgeführt wurden.

Die meisten Mobilisierungsaktivitäten gingen von autonomen und postautonomen Gruppen aus Frankfurt am Main aus. Die autonome Gruppierung siempre antifa Frankfurt/M engagierte sich gemeinsam mit der Antifaschistischen Revolutionären Aktion Gießen (A.R.A.G.) im gewaltorientierten Fight-G20-Bündnis. Weiterhin unterstützten sowohl die Frankfurter Ortsgruppe der IL als auch die im …umsGanze!-Bündnis vertretene Gruppierung kritik&praxis – radikale Linke [f]rankfurt die Tätigkeit von IL und des …umsGanze!-Bündnisses im bundesweiten NoG20-Bündnis. Gleichzeitig gründete sich mit NoG20 Rhein-Main ein regionaler Ableger des Bündnisses.

Ziel von NoG20 Rhein-Main war es, eine gemeinsame Mobilisierung aller an den Protesten interessierten Gruppen und Personen aus dem Rhein-Main-Gebiet zu erreichen. Hierfür veranstaltete NoG20 Rhein-Main am 5. März und 10. Juni in Frankfurt am Main Aktionskonferenzen und rief zu einer gemeinsamen Anreise nach Hamburg mit einem vom bundesweiten NoG20-Bündnis organisierten Sonderzug auf. Zu weiteren Anreisen kam es mit angemieteten Bussen sowie mit anderen öffentlichen und privaten Verkehrsmitteln.

**Verlauf der Proteste gegen den G20 Gipfel |** Die erste Phase der Gipfelproteste vom 30. Juni bis 5. Juli war geprägt von der Auseinandersetzung zwischen den Gipfelgegnern und der Stadt Hamburg hinsichtlich der Genehmigung zweier Protestcamps als Übernachtungs- und Rückzugsmöglichkeit für anreisende Demonstranten. An den geplanten Standorten der Camps kam es zu ersten Auseinandersetzungen zwischen Demonstranten und der Polizei.

Höhepunkt der Proteste und zugleich Schauplatz der äußerst gewalttätigen Ausschreitungen waren die Tage vom 6. bis 8. Juli. Ausgangspunkt war eine Demonstration am Abend des 6. Juli unter dem Motto „Welcome to hell", die aus dem Umfeld der Roten Flora angemeldet worden war. Die Polizei stoppte die Demonstration mit etwa 12.000 Teilnehmern, da sich rund 1.000 Personen in einem schwarzen Block vermummt hatten und somit gegen das Versammlungsgesetz verstießen. Auf den Versuch der Polizei, den schwarzen Block von den übrigen Teilnehmern zu trennen, reagierten Demonstranten mit Stein- und Flaschenwürfen und griffen die Polizisten mit Stöcken, Eisenstangen und Holzlatten an. Daraufhin setzten die Einsatzkräfte Wasserwerfer, Pfefferspray und Schlagstöcke ein. Nachdem die Anmelder wenig später die Demonstration für beendet erklärt hatten, zogen Personen aus dem schwarzen Block in Kleingruppen durch die Innenstadt, begingen Sachbeschädigungen, entzündeten Barrikaden und griffen Polizisten mit Wurf- und Zwillengeschossen an.

Für den 7. Juli hatten die Gipfelgegner einen „Tag des zivilen Ungehorsams" angekündigt. Mit zahlreichen über den gesamten Tag verteilten Aktions- und Blockadeformen sollte der Gipfelablauf gestört und die Hamburger Infrastruktur kurzzeitig lahmgelegt werden. Parallel dazu zogen mehrere Gruppen gewalt-

bereiter Linksextremisten durch die Innenstadt. Zahlreiche Gebäude wurden beschädigt, Brandanschläge auf Kabelleitungen der Deutschen Bahn verübt, ein Polizeihubschrauber angegriffen und eine Vielzahl von Fahrzeugen in Brand gesetzt.

Den Abschluss der Proteste gegen den G20-Gipfel bildete am 8. Juli eine internationale Großdemonstration mit dem Motto „G20 – not welcome". Unter den etwa 50.000 Teilnehmern befand sich ein Block mit Anhängern der mit einem Betätigungsverbot belegten PKK sowie weitere Gruppen kurdischer und türkischer Linksextremisten. Aus einem „internationalistischen Block", der ebenfalls am Demonstrationszug teilnahm, griffen etwa 120 vermummte Personen Polizeikräfte an.

Insgesamt beteiligten sich an den verschiedenen Protestaktionen während des G20-Gipfels etwa 8.000 gewaltbereite Linksextremisten sowie – im unteren vierstelligen Bereich – Anhänger linksextremistischer kurdischer und türkischer Organisationen. Die Polizei nahm 186 Personen vorläufig fest und weitere 225 in Gewahrsam. Zwei der Festgenommenen sowie acht der in Gewahrsam Genommenen hatten einen Haupt- oder Nebenwohnsitz in Hessen. Zum Schutz des G20-Gipfels wurden über 20.000 Polizeibeamte eingesetzt. Insgesamt wurden 476 Einsatzkräfte verletzt, hierunter 149 hessische Polizeibeamte.

**Reaktionen |** Die linksextremistische Szene bewertete die Gipfelproteste als Erfolg. Eine klare Distanzierung von den Gewaltexzessen gab es kaum, zumal die Szene Gewalt generell als legitimes Mittel in der politischen Auseinandersetzung betrachtet. Auf ihrer Facebook-Seite zitierte die Gruppierung kritik&praxis – radikale linke [f]rankfurt am 11. Juli folgende Passage aus „EIN GRUSS AUS DER ZUKUNFT[.] MITTEILUNG DES ..UMS GANZE!-BÜNDNIS ZUM VERLAUF DER G20-PROTESTE IN HAMBURG" (Schreibweise wie im Original.):

*„Wenn die Kids aus dem Viertel gemeinsam mit Aktivist*Innen aus ganz Europa eben jenen Bullen, die beide aufs übelste drangsalieren, mal zeigen, dass das Blatt sich auch – zumindest für ein paar Stunden – wenden kann, wenn der hochgerüstete Sicherheitsstaat mal ein wenig die Kontrolle verliert, dann ist das gut und nicht schlecht. Hoffnung ist tatsächlich immer aus Rebellion entstanden, aber für die gab es vorher nie eine Genehmigung von Oben. Die Frage, wie man so etwas' in Zukunft verhindern und den Protest möglichst keimfrei gestalten kann, überlassen wir daher gern den Bürokrat*innen des Bestehenden auf beiden Seiten der Barrikade. Denn verwunderlich ist weniger, dass es knallt, als dass es das gemessen am herrschenden Wahnsinn viel zu selten tut."*

**Diskussion über Konsequenzen |** In der öffentlichen Auseinandersetzung hinsichtlich möglicher Konsequenzen entwickelte sich auch eine bundesweite Debatte über den Umgang mit linksextremistischen Szeneobjekten. Insbesondere die Tatsache, dass sich viele Treffpunkte im Besitz von Städten und Kommunen befinden, die der Szene Ob-

jekte häufig kostengünstig zur Nutzung überlassen werden, stieß vielerorts auf Unverständnis. In Hessen wurde die Debatte vor allem in Frankfurt am Main geführt und durch einen Medienbericht über ein G20-Nachbereitungstreffen im Café ExZess forciert: Hier hatten Teilnehmer, so der Zeitungsbericht, „große Zufriedenheit" über den militanten Verlauf der Proteste artikuliert. Einige Aktivisten, die in Hamburg vor Ort waren, berichteten von einer positiven Stimmung. Ein Teilnehmer schwärmte von den Flaschenwürfen auf die Polizei: „Das war eine tolle Stimmung, so viel Unterstützung. Das will ich hier in Frankfurt auch haben". Infolgedessen fokussierte sich die Diskussion über linksextremistische Szeneobjekte auf das Café ExZess und das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld, die im Besitz der Stadt Frankfurt am Main sind und den jeweiligen Trägervereinen zur Nutzung überlassen werden.

**Verbot der linksextremistischen Internetplattform linksunten.indymedia.org |** Das nach den Protesten gegen den G20-Gipfel am 25. August vom Bundesminister des Innern verfügte Verbot der linksextremistischen Internetplattform linksunten.indymedia.org hatte erhebliche Auswirkungen auf die bundesweite linksextremistische Szene. In Baden-Württemberg wurden Durchsuchungen in mehreren Objekten und bei führenden Mitgliedern und Unterstützern von linksunten.indymedia.org durchgeführt. Die Internetplattform war die zentrale Kommunikationsplattform im Bereich des gewaltorientierten Linksextremismus in der Bundesrepublik. Dort wurde fortlaufend öffentlich zum Begehen von Straftaten aufgefordert, dazu angeleitet oder verübte Straftaten gebilligt. Auf der Plattform fanden sich zum Beispiel Gewaltaufrufe gegen Polizeibeamte sowie Anleitungen zum Bau von zeitverzögerten Brandsätzen und die Aufforderung, diese auch zu verwenden. Als Reaktion auf das Verbot veröffentlichte die linksextremistische Szene zeitnah Solidaritätsbekundungen und rief zu entsprechenden Aktionen und Spenden für die vom Verbot betroffenen Personen auf. Letztere reichten Klage gegen das Verbot ein, über die jedoch noch nicht entschieden wurde. Unabhängig hiervon gelang es der linksextremistischen Szene im Berichtsjahr nicht, eine vergleichbare zentrale Internetplattform zu etablieren. Sie nutzt andere verfügbare Plattformen.

**„Antirepression": Demonstration „Finger weg von unseren Strukturen" |** Am 28. Oktober fand in Frankfurt am Main eine Demonstration der linksextremistischen Szene unter dem Motto „Finger weg von unseren Strukturen" statt. Die von AUF und Rote Hilfe e. V. (RH) Frankfurt organisierte Demonstration übte einerseits Solidarität mit der verbotenen Internetplattform linksunten.indymedia.org und richtete sich andererseits gegen die angebliche Zunahme staatlicher Repression gegenüber linken Strukturen und Szeneobjekten im Nachgang des G20-Gipfels. Ebenfalls thematisiert wurden der Wahlerfolg der AfD bei der Bundestagswahl sowie ein zu dieser Zeit in München laufender Prozess gegen zehn Mitglieder der linksextremistischen Türkiye Komünist Partisi/

Marksist-Leninist (TKP/ML, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten). Zu der Demonstration hatten zahlreiche linksextremistische und insbesondere autonome Gruppen aus Hessen aufgerufen. Mit 700 Teilnehmern übertraf die friedlich verlaufene Demonstration die zuvor angemeldete Teilnehmerzahl von 200 Personen deutlich.

## Entstehung/Geschichte

Die autonome Bewegung wurzelt in den europaweiten Studentenprotesten der späten 1960er und 1970er Jahre. In dieser Zeit entstand die Selbstbezeichnung Autonome. Für die große Öffentlichkeit zum ersten Mal erkennbar agierten Autonome, als sie 1980 in Bremen gegen die Vereidigung von Bundeswehrrekruten demonstrierten. Dabei kam es zu gewalttätigen Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Als breite eigenständige Bewegung waren Autonome seit Anfang der 1980er Jahre auszumachen. Sie waren zunächst vor allem in der „Friedens"- und in der „Anti-Atomkraftbewegung" sowie bei Hausbesetzungen aktiv. Autonome agierten gewalttätig gegen die in Wackersdorf (Bayern) geplante Wiederaufbereitungsanlage für Kernbrennstoffe und lieferten sich an der Startbahn West am Frankfurter Flughafen gewalttätige Auseinandersetzungen mit der Polizei.

Mit der Zeit erschlossen sich die Autonomen weitere Aktionsfelder, die in der Regel durch eine „Anti"-Haltung gekennzeichnet sind: „Antifaschismus", „Antirepression", „Antirassismus", „Anti-Gentrifizierung", „Antimilitarismus". „Antikapitalistische" Einstellungen von Autonomen, die im „Kapitalismus" die Wurzel allen Übels sehen, bilden die Grundlage für diese Aktionsfelder.

## Ideologie/Ziele

**Gemeinsame Vorstellungen der Autonomen |** Das Ziel der Autonomen ist die Abschaffung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung und des „kapitalistischen Systems" zugunsten einer „herrschaftsfreien" Gesellschaft. In ihr sollen sich unabhängige Individuen freiwillig vereinen und gemeinsam und gleichberechtigt handeln. Nach der Ansicht von Autonomen werden die Menschen durch „Kapitalismus", „Rassismus" und „Patriarchat" unterdrückt und ausgebeutet. Als Ursache hierfür betrachten die Autonomen die bürgerliche demokratische Gesellschaft und das freie Wirtschaftssystem im Kapitalismus. Imperialismus und vor allem Faschismus sind in den Augen der Autonomen die maßgeblichen Werkzeuge dieser dreifachen Unterdrückung.

**Themenfelder |** Ihren „Anti"-Haltungen und Feindbildern entsprechend definieren Autonome ihre politischen Aktivitäten (zum Beispiel „Antifaschismus" – gegen „Rechte" bzw. „Nazis" – oder „Antirepression" – insbesondere gegen Polizisten als öffentlich wahrnehmbare Vertreter des „staatlichen Repressionsapparats"). Sämtliche Feindbilder sind dabei auf eine „antikapitalistische" Grundhaltung zurückzuführen. Um ihre Bündnis- und Mobilisierungsfähigkeit zu erhöhen, versuchen insbesondere Post-

autonome mehrere Themenfelder bei ihren Aktivitäten zu verknüpfen.

**„Antikapitalismus" |** Dieses Themenfeld bildet den Kern der Vorstellungen der autonomen Szene bzw. des gesamten linksextremistischen Spektrums. Dem Marxismus zufolge ist die kapitalistische Wirtschaftsform das alles dominierende Element des menschlichen Daseins und bestimmt alle Lebensbereiche. Linksextremisten setzen auf dieser Basis die freiheitliche demokratische Grundordnung mit dem Kapitalismus gleich und bekämpfen diese, indem sie unter anderem soziale Themen für ihre Zwecke instrumentalisieren.

**„Antifaschismus" |** Vor allem das Themenfeld „Antifaschismus" zeichnet sich für Linksextremisten dadurch aus, dass es eine hohe Anschlussfähigkeit an nichtextremistische Organisationen und Gruppierungen ermöglicht. Im Unterschied zur demokratischen Bekämpfung des Rechtsextremismus ist das linksextremistische „Antifaschismus"-Verständnis von Demokratiefeindlichkeit geprägt. In kommunistischer Tradition unterstellen Linksextremisten der Demokratie der Bundesrepublik Deutschland, selbst „faschistisch" oder „faschistoid" zu sein. „Faschist" ist demnach jeder, der linksextremistische Überzeugungen nicht teilt. Sobald die Bewertung „Faschist" vergeben ist, ist der Betroffene, unabhängig von seinen tatsächlichen Überzeugungen, nach linksextremistischem Urteil legitime Zielscheibe von Diffamierungen und Gewalttaten.

Unter „Antifaschismus" verstehen Linksextremisten bzw. Autonome nicht nur die konsequente Ablehnung rechtsextremistischer Bestrebungen, vielmehr setzen sie den offensiven „Kampf gegen Rechts" mit dem „Kampf gegen das Ganze", das heißt gegen das „bürgerlich-kapitalistische System", gleich: Erst wenn der „Kapitalismus" beseitigt sei, sei die Gefahr des Faschismus als Form bürgerlicher Herrschaft gebannt.

**„Antirassismus" |** Vor dem Hintergrund der europäischen Flüchtlingspolitik und der damit einhergehenden medialen Berichterstattung sowie der hohen öffentlichen Aufmerksamkeit versucht das linksextremistische Spektrum, mit „Aktionen" in die Debatte einzugreifen. Entsprechend der autonomen bündnispolitischen Zielrichtung soll das szeneeigene Verständnis von „Antirassismus" möglichst langfristig und breit in der Mehrheitsgesellschaft etabliert werden. Dieses Verständnis konzentriert sich nicht nur auf die Thematisierung der Flüchtlingsproblematik, sondern Autonome wollen vor allem nachweisen, dass Staat und Gesellschaft selbst „rassistisch" sind und daher im linksextremistischen Sinne bekämpft und überwunden werden müssen. Rechtmäßiges Handeln von Behörden gilt für Autonome in dieser Diktion als „rassistisch": „Nazis morden, der Staat schiebt ab – das ist das gleiche Rassistenpack".

**„Anti-Gentrifizierung"/„selbstverwaltete Freiräume" |** Der Begriff „Gentrifizierung" beschreibt den sozial-ökonomischen Wandel von Stadtvierteln, in denen vor allem die Preise für Wohnun-

gen sowie die Mieten steigen. Die Wohnbevölkerung wechselt, indem ärmere Bevölkerungsgruppen weg- und soziale Gruppen mit deutlich höherer Kaufkraft hinzuziehen. Gegen diese Entwicklung formieren sich in den betroffenen Vierteln häufig Protestbündnisse aus alteingesessenen Bewohnern und insbesondere Studenten, die sich für günstigen Wohnraum in den Innenstädten einsetzen.

Linksextremisten schließen sich diesen Initiativen aus mehreren Gründen an: Indem sie sich für bezahlbaren Wohnraum einsetzen, können sie sich als sozialpolitische Akteure profilieren und gesellschaftliche Akzeptanz erreichen. Weiterhin ist es Autonomen auf diese Weise möglich, anschaulich ihre „antikapitalistische" Grundhaltung zu vermitteln. Schließlich sind sie oft selbst von Gentrifizierung betroffen, da die von ihnen genutzten „selbstverwalteten Freiräume" – also autonome Szeneobjekte – häufig selbst seitens des Eigentümers für entsprechende „Luxussanierungen" vorgesehen sind. Insofern richten sich linksextremistische Aktionen in diesem Themenfeld gerade auch gegen Immobilienfirmen und Städtebaugesellschaften, die Eigentümer der Objekte sind.

**Frage der Gewalt |** Seit jeher versuchen Autonome ihre Ziele auch mit Gewalt zu erreichen. In der Anwendung von Gewalt sehen Autonome nicht nur ein „Mittel zum Zweck", sondern ebenso einen Akt der „individuellen Selbstbefreiung". Die regelmäßig in der Szene geführte „Militanzdebatte" beschäftigt sich daher nicht mit der Legitimität von Gewaltanwendung, sondern mit der kontrovers diskutierten Frage, ob sich Gewalt „nur" gegen Sachen oder auch gegen Menschen richten darf. Dabei nehmen es Autonome billigend in Kauf, dass Menschen im Rahmen ihrer „Aktionen" verletzt oder sogar getötet werden.

**Hauptströmungen der (post )autonomen Szene in Hessen |** Es sind drei Hauptströmungen – Antiimperialisten, Antideutsche und Antinationale – zu unterscheiden. Sie stehen sich inhaltlich zum Teil diametral gegenüber. Nur über nicht weiter präzisierte „antikapitalistische" und „antifaschistische" Grundhaltungen erzielen die drei Strömungen häufig einen Minimalkonsens.

**Antiimperialisten |** Antiimperialisten machen die vorgeblich durch den „Kapitalismus" bedingte „imperialistische" Politik westlicher Staaten, vorrangig der USA und Israels, für weltpolitische Konflikte verantwortlich. Diese Linksextremisten stehen daher fest an der Seite von „antiimperialistischen Befreiungsbewegungen" etwa in Südamerika oder in der arabischen Welt. Im Unterschied zu den Antideutschen solidarisieren sich Antiimperialisten besonders mit dem von der Palestine Liberation Organization (PLO, Palästinensische Befreiungsorganisation) im Jahr 1988 ausgerufenen Staat Palästina und agitieren gegen Israel.

**Antideutsche |** Antideutsche zeigen sich dagegen uneingeschränkt solidarisch mit Israel, aber auch mit den USA als dessen militärischer Schutzmacht. Arabische Regimes und islamistische Orga-

nisationen bezeichnen die Antideutschen als „rechtsradikal“ oder „islamfaschistisch“. Militärische Aktionen gegen eine mögliche Bedrohung Israels sehen Antideutsche grundsätzlich als positiv an. Damit widersprechen Antideutsche dem „antimilitaristischen“ und gegen den Krieg gerichteten Selbstverständnis anderer autonomer Strömungen. Einige Autonome werfen Antideutschen daher „Kriegstreiberei“ vor. Ferner sprechen Antideutsche der deutschen Nation mit Verweis auf den Holocaust die Existenzberechtigung ab. Den Antiimperialisten unterstellen sie – ebenso wie dem deutschen Volk im Allgemeinen – antizionistische und antisemitische Einstellungen.

**Antinationale |** Mit den Antinationalen entwickelte sich spätestens seit 2006 bundesweit eine dritte ideologische Ausrichtung, die phasenweise in der autonomen Szene in Hessen prägend war und weiterhin präsent ist. Die Positionen der Antinationalen liegen zwischen Antiimperialisten und Antideutschen, sind jedoch den letzteren näher.

Aus Sicht der Antinationalen ist jeder Staat im „Kapitalismus“ zwangsläufig imperialistisch. Kriege seien nur „Ausdruck der notwendigen Konflikte“ im kapitalistischen System, da die jeweiligen staatlichen Interessen gegenüber der globalen Konkurrenz durchgesetzt werden müssten. Die Antinationalen lehnen jedoch die einseitig positive Bezugnahme der Antiimperialisten auf revolutionäre Befreiungsbewegungen in der Dritten Welt ab, da diese letztlich auch nur nationalistische Ziele verfolgten und häufig reaktionäre Ideologien verträten, die es aus „antifaschistischer“ Perspektive zu bekämpfen gelte. Dies trifft aus Sicht der Antinationalen insbesondere auf islamistische Gruppen zu.

Den Antideutschen wiederum werfen Antinationale eine zu starke Fixierung auf den „historischen Sonderweg“ Deutschlands und den daraus nach dem Zweiten Weltkrieg entstandenen Staat Israel sowie eine Gleichsetzung von Islam und Islamismus vor. Zwar räumen Antinationale „Israel als Staat der Holocaustüberlebenden und als Schutzraum für die weltweit vom Antisemitismus bedrohten Jüdinnen und Juden“ eine Sonderstellung ein, andererseits sehen sie in Israel bei aller Solidarität mit dessen Volk einen „kapitalistischen“ Staat, der letztlich ebenso wie das gesamte Staatensystem abzuschaffen sei.

## Strukturen

**Szeneschwerpunkt |** Frankfurt am Main war – wie in der Vergangenheit – sowohl personell als auch strukturell der Szeneschwerpunkt in Hessen. Etwa die Hälfte aller Autonomen in Hessen ist in der Stadt oder in den unmittelbar angrenzenden Kommunen (zum Beispiel Offenbach am Main) beheimatet. Bundesweit betrachtet gehörte Frankfurt am Main zu den Großstadtregionen mit einer kontinuierlichen Präsenz autonomer Zusammenhänge. Von anderen Szenen in Hessen unterschied sich der „harte Kern“ der Frankfurter Szene durch seine gute bundesweite Vernetzung, das hohe Personenpotential auf engem Raum und dem vorauseilenden Ruf besonders gewaltbereit zu sein.

Besonders relevante Gruppen in Frankfurt am Main waren kritik&praxis – radikale Linke [f]rankfurt, die IL Frankfurt, siempre antifa Frankfurt/M., AUF und stellenweise AK.069. Mit dem Treffort Klapperfeld verfügte die Szene in Frankfurt am Main über den bedeutendsten autonomen Anlaufpunkt in Hessen. Darüber hinaus bildeten das Café ExZess, das Café KoZ und das neu eröffnete Centro wichtige Treffpunkte.

**Regionale Szenen |** Weitere autonome Szenen gab es in den Universitätsstädten Kassel, Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf) und Gießen (Landkreis Gießen). Erwähnenswert sind die Gruppierungen T.A.S.K. und ak raccoons aus Kassel, die Marburger Gruppe d.i.s.s.i.d.e.n.t. und die antifaschistische gruppe 5 (ag5) sowie in Gießen die Antifa R4 und die A.R.A.G. In Darmstadt festigten sich, auch aufgrund der Aktivitäten der IL Darmstadt, die Szenestrukturen.

Insgesamt gehörten der IL einige autonome Gruppierungen aus Hessen an, was ein Beleg für die bundesweite Vernetzung von (Post-)Autonomen in Hessen ist. Darüber hinaus war das Bündnis antifaschistischer Strukturen Hessen (B.A.S.H.) aktiv, das einmal im Jahr ein „Antifacamp" ausrichtet, das der Politisierung, Radikalisierung und letztlich Rekrutierung junger Menschen, die längerfristig in autonomen Strukturen aktiv sein wollen, dienen soll.

## Bewertung/Ausblick

Das dominierende Ereignis im Berichtszeitraum waren die Aktionen anlässlich des G20-Gipfels in Hamburg Anfang Juli. Massivste gewalttätige Auseinandersetzungen gab es am 6. und 7. Juli. Die überwiegend unbekannten Straftäter machten durch die in diesem Bericht knapp dargestellten Abläufe und Verhaltensweisen deutlich, dass es ihnen eher um Zerstörung ganzer Straßenzüge und Angriffe auf Sicherheitskräfte ging und weniger um die Auseinandersetzung mit der Weltwirtschaft.

Die massiven Gewaltausschreitungen waren aufgrund der typischen schwarzen Vermummung und der verwendeten Tatmittel (unter anderem Steine, Molotowcocktails) insbesondere der autonomen Szene zuzurechnen. Dass durch die massive Gewaltanwendung auch Anwohner betroffen wurden, ist offenbar in Kauf genommen worden. Angesichts der Ereignisse muss die Frage gestellt werden, ob sich die unter Autonomen kontrovers geführte „Militanzdebatte" in Richtung der Legitimität des Einsetzens von Gewalt gegen Menschen verschiebt.

Autonome sehen die Aktionen rund um den G20-Gipfel als Erfolg für sich an, weil es gelungen sei, wenn auch kurzfristig, eine herrschaftsfreie Zone im öffentlichen Raum (im und um das Schanzenviertel) herzustellen. Die von linksextremistischen Gruppierungen ausgehenden Gewaltexzesse als solche wurden auch im Nachhinein nicht kritisch bewertet oder gar verurteilt. Ein

vergleichbares Thema, das wie der G20-Gipfel internationale Anziehungskraft für Linksextremisten, insbesondere Autonome hätte, ist für das Jahr 2018 derzeit nicht abzusehen.

In diesem Zusammenhang wurde direkt im Anschluss an den G20-Gipfel die Rolle der Roten Flora in Hamburg kritisch hinterfragt. Die Diskussion über solche Szeneobjekte setzte daraufhin bundesweit ein. In Hessen bezog und bezieht sich die Debatte insbesondere auf das ehemalige Polizeigefängnis Klapperfeld in Frankfurt. Dieses Szeneobjekt steht im kritischen Spannungsverhältnis kultureller Angebote als Deckmantel für dahinterliegende linksextremistische Aktivitäten. Die Bedeutung dieses Themenfeldes für die linksextremistische Szene zeigte sich in neuen Hausbesetzungsversuchen, die zügig durch polizeiliches Handeln unterbunden wurden, sowie demonstrativen Aktionen mit dem Ziel, für den Erhalt „selbstverwalteter Zentren" einzutreten. Es steht zu erwarten, dass entsprechende Aktivitäten sich 2018 fortsetzen werden.

Bundesweit erfolgten im Berichtsjahr unter anderem vor dem Hintergrund der Bundestagswahl Aktionen gegen die AfD. Auch in Hessen wurden entsprechende Aktivitäten realisiert. Einige Outings durch linksextremistische Gruppierungen, insbesondere auch im Internet, sollten dazu beitragen, angebliche Kontakte von Parteiangehörigen zu rechtsextremistischen Strukturen öffentlich zu machen. Mit Blick auf die Landtagswahl im Herbst 2018 in Hessen ist damit zu rechnen, dass die Proteste und Aktionen gegen Parteiveranstaltungen oder einzelne ihrer Anhänger auch in Hessen weitergehen werden. Eine Intensivierung gerade kampagnenartig durchgeführter Aktivitäten, aber auch klandestin vorbereiteter, als legitime „Widerstandsaktionen" dargestellter Straftaten wie Sachbeschädigungen ist nicht auszuschließen.

Linksextremisten stellen Aktionen gegen die AfD stets in einen „Antifaschismus"-Zusammenhang. Dieses Themenfeld wird seine herausragende Bedeutung als Spektren übergreifendes Mobilisationsthema behalten.

Gerade bei Demonstrationen und Veranstaltungen im Themenfeld „Antifaschismus" fällt es Linksextremisten leicht, Anknüpfungspunkte, Schnittstellen und Kooperationen zu nichtextremistischen Organisationen herzustellen. Diese erkennen oft nicht, dass Veranstaltungen von Linksextremisten im Kern für deren eigene Ziel- und Zwecksetzungen ausgenutzt werden. Mittel- und langfristig können so linksextremistische Sichtweisen durch Annäherung und den Schulterschluss mit nichtextremistischen Gruppen in die „Mitte der Gesellschaft" getragen werden.

Die Vereinnahmung der moralischen Deutungshoheit nach eigens definierten Maßstäben und die für eigene aktionistische Handlungen immer wieder vorgeschobene Täter-Opfer-Umkehr ist eine typische Erscheinungsform autonomer Vorgehensweisen. Die Äußerungen der Autonomen verdeutlichen außerdem ihren unbekümmerten Umgang mit selbstjustiziellen Handlungsformen.

Aufgrund der bundesweit andauernden medialen Befassung mit der Flüchtlingsthematik sowie dem weiterhin hohen Emotionalisierungsgrad ist mit hoher Wahrscheinlichkeit damit zu rechnen, dass auch das Aktionsfeld „Antirassismus" weiterhin im Fokus der linkextremistischen Szene stehen wird.

## Legalistischer Linksextremismus

**Deutsche Kommunistische Partei (DKP) |** Die 1968 gegründete DKP versteht sich als „revolutionäre Partei der Arbeiterklasse" in der Tradition der 1956 vom Bundesverfassungsgericht verbotenen Kommunistischen Partei Deutschlands (KPD). Das Ziel der DKP ist die Überwindung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung in einem revolutionären Bruch, um – als erste Stufe auf dem Weg zur klassenlosen kommunistischen Gesellschaft – den Sozialismus zu verwirklichen.

Die hessische DKP-Bezirksorganisation (vergleichbar einem Landesverband) gliederte sich in 16 Kreisorganisationen. Diese waren zwar unterschiedlich aktiv, beschränkten sich in ihren Aktivitäten aber insgesamt überwiegend auf kommunalpolitische Aspekte. Einzelne Kreisorganisationen gaben Kleinzeitungen heraus. In Hessen waren der DKP noch rund 350 Personen zuzurechnen, bundesweit etwa 3.000. Der landesweite Schwerpunkt der Aktivitäten der DKP lag in Südhessen in den Gemeinden Mörfelden-Walldorf (Kreis Groß-Gerau) und Reinheim (Landkreis Darmstadt-Dieburg). Die DKP führte nur wenige öffentlichkeitswirksame Aktionen durch, interne Veranstaltungen dominierten das Geschehen in der Partei.

Die DKP beteiligte sich 2017 an der Bundestagswahl. Die erzielten Wahlergebnisse im Bund und in Hessen waren sehr gering. In Hessen erzielte die Partei nur in wenigen Wahlkreisen prozentual messbare Ergebnisse (siehe Kapitel Linksextremisten im Bundestagswahlkampf).

In einer Erklärung zu den Ergebnissen der Bundestagswahl räumte die DKP das Wahlergebnis als Niederlage ein: Diese sei unter anderem die Quittung dafür, dass die DKP seit 1989 nicht mehr eigenständig zu einer Bundestagswahl kandidiert habe. Insgesamt sei es aber richtig gewesen, an der Wahl teilzunehmen. Damit sei ein Beitrag geleistet worden, die DKP besser bekannt zu machen: „Wir haben ‚Rot auf die Straße' getragen und werden das weiter tun."

Nach wie vor befanden sich die Gesamtpartei sowie der Landesverband der DKP in Hessen in finanziellen und personellen Schwierigkeiten. Die innerparteilichen Richtungskämpfe zwischen Anhängern einer Gruppe, die die

traditionelle Rolle der Arbeiterklasse favorisiert und damit den Bruch der bestehenden gesellschaftlichen Verhältnisse erreichen will, und einem eher pragmatisch ausgerichteten Teil der Partei, der sich stärker an den derzeitigen gesellschaftlichen Gegebenheiten orientieren will, nahmen im Berichtsjahr zu. Der erste Teil organisierte sich in einem Kommunistischen Netzwerk. Die Existenz zweier konkurrierender Fraktionen treibe, so die ehemalige DKP-Bundesvorsitzende Bettina Jürgensen, den Zerfall der DKP weiter voran.

Aus Sicht des DKP-Parteivorstands war die gleichzeitige Mitgliedschaft in der DKP und dem Kommunistischen Netzwerk, auch benannt als Netzwerk kommunistische Politik bzw. Netzwerk kommunistische Politik in der DKP, unvereinbar und sorgte für erheblichen innerparteilichen Streit. Nach Meinung der stellvertretenden Bundesvorsitzenden würde ein „Unvereinbarkeitsbeschluss" zu einer Spaltung der DKP führen.

In Zusammenhang mit den Streitigkeiten zwischen beiden Gruppen wurde im Juni die Bezirksorganisation Südbayern vom Parteivorstand aufgelöst. Viele Unterorganisationen, so auch der Vorstand der DKP Mörfelden-Walldorf, forderten die Rücknahme der Auflösung. Der ehemalige DKP-Bundesvorsitzende Heinz Stehr sah darin einen weiteren Schritt zur „Liquidierung" der DKP.

Vor diesem Hintergrund traten gegen Ende des Berichtsjahres etwa 80 jüngere Parteimitglieder, davon fünf aus Hessen, verbunden mit einer in dieser Form ungewöhnlich scharf formulierten öffentlichen Kritik an Partei und Parteivorstand, aus der SDAJ und der DKP aus.

Das äußerst schwache Abschneiden der DKP bei der Bundestagswahl 2017, die nicht unerhebliche Zahl der Parteiaustritte sowie die schwelende Parteikrise verschlechterten die personelle und finanzielle Lage der DKP weiter. Dies dürfte sich weiter negativ auf die Kampagnenfähigkeit der Partei auswirken.

**SDAJ |** Die dogmatisch-kommunistische Jugendorganisation versuchte ihre Ziele vor allem durch die Zusammenarbeit mit nichtextremistischen Organisationen zu verwirklichen. Der SDAJ in Hessen waren rund 80 Personen zuzurechnen, bundesweit etwa 750. Die mit der DKP eng verbundene Organisation war in Hessen mit Ortsgruppen in den Regionen Darmstadt/Odenwald, Frankfurt am Main, Gießen, Marburg, Kassel und Fulda aktiv.

Schwerpunkte der öffentlichkeitswirksamen SDAJ-Tätigkeit bildeten – wie in den vergangenen Jahren – die Themen „Antikapitalismus" und sogenannte prekäre Ausbildungsverhältnisse, zu denen die SDAJ auch die Schulausbildung zählte. Im Fokus ihrer Kritik stand weiterhin die Nachwuchswerbung der Bundeswehr. Auf ihrer Homepage forderte die SDAJ unter anderem „Kein Platz für die Bundeswehr in Schulen, Geld für Bildung statt für Militär und Rüstung".

Weiterhin standen für die SDAJ Wirtschaftsunternehmen in der Kritik, die sie als repräsentativen Teil des „kapitalisti-

schen Systems“ für soziale und politische Missstände mitverantwortlich machte. Die bereits 2013 begonnene Kampagne „Unsere Zukunft statt eure Profite! – Ausbeuter outen – Ausbildungen erkämpfen“ mit der Zielrichtung, die „Profiteure“ „ausbeuterischer“ Ausbildungs- und Arbeitsbedingungen zu diskreditieren, wurde fortgesetzt.

Der Hessentag vom 9. bis 18. Juni in Rüsselsheim am Main (Landkreis Groß-Gerau) war wie die Hessentage in den vergangenen Jahren Schauplatz von SDAJ-Aktivitäten gegen die Bundeswehr. Aktivisten der SDAJ besetzten am 10. Juni auf dem Stand der Bundeswehr ein Panzerfahrzeug. Damit protestierten sie gegen die Einsätze der Bundeswehr im Ausland. Es wurde ein „Stop Wars! – Coole Aktion!“-Transparent gezeigt.

**Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD) |** Die maoistisch-stalinistisch orientierte MLPD versteht sich als „politische Vorhutorganisation der Arbeiterklasse in Deutschland“. Ihre grundlegenden Ziele sind „der Sturz der Diktatur des allein herrschenden internationalen Finanzkapitals und die Errichtung der Diktatur des Proletariats in Deutschland“. Als Teil einer „internationalen sozialistischen Revolution“ soll diese „in den Aufbau der vereinigten sozialistischen Staaten der Welt als Übergangsstadium zur weltweiten klassenlosen kommunistischen Gesellschaft“ münden. Auch wenn sich Anhänger der MLPD an Demonstrationen und Aktionen beteiligten, erhielt die Partei, der etwa 80 Personen in Hessen, 1.800 bundesweit, zuzurechnen waren, nahezu keine Aufmerksamkeit. Das lag vor allem an der weitgehenden Isolation der MLPD im linksextremistischen Spektrum. Eine Ausnahme bildete ihr Wahlkampf anlässlich der Bundestagswahl 2017, bei der sie als Internationalistische Liste/MLPD mit Landeslisten und über 100 Direktkandidaten in allen Bundesländern kandidierte. Sie erzielte dabei das für sie beste Ergebnis ihrer bisherigen Wahlteilnahmen (siehe Kapitel Linksextremisten im Bundestagswahlkampf).

Bedeutsam war der personelle Wechsel im Parteivorsitz. Am 1. April übernahm Gabi Fechtner, die Stieftochter des bisherigen MLPD-Parteivorsitzenden Stefan Engel, bei einer Übergabefeier vor 1.000 Gästen in Truckenthal (Thüringen) den Parteivorsitz. Das Zentralkomitee der MLPD hatte Gabi Fechtner einstimmig zur Parteivorsitzenden gewählt.

Problematisch stellte sich nach der Bundestagswahl für die MLPD die Kündigung ihrer Bankkonten dar. Grundlage für die Kündigungen war der Vorwurf der Unterstützung von palästinensischen Terroristen und die Solidarität der MLPD mit dem palästinensischen „Befreiungskampf“. Die Deutsche Bank hatte schon 1986 und 2009 die Konten der MLPD gekündigt, musste diese Kündigungen nach Urteilen des Landgerichts Essen aber jeweils zurücknehmen.

Die MLPD war mit Ortsgruppen in über 450 Städten in Deutschland vertreten. Der MLPD-Landesverband Rheinland-Pfalz/Hessen/Saarland (RHS) hatte seinen Sitz in Frankfurt am Main. In Hessen waren Ortsgruppen in Kassel, Frankfurt

am Main, Darmstadt, Rüsselsheim am Main (Kreis Groß-Gerau) und Wiesbaden aktiv. Ebenso war der MLPD-Jugendverband REBELL bundesweit mit Ortsgruppen vertreten, in Hessen in Darmstadt, Kassel und Wiesbaden.

**Rote Hilfe e. V. (RH) |** In Anlehnung an die im Jahr 1924 in der Weimarer Republik (1918 bis 1933) von der KPD initiierte Rote Hilfe Deutschlands (RHD) versteht sich die RH laut ihrer Satzung als „parteiunabhängige, strömungsübergreifende linke Schutz- und Solidaritätsorganisation". Sie bezeichnet die Bundesrepublik Deutschland als ein „nationalstaatlich fixiertes, bürgerlich kapitalistisches Herrschaftssystem, das von unterschiedlichen Unterdrückungsmechanismen (wie Rassismus oder Sexismus) strukturiert und geprägt wird". In Hessen verfügte die RH über Ortsgruppen in Darmstadt, Gießen (Landkreis Gießen), Frankfurt am Main, Kassel und Wiesbaden. Ihr gehörten in Hessen über 600 Personen an, bundesweit etwa 8.300.

Die von Linksextremisten verschiedener Richtungen getragene RH unterstützte seit den 1970er Jahren inhaftierte bzw. inzwischen aus der Haft entlassene Mitglieder der mittlerweile aufgelösten linksterroristischen Rote Armee Fraktion (RAF). Neben politischer und finanzieller Hilfe versuchte die RH mittels „Rechtsberatung" Personen, die politisch motivierte Straftaten begingen, der staatlichen Strafverfolgung zu entziehen oder sie bei ihren Verfahren zu unterstützen. Die RH empfahl daher den „Genoss_innen" die „konsequente Aussageverweigerung" als „beste Strategie im Umgang mit Repressionsbehörden".

Die RH-Ortsgruppe Frankfurt am Main begleitete im Berichtsjahr bei Strafprozessen vorwiegend Angeklagte, die linken und linksextremistischen Gruppierungen zuzurechnen waren. Auf ihrer Homepage wies die RH auf anstehende Prozesse hin und rief Sympathisanten zur „kritischen Prozessbegleitung" auf, um sich solidarisch mit den Angeklagten zu zeigen.

Mitunter meldete die RH-Ortsgruppe Frankfurt am Main Kundgebungen vor dem jeweiligen Gerichtsgebäude an bzw. veröffentlichte Verlaufsberichte über die Prozesse. Sie thematisierte weiterhin einen Prozess in München gegen zehn Mitglieder der in Deutschland als linksterroristische Organisation eingestuften TKP/ML sowie der Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (ATİK, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa), einer Auslandsorganisation der TKP/ML. Hierzu führte die Frankfurter Ortsgruppe am 28. März eine Informationsveranstaltung „Freiheit für die gefangenen GenossInnen der TKP/ML und ATIK" im Kulturzentrum Multiversum in Offenbach am Main durch. Im Hinblick auf den G20-Gipfel berichtete die RH immer wieder von der Gewalt, die die Polizei in Hamburg angeblich begangen habe. Die Kampagnenwebsite „United we stand" war auf der Internetseite der RH-Ortsgruppe Frankfurt am Main verlinkt, auf der um Unterstützung geworben wurde: „Damit die Betroffenen mit finanziellen Folgen nicht alleine gelassen werden, sind wir alle gefordert diese Kosten solidarisch

zu teilen!“ Generell wurde um Geldspenden für die Durchführung von Strafverfahren auf das Konto der RH gebeten und zu einer starken Öffentlichkeitsarbeit wie Informationsveranstaltungen, „Soli-Kneipen“, Partys, Konzerten, Kundgebungen und Demonstrationen aufgerufen.

Anlässlich des Verbots der Internetplattform linksunten.indymedia.org rief die Frankfurter Ortsgruppe zur Teilnahme an der Veranstaltung „linksunten-Verbot, Razzien, Angriffe auf unsere Strukturen nach G20“ am 7. September und zur Demonstration „Finger weg von unseren Strukturen! Unsere Solidarität gegen ihre Repression“ am 28. Oktober in Frankfurt am Main auf.

**Sozialistische Alternative (SAV) |** Die 1994 gegründete trotzkistische SAV bezeichnet sich als revolutionäre, sozialistische Organisation und ist die deutsche Sektion des trotzkistischen Dachverbands Committee for a Workers' International mit Sitz in London (Großbritannien). Anhänger der SAV traten seit 2008 im Rahmen der für Trotzkisten typischen „Entrismuspolitik“ in die Partei DIE LINKE. ein, wozu die Organisation ihre Mitglieder aufgerufen hatte. Sie setzten sich für „ein wirklich sozialistisches Programm“ ein und kämpften „gegen eine Politik der Regierungsbeteiligung mit pro-kapitalistischen Parteien, weil dies zwangsläufig zum Verrat an linken und sozialistischen Positionen führt“.

Nach Ansicht der SAV kann der Kapitalismus „nicht zu einer friedlichen und sozial gerechten Gesellschaft umgestaltet werden.“ Es gelte, den Kapitalismus zu überwinden und dabei „den Kampf für Verbesserungen mit dem Kampf für eine sozialistische Gesellschaft zu verbinden.“

Die Gründung der Partei SAV „ist ein Aufruf zum Aufbau einer revolutionären sozialistischen Massenpartei, als Teil einer Internationale.“ Notwendig sei „eine internationale marxistische Kraft“, die sich „auf die anstehenden Kämpfe bewusst vorbereitet.“

Als eigenständige Organisation bestand die SAV, der in Hessen etwa 55, bundesweit etwa 300 Personen angehörten, fort. Ortsgruppen der SAV in Hessen gab es in Kassel und in Frankfurt am Main.

Die SAV führte vom 14. bis 16. April in Berlin ihren jährlichen Kongress „Sozialismustage“ durch. Themen waren unter anderem: „Zwischen Angst und Hoffnung: Weltweit gegen den Kapitalismus“, „Kapitalismus außer Kontrolle“ (im Zusammenhang mit der Wahl von Donald Trump zum Präsidenten der USA und dem Brexit-Votum in Großbritannien) und „Glück bedeutet Auflehnung“ als Mobilisierung zu den G20-Protesten.

## Linksextremisten im Bundestagswahlkampf

Bei der Bundestagswahl 2017 gelang linksextremistischen Parteien keine größere Mobilisierung von Wählern. In absoluten Zahlen konnten die DKP und die MLPD allerdings einen, teilweise erheblichen, Stimmenzuwachs verzeichnen. Die Sozialistische Gleichheitspartei (SGP) kandidierte lediglich mit einer Direktkandidatin im Wahlkreis 182 (Frankfurt am Main I). Vor allem die MLPD konnte ihr Erststimmenergebnis durch zahlreiche Direktkandidaten erheblich verbessern. Innerhalb des gesamten Parteienspektrums bleiben die linksextremistischen Parteien dennoch nahezu bedeutungslos.

### DKP

**Wahlkampf |** Zur Bundestagswahl 2017 trat die DKP bundesweit mit neun Landeslisten und 16 Direktkandidaten an. In Hessen stellte die DKP eine Landesliste mit 21 Listenplätzen auf. Zudem stand einer der Kandidaten im Wahlkreis 173 (Gießen) als Direktkandidat zur Wahl. Hessen stellte damit die größte Landesliste der DKP, gefolgt von Niedersachsen, wo die Landesliste 17 Listenplätze umfasste. Die DKP führte ihren Wahlkampf in Hessen hauptsächlich über Plakate, Infostände und ihre Auftritte in den sozialen Medien.

**Ergebnisse |** Die Beteiligung der DKP an der Bundestagswahl 2017 führte zu prozentual kaum messbaren Ergebnissen. In Hessen errang die DKP 234 Erst- und 1.138 Zweitstimmen (0,0 Prozent). Bundesweit erreichte die DKP 7.517 Erst- und 11.558 Zweitstimmen (0,0 Prozent). Zur Bundestagswahl 2013 war die DKP bundesweit lediglich mit sechs Direktkandidaten (vier in Brandenburg und jeweils ein Kandidat in Berlin und Baden-Württemberg) angetreten und hatte dabei 1.699 Stimmen (0,0 Prozent) erreicht. Mit eigenen Landeslisten war die Partei 2013 nicht angetreten.

Ihr bestes Ergebnis in Hessen erreichte die DKP im Wahlkreis 173 (Gießen) mit 234 Erst- und 119 Zweitstimmen (0,1 Prozent). In den übrigen hessischen Wahlkreisen errang die DKP zumeist deutlich unter hundert Zweitstimmen.

### Internationalistische Liste/MLPD

**Wahlkampf |** Im Wahlkampf setzte die MLPD vor allem auf ihr Bündnis Internationalistische Liste/MLPD. In dem Bündnis hatten sich, neben der MLPD und ihrer Jugendorganisation REBELL, 14 weitere Gruppierungen zusammengeschlossen. Von diesen waren acht linksextremistisch oder linksextremistisch beeinflusst. Über die Internationalistische Liste/MLPD kandidierten Mitglieder der Trägerorganisationen als Direktkandidaten oder über die jeweiligen Landeslisten. Insgesamt trat die Internationalistische Liste/MLPD mit 109 Direktkandidaten und 16 Landeslisten zur Wahl an. In Hessen kandidierte die MLPD mit einer eigenen Landesliste, sechs Direktkandidaten und einer Direktkandidatin der Internationalistischen Liste (Wahlkreis 167, Waldeck).

Während des Wahlkampfes war die Partei dafür kritisiert worden, dass sie über die Internationalistische Liste/MLPD Sympathisanten der als Terrororganisation eingestuften Popular Front for the Liberation of Palestine (PFLP, Volksfront zur Befreiung Palästinas) die Teilnahme an der Wahl ermöglichte. Bei einem Kandidaten der Internationalistischen Liste/MLPD in Berlin wurde eine Nähe zur PFLP unterstellt. Die MLPD wehrte sich gegen diese Kritik mit der Durchsetzung von Unterlassungserklärungen bzw. einer einstweiligen Verfügung. Diese war nach der Bundestagswahl allerdings vom Landgericht Hamburg widerrufen worden.

**Ergebnisse |** Das amtliche Endergebnis der Bundestagswahl 2017 zeigte für die MLPD kaum prozentual messbare Ergebnisse. In Hessen erreichte die MLPD insgesamt 1.869 Erst- und 1.627 Zweitstimmen (0,1 und 0,0 Prozent, 2013: 325 Erst- und 1.071 Zweitstimmen). Bundesweit errang die MLPD 35.760 Erst- und 29.785 Zweitstimmen (0,1 Prozent, 2013: 12.904 Erst- und 24.219 Zweitstimmen). Dies entspricht einem Zuwachs von über 170 Prozent bei den Erst- und 23 Prozent bei den Zweitstimmen im Bund. In Hessen konnte die MLPD ihre Erststimmen sogar vervierfachen und bei den Zweitstimmen 52 Prozent hinzugewinnen. Die Partei erklärte die starken Zuwächse mit der Aufstellung der vielen Direktkandidaten. Im Wahlkreis 186 (Darmstadt) erreichte die MLPD mit 0,3 Prozent der Erststimmen (490 Stimmen) ihr bestes Ergebnis in Hessen. Über die Internationalistische Liste hatte die MLPD zudem im Wahlkreis 167 (Waldeck) einen Direktkandidaten aufgestellt, der 0,1 Prozent (88 Stimmen) erreichte. Prominentester Kandidat der MLPD war der Pressesprecher der Partei, der in Hessen auf Listenplatz 1 kandidierte.

## SGP

**Wahlkampf |** Die SGP stellte in den Bundesländern Berlin und Nordrhein-Westfalen jeweils eigene Landeslisten mit insgesamt sechs Kandidaten auf. In Berlin und Sachsen kandidierten zudem noch einzelne Direktkandidaten der SGP. In Hessen kandidierte die Partei mit einer Direktkandidatin im Wahlkreis 182 (Frankfurt).

Die Bundestagswahl 2017 nutzte die Partei zu ihrer ersten Wahlbeteiligung. Erst im Februar 2017 hatte sich die Partei von Partei für Soziale Gerechtigkeit (PSG) in SGP umbenannt. Der Wahlkampf der SGP „dient dem Zweck, eine revolutionäre Partei aufzubauen, die Arbeiter auf der ganzen Welt im Kampf gegen Nationalismus, soziale Ungleichheit und Krieg vereint." Der Schwerpunkt des Wahlkampfs der SGP lag dabei in Berlin. In Hessen trat die Partei kaum öffentlichkeitswirksam in Erscheinung.

**Ergebnisse |** Mit Ihrer Direktkandidatur in Frankfurt am Main (Wahlkreis 182) mobilisierte die SGP 0,1 Prozent der Wähler (97 Stimmen). Bundesweit lagen die Ergebnisse der SGP im Bereich von 0,0 Prozent (903 Erst- und 1.291 Zweitstimmen). Bei der Bundestagswahl 2013 war die SGP noch als PSG angetreten und hatte mit drei Landeslisten insge-

samt 0,0 Prozent (4.564 Zweitstimmen) auf sich vereinigen können, 71 Prozent mehr als 2017.

## Bewertung

Die Wahlergebnisse zeigen, dass es linksextremistischen Parteien nicht gelang, größere Wählergruppen für sich zu gewinnen. So konnte die DKP ihr Ergebnis der Bundestagswahl 2013 nur marginal verbessern. Zwar konnte sie durch die Aufstellung von Landeslisten und mehr Direktkandidaten einige Stimmenzuwächse erreichen, diese bewegten sich aber weiterhin auf sehr niedrigem Niveau. Die Partei selbst hatte nach der Wahl ihr Ergebnis als nicht befriedigend eingeschätzt. Dennoch sei die Teilnahme an der Wahl richtig gewesen. Das schlechte Abschneiden dürfte auch Ausdruck der innerparteilichen Streitigkeiten und finanziellen Probleme sein, die dazu führten, dass die DKP kaum öffentlichkeitswirksame Aktionen durchführte.

Im Vergleich dazu gelang es der MLPD, wesentlich mehr Wähler an sich zu binden. Die starken Stimmenzuwächse feierte die MLPD als ihr „bisher stärkstes Wahlergebnis". Die Gründung der Internationalistischen Liste ermöglichte es der MLPD, ihre Wählerbasis durch die Kooperation mit anderen Organisationen zu verbreitern und vermehrt Wähler mit Migrationshintergrund für sich zu gewinnen. Allerdings bleibt festzuhalten, dass die MLPD zwar deutlich an Stimmen hinzugewann, mit einem prozentualen Anteil von 0,1 Prozent der Stimmen (2013: 0,0 Prozent) aber politisch weiterhin bedeutungslos bleibt.

Im Gegensatz dazu erzielte die SGP ein schlechteres Wahlergebnis als 2013. Grund hierfür dürfte zum einen die Umbenennung und eine damit einhergehende geringe Bindung potentieller Wähler sein. Zum anderen trat die SGP zu dieser Wahl mit deutlich weniger Kandidaten an.

## Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der linksextremistischen Straf- und Gewalttaten in Hessen reduzierte sich von 90 im Jahr 2016 auf 61. Die Zahl der Gewalttaten reduzierte sich trotz auch linksextremistischer Angriffe im Zusammenhang mit dem Themenfeld „Antifaschismus" deutlich auf fünf (im Jahr 2016 waren es 25). Dies ist unter anderem darauf zurückzuführen, dass die straftatenaffinste Szene, die Autonomen, ihren Fokus auf die Vorbereitung und Durchführung der G20-Aktionen Anfang Juli legte. (Siehe im Glossar und Abkürzungsverzeichnis unter dem Stichwort Politisch motivierte Kriminalität zur Erfassung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund.)

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Deliktart** | | | |
| Tötung | | | |
| Versuchte Tötung | | | 4 |
| Körperverletzung | 1 | 18 | 26 |
| Brandstiftung/Sprengstoffdelikte | 2 | 5 | 8 |
| Landfriedensbruch | 2 | | 44 |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr | | | 3 |
| Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte | | 2 | 1 |
| **Gewalttaten gesamt** | **5** | **25** | **86** |
| **Sonstige Straftaten** | | | |
| Sachbeschädigung | 44 | 43 | 122 |
| Nötigung/Bedrohung | 1 | 3 | 1 |
| Andere Straftaten (insbesondere Propagandadelikte) | 11 | 19 | 69 |
| **Straf- und Gewalttaten gesamt** | **61** | **90** | **278** |


TERRORIST
ISRAEL
DER WAHRE
Jetzt
KOSTENLOS
erhältlich
MUHAMMAD
Die Biografie des edlen Propheten s.a.w.s.
MUHAMMAD
ALS GESCHENK FÜR SIE
KOSTENLOS!

# Islamismus

## Merkmale

**Der Islam als Religion wird vom Verfassungsschutz nicht beobachtet. Muslime genießen – wie Anhänger aller anderen Religionen auch – in Deutschland das Grundrecht auf Religionsfreiheit nach Artikel 4 des Grundgesetzes. Der Grundrechtsschutz endet jedoch dort, wo religiöse islamische Gebote und Normen als verbindliche politische Handlungsanweisungen gedeutet werden, der Islamismus also beginnt.**

**Begriff des Islamismus |** Der Begriff Islamismus beschreibt alle Erscheinungsformen des islamischen Extremismus, das heißt politisch-totalitäre Ideologien, die den Islam als ein alle Bereiche des privaten und öffentlichen Lebens umfassendes System begreifen. Islamisten lehnen die Trennung von Staat und Religion ab und wollen das gesamte politische und gesellschaftliche Leben religiös begründeten Geboten und Normen unterwerfen. Eine Demokratie ist nach Überzeugung von Islamisten nicht mit dem Willen Allahs vereinbar.

**Ziel des Islamismus |** Das Ziel islamistischer Bestrebungen ist ein Staatswesen, das nach den Bestimmungen der Scharia regiert wird. Diese aus dem Koran und der Sunna abgeleiteten Vorschriften sind nach Ansicht der Islamisten der unveränderliche Wille Allahs und dürfen daher von keiner Regierung geändert werden. Damit wenden sich Islamisten gegen das im Grundgesetz verankerte Prinzip der Volkssouveränität: Nicht das Volk, sondern allein Allah darf ihrer Auffassung nach in letzter Instanz Gesetze erlassen und aufheben. Darüber hinaus richten sich Islamisten gegen das friedliche Zusammenleben der Völker, da sie Konflikte zwischen Religionen schüren bzw. andere Religionen abwerten.

**Unvereinbarkeit mit den Menschenrechten |** Im Gegensatz zum Grundgesetz, das die unveräußerliche Würde eines jeden Menschen in den Mittelpunkt stellt, bemessen islamistische Ideologien den Wert eines Menschen nur nach seinem Glauben. Die von Islamisten geforderte wortgetreue Befolgung der Scharia führt zu einer Benachteiligung von Frauen und Andersgläubigen sowie zu einer wesentlichen Einschränkung der Meinungsfreiheit und zur Außerkraftsetzung weiterer grundlegender Menschenrechte.

Indem Islamisten die große Bedeutung einer islamischen Identität betonen, setzen sie in aller Regel „Ungläubige“ herab. Diese Herabsetzung äußert sich oft in der Abgrenzung gegenüber der von Islamisten als „moralisch verkommen“ empfundenen Mehrheitsgesellschaft in Deutschland.

**Antisemitismus |** Besonders ausgeprägt ist die islamistische Ablehnung des Judentums. Dabei werden entsprechende religiöse Inhalte – etwa Koranverse oder Aussagen des Propheten Mohammed –

mit Versatzstücken europäischer rechtsextremistischer Ideologien verknüpft, um angeblich negative Charaktereigenschaften oder Absichten von Juden zu belegen. Islamisten sehen die USA und Israel als Instrumente einer vermeintlichen jüdischen Weltverschwörung an, die sich zum Ziel gesetzt habe, den Islam zu zerstören. (Siehe hierzu auch das Kapitel: Projekte und Angebote der Phänomenbereichsübergreifenden wissenschaftlichen Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit, PAAF.)

**Ausprägungen des Islamismus |** Die Erscheinungsformen des Islamismus unterscheiden sich in ihrer ideologischen Ausrichtung und bei der Wahl der Mittel, mit denen Gesellschaft und Staat verändert werden sollen. Einige islamistische Organisationen – wie zum Beispiel die MB – versuchen, den demokratischen Willensbildungsprozess ihren Vorstellungen entsprechend zu beeinflussen. Sie nehmen gezielt Einfluss auf die hiesige Politik, die öffentliche Meinungsbildung und die Gesellschaft, um ihr langfristiges Ziel der Errichtung eines islamistischen Gottesstaates zu verwirklichen.

Salafistische Gruppierungen dagegen lehnen die Beteiligung am demokratischen Willensbildungsprozess in der Bundesrepublik Deutschland ab. Sie streben eine weltweite Islamisierung von Gesellschaft und Politik an, um langfristig ein „Kalifat" zu errichten, dessen Oberhaupt als Nachfolger des Propheten Mohammed alle religiöse und weltliche Autorität ausübt. Die Ablehnung anderer Glaubensgemeinschaften und vor allem der „westlich" geprägten Lebensweise ist dabei ein zentrales Merkmal der salafistischen Ideologie. Hinsichtlich der Wahl der Mittel zur Durchsetzung der politischen Ziele lassen sich zwei Arten des Salafismus identifizieren: politischer und jihadistischer Salafismus. In ihrem ideologischen Kern unterscheiden sich beide jedoch nicht.

## Personenpotenzial[1]

Das Personenpotenzial in Hessen blieb gegenüber dem vorherigen Berichtsjahr unverändert.

Zu mehreren der bundesweit aktiven islamistischen Organisationen bzw. Gruppierungen lagen keine gesicherten Anhängerzahlen vor, sodass ein personenscharfes Potenzial der Islamisten in Deutschland nicht ausgewiesen werden kann.

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Islamisten gesamt** | | | |
| **Hessen** | **4.170** | **4.170** | **4.150** |
| davon Salafisten | | | |
| Hessen | 1.650 | 1.650 | 1.650 |
| Bund | 10.800 | 9.700 | 8.350 |

## Salafismus

### Definition/Kerndaten

**Als Salafismus bezeichnet der Verfassungsschutzverbund eine extremistische Strömung innerhalb des Islamismus. Der Begriff geht auf die arabische Bezeichnung *as-salaf as-salih* (dt. die frommen Altvorderen) zurück, worunter die ersten drei Generationen von Muslimen (7. bis 9. Jahrhundert) zu verstehen sind. Diese nehmen innerhalb der Ideologie des Salafismus eine zentrale Stellung ein, da ihre Handlungen – neben denen des Propheten Mohammed – als die authentische Überführung der „wahren" Glaubenslehre in die Praxis gelten und als solche zu imitieren sind.**

**Die „frommen Altvorderen" dienen nicht nur als Vorbilder für die individuelle Lebensführung, sondern gelten auch in Bezug auf Glaubens- und Rechtsfragen als Autoritäten. Salafisten sehen sich durch ihren Rückbezug auf die „unverfälschte" Glaubenslehre in der Nachfolge dieser Generationen als elitäre Vertreter des „wahren" Islam. Sie haben es sich zur Aufgabe gemacht, die**

[1] Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet. Die in früheren Verfassungsschutzberichten des LfV Hessen getroffene Differenzierung des islamistischen Personenpotenzials nach Herkunft ist mittlerweile für die Gesamtbetrachtung und -bewertung des Phänomenbereichs Islamismus nicht mehr aussagekräftig, da sich das Personenpotenzial insbesondere im Bereich des Salafismus in Bezug auf die Herkunft sehr heterogen gestaltet.

**islamische Glaubensdoktrin und -praxis von unerlaubten Neuerungen und Verfälschungen zu reinigen und die im Frühislam geltenden Herrschafts- und Rechtsformen (Kalifat) in der Gegenwart anzuwenden.**

**Über die Frage, mit welchen Methoden dieses Ziel zu erreichen ist, gibt es innerhalb des Salafismus verschiedene Auffassungen. Das Spektrum umfasst sowohl diejenigen Salafisten, welche die Ideologie mit politischen Mitteln durchsetzen wollen (politischer Salafismus), als auch solche, die hierfür Gewalt als legitimes Mittel ansehen (jihadistischer Salafismus).**

**Koran und Prophetentradition (arab. *sunna*) als einzige legitime Glaubensquellen |** Salafisten nehmen für sich in Anspruch, ihre Glaubensvorstellungen und Rechtsnormen direkt aus den islamischen Quellen abzuleiten. Dabei zeichnet sich die salafistische Auslegung durch ein streng wortgetreues Verständnis von Koran und Sunna aus, jegliche sinnbildhafte Interpretation wird abgelehnt. Dennoch greifen Salafisten zusätzlich auf ausgewählte islamische Gelehrte zurück, um ihre jeweiligen Positionen in Bezug auf islamgetreue Lebensführung bzw. Disziplinierungsmaßnahmen bei Zuwiderhandlungen zu legitimieren.

**Dualistische Weltsicht |** Die „Attraktivität" der salafistischen Ideologie ist vor allem in ihrer dualistischen Weltsicht begründet. Sie propagiert einfach zu verstehende und umzusetzende Freund-Feind-Bilder. So teilen Salafisten Menschen und Handlungen entgegen jeglicher Lebensrealität ein in gut und böse, gläubig und ungläubig, islamisch und unislamisch sowie erlaubt und verboten.

Dadurch wird vor allem jungen und beeinflussbaren Menschen ein vermeintlich allzeit gültiger Handlungskatalog angeboten, der Orientierungshilfe und feste Strukturen in einer als komplex wahrgenommenen Welt suggeriert. Außerdem vermittelt die salafistische Szene als jugendliche Subkultur mit einer bestimmten Art von Kleidung, Sprache und Symbolik, durch die sich Salafisten optisch von der Mehrheitsgesellschaft abgrenzen, ein hohes Maß an Zugehörigkeitsgefühl und identitätsstiftenden Charakteristika. So übt die salafistische Ideologie in Europa vor allem auf muslimische Migranten der zweiten und dritten Einwanderergeneration sowie auf Konvertiten eine hohe Anziehungskraft aus.

**Politischer und jihadistischer Salafismus: Unterschiede und Gemeinsamkeiten |** Obgleich Salafisten das Ziel vereint, die „frommen Altvorderen" zu imitieren und die angeblich „wahre" Glaubenslehre in die Praxis umzusetzen, ziehen sie unterschiedliche Schlüsse aus den religiösen Quellen und leiten daraus unterschiedliche Handlungsweisen ab. Der Verfassungsschutz unterscheidet daher – je nach Mittel, das gewählt wird, um die angestrebten gesellschaftlichen und politischen Veränderungen umzusetzen – zwischen politischem und jihadistischem Salafismus.

Während der politische Salafismus die Missionierungsarbeit in den Vordergrund stellt, sieht der jihadistische Salafismus die Anwendung von Gewalt und den bewaffneten Kampf (arab. *jihad*) als unabdingbar an. Auch wenn sich Anhänger beider Strömungen in der genauen Ausgestaltung der salafistischen Ideologie unterscheiden, sind die Übergänge aufgrund der gemeinsamen ideologischen Grundlagen fließend.

**Zahl der Salafisten insgesamt |** In Hessen war der Großteil der Salafisten dem Spektrum des politischen Salafismus zuzurechnen. Mit etwa 1.650 Personen blieb in Hessen die Zahl der Salafisten im Vergleich zum Vorjahr konstant und damit weiterhin besorgniserregend hoch.

## Ereignisse/Entwicklungen im jihadistischen und politischen Salafismus

**Der sogenannte Islamische Staat (IS) verlor in einer Reihe empfindlicher militärischer Niederlagen weiter an Territorium in Syrien und im Irak. Besonders der Fall der für die terroristische Vereinigung IS überaus bedeutsamen Städte Raqqa (Syrien) und Mossul (Irak) markierte den Niedergang des im Jahr 2014 ausgerufenen „Kalifats". Gegen Ende des Berichtsjahrs verfügte der IS nur noch über etwa ein Zehntel seines ursprünglichen Gebiets. Verbliebene IS-Anhänger gingen in den Untergrund oder setzten sich in Staaten ab, in denen IS-nahe Gruppen oder Ableger der Terrororganisation existierten. Dass die Gefahr jihadistisch motivierter Anschläge aufgrund des weitgehenden Zerfalls des IS abnimmt, ist jedoch nicht zu erwarten. Solange jihadistische Gruppierungen wie der IS für andere Jihadisten ihre ideologische Anziehungskraft und operative militärische Fähigkeit behalten, bleibt die latente Anschlagsgefahr für Deutschland und andere Länder. Vor diesem Hintergrund verfolgten Anhänger und Sympathisanten der jihadistischen Szenen in Hessen die Entwicklungen im weltweiten Jihadismus. Mit dem sich abzeichnenden Ende des IS-„Kalifats" erlosch für zahlreiche Jihadisten und ihnen nahestehende Personen vorerst die Utopie eines islamischen Gemeinwesens. Ungeachtet dessen blieben sie weiterhin von der dem gewaltsamen Jihad zugrunde liegenden Ideologie überzeugt. Die Gefahr von terroristischen Anschlägen in Deutschland und Europa ist daher anhaltend hoch.**

**Im Bereich des politischen Salafismus fanden seit dem Frühjahr in Frankfurt am Main Verteilaktionen des da'wa-Projekts „We Love Muhammad" statt. Dabei wurden Biografien des Propheten Mohammad (arab. *sira*) in deutscher Sprache, Hörbücher und Visitenkarten, die für eine App werben, kostenlos angeboten.**

**Zerfall des „Kalifats" |** Im Berichtsjahr vertrieben die Anti-IS-Koalition sowie das russisch-syrische Militärbündnis, kurdische Milizen und irakische Regierungstruppen den IS nahezu vollständig aus den von ihm kontrollierten Gebieten. Irakische Truppen und schiitische Milizen eroberten im Juli die nordiraki-

sche Stadt Mossul, wo der „Kalif" des IS, Abu Bakr al-Baghdadi, im Juni 2014 das „Kalifat" ausgerufen hatte. Die Demokratischen Kräfte Syriens befreiten im Oktober die IS-Hochburg Raqqa in Nordsyrien. Damit brachen die letzten Überreste der pseudo-staatlichen Strukturen des IS nahezu vollständig zusammen. Darüber hinaus verlor die Terrororganisation zahlreiche namhafte bzw. einflussreiche Jihadisten in ihrer Führungsebene. Die permanenten Gegenschläge führten zu Auflösungserscheinungen und Absetzbewegungen innerhalb des IS.

**Anzahl der Ausreisefälle |** Zum Jahresende 2017 lagen zu mehr als 960 deutschen Islamisten bzw. Islamisten aus Deutschland Erkenntnisse vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist sind, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Etwa ein Fünftel der gereisten Personen war weiblich. Der überwiegende Teil der insgesamt ausgereisten Personen war jünger als 30 Jahre. Nicht in allen Fällen lagen Erkenntnisse vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien und/oder im Irak aufhalten oder aufgehalten haben. Ferner lagen zu ca. 150 Personen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder im Irak ums Leben kamen.

**Rückkehrer Problematik Frauen und Kinder |** Bei den Kämpfen in Syrien und im Irak kamen auch zahlreiche Jihadisten aus dem Ausland ums Leben. Einige ihrer Ehefrauen wurden zusammen mit ihren Kindern – etwa durch die Anti-IS-Koalition und irakische Streitkräfte – festgesetzt, andere strebten eine Rückreise in ihre Heimatländer an. Insbesondere vor dem Hintergrund, dass diese Personengruppe weiterhin stark radikalisiert bzw. indoktriniert sein könnte und dadurch eine Gefahr für öffentliche Sicherheit und Ordnung darstellt, beschäftigt sich der Verfassungsschutzverbund intensiv mit der Rückkehrer-Problematik von jihadistischen Frauen und deren Kindern.

So lagen dem Verfassungsschutzverbund zum Ende des Berichtsjahres Informationen vor, dass mindestens etwa 290 minderjährige Kinder und Jugendliche in Richtung Syrien/Irak zumeist mit ihren Eltern ausgereist oder dort geboren sind. Etwa 50 Prozent der Kinder und Jugendlichen sind im Jihad-Gebiet Syrien/Irak geboren. Die meisten Minderjährigen hielten sich in dieser Krisenregion oder in der Türkei auf. Eine geringe Anzahl der Kinder und Jugendlichen war – fast ausschließlich gemeinsam mit ihren Eltern bzw. der Mutter – nach Deutschland zurückgekehrt.

**Ausreisefälle in Hessen |** Zum Ende des Jahres 2017 lagen den hessischen Sicherheitsbehörden Erkenntnisse zu ca. 140 Islamisten aus Hessen vor, die in Richtung Syrien/Irak gereist waren, um dort auf Seiten des IS und anderer terroristischer Gruppierungen an Kampfhandlungen teilzunehmen oder diese in sonstiger Weise zu unterstützen. Etwa ein Fünftel der gereisten Personen war weiblich. Der überwiegende Teil der insgesamt gereisten Personen war jünger als 30 Jahre. Nicht in allen Fällen liegen Erkenntnisse

vor, dass sich diese Personen tatsächlich in Syrien/Irak aufhalten oder aufgehalten haben. Ferner liegen zu ca. 25 Personen Hinweise vor, dass diese in Syrien oder im Irak ums Leben gekommen sind.

**Mögliche Rückkehr des IS in den Untergrund |** Der Verlust des Territoriums dürfte dazu führen, dass der IS als Terrororganisation wieder klandestine Strukturen annimmt und durch Anschläge versucht, Syrien und den Irak weiter zu destabilisieren. Es ist davon auszugehen, dass sich eine hohe Dunkelziffer an Jihadisten in Untergrundstrukturen zurückzog. Allerdings wurden auch zahlreiche Führungspersönlichkeiten und Strategen des IS inzwischen getötet.

**Weiterhin bestehendes Anschlagspotenzial des IS |** Die Anschläge im Berichtsjahr und die Festnahme von Jihadisten in Deutschland zeigen, dass vom IS weiterhin große Gefahr ausgeht. Die Terrororganisation vernetzte sich weltweit, errichtete Zellen außerhalb des Herrschaftsgebiets und betrieb – vor allem im Internet – eine moderne und „professionelle" jihadistische Propaganda. In den vom IS noch kontrollierten Gebieten wurden in der Vergangenheit Anschläge gegen „westliche" Ziele geplant, organisiert und angeleitet. Als Reaktion auf die anhaltenden Militärschläge verfolgte der IS nunmehr die Strategie, jihadistische Anschlagsplanungen „auszulagern" und delegierte die Organisation und Durchführung von Anschlagsvorhaben an jeden seiner Sympathisanten. Die eventuellen Ziele, die Wahl der Mittel und die Anschlagsart gab der IS im Rahmen seiner offen zugänglichen Propaganda vor und legitimierte sie im Sinne seiner Ideologie. Auf diese Weise erweiterte der IS den Kreis der möglichen Attentäter und ihrer Motive. Somit besteht die Gefahr, dass Einzelpersonen mit einfach zu beschaffenden und einfachen Tatwerkzeugen einen Anschlag ausführen können. Die operative Fähigkeit des IS, einen Terrorakt auszuführen, der im Ausmaß mit der Anschlagsserie in Paris (Frankreich) im November 2015 (130 Tote, mehr als 350 Verletzte) vergleichbar wäre, scheint aktuell begrenzt. Seine Ideologie und Propaganda wirken dennoch auf Personen in Europa im Sinne des Kampfes gegen die „Ungläubigen". Sollte sich der IS als jihadistische Untergrundorganisation neu formieren, sind forcierte Anschlagsplanungen gegen den „Westen" wahrscheinlich.

**Jihadistisch motivierte Anschläge in Europa |** Insgesamt kam es im Berichtsjahr zu mehr als 20 versuchten und vollendeten jihadistisch motivierten Anschlägen in Europa. Die folgende Kurzdarstellung beschränkt sich auf Terroranschläge, die Todesopfer zur Folge hatten:

- **Istanbul (Türkei), 1. Januar:** Ein Attentäter verübte mit einer Langwaffe einen Anschlag auf Besucher eines Nachtclubs auf der europäischen Seite Istanbuls. 39 Personen kamen ums Leben, darunter ein deutscher Staatsangehöriger. Weitere 79 Personen wurden verletzt. Der Attentäter soll zuvor für den IS in Syrien gekämpft haben. Nach der Tat reklamierte der IS die Tat für sich.

- **London (Großbritannien), 22. März**: Ein Attentäter lenkte sein Fahrzeug in eine Menschenmenge auf der Westminster Bridge und steuerte das Fahrzeug dann in die Umzäunung des Westminster Palace. Dort erstach er einen unbewaffneten Polizisten. Insgesamt starben sechs Personen, darunter der Attentäter. 40 weitere Personen wurden verletzt. Einen Tag nach der Tat reklamierte der IS den Anschlag für sich.
- **Stockholm (Schweden), 7. April:** Mit einem zuvor gestohlenen Lkw fuhr ein Attentäter mit hoher Geschwindigkeit durch eine Fußgängerzone in der Innenstadt und steuerte das Fahrzeug in ein Kaufhaus. Vier Menschen wurden getötet, 15 verletzt. Nach Angaben der schwedischen Polizeibehörden, die den Attentäter festnahmen, handelte es um einen IS-Sympathisanten.
- **Paris (Frankreich), 20. April:** Auf den Champs-Élysées eröffnete ein Attentäter mit einem Sturmgewehr das Feuer auf Polizisten, ein Beamter wurde getötet, zwei weitere verletzt. Im Anschluss an die Tat wurde der Täter von Polizeikräften getötet. Zu dem Attentat bekannte sich der IS.
- **Manchester (Großbritannien), 22. Mai:** Im Foyer der Manchester-Arena brachte ein Selbstmordattentäter eine in einem Rucksack versteckte Sprengladung zur Explosion. Zu diesem Zeitpunkt verließen die Besucher ein Popkonzert. Der Attentäter tötete 23 Personen, darunter viele Kinder und Jugendliche, 512 Personen wurden verletzt. Der IS reklamierte die Tat für sich.
- **London (Großbritannien), 3. Juni:** Mit einem Lieferwagen fuhren drei Attentäter in eine Menschengruppe auf der London Bridge und töteten drei Fußgänger. Im Anschluss fuhren die Attentäter zum nahegelegenen Borough Market und griffen dort wahllos Passanten mit Messern an, wobei fünf Personen starben. Insgesamt wurden 48 Personen verletzt. Die Polizei tötete die Attentäter. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.
- **Hamburg, 28. Juli:** In einem Supermarkt entwendete ein Attentäter ein Küchenmesser und stach damit auf Kunden ein. Eine Person starb, mindestens fünf weitere Personen wurden verletzt. Passanten überwältigten den Attentäter. In Vernehmungen gab der Attentäter an, sich seit 2014 mit der Ideologie des IS auseinandergesetzt zu haben. Eine Bekennung des IS blieb aus.
- **Barcelona (Spanien), 17. August:** Mit einem Lieferwagen fuhr ein Attentäter in eine Menschenmenge im Stadtzentrum und erstach bei der anschließenden Flucht eine Person. Insgesamt kamen 15 Personen ums Leben – darunter eine deutsche Staatsangehörige –, mindestens 118 Personen wurden verletzt. In der darauffolgenden Nacht versuchte die spanische Polizei fünf Personen, die wohl unmittelbar vor der Ausführung eines weiteren Anschlags standen, in einem Fahrzeug in Cambrils, rund 100 Kilometer südwestlich von Barcelona, zu stellen. Bei ihrer Flucht töteten die fünf Männer eine Person und verletzten sieben weitere Personen. Die Polizei erschoss die Attentä-

ter. Die Attentate von Barcelona und Cambrils wurden offenkundig von einer Zelle ausgeführt, die ursprünglich Bombenanschläge in Barcelona plante. Einen Tag vor dem Anschlag in Barcelona waren in einer Wohnung zwei Mitglieder der Zelle bei der unbeabsichtigten Explosion der mutmaßlich hierfür vorgesehenen Sprengstoffe ums Leben gekommen. Am 21. August stellte und tötete die Polizei einen weiteren flüchtigen Attentäter, der eine Sprengstoffgürtelattrappe trug. Der IS reklamierte die Anschläge für sich.

- **Turku (Finnland), 18. August:** Mit einem Messer stach ein Mann auf Passanten in der Innenstadt ein. Hierbei soll er gezielt Frauen angegriffen haben. Insgesamt starben zwei Personen, acht weitere wurden verletzt. Polizeikräfte stoppten den Täter mit einem Schuss in das Bein und nahmen ihn fest. Der IS bekannte sich nicht zu dem Anschlag, die finnische Polizei geht jedoch von einem terroristisch motivierten Anschlag aus.
- **Marseille (Frankreich), 1. Oktober:** Auch hier griff ein Attentäter Passanten mit einem Messer an einem Bahnhof an und tötete zwei Personen. Soldaten erschossen den Angreifer. Der IS bekannte sich zu dem Anschlag.

**Festnahme eines mutmaßlichen IS Jihadisten |** Am 1. Februar durchsuchten Beamte der Hessischen Polizei 54 Objekte (Wohnungen, Geschäftsräume und Mo-scheen) in Hessen wegen des Verdachts der Gründung und Unterstützung einer ausländischen terroristischen Vereinigung sowie der Vorbereitung einer schweren staatsgefährdenden Gewalttat (§ 89a StGB). Der Ermittlungskomplex richtete sich gegen 16 Beschuldigte im Alter zwischen 16 und 46 Jahren.

Hauptbeschuldigter ist der am 1. Februar in Frankfurt am Main festgenommene mutmaßliche tunesische Jihadist Haykel S. Er soll seit August 2015 als Anwerber und Schleuser für den IS tätig gewesen sein und in Deutschland ein Netzwerk aus Unterstützern – unter anderem mit dem Ziel, hier einen Terroranschlag zu verüben – aufgebaut haben. Konkrete Anschlagsvorbereitungen habe es noch nicht gegeben.

Nachdem sich S. bereits von 2003 bis 2013 in Deutschland aufgehalten hatte, reiste er 2015 als Asylsuchender unter falschen Personalien erneut ein. Mit Verfügung vom August 2017 ordnete das Hessische Ministerium des Innern und für Sport die Abschiebung des Tunesiers an. Seitdem befand sich S. in Abschiebehaft. In enger Kooperation zwischen den hessischen Sicherheitsbehörden, der Ausländerbehörde der Stadt Frankfurt am Main und dem Hessischen Ministerium des Innern und für Sport wurde der Terrorverdächtige im Mai 2018 nach Tunesien abgeschoben und den dortigen Behörden übergeben.

**Politischer Salafismus: „Wissen über den Propheten" verbreiten |** Der ehemalige Regionalverantwortliche der Koranverteilaktion „LIES!" für das Rhein-Main-Gebiet, Bilal Gümüs, und der salafistische Prediger Pierre Vogel waren die Initiatoren des Projekts „We Love Muhammad".

Es war im November 2016 zeitgleich in Deutschland und der Schweiz angelaufen, nachdem vorher in sozialen Netzwerken für die gleichnamige App geworben worden war. Laut Vogel soll mit der Aktion „Wissen über den Propheten" verbreitet werden. Zielgruppe seien dabei vor allem Muslime.




*Logo des Projekts „We Love Muhammad"*

Die Akteure bereiteten die Aktionen im Rahmen von „We Love Muhammad" regelmäßig im Internet auf und warben für das Projekt mit Bildern und Videos, die wiederum von Sympathisanten weiterverbreitet wurden. Die Missionierungsbemühungen für den – nach salafistischer Interpretation – „wahren Islam" wurden somit über den eigentlichen Veranstaltungsrahmen hinaus auf einen größeren Adressatenkreis ausgeweitet.

Für das Projekt „We Love Muhammad" wurden mehr als 40.000 Biografien des Propheten Mohammed gedruckt. Das Projekt finanzierte sich durch Spenden, zu denen Salafisten immer wieder aufriefen.

Bei den „mobilen" Verteilaktionen kleideten sich die Akteure größtenteils mit einheitlichen „We-Love-Muhammad"-T-Shirts und -Pullovern. Einige trugen Bauchläden, auf denen sich neben den zu verteilenden Waren eine Spendendose befand, andere trugen auf dem Rücken Tragegestelle, an denen „We-Love-Muhammad"-Plakate befestigt waren. Die Propheten-Biographien, die Hörbücher für Kinder und die Visitenkarten konnten als Gesamtpaket auch kostenlos bestellt werden. Darüber hinaus zeigten Salafisten in einem Video, dass Propheten-Biographien in einen öffentlichen Bücherschrank in Frankfurt am Main eingestellt wurden.

Im Sommer gingen die Aktivitäten der „We-Love-Muhammad"-Kampagne in Deutschland und der Schweiz signifikant zurück. Ursache hierfür könnte das zunehmende Engagement ihrer Akteure beim Islamischen Humanitären Entwicklungsdienst e. V. (IHED) mit Sitz in Baden-Württemberg gewesen sein. So riefen die Aktivisten zu Spenden für Hilfsprojekte in Ländern wie Syrien, Afghanistan, Somalia, Niger, Türkei und Burma auf und besuchten teilweise die Orte auch persönlich. Daneben warben die Aktivisten für weitere Aktivitäten des IHED wie etwa einen Online-Mode-Shop.

## Verbot des Almadinah Islamischen Kulturvereins e. V.

**Mit Verfügung vom 16. März 2017 verbot der Hessische Minister des Innern und für Sport den Almadinah Islamischen Kulturverein e. V. in Kassel. Die**

**Aushändigung der Verbotsverfügung an die Mitglieder des Vereins durch Beamte des Polizeipräsidiums Nordhessen am 23. März war verbunden mit Durchsuchungsmaßnahmen von Objekten des Vereins und seiner Mitglieder.**

Der Verein richtete sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung und den Gedanken der Völkerverständigung. Er förderte ein jihadistisch-salafistisches Netzwerk und bot in der Medina-Moschee in Kassel eine Plattform für den Austausch und Aufruf zu Hass und Gewalt gegen andere Religionsgruppen, Staaten und Völker sowie allgemein anders denkende Menschen. Hierbei ging es nicht um einen religiösen Dialog, sondern um die Indoktrination und Radikalisierung insbesondere junger Menschen, um sie zu einer Ausreise in die Kampfgebiete des IS in Syrien und im Irak zu verleiten. Nach den Erkenntnissen der Sicherheitsbehörden waren mehrere Besucher der Medina-Moschee nach Syrien ausgereist. Mit dem Vereinsverbot wurde der jihadistisch-salafistischen Szene in Kassel ein zentraler Radikalisierungsraum entzogen.

Der Verbotsverfügung waren monatelange Ermittlungen vorausgegangen, die vom Landeskriminalamt, vom Polizeipräsidium Nordhessen sowie dem Landesamt für Verfassungsschutz unterstützt worden waren.

## Entstehung/Entwicklung

**Mit dem arabischen Begriff *salafiyya* wurde erstmals im frühen 20. Jahrhundert eine islamische Reformbewegung beschrieben, die sich aus verschiedenen Erneuerungsbewegungen im Rahmen unterschiedlicher geographischer und politischer Umstände formierte und in den städtischen Zentren des Osmanischen Reichs wirkte.**

**Reaktion auf den europäischen Kolonialismus |** Als Vertreter der „klassischen" *salafiyya* gelten muslimische Intellektuelle und Gelehrte wie Jamal al-Din al-Afghani (1838 bis 1897), Muhammad Abduh (1849 bis 1905) und Rashid Rida (1865 bis 1935). Sie propagierten als Reaktion auf den europäischen Kolonialismus eine Rückbesinnung auf die islamischen Wurzeln und auf die „frommen Altvorderen" (arab. *as-salaf as-salih*), um – in ihrer Sichtweise – die muslimische Gemeinschaft aus der politischen und intellektuellen Unmündigkeit zu führen. Als Ursache für die damals bestehenden politischen Verhältnisse betrachteten Jamal al-Din al-Afghani, Muhammad Abduh und Rashid Rida die islamischen Volkstraditionen, die im Laufe der Jahrhunderte den „wahren Islam" verfälscht hätten. In der Zurückweisung dieser Traditionen und im eigenständigen Forschen in den islamischen Quellen (arab. *ijtihad*) sahen sie die Möglichkeit, Islam und Moderne in Einklang zu bringen.

**Historische Vorbilder in der islamischen Frühzeit |** Der Rückbezug auf die „frommen Altvorderen" ist bereits in der Frühzeit der sunnitischen Geistesgeschichte erkennbar. Salafistische Akteure zitieren als ideologische Vorbilder häufig vormoderne islamische Gelehrte wie Ahmad Ibn Hanbal (780 bis 855), Taqi al-Din Ahmad Ibn Taymiyya (1263 bis

1328) und dessen Schüler Ibn Qayyim al-Jawziyya (1292 bis 1350). Es gab jedoch im vormodernen Islam keine Bewegung oder Strömung, die als *salafiyya* bezeichnet wurde oder sich selbst so nannte.

Da es sich bei den „Altvorderen" nicht um eine Bewegung oder ein klar definiertes Konzept handelte, gestaltete sich dieser Rückgriff auf sie – je nach historischen, politischen, gesellschaftlichen und intellektuellen Umständen – sehr unterschiedlich und führte in der Moderne zu stark divergierenden Interpretationen und verschiedenen, teils widersprüchlichen Strömungen innerhalb des Salafismus.

**Wahhabismus als puristische Reformbewegung |** Im aktuellen allgemeinen Sprachgebrauch wird mit dem Begriff Salafismus vor allem eine puristisch ausgerichtete Reformbewegung in Verbindung gebracht, die im späten 18. Jahrhundert von Muhammad Ibn Abd al-Wahhab (1703 bis 1792) auf der arabischen Halbinsel (im heutigen Saudi-Arabien) begründet wurde. Wahhabs Ziel war es, die islamische Glaubenslehre und deren Praktiken von unerlaubten Neuerungen (arab. *bid'a*) zu reinigen. Im Zentrum der theologischen Betrachtung Muhammad Ibn Abd al-Wahhabs standen die strenge Betonung des Monotheismus (arab. *tauhid*) und damit einhergehend die Zurückweisung von Heiligenverehrung und anderen von ihm als unislamisch gebrandmarkten Verhaltensweisen.

Ibn Abd al-Wahhab praktizierte eine stark am Text orientierte Auslegung des Koran und denunzierte andere Muslime, vor allem Schiiten, als „Ungläubige". Anders als die „klassische" *salafiyya* lehnte er jegliche moderne Errungenschaften in gesellschaftlichen, politischen und intellektuellen Belangen ab und forderte, gemäß der Verhaltensregeln und Tugenden der „frommen Altvorderen" zu leben. Mit seinen gesellschaftlichen und religiösen Reformideen lieferte er dem Stammesführer Muhammad Ibn Sa'ud (1710 bis 1765) die religiöse Legitimation für dessen territoriale Expansionsbestrebungen, die später zur Gründung des Königreichs Saudi-Arabien mit wahhabitischer Staatsreligion führten.

**Salafismus in Deutschland |** In Deutschland wurden salafistische Prediger etwa seit 2002 aktiv und begannen, überregionale Missionierungsnetzwerke aufzubauen. Einige Prediger dieser ersten Generation erhielten ihre religiöse Ausbildung an Universitäten in Saudi-Arabien, was sich in ihrer Interpretation der islamischen Glaubenslehre nach wahhabitischer Lesart widerspiegelt. Dies bedeutet allerdings nicht, dass sie die Loyalität gegenüber dem saudischen Königshaus teilen, die traditionelle wahhabitische Gelehrte auszeichnet. Da es auch innerhalb des Wahhabismus heterogene Lehrmeinungen gibt, berufen sich salafistische Akteure in Deutschland auf unterschiedliche Gelehrte und vertreten daher unterschiedliche Positionen, etwa in Bezug auf die Frage, ob und unter welchen Bedingungen die Anwendung von Gewalt erlaubt ist. Anders als die Prediger

der ersten Generation hat die wachsende Anzahl der gegenwärtigen Unterstützer und Sympathisanten des Salafismus oftmals keine religiöse Ausbildung an Universitäten erhalten, sondern schöpft ihr „Wissen" aus Islamseminaren in Deutschland, Internetpredigten und privaten Lerngruppen.

## Ideologie/Ziele

**Um ihre Vorstellungen zu propagieren, greifen Salafisten auf theologische und islamrechtliche Begriffe zurück, die sie ideologisch und extremistisch auslegen. Die radikalisierungsfördernde Ideologie zielt auf eine kompromisslose Abgrenzung von westlichen Werten ab. Zur Erreichung ihrer Ziele wird Gewalt entweder nicht ausgeschlossen oder gar ausdrücklich befürwortet.**

**Strikter Monotheismus |** Zentral ist in der salafistischen Ideologie die Betonung des Monotheismus (arab. *tauhid*), den Salafisten auf Fotos gerne durch das Erheben des Zeigefingers symbolisieren. Unter *tauhid* wird im Allgemeinen die Eigenschaft Allahs als alleiniger Schöpfer und die sich daraus ergebende Konsequenz verstanden, dass allein er anbetungswürdig ist.

Nach salafistischem Verständnis hat dieses Konzept eine politische Dimension: Allah wird die alleinige Herrschafts- und Gesetzgebungskompetenz zugesprochen, was zur Ablehnung demokratischer Regierungsformen führt, da diese auf menschlicher Logik und Rationalität beruhen. Diese Auslegung ermöglicht es Salafisten, ihren muslimischen Gegnern vorzuwerfen, sie würden durch die Akzeptanz demokratischer Prinzipien gegen das *tauhid*-Prinzip verstoßen und damit vom islamischen Glauben abfallen. Vermeintliche Verstöße gegen das zentrale Glaubenskonzept ziehen jihadistische Salafisten außerdem als Legitimation dafür heran, aus ihrer Sicht unislamische Regierungen oder andere Gegner gewaltsam zu bekämpfen (arab. *jihad*).

**Forderung nach kompromissloser Einhaltung der islamischen Rechtsordnung (Scharia) |** Wegen der ausschließlich Allah zugesprochenen absoluten Gewalt über die Gesetzgebung erkennen Salafisten nur göttliches Recht als gültig an. Sie fordern daher, nur Gesetze anzuwenden, die aus dem Koran und der Sunna hervorgehen (Scharia). Obwohl es sich bei der Scharia nicht um einen kodifizierten Gesetzeskanon handelt, sondern – je nach angewandter Rechtsfindungsmethode – um teilweise sehr unterschiedliche Interpretationen der religiösen Quellen, stellen Salafisten die Scharia als die Gesamtheit der islamischen Gesetze als eindeutiges Rechtssystem dar.

Zitate aus dem Koran und Aussprüche des Propheten – losgelöst aus ihrem jeweiligen historischen und koranischen Kontext – dienen für Salafisten als Antwort auf jedes ethische, theologische, soziale und politische Alltagsproblem. Besonders die Anwendung der im Koran für bestimmte Vergehen vorgeschriebenen Körperstrafen (arab. *hadd*) stellt eine zentrale Forderung der Salafisten dar.

**Kampf gegen die „Ungläubigen“ |** Als „Kenner“ des einzig „wahren“ Weges zu Allah werfen Salafisten allen Personen, die ihrer Ideologie nicht folgen, vor, den Islam durch unerlaubte Neuerung (arab. *bid'a*) zu verfälschen. Dabei verurteilen sie das Anerkennen demokratischer Regierungsformen als „Vielgötterei“ oder „Götzendienst“ (arab. *schirk* oder *taghut*), die den Abfall vom islamischen Glauben zur Folge hätten. „Ungläubige“ (arab. *kafir*, Mehrzahl *kuffar*) sind demnach nicht nur Anhänger anderer Religionen, sondern auch nichtsalafistische Muslime. Besonders rigoros fordern Salafisten die Bekämpfung von Schiiten und Sufis (Anhänger der islamischen Mystik), da deren Theologie und Religionspraktiken eine Abweichung vom Islam seien.

**Gegen die „westliche“ Kultur |** Im Einklang mit dem Kampf gegen die „Ungläubigen“ richten sich salafistische Propagandaaktivitäten gegen „westliche“ Normen, Werte und Institutionen, die diese repräsentieren. Salafisten legitimieren diese Ablehnung durch die Berufung auf das Konzept der „Loyalität und Lossagung“ (arab. *al-wala' wal-bara'*). Auf zwischenmenschlicher Ebene besagt dieses Konzept, „Ungläubige“ zu meiden und sich nur mit Gleichgesinnten zusammenzutun, auf politischer Ebene verbietet es das Eingehen militärischer oder politischer Allianzen mit Nicht-Muslimen. Im europäischen Kontext rufen salafistische Prediger vor allem dazu auf, sich von der „ungläubigen“ Mehrheitsgesellschaft zu distanzieren oder, wie es bis zu seinem territorialen Zerfall zu beobachten war, in den sogenannten Islamischen Staat auszuwandern (arab. *hijra*).

**Antisemitismus |** Im Rahmen der Diffamierung anderer Religionen ist die Ächtung der jüdischen Religion und des Staates Israel in der salafistischen Propaganda besonders ausgeprägt. Entsprechende Äußerungen reichen von klassischen antisemitischen Stereotypen über die Leugnung des Holocaust bis hin zu Warnungen vor einer „jüdischen Weltverschwörung“. Darüber hinaus erkennen Salafisten das Existenzrecht Israels nicht an und legen den Israel-Palästina-Konflikt als Folge einer historischen Feindschaft der Juden gegen Muslime aus.

**Politischer Salafismus |** Die Mehrheit der Salafisten in Hessen versucht, ihre Forderung nach Durchsetzung der Scharia mit politischen Mitteln zu erreichen. Dafür wählen diese Aktivisten in erster Linie das Mittel der Missionierung (arab. *da'wa*), um in Form von Vorträgen, Islamseminaren, Publikationen und Internetauftritten Muslime und Nicht-Muslime von ihrer Sicht des „wahren“ Islam und der Notwendigkeit, sich aktiv für diesen einzusetzen, zu überzeugen. Prediger rufen dazu auf, die islamischen Quellen zu studieren und die individuelle Lebensführung dem Vorbild der „frommen Altvorderen“ anzupassen.

Auch wenn politische Salafisten nicht offen zur Gewaltanwendung aufrufen, ist der Jihad als legitimes Mittel des klassischen islamischen Kriegsrechts integraler Bestandteil ihrer Ideologie. Insofern unterscheiden sie sich von jihadistischen Salafisten in ihrer Beurteilung dessen,

unter welchen Umständen der Kampf gegen welchen Feind islamisch gerechtfertigt werden kann. Obgleich auch politische Salafisten demokratische Institutionen, Prozesse und Prinzipien – wie Volksherrschaft und Mehrparteiensystem – ablehnen, sind sie deutlich zurückhaltender, wenn es darum geht, deswegen andere Muslime offen des Abfalls vom Islam (arab. *takfir*) zu bezichtigen bzw. zu „Ungläubigen" zu erklären.

**Jihadistischer Salafismus |** Ausgehend von denselben religiösen Quellen schlussfolgern jihadistische Salafisten, dass die Umsetzung ihrer Bestrebung, den „wahren" Islam anzuwenden, nur mit gewaltsamen Mitteln möglich ist. Für ihre Wahl der anzuwendenden Strategie und Vorgehensweise ist entscheidend, ob der zu bekämpfende „Feind" lokal (unislamische Regierung) oder global („westlicher Imperialismus") verortet wird. Dementsprechend stehen Kampfhandlungen oder Anschläge gegen eine bestimmte („unislamische") Regierung oder gegen „westliche" Länder im Vordergrund. In beiden Fällen verläuft die islamrechtliche Legitimation für jihadistische Salafisten entlang der Argumentation, dass sich der Islam in einer permanenten Verteidigungsposition befinde, da „Ungläubige" ihn vernichten wollten. Die Pflicht, sich für den Islam in den Kampf zu begeben, fordern jihadistische Salafisten dabei entweder als individuell oder kollektiv wahrzunehmende Aufgabe der Muslime ein.

In ihrer Propaganda werben jihadistische Salafisten für den Jihad, indem sie die Vorzüge des „Märtyrertods" in Aussicht stellen. Er garantiere dem Kämpfer oder Selbstmordattentäter eine erhöhte Stellung im Paradies. Die Bereitschaft, sich für Allah und den Islam zu opfern, sei der einzige Weg, um die Gesellschaft zum Guten zu verändern und führe zu Ruhm und Anerkennung. In Propagandavideos veröffentlichen jihadistische Salafisten Bilder von „Märtyrern" und untermalen diese mit religiösen Gesängen, die den Jihad preisen (arab. *naschid*, Plural *anaschid*), wodurch potenzielle Jihadisten emotional angesprochen und in Kampfstimmung versetzt werden sollen. Dabei ist es das Ziel, entweder neue Unterstützer für unterschiedliche jihadistische Gruppierungen im syrisch-irakischen Kampfgebiet zu gewinnen oder, da dies nach dem territorialen Zerfall des IS nur noch eingeschränkt möglich ist, zu Terroranschlägen in Europa zu motivieren.

Der jihadistische Salafismus stellt daher innerhalb des internationalen islamistischen Terrorismus die größte Bedrohung für die Innere Sicherheit der Bundesrepublik Deutschland dar. Auch im Berichtsjahr ging eine besondere Gefahr von Personen aus, die aus den Jihad-Kampfgebieten Syrien und Irak nach Deutschland zurückkehrten.

## Bewertung/Ausblick

**Politischer Salafismus |** Die Aktivitäten im Bereich des politischen Salafismus im öffentlichen Raum waren rückläufig. Dies bedeutet indes nicht, dass die salafistische Missionierung rückläufig war. Sie fand vielmehr in anderen Formen statt. So war insbesondere die Propa-

ganda über das Internet und die sozialen Netzwerke nach wie vor ungebrochen. Zudem fanden die Missionierungsaktivitäten in privatem Umfeld, von der Öffentlichkeit wenig wahrnehmbar, statt. Diese veränderte Vorgehensweise dürfte als eine Folge der staatlichen und ordnungsbehördlichen Maßnahmen gegen das Auftreten der Salafisten im öffentlichen Raum anzusehen sein.

Durch das Verbot bundesweiter Strukturen wie der „LIES"-Kampagne im November 2016 regionalisierte sich die salafistische Szene tendenziell und trat in eher örtlichen Strukturen auf, wodurch ein Rückzug in von der Öffentlichkeit abgeschirmte Räume erfolgte. Die Motivation, Teil einer bundesweiten, öffentlich sichtbaren Kampagne zu sein, hat abgenommen.

Die „We-Love-Muhammad"-Kampagne, die im Frühjahr des Berichtsjahres zunächst öffentlichkeitswirksam unter anderem in Frankfurt am Main anlief, konnte nicht den Aktionsgrad der „LIES"-Kampagne erreichen. Für diese Aktionsform findet sich nicht mehr die ausreichende Anzahl von Aktivisten, einige der Protagonisten wechselten ihre Aktionsfelder und engagierten sich etwa beim IHED.

**Jihadistischer Salafismus |** Der selbsternannte Kalif der jihadistischen Terrorvereinigung IS, Abu Bakr Al-Baghdadi, verfolgte das Ziel, ein islamisches Staatswesen auf vermeintlich unverfälschten Prinzipen des sunnitischen Islams zu errichten. Al-Baghdadi versprach allen Muslimen die Wiederbelebung des Kalifats im Diesseits.

Kontrollierte der IS einst weitgehend zusammenhängende Landstriche in Syrien und im Irak, die der Fläche Großbritanniens entsprachen, konnten sich die Jihadisten unter dem enormen militärischen Druck nur in ihre Hochburgen und nach deren Fall in den Untergrund zurückziehen oder anderweitig untertauchen. Noch gravierender gestaltete sich die Realpolitik: Sämtliche Verheißungen und Prophezeiungen des IS traten entweder nicht ein oder entlarvten sich als hohle Phrasen.

Dabei ist gerade die ideologische Festigung der IS-Anhänger – und Sympathisanten jihadistischer Überzeugungen im Allgemeinen – von enormer Bedeutung und steht oftmals in direkter Abhängigkeit zu den erzielten realen Ergebnissen. Führende Jihadisten müssen sich an ihren göttlichen Verheißungen messen und ihren Worten Taten folgen lassen. Je häufiger der IS gezwungen war, die Realität angesichts der anhaltenden Gebietsverluste ideologisch zu retuschieren, desto schneller wuchsen die Zweifel der Anhänger gegenüber dem Kalifen und seinen Getreuen. In dieser Phase büßte die IS-Doktrin bereits bei zahlreichen Sympathisanten und Anhängern vor Ort und außerhalb, die sich für die utopische Errichtung eines islamischen Gemeinwesens begeistern ließen, an Glaubwürdigkeit und Überzeugungskraft ein. Mag die Propagandamaschinerie des IS in den offenen und verdeckten Bereichen der virtuellen Welt weiterhin funktionsfähig sein, ist doch die ideolo-

gische Strahlkraft des Kalifat-Projekts stark verblasst. Der IS leidet in Anbetracht dieser Entwicklungen fortan unter einem Glaubwürdigkeitsproblem und könnte versuchen, dieser Misere mit Anschlägen entgegenzuwirken, um das Bild eines schlagfertigen Machtapparates aufrechtzuerhalten.

Es ist nicht ausgeschlossen, dass das territoriale Scheitern des IS als Quasi-Staat bei vielen Getreuen in Europa und in Deutschland zu einem Dämmer- bzw. Wartezustand geführt hat. Die terroristische Bedrohungslage in Deutschland wird mit dem Zerfall des IS-Territoriums allerdings nicht geringer.

Verliert eine Gruppierung an Einfluss, können andere strukturell wiedererstarken. Das anschaulichste Beispiel hierfür liefert das jihadistisch beeinflusste Widerstandsbündnis unter der Führung der Gruppierung Hayat-Tahrir As-Sham (HTS) in Syrien. Die Gruppe war in der Vergangenheit stark al-Qaida-affin und drohte bereits im Konflikt mit dem Assad-Regime und den konkurrierenden IS-Jihadisten in der Bedeutungslosigkeit zu versinken. Inzwischen konnte sich die Gruppierung durch strategische Anpassungen in weiten Teilen regenerieren und wieder an Einfluss gewinnen.

## Muslimbruderschaft (MB)/Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)

### Definition/Kerndaten

**Die MB ist in zahlreichen Staaten der Welt, dabei in nahezu allen Ländern des Nahen Ostens, vertreten. Sie ist die einflussreichste und älteste islamistische Bewegung unter den Sunniten. Ziel der MB ist die Errichtung eines weltumspannenden Gemeinwesens als Gottesstaat auf der Grundlage von Koran und Sunna. In Deutschland ist die IGD die größte Organisation, welche die Ideologie der MB vertritt. In Anlehnung an ihre ägyptische Mutterorganisation versucht die IGD, durch soziales und religiöses Engagement sowie durch Dialogangebote Akzeptanz in der Gesellschaft zu finden. Letztlich zielen diese Versuche darauf ab, die Ideologie der MB in Deutschland gesellschaftsfähig zu machen.**

| | |
|---|---|
| Führung: | **Muhammad Badi** (Ägypten) |
| Anhänger/ Mitglieder: | In Hessen etwa **300**, bundesweit etwa **1.040** |
| Zuzurechnende Organisationen: | **Harakat al Muqawama al Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung)** in den palästinensischen Autonomiegebieten (Gazastreifen) in Israel, **al Nahda** (Tunesien), **al Ikhwan al Muslimum fi Suriya** (Muslimbruderschaft von Syrien) |



*Logo der MB*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Die Anhänger der MB in Hessen solidarisierten sich mit den unter staatlicher Repression stehenden MB-Funktionären in Ägypten. Für deutlich größere Emotionalität in der hiesigen Szene sorgte indes die Schließung der al-Aqsa Moschee in Jerusalem.**

**Die Organisationen der MB in Deutschland, insbesondere die IGD und das Europäische Institut für Humanwissenschaften in Deutschland e. V. (EIHW), versuchten durch soziales Engagement und Bildungsangebote ihre Anhängerschaft zu erweitern.**

**Entwicklungen in Ägypten |** Nach der Absetzung des den Muslimbrüdern zugehörigen ägyptischen Präsidenten Mohammed Mursi im Jahr 2013 und den sich anschließenden starken Repressionsmaßnahmen der Regierung gegen die Anhänger und Sympathisanten der Organisation schien die politische Handlungsfähigkeit der MB in Ägypten de facto nicht mehr gegeben. Seitdem setzte eine spürbare Radikalisierung der islamistischen Kräfte in Ägypten ein, die zu einer dramatischen Verschlechterung der dortigen Sicherheitslage führte. Hunderte Menschen wurden im Berichtsjahr bei Anschlägen und Kämpfen durch islamistisch-terroristische Organisationen und Splittergruppen in Ägypten getötet. Im November 2016 hob das oberste ägyptische Berufungsgericht das Todesurteil gegen den ehemaligen Präsidenten Mursi auf. Im September 2017 wurde Mursi in letzter Instanz zu einer 25-jährigen Haftstrafe wegen Spionage für Katar verurteilt.

**Reaktionen in Hessen |** Die politischen Ereignisse in Ägypten nahmen im Berichtszeitraum für Anhänger der MB in Hessen nur eine nachgeordnete Rolle ein und blieben auf der Ebene allgemeiner Solidaritätskundgebungen. Die Teilnehmerzahlen bei Kundgebungen und Mahnwachen lagen im unteren zweistelligen Bereich. Ein höherer Mobilisierungsgrad war bei dem weltweit für Muslime sensiblen Thema „Jerusalem" feststellbar. So nahmen Anhänger und Funktionäre der MB aktiv am Protest gegen die Schließung der al-Aqsa Moschee in Jerusalem am 22. Juli in Frankfurt am Main teil. Alle Veranstaltungen in

Hessen verliefen friedlich. Am 7. Dezember rief der Rat der Imame und Gelehrten e. V. (RIG) via Facebook dazu auf, die kommende Freitagspredigt unter dem Thema „Die heilige Stadt al-Quds und ihre religiöse und historische Stellung für die Muslime“ zu vereinheitlichen.

**IGD |** Um Kinder und Jugendliche bereits frühzeitig in die Strukturen der IGD einzubinden, veranstaltete der Verein im Berichtsjahr Kinder- und Jugendcamps auch in Hessen. In Modautal (Landkreis Darmstadt-Dieburg) fand vom 27. bis 29. Oktober das 11. IGD-Kindercamp für Jungen und Mädchen im Alter von 8 bis 12 Jahren statt. Das erste IGD-Mädchencamp für 13- bis 17-Jährige wurde vom 5. bis 7. Mai in Lützelbach (Odenwaldkreis) durchgeführt. Darüber hinaus trat die IGD auch als Organisatorin der überregionalen Veranstaltung „Islamleben“ auf. Unter dem Motto „Einheit in Vielfalt“ wurde diese als Familienfest beworbene Veranstaltung vom 25. bis 27. August in Kirchheim (Landkreis Hersfeld-Rotenburg) durchgeführt.

*Logo der IGD*

**RIG |** Am 12. Mai wurde das unter der Schirmherrschaft des RIG stehende Sira-Projekt vorgestellt. Mittlerweile existiert ein Facebookprofil Sira-Team Deutschland. Eine unmittelbare Zugehörigkeit zum RIG zeigt sich auch über das Logo der Organisation. Das Ziel des Projektes besteht laut eigenen Angaben darin, die Sira (Biographie des Propheten Mohammed) nicht nur narrativ wiederzugeben, „sondern eine neue Präsentierweise und eine methodische Vielfalt und eine unterstützende Darstellung durch Tafelbilder und Figuren [vorzustellen].“

*Logo des RIGD*

Zielgruppe des Sira-Projektes sind vorrangig Kinder und Jugendliche. Etwa zehn Veranstaltungen wurden im Berichtsjahr durch das Sira-Team Deutschland direkt oder in Kooperation mit dem RIG durchgeführt und fanden in Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf), Offenbach am Main, Kirchheim (Landkreis Hersfeld-Rotenburg), Rüsselsheim am Main (Kreis Groß-Gerau), Arnsberg (Nordrhein-Westfalen), Freiburg (Baden-Württemberg) und Berlin statt.

*Logo des Sira-Projekts*

**EIHW |** Am 30. Januar veranstaltete das EIHW eine Abschlussfeier für den 1. Islamischen Studiengang mit 25 Absolven-

ten in Frankfurt am Main. Unter den ca. 100 Gästen befanden sich zahlreiche MB-/IGD-Funktionäre, unter anderem der Vorsitzende der IGD und der Leiter der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG), Landesverband Hessen. Das EIHW intensivierte im Jahr 2017 seine Öffentlichkeitsarbeit. Nach der Neugestaltung der Webseite, welche nun auch in deutscher Sprache zur Verfügung steht, fand am 27. Juli und am 16. September ein Tag der offenen Tür bzw. Studieninformationstag statt. Außerdem baute das EIHW im Berichtsjahr seine Beziehungen ins Ausland aus. So nahm das EIHW vom 8. bis 12. April an einer Universitätsveranstaltung in Dohar (Katar) teil. Zudem bot das EIHW gemeinsam mit dem kuwaitischen Awqaf-Ministerium (Ministerium für religiöse Stiftungen und Islamische Angelegenheiten) einen dreimonatigen Intensivkurs für Arabisch-Studenten vom 3. Oktober 2017 bis 3. Januar 2018 in Kuweit an, wobei die hochwertige Unterkunft, Verpflegung etc. gestellt wurden. Eine Neuauflage dieses Angebotes ist bereits für Februar 2018 angekündigt.

*Logo des EIHW*

## Entstehung/Geschichte

**Staat im Staat |** In einer Phase des sozialen Umbruchs in Ägypten, in der sich ein neuer Mittelstand herausbildete, gründete 1928 der Volksschullehrer Hasan al-Banna (1906 bis 1949) die MB als Reaktion auf die zunehmende Europäisierung des Landes. Als Wohlfahrtsorganisation islamischer Prägung, die unter anderem Krankenhäuser und Schulen unterhielt, entwickelte sich die streng hierarchisch aufgebaute MB zunehmend zum Staat im Staat.

Unter der Führung al-Bannas verfolgte die MB nach und nach im Wesentlichen folgende Ziele: Die Eliminierung des britischen Einflusses in Ägypten, die Islamisierung von Staat und Gesellschaft sowie die Errichtung eines weltweiten Kalifats. Vor allem mit ihrer karitativen Arbeit gewannen die MB und ihre in anderen Ländern gegründeten Ableger immer mehr Anhänger.

**Vom Verbot zur Regierung |** In den 1940er und 1950er Jahren waren die Beziehungen zwischen der MB und dem ägyptischen Staat von gewalttätigen Auseinandersetzungen geprägt. 1948 wurde der ägyptische Ministerpräsident Mahmud Fahmî an-Nuqrâshî (geb. 1888) ermordet, 1949 fiel Hasan al-Banna einem Attentat zum Opfer. 1954 verbot die Regierung die MB; ihr maßgeblicher Ideologe, Sayyid Qutb (geb. 1906), wurde 1966 zum Tode verurteilt und hingerichtet.

Ungeachtet der Generalamnestie für führende MB-Funktionäre im Jahr 1971 dauerten die Gewalttaten militanter islamistischer Gruppen, die ihre Aktionen unter Berufung auf die Schriften Sayyid Qutbs rechtfertigten, an. Eine militante Abspaltung der MB ermordete 1981 den ägyptischen Präsidenten Anwar as-Sadat (geb. 1918). Sein Nachfolger Husni Mubarak

gewährte der MB den Status als religiöse Bewegung, nicht aber den einer politischen Partei. Als Konsequenz entsandte die MB vermeintlich unabhängige Bewerber und Kandidaten auf Wahllisten anderer Parteien in die Parlamentswahlen. Bei den Wahlen im Jahr 2005 vervierfachte die MB die Zahl ihrer Abgeordneten auf 88 und errang damit etwa ein Fünftel der Sitze im ägyptischen Parlament. Nach dem von Massenprotesten der Opposition erzwungenen Rücktritt Mubaraks 2011 erlangten die MB und andere Islamisten bei den Wahlen etwa 70 Prozent der Abgeordnetenmandate.

Als politischer Arm der MB gründete sich im Februar 2011 die Hizb al-Hurriya wal-Adala (Partei der Freiheit und Gerechtigkeit). Ihr Vorsitzender Mohammed Mursi, zugleich ein führender MB-Funktionär, wurde 2012 zum ägyptischen Staatspräsidenten gewählt. Aufgrund der angespannten Wirtschaftslage und anhaltender Proteste gegen die Partei der Freiheit und Gerechtigkeit setzte das ägyptische Militär Mohammed Mursi im Juli 2013 ab. Im September 2013 verbot ein ägyptisches Gericht die MB nebst allen ihr zugehörigen Organisationen. Seit dem Dezember 2013 ist die MB in Ägypten als Terrororganisation eingestuft.

**Die MB in Deutschland |** 1960 gründete Said Ramadan (1926 bis 1995), ein Schwiegersohn al-Bannas und hoher MB-Funktionär, in München (Bayern) die Moscheebau-Kommission e. V. Zusammen mit Sayyid Qutb hatte er in den 1950er Jahren Ägypten verlassen und Ableger der MB in Jordanien, Syrien, Saudi-Arabien und im Libanon ins Leben gerufen. Durch Umbenennungen gingen aus der Moscheebau-Kommission e. V. im Jahr 1962 die Islamische Gemeinschaft in Süddeutschland e. V. und 1982 die IGD hervor.

## Ideologie/Ziele

**Durchsetzung der Scharia |** Der ideologische Ursprung der MB geht auf ihren Gründer Hasan al-Banna zurück. Zentrale Elemente der MB-Ideologie sind bis heute im Selbstverständnis zahlreicher islamistischer und islamistisch-terroristischer Organisationen präsent. Wesentlicher Bestandteil der MB-Ideologie ist die Durchsetzung der Scharia als Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie als wichtigste Grundlage des politischen und sozialen Lebens.

**„Der Koran ist unsere Verfassung" |** Das Motto der MB lautet: „Allah ist unser Ziel. Der Prophet ist unser Führer. Der Koran ist unsere Verfassung. Der Jihad ist unser Weg. Der Tod für Allah ist unser nobelster Wunsch". Ebenso wie sein Vorgänger Muhammad Mahdi Akif gehört Muhammad Badi, der „oberste Führer" (arab. *murshid amm*) der MB, dem konservativen Lager der Organisation an. Er fordert von der arabischen Welt, die Verhandlungen mit Israel einzustellen und durch den „heiligen Jihad" zu ersetzen.

## Strukturen

**Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE) |** In Europa wird die streng hierarchisch organisierte MB durch die FIOE, einen europäischen

Dachverband MB-naher Organisationen mit Sitz in Brüssel (Belgien) vertreten. Eigenen Angaben zufolge vereinigt die FIOE Organisationen aus 28 Staaten, darunter viele nationale Dachverbände.

**Strukturen der IGD |** In Deutschland ist die IGD mit Hauptsitz in Köln (Nordrhein-Westfalen) die mitgliederstärkste Organisation von MB-Anhängern. Sie repräsentiert den ägyptischen Zweig der MB und ist seit ihrer Gründung Mitglied der FIOE. Der IGD sind bundesweit verschiedene Moscheegemeinden und sogenannte Islamische Zentren zuzuordnen, die formal von ihr unabhängig sind. In Hessen befanden sich solche Zentren in Frankfurt am Main und Marburg (Landkreis Marburg-Biedenkopf).

**RIG in Frankfurt am Main |** Ähnlich wie der European Coucil for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung) unter dem Vorsitz des MB-Ideologen Yusuf al-Qaradawi auf europäischer Ebene erhebt der RIG für Deutschland den Anspruch, als wissenschaftliche Autorität in Fragen der Koranauslegung für hier lebende Muslime zu fungieren. Der RIG, der seit 2004 mit Sitz in Frankfurt am Main besteht, ist sowohl organisatorisch als auch ideologisch der IGD nahe.

**EIHW als Kaderschmiede für MB und IGD Funktionäre |** 2012 wurde das EIHW mit Sitz in Frankfurt am Main nach dem Vorbild der Europäischen Institute für Humanwissenschaften in Großbritannien (European Institute of Human Sciences, EIHS) und in Frankreich (Institut Européen des Sciences Humaines, IESH) als Verein gegründet. 2013 nahm das EIHW seinen Lehrbetrieb auf. Der Verein wird durch den RIG und die IGD unterstützt. Als Schulungsstätte dient das EIHW der Verbreitung der MB-Ideologie und ist eine Kaderschmiede für MB- und IGD-Funktionäre.

## Bewertung/Ausblick

Die Unterwanderungsstrategie der MB in Hessen verläuft unauffällig, da ihre Akteure nicht unter dem Namen der Bruderschaft auftreten. Nichtsdestotrotz bauen die in Hessen etablierten MB-Strukturen nicht nur über die Neugründung von Vereinen, Gruppierungen oder Facebook-Gruppen ihr Netzwerk fortlaufend aus, sondern auch durch Mitwirkung in kommunalen und gesellschaftlichen Gremien.

Mit einer legalistischen Strategie, das heißt ohne das Recht zu verletzen, versuchen die MB und die ihr nahestehenden Organisationen, ihrer Ideologie zur Akzeptanz in Teilen der Gesellschaft zu verhelfen. Dazu verhalten sie sich nach außen offen, tolerant und dialogbereit und streben eine Zusammenarbeit mit politischen Institutionen und Entscheidungsträgern an, um so Einfluss im öffentlichen Leben zu gewinnen. Diese legalistische Strategie wird von der Organisation deutschlandweit und auch auf europäischer Ebene angewandt. Extremistische Aussagen und Inhalte werden öffentlich bewusst vermieden.

Unter dem Deckmantel der Kinder- und Jugendarbeit, der karitativen Flüchtlingshilfe und von Benefizveranstaltun-

gen für Waisen- und Entwicklungshilfeprojekte soll mittelbar ein Heranführen an die MB-Ideologie erfolgen.

In Bezug auf die MB-nahen Vereine in Hessen ist davon auszugehen, dass sie ihre Angebote, insbesondere im Bereich der Kinder- und Jugendarbeit, weiter ausbauen werden. Dem neu gegründeten Sira-Team Deutschland kommt in diesem Zusammenhang auch außerhalb Hessens Bedeutung zu.

Die Kontakte des EIHW nach Katar bzw. die Kooperation mit Kuweit lassen auf eine zunehmende staatliche Einflussnahme dieser Länder schließen. Das Sponsoring der dreimonatigen Intensivkurse durch das kuwaitische Awqaf-Ministerium kann hierfür als Indiz gewertet werden.

Ereignisse wie die Schließung der al-Aqsa Moschee oder auch die Diskussion um den Status von Jerusalem aufgrund der Verlegung der US-Botschaft im Dezember des Berichtsjahres sind immer wieder Anlässe, die zu einer Emotionalisierung der Anhängerschaft der MB auch in Hessen führen.

## Millî-Görüş-Bewegung

### Definition/Kerndaten

**Unter der Bezeichnung Millî-Görüş-Bewegung fasst das LfV bestimmte islamistische Bestrebungen türkischen Ursprungs zusammen. Ihr verbindendes Element liegt in der grundlegenden Orientierung an der Ideologie der türkischen Bewegung Millî Görüş (nationale Sicht). Diese beruht auf den Ideen zur „Errichtung einer Großtürkei" des Gründers der Bewegung, Neçmettın Erbakan (1926 bis 2011). Zur Millî-Görüş-Bewegung (etwa 1.450 Anhänger in Hessen, bundesweit etwa 10.000) gehörten**

- **der Landesverband Hessen der Saadet Partisi (SP, Partei der Glückseligkeit),**
- **die Ismail Aĝa Cemaati (IAC),**
- **Teile der Islamischen Gemeinschaft Millî Görüş e. V. (IGMG),**
- **die Erbakan Vakfi Hessen (Erbakan-Stiftung) und**
- **die Millî Gazete (Nationale Zeitung), Tageszeitung der Millî-Görüş-Bewegung.**

### Ereignisse/Entwicklungen

**Der SP-Landesverband Hessen führte – wie in der Vergangenheit – wieder zahlreiche Veranstaltungen durch und war in der Betreuung seiner Mitglieder aktiv. Durch ihr zielgerichtetes und weitreichendes Veranstaltungsangebot gelang es der SP in Hessen, ihren Nachwuchs an die Organisation zu binden und deren**

**Einbindung in das vorhandene Gemeinschaftsgefüge zu stärken. Dabei zeigten Gastauftritte türkischer SP-Funktionäre, wie sehr die türkische Mutterpartei SP-Strukturen im Ausland unterstützte. Die IAC war in Hessen unverändert aktiv, jedoch ohne Aussicht auf eine baldige Rückkehr ihres im Jahr 2015 aus Deutschland ausgewiesenen Oberhaupts, das sich in der Türkei aufhielt.**

**Keine SP-Ortsvereine gegründet |** Nachdem sich der Landesverband der SP in Hessen 2016 als Verein unter der Bezeichnung Saadet Deutschland Regionalverein Hessen mit Sitz in Frankfurt am Main in das Vereinsregister hatte eintragen lassen, wurden keine Ortsvereine gegründet. Ebenso wenig wurden offiziell Jugend- und Frauenvereine ins Leben gerufen, obwohl Hinweise in sozialen Netzwerken darauf hindeuteten, dass – zumindest im Jugendbereich – interne Strukturen dieser Art bereits bestanden.

**Gedenkveranstaltung für Neçmettın Erbakan |** Wie in den Vorjahren führte die SP Hessen im Februar eine Gedenkveranstaltung für den verstorbenen Begründer der Millî-Görüş-Ideologie, Neçmettın Erbakan, durch. Unter den mehreren hundert Gästen der Veranstaltung, die in Großkrotzenburg (Main-Kinzig-Kreis) stattfand, befanden sich neben Funktionären der SP Hessen auch der stellvertretende Vorsitzende der SP in der Türkei. Dieser referierte zum Thema „Erbakan gedenken und verstehen". Darüber hinaus wurden Filme über Erbakan gezeigt.

**Jugendaktivitäten der SP Hessen |** Primäres Ziel der Aktivitäten der SP war die Anbindung ihres Mitgliedernachwuchses an die Organisation. Entsprechend fanden auch auf hessischer Ebene viele Veranstaltungen zur Förderung und Einbindung der Jugendlichen in die interne Arbeit statt. So besuchten in regelmäßigen Abständen SP-Vertreter die Jugendlichen zuhause, um in gemeinsamen Gruppengesprächen die Wertvorstellungen der Millî Görüş zu vermitteln. Darüber hinaus organisierte die SP Hessen im Oktober eine Schulungsveranstaltung mit Jugendlichen unter Leitung des Jugendvorsitzenden der SP Europa in Offenbach am Main. Dieser stellte den Jugendlichen das Leben und Wirken Erbakans vor und erläuterte die Lehren und Grundprinzipien der Millî-Görüş-Bewegung. Bei Millî Görüş handele es sich um „eine Dava" (Missionierung) und den „Weg derjenigen, die ohne Angst vor der Kritik der Kritiker im Namen des Rechts marschieren!" Ein Angehöriger von Millî Görüş sei ein „Mujahideen Moslem, der an die Weltsicht glaubt, die den richtigen Weg bevorzugt, der alle seine Kräfte mobilisiert, um die gerechte Ordnung zu gründen und um die ganze Menschheit zu befreien."

In diesem Zusammenhang hob der Jugendvorsitzende die Einzigartigkeit der Millî-Görüş-Anhänger hervor, die sich der „großen Mission" und Leidenschaft der „gerechten Ordnung" der Millî Görüş stellten und ihre Kraft aus der Gläubigkeit der Jugend zögen. Beispielhaft wurde ein Zitat Erbakans aufgeführt:

*„Die eigentliche Macht einer Nation sind nicht ihre Kanonen, Gewehre oder Panzer sondern ihre gläubige Jugend."*

Bei Ratsversammlungen in einer Moschee in Frankfurt am Main, zu denen sich die Vorstandsmitglieder der SP Hessen trafen, war unter anderem Thema, wie sich die Jugendvertretungen entwickelten. Besondere Gäste waren unter anderem die Frauenvorsitzende der SP Europa und der Vorsitzende der SP Hessen. Während dieser Veranstaltungen warb die SP Hessen für die türkischsprachige Tageszeitung Millî Gazete.

**IAC – aus der Türkei übertragene Predigten |** Nach der Ausweisung des selbsternannten Oberhaupts der europäischen IAC-Gemeinde, Nusret Çayir, im Oktober 2015, hielt sich dieser weiterhin in der Türkei auf. Seine Predigten, die sich immer wieder auch an den Lehren Erbakans orientierten, wurden weiterhin in einer Moschee im Raum Frankfurt am Main per Live-Schaltung aus der Türkei vor Publikum übertragen. Nach wie vor besuchten mehrere hundert Personen, die auch aus anderen Bundesländern und dem näheren europäischen Ausland kamen, einmal im Monat diese Veranstaltungen. Çayirs Predigten waren von antidemokratischen sowie antisemitischen Elementen geprägt und propagierten die Einführung eines weltweiten Gottesstaats.

Insgesamt war die IAC geprägt durch Verehrung, Huldigung und absoluten Gehorsam gegenüber ihren Führungsfiguren und ihrem in der Türkei lebenden spirituellen Oberhaupt Scheich Mahmud Ustaosmanoğlu.

## Entstehung/Geschichte

**1969 gründete Necmettın Erbakan (1926 bis 2011) in der Türkei die Millî-Görüş-Bewegung und stellte sich damit gegen die vom Gründer der modernen Republik Türkei, Mustafa Kemal Atatürk (1881 bis 1938), eingeführte Trennung von Staat und Religion. Auf diese Weise wollte Erbakan die Säkularisierung des Landes rückgängig machen und das politische, wirtschaftliche und kulturelle Leben erneut islamisieren.**

**Millî-Görüş-Bewegung in der Türkei |** 1970 wurde als politische Vertretung der Millî-Görüş-Bewegung die Millî Nizam Partisi (MNP, Nationale Ordnungspartei) gegründet. 1973 verfasste Erbakan das für die Ideologie der Bewegung noch immer wegweisende Buch „Millî Görüş". Über Parteiverbote und Parteineugründungen sowie ein zweimal verhängtes Politikverbot für Erbakan führte der Weg der Millî-Görüş-Bewegung in der Türkei bis zur 2001 gegründeten und noch heute existenten SP. Erbakan war in der Türkei mehrere Male stellvertretender Ministerpräsident und bekleidete 1996/97 das Amt des Ministerpräsidenten.

**Millî-Görüş-Bewegung in Deutschland |** 1976 entstand in Köln (Nordrhein-Westfalen) als Ableger der Millî-Görüş-Bewegung die Türkische Union Europa e. V. Sie benannte sich 1982 in Islamische Union Europa e. V. (IUE) um. 1984 kam es innerhalb der IUE zu Auseinandersetzungen über die politische Ausrichtung des Vereins. Als Folge gründete sich 1985 in Köln die Avrupa Millî Görüş Teşkilatları (AMGT, Vereinigung

der neuen Weltsicht in Europa e. V.) als Nachfolgeorganisation der mittlerweile bedeutungslos gewordenen IUE.

Aus der AMGT gingen 1995 die Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG) und die IGMG hervor. Organisatorisch waren beide in einen wirtschaftlichen und einen ideellen Bereich getrennt. Aufgabe der EMUG ist die umfangreiche Grundstücksverwaltung und Betreuung der AMGT- und IGMG-Vereine. Die IGMG ist auf die religiösen Belange ihrer Mitgliedsvereine ausgerichtet. Viele Moscheevereine änderten in der Folge den Namenszusatz AMGT in IGMG. Die Zugehörigkeit zur Millî-Görüş-Bewegung blieb jedoch erhalten und zeigte sich oftmals auch in personellen Überschneidungen von AMGT und IGMG.

**SP als Repräsentantin der Millî Görüş Bewegung |** Auf politischer Ebene vertritt die von Necmettın Erbakan gegründete SP die Millî-Görüş-Bewegung in der Türkei. Die SP ging aus der verbotenen Fazilet Partisi (FP, Tugendpartei) Erbakans hervor, aus der damals auch die jetzige türkische Regierungspartei Adalet ve Kalkınma Partisi (AKP, Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung) entstand. Der Einfluss der SP auf die politische Willensbildung im Land ist aufgrund ihres geringen Wählerpotenzials kaum wahrnehmbar. Obwohl sich die AKP mit der Zeit von der ursprünglichen Ideologie der Millî-Görüş-Bewegung distanzierte, verbindet sie mit der SP dieselben konservativen Wurzeln.

**Rolle der IAC in der Türkei |** Die IAC ist der Bruderschaft der Naqshbandiya zuzuordnen, die im 14. Jahrhundert in Zentralasien entstand. Ihr Gründer, Baha' ad-Dîn Naqshbandî (1318 bis 1389) aus Buchara (heutiges Usbekistan), steht in einer Reihe sogenannter Meister in Zentralasien, die mystische Gemeinschaften gründeten. Die sunnitische Naqshbandiya entwickelte sich in den folgenden Jahrhunderten zur bedeutendsten Bruderschaft und ist heute weltweit verbreitet. Ihr Handeln beruht auf einer religiös geprägten Lebensführung, wobei eine enge emotionale Bindung zwischen Schüler und Meister besteht. Unter anderem durch spezielle Meditationstechniken sucht der Schüler die unmittelbare mystische Gotteserfahrung. So versucht der Schüler durch schweigendes Denken an Allah (arab. *dhikr*) diesem so nahe wie möglich zu kommen.

Obwohl 1925 durch Atatürk verboten, spielte die Naqshbandiya-Bruderschaft im religiösen Leben in der Türkei eine bedeutende Rolle. Necmettın Erbakan und das in der Türkei lebende spirituelle Oberhaupt der Bruderschaft, Scheich Mahmud Ustaosmanoğlu, pflegten engen Kontakt zu dem einflussreichen türkisch-sunnitischen Naqshbandiya-Scheich Mehmet Zaid Kotku (1897 bis 1980) und wurden durch ihn geprägt. Kotku war eine der führenden Personen des Naqshbandiya-Ordens.

## Ideologie/Ziele

Gemäß Erbakans Grundsätzen gibt es in der Welt eine gerechte (türk. *adil düzen*) und eine nichtige Ordnung (türk. *batıl*

*düzen*). Ziel müsse es sein, die schlechte, tyrannische, auf menschlicher Willkür sich gründende und daher vergängliche Ordnung durch die gute, von Allah vorgegebene und angeblich auf Wahrheit fußende Ordnung zu überwinden. Dies sei allein durch die Millî Görüş zu erreichen, welche die Verwirklichung dieser Gedanken in der Türkei propagiert, wo eine islamische Staats- und Gesellschaftsordnung nach den Grundlagen von Koran und Sunna geschaffen werden soll. Die Millî-Görüş-Bewegung verbindet in ihrer Gesamtheit einen universalen türkisch-nationalistischen mit einem islamistischen Ansatz.

## Strukturen

**SP |** Seit einigen Jahren entstehen deutschlandweit Ableger der SP, die Anhänger und Wählerpotenzial in Deutschland aktivieren, um die Politik der Mutterpartei in der Türkei zu unterstützen. Dabei vertraten die SP-Strukturen in Deutschland die politische Ausrichtung der Ideologie Necmettın Erbakans innerhalb der Millî-Görüş-Bewegung.

Logo der SP-Hessen

**IAC |** Feste Vereinsstrukturen der IAC gab es in Hessen nicht, sie war lediglich im Rahmen regelmäßig stattfindender Veranstaltungen aktiv.



Logo der IAC

**IGMG |** Die IGMG als weltweit verbreitete Organisation verfügte über 520 Moscheevereine in 34 Regionalverbänden. Die IGMG war nicht in der Gesamtheit ihrer Mitglieder der islamistischen Millî-Görüş-Bewegung zuzurechnen. Teile der IGMG befanden sich in einem Prozess des Abwendens von der extremistischen Ideologie Erbakans. Es lagen jedoch tatsächliche Anhaltspunkte vor, dass einige IGMG-Ortsvereine weiterhin der Millî-Görüş-Ideologie Erbakans folgten und bestrebt waren, dessen Ziele perspektivisch umzusetzen. Neben einigen Ortsvereinen gehörten in Hessen der IGMG-Landesverband, der Frauen- und Jugendverband sowie die studentische Vereinigung Unikat e. V. zur Millî-Görüş-Bewegung.

**Millî Gazete |** Die türkische Tageszeitung Millî Gazete, deren Zentrale für die Europaausgabe sich in Frankfurt am Main befindet, informierte in der Vergangenheit vorrangig über die IGMG, berichtet mittlerweile aber auch über die Aktivitäten der SP im In- und Ausland. In ihrem Selbstverständnis sieht sich die Millî Gazete als einzige und unveränderliche Vertreterin der Millî-Görüş-Ideologie unter den Printmedien. In ihrem Namen führt die Millî Gazete – in deutscher Übersetzung – den Zusatz „die gerechte Ordnung wird kommen". Immer wieder

hebt die Zeitung in ihren Artikeln Necmettın Erbakan als Retter der Welt hervor und rühmt dessen Ideologie der Errichtung einer neuen Welt, in welcher der Islam wiederbelebt wird und über allen anderen Ordnungen steht. Damit bildet die Millî Gazete ein wichtiges Bindeglied zwischen den einzelnen Strukturen der Millî-Görüş-Bewegung.



*Logo der Millî Gazete*

**Erbakan Vakfı (Erbakan Stiftung) |** Die im Jahr 2013 vom Sohn Necmettın Erbakans, Fatih Erbakan, in der Türkei gegründete Stiftung beansprucht, Erbakans Ideologie zu vertreten und die Erinnerung an ihn aufrechtzuerhalten. In Hessen trat sie bisher kaum in Erscheinung.



*Logo der Erbakan Stiftung*

## Bewertung/Ausblick

Die SP etablierte sich in Hessen inzwischen als feste Größe innerhalb der Millî-Görüş-Bewegung. Sie ist nicht nur Auffangbecken für bisherige IGMG-Mitglieder, denen die sich in Teilen vollziehende Abwendung vom Gründer Erbakan missfällt, sondern auch ein neues Angebot für sich interessierende junge Menschen muslimischen Glaubens. Während sich die IGMG in Teilen der AKP annähert und sich damit von der originären Mutterpartei SP distanziert, blieben die hessischen SP-Verbände dem Gründer und der Mutterpartei treu ergeben. Der Namensbezug zur SP in der Türkei zeigte dies deutlich.

Dass mit der SP in Hessen ein neues, jugendaffines Angebot im Entstehen ist, fordert nicht nur die Sicherheitsbehörden, sondern insbesondere auch Kommunen und Gesellschaft heraus. Die hessische SP wird, der legalistischen Strategie folgend, versuchen, verstärkt in gesellschaftliche und kommunale Mitsprache und Dialogangebote zu gelangen. Ziel ihrer sozialen Arbeit ist es aber, Kindern und Jugendlichen eine extremistische Weltsicht zu vermitteln. Im Interesse der Kinder und Jugendlichen sollte sich die abwehrbereite Demokratie hier deutlich zu Wehr setzen. Integrationspolitik in Gesellschaft und Kommunen sollte den jungen Menschen eine Alternative in anderen muslimischen Vereinigungen aufzeigen.

Bei der IAC in Hessen hat sich gezeigt, dass die Strukturen mittelfristig Bestand haben werden, obwohl der zentrale Prediger seit seiner Ausweisung in Hessen nicht mehr selbst anwesend ist, sondern nur noch über einen Internet-Live-Stream zu hören und zu sehen ist. Diese virtuellen Vorführungen verzeichnen jedoch ein gleichbleibend hohes Besucheraufkommen.

Bei dem eher geschlossenen Besucherkreis der IAC gehören Neuzugänge nicht zum Alltag. Es ist eine Parallelwelt, die unter sich bleiben will. Die freiheitliche demokratische Grundordnung kann Parallelwelten, in denen der Gottesstaat und der Antisemitismus gelebt werden, nicht dulden. Die IAC unterscheidet sich in ihrem Gefahrenpotenzial dadurch von der SP, dass sie keine offensive Kinder- und Jugendwerbung betreibt. Die Gefahr der Ausbreitung auf Kinder und Jugendliche ist geringer.

## Türkische Hizbullah (TH)

### Definition/Kerndaten

**Nachdem Angehörige der TH in den 1990er Jahren zahlreiche Morde und andere Gewalttaten begangen hatten, zerschlug der türkische Staat die Terrorgruppe 1999/2000. Dabei wurde der TH-Anführer Hüseyin Velioğlu in einem Feuergefecht mit der Polizei getötet. Durch Flucht nach Westeuropa (unter anderem nach Deutschland, Österreich, Italien und in die Schweiz) entzogen sich TH-Aktivisten den staatlichen Maßnahmen in der Türkei. Einzelne Führungsaktivisten sollen sich in den Iran abgesetzt haben. TH-Angehörige nutzen Deutschland seitdem als Rückzugsraum, um sich personell und logistisch zu reorganisieren. Die Aktivisten sammeln hier vor allem Spenden und vertreiben Publikationen. Die letzte bekannt gewordene Gewalttat der TH in der Türkei, bei der sechs Polizisten getötet wurden, ereignete sich 2001. Nicht zu verwechseln ist die sunnitische TH mit der schiitisch orientierten Hizb Allah (Partei Gottes) im Libanon.**

| | |
|---|---|
| Anhänger/ Mitglieder: | In Hessen etwa **120**, bundesweit etwa **400** |
| Medien (Auswahl): | **Doğru Haber** (Wahre Nachricht), **İnzar** (Warnung) und das Kindermagazin **Çocuk** (Kind) |



*Logo der TH*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Für die hessischen TH-Vereine war die am 16. April ausgerichtete jährliche Europaveranstaltung der TH, die zum zweiten Mal in Folge in Hofheim am Taunus (Main-Taunus-Kreis) mit mehreren hundert Teilnehmern aus dem In- und Ausland stattfand, das bedeutendste Ereignis. Die Kinder- und Jugendarbeit wurde in den hessischen TH-Vereinen wie in den vergangenen Jahren erfolgreich vorangetrieben. Daneben wurden auch in diesem Jahr aufwändige Wohltätigkeitsveranstaltungen für TH-nahe Organisationen durchgeführt.**

**Schwerpunkt Wiesbaden |** Die Wiesbadener TH-Moschee blieb wie in den vergangenen Jahren ein wichtiger Stützpunkt der TH und baute ihre überregionale Bedeutung offenbar aus. Der Moscheeverein trug im Wesentlichen die Organisation und Gestaltung der Europa-Veranstaltung der TH am 16. April. Dass er dies nun zum zweiten Mal in Folge übernommen hat, unterstreicht die Bedeutungszunahme.

Bei der Europa-Veranstaltung handelt es sich um die jährlich stattfindende zentrale Feier der TH anlässlich der Geburt des Propheten Mohammed (sogenannte Kutlu Doğum-Veranstaltungen, übersetzt „Heilige Geburt"). Die auch in diesem Jahr wieder hochkarätig besetzte Großveranstaltung fand mit prominenten Rednern aus dem TH-Spektrum und Hunderten von TH-nahen Teilnehmern aus Frankreich, der Schweiz, Österreich, den Niederlanden, Belgien und Großbritannien statt.

Die Wiesbadener TH-Moschee kann insgesamt als eine gutbesuchte Moschee eingestuft werden. Die Moschee ist dabei in ihrem Stadtteil fest verankert, weist eine stabile und langjährige Basis von TH-Anhängern auf und hat in den letzten Jahren signifikant an weiteren Moscheebesuchern hinzugewonnen.

## Entstehung/Geschichte

**Islamistischer Gegenentwurf zur Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans) |** Im Raum Diyarbakır, der Hochburg der PKK, entstand in der Stadt Batman im Südosten der Türkei die TH, als sich in den 1980er Jahren muslimische Kurden zu einer Organisation zusammenschlossen. Als islamistischer Gegenentwurf zur PKK kämpfte die TH zwischen Ende der 1980er und Mitte der 1990er Jahre gewaltsam sowohl gegen die damals säkular-linksextremistisch ausgerichtete kurdische Terrororganisation als auch gegen den türkischen Staat. Dabei folterten und töteten TH-Angehörige mehrere hundert Menschen. Intern bekämpften sich zwei miteinander verfeindete Lager der TH mit Gewalt, wobei die mit der ägyptischen MB sympathisierende Ilim-Gruppe schließlich die Oberhand behielt. Insgesamt werden der TH eine Vielzahl von Morden – unter anderem an liberalen türkischen Journalisten, Staatsvertretern und „Verrätern" aus den eigenen Reihen – sowie Folterungen zur Last gelegt.

**Aktivisten im Untergrund |** Im Verlauf umfassender Exekutivmaßnahmen des türkischen Staats gegen die TH wurde im Jahr 2000 in Istanbul der TH-Führer

Hüseyin Velioğlu getötet. Funktionäre wurden festgenommen und seitdem mehrere tausend TH-Angehörige verhaftet. 2011 wurden in der Türkei aufgrund einer Gesetzesänderung zahlreiche TH-Funktionäre unter gerichtlichen Meldeauflagen aus der Haft entlassen. Der größte Teil ist seitdem untergetaucht. Ihren militärischen Flügel baute die TH mittlerweile neu auf, sie bildete neue Kämpfer aus und beschaffte sich erneut Waffen und Sprengstoff.

## Ideologie/Ziele

**Schaffung eines islamischen Gottesstaats |** Ziel der TH ist es, in der Türkei einen islamischen Gottesstaat zu errichten und diesen auf die gesamte Welt auszudehnen. Die „westliche" Welt, insbesondere die USA und der Staat Israel, zählen zu den Feindbildern der TH. Die Anwendung von Gewalt hält die TH grundsätzlich für gerechtfertigt. In der im Jahr 2004 veröffentlichten Schrift „Die Hizbullah in eigenen Worten" (türk. *Kendi Dilinden Hizbullah*) beschreibt die TH ihre Ziele wie folgt:

*„Tausendfacher Dank an Gott, der uns die Hizbullah-Gemeinde und die Zugehörigkeit zu dieser Gemeinde geschenkt hat, die sich auf das Kampffeld begeben hat, um die Herrschaft des Islam überall zu verbreiten. […] Mit dem Wunsch eine vereinte islamische Umma zu gründen, in der […] die göttliche Gerechtigkeit herrscht und die Hadd-Strafen gelten, haben wir das Kämpfen für diesen Glauben und dieses Ziel als unser islamisches Bekenntnis und als eine Notwendigkeit des Islam nach dem Verständnis des Propheten betrachtet. Für solch eine heilige Mission zu kämpfen, Schmerz und Folter zu erdulden und sogar als Märtyrer zu sterben, haben wir als eine Ehre empfunden. Auch in der Zukunft werden wir dieser heiligen Mission und diesen Werten verbunden bleiben und es als Ehre und Würde empfinden, dafür zu kämpfen".*

**Strategiewechsel seit 2000 |** Neue Gewalttaten macht die TH von dem „Erfolg" ihres Strategiewechsels abhängig: In der Türkei will sie sich als einflussreiche gesellschaftliche Organisation etablieren und sich hierdurch steigende politische Unterstützung sichern. Hierfür intensiviert sie – ähnlich wie die HAMAS im Nahen Osten – ihre Anstrengungen unter anderem im sozialen Bereich und verzichtet in ihrer Außendarstellung auf Gewalt. Mit Spendenkampagnen im Rahmen von Notsituationen versuchte die TH Einfluss zu gewinnen.

**Antisemitische und antiwestliche Propaganda in TH Publikationen |** Die ideologischen Leitlinien der TH, insbesondere antisemitische und antidemokratische Äußerungen, finden regelmäßig Eingang in Magazine, die der TH nahe stehen oder dieser zuzurechnen sind. So ist zum Beispiel in der Zeitschrift Doğru Haber zu lesen:

*„Sie [i. e. die Götzendiener] beschimpften uns mit den Worten wie Demokratie, Laizismus, Freiheit und Menschenrechte. […] Sie wollten den Juden dienen sonst gar nichts! Komm, Scharia, komm und zerschlage alle diese falschen Götter!"*

### Strukturen

Strukturen der TH bestanden außerhalb der Türkei in Deutschland, Österreich, der Schweiz, Italien, Belgien, den Niederlanden und Frankreich. Deutschland diente dabei als Rückzugsraum zum finanziellen und personellen Aufbau der TH. Sie unterhielt in Deutschland – ebenso wie im Ausland – einige Moscheevereine, wobei die TH insgesamt straff organisiert ist. In Hessen bildete Wiesbaden den Schwerpunkt der Aktivitäten der TH.

### Bewertung/Ausblick

Der extremistische und integrationshemmende Einfluss der TH-Ideologie, insbesondere auf Kinder und Jugendliche, droht sich in den hessischen TH-Vereinen weiter zu verstetigen. Teile der Angebote in den Vereinen wirken entfremdend gegenüber den Werten der freiheitlichen demokratischen Grundordnung. Jugendliche werden langfristig für den Extremismus der TH empfänglich. Antisemitische, antiwestliche und antiisraelische Propaganda, die zum festen Bestandteil der TH-Ideologie gehört und in TH-nahen Magazinen immer wieder zum Ausdruck kommt, wird aller Voraussicht nach weiterhin im Umfeld der TH-Vereine verbreitet werden.

## Sonstige Beobachtungsobjekte

Im Folgenden werden weitere relevante Beobachtungsobjekte aufgeführt. Die Auflistung ist nicht abschließend.

**Al Qaida in Ostafrika: Al Shabab (die Jugend) |** Ziele des somalischen al-Qaida-Ablegers sind die Errichtung eines islamischen Gottesstaates unter Geltung der Scharia am Horn von Afrika und der Sturz der seitens der internationalen Gemeinschaft unterstützten somalischen Regierung. Durch ein verstärktes militärisches Engagement der Afrikanischen Union (AU) konnte mithilfe des internationalen Truppenkontingents AMISOM (African Union Mission in Somalia) die al-Shabab Mitte 2012 aus Mogadischu und weiteren Territorien Somalias verdrängt werden. Dennoch verübte die Terrormiliz vorwiegend in der Hauptstadt Somalias schwere Anschläge mit zahlreichen Todesopfern. Bei dem bislang schwersten Terroranschlag in der Geschichte Somalias am 14. Oktober waren nach der Explosion eines mit Sprengstoff beladenen Lkw mehr als 300 Tote und über 200 Verletzte zu beklagen. Insbesondere von Regierungsbeamten und Geschäftsleuten besuchte internationale Hoteleinrichtungen stellten in der Vergangenheit bevorzugte Anschlagsziele dar. Al-Shabab verfügte

in Deutschland über keine organisierte Unterstützungsstruktur, Sympathisanten waren jedoch auch in Hessen festzustellen. Der Staatsschutzsenat des OLG Frankfurt am Main verurteilte am 27. Oktober den aus Frankfurt am Main stammenden 29-jährigen deutschen Staatsangehörigen Abshir Ahmed A. wegen Mitgliedschaft in der ausländischen terroristischen Vereinigung al-Shabab zu einer Freiheitsstrafe von zwei Jahren und 10 Monaten.

**Hizb Allah (Partei Gottes) |** Das Ziel der Anfang der 1980er Jahre mit Unterstützung des Iran gegründeten schiitisch-islamistischen Organisation ist die Vernichtung Israels. Ihr politischer Arm ist Teil der libanesischen Regierung, der militärische Flügel ist für Angriffe auf Israel verantwortlich. Die in Deutschland und Hessen lebenden Anhänger der Organisation unterstützten diese insbesondere durch Spendensammlungen.

**Kalifatsstaat |** Unter Führung Cemaleddin Kaplans (1926 bis 1995) ging der Kalifatsstaat Mitte der 1990er Jahre aus dem Islami Cemaat ve Cemiyetler Birligi (ICCB, Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.) mit dem Ziel hervor, in Deutschland einen auf der Scharia beruhenden islamischen Staat zu errichten. Gewalt als Mittel zur Durchsetzung politischer Ziele sah der Kalifatsstaat als legitim an. Kaplan ernannte sich selbst zum „Kalifen". Nachdem sich unter seinem Nachfolger Metin Kaplan die Ideologie weiter radikalisierte, verbot 2001 und 2002 das Bundesministerium des Innern den Kalifatsstaat nebst 35 Teilorganisationen. Das Bundesverwaltungsgericht bestätigte die Verbote im November 2002. Seitdem agieren die verbliebenen Anhänger in Deutschland und Hessen konspirativ und streben die Reorganisation der zerschlagenen Struktur an. Es zeigte sich, dass vormalige Anhänger des Kalifatsstaats zum Teil in das salafistische Spektrum überwechseln. Die Konkurrenz des ideologisch verwandten Salafismus machte es Kalifatsstaats-Aktivisten zunehmend schwerer, neue Anhänger unter der jüngeren Generation zu gewinnen.

## Straf und Gewalttaten

Im Vergleich zum Vorjahr erhöhte sich die Anzahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich Islamismus. Die Straftaten sind weit überwiegend im Bereich Salafismus zu verorten. Maßgeblich für die Erhöhung waren Flüchtlinge mit Affinität zu terroristischen Vereinigungen sowie deutsche Staatsangehörige, die sich im ehemaligen „Hoheitsgebiet" des IS aufhielten. (Siehe im Glossar und Abkürzungsverzeichnis unter dem Stichwort Politisch motivierte Kriminalität zur Erfassung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund.)

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Deliktart** | | | |
| Tötung | | | |
| Versuchte Tötung | | | |
| Körperverletzung | | | |
| Brandstiftung/Sprengstoffdelikte | | | 1 |
| Landfriedensbruch | | | |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr | | | |
| **Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte** | 1 | | |
| **Gewalttaten gesamt** | **1** | | **1** |
| **Sonstige Straftaten** | | | |
| Sachbeschädigung | 1 | 1 | 3 |
| Nötigung/Bedrohung | 5 | 10 | |
| Andere Straftaten | 92 | 51 | 50 |
| **Straf- und Gewalttaten gesamt** | **99** | **62** | **54** |




# PAAF

PHÄNOMENBEREICHSÜBERGREIFENDE
WISSENSCHAFTLICHE
ANALYSESTELLE
ANTISEMITISMUS UND
FREMDENFEINDLICHKEIT

# PAAF – Projekte und Angebote

Die PAAF wurde 2016 im LfV Hessen gegründet. Sie führt regelmäßig eigene Forschungsprojekte durch und erweitert so die sicherheitsbehördlichen Erkenntnisse und Perspektiven des Landesamts um aktuelle sozialwissenschaftliche Analyseansätze und -methoden. Angesichts von Wechselwirkungen und programmatischen Überschneidungen zwischen den verschiedenen extremistischen Milieus und (Teilen) der Mehrheitsgesellschaft wurde dabei bewusst ein breiter Blickwinkel auf extremistische Phänomene gewählt. Wenn der Verfassungsschutz seiner Aufgabe als Frühwarnsystem umfänglich gerecht werden will, darf er seine Augen vor diesen Wechselwirkungen nicht verschließen, wobei die Bearbeitung hier allerdings ausdrücklich nicht mit nachrichtendienstlichen, sondern rein wissenschaftlichen Mitteln erfolgt.

Die Ergebnisse dienen nicht nur der internen Beratung, sondern werden auch zivilgesellschaftlichen Akteuren und einer breiteren Öffentlichkeit zur Verfügung gestellt.

**Forschungsprojekt zu antisemitischer Agitation in den sozialen Netzwerken |** In einem ersten Forschungsprojekt wurden antisemitische Kommentare in den sozialen Netzwerken untersucht, insbesondere im Hinblick darauf, aus welcher politischen bzw. religiösen Motivation heraus diese getätigt werden, aber auch im Hinblick auf vorherrschende Erscheinungsformen und Argumentationsmuster.

Hintergrund dieser Fragestellung war, dass Ereignisse wie etwa der Fall eines von seiner Berliner Schule gemobbten jüdischen Schülers im Frühjahr 2017 oder die vielfach von massiv antisemitischen Parolen begleiteten Demonstrationen gegen den Gaza-Konflikt im Sommer 2014 die öffentliche Aufmerksamkeit immer wieder auf einen unter in Deutschland lebenden Muslimen verbreiteten Antisemitismus lenken. Gleichzeitig fällt auf, dass das Phänomen kaum je öffentlich diskutiert wird, ohne dass es in Bezug gesetzt wird zum traditionellen Antisemitismus von Rechtsextremisten. Meist geht damit auch eine (mehr oder weniger explizite) Bewertung einher, welche Art des Antisemitismus denn nun die relevantere und welche die eher marginale sei. So kommt kaum eine öffentliche Meinungsäußerung zum Thema ohne den Hinweis aus, dass 90 Prozent der antisemitischen Straftaten in Deutschland rechtsmotiviert begangen würden. Also doch alles halb so wild mit dem Antisemitismus unter Muslimen?

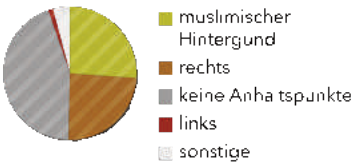
Durch die Analysestelle wurden auf den Facebook-Präsenzen bzw. YouTube-Kanälen verschiedener großer Medienorgane insgesamt 38 Beiträge zu den Themenbereichen Juden und Judentum, Israel und Nahostkonflikt sowie Antisemitismus mit insgesamt etwa 7.000 Kommentaren ausgewählt. Als antisemitisch zu bewertende Kommentare wurden herausgefiltert, wobei sich die Bewertung auf den Antisemitismus-Begriff des Unabhängigen Expertenkreises sowie die Kriterien der European Parliament Working Group on Antisemitism zur Unterscheidung zwischen legitimer Kritik an Israel einerseits und Antisemitismus andererseits bzw. den sogenannten „3D-Test“ von Natan Sharansky (Dämonisie-

rung oder Delegitimierung Israels und Anwendung von Doppelstandards als Formen des israelbezogenen Antisemitismus) stützte. Auf dieser Grundlage wurden insgesamt gut 600 Kommentare als antisemitisch eingestuft und die Facebook- bzw. YouTube-Profile der entsprechenden Nutzer im Hinblick auf ihre politische und religiöse Verortung untersucht. Die Auswahl zweier sozialer Netzwerke bzw. Plattformen mit jeweils mehreren Zeitungen bzw. Sendungen und Beiträgen aus unterschiedlichen einschlägigen Themenfeldern ermöglichte dabei einen stetigen Abgleich, inwieweit es sich bei den einzelnen Erhebungsergebnissen um Spezifika der Plattform, des Mediums oder des thematischen Zusammenhangs handelt.

Im Hinblick auf die politische bzw. religiöse Motivation der sich antisemitisch äußernden Nutzer machte die Erhebung Folgendes deutlich:

1. Bei Beiträgen zum Thema Juden bzw. Judentum im Allgemeinen halten sich antisemitische Kommentare aus dem rechten (das heißt *rechtsextremistischen* und rechtspopulistischen) Spektrum und solche mit muslimischem Hintergrund quantita-tiv in etwa die Waage.

**Themenfeld Juden und Judentum**




Innerhalb des rechten Spektrums sind Nutzer mit erkennbaren Rechtsextremismusbezügen eher in der Unterzahl, es überwiegen Personen, die sich zu *rechtspopulistischen* Organisationen und Gruppierungen bekennen. Ähnliches gilt für das muslimische Spektrum: Bezüge und Bekenntnisse zu islamistischen Personen oder Gruppierungen sind eher die Ausnahme. Ein türkischer Hintergrund der Nutzer ist häufiger festzustellen als ein arabischer, was angesichts des höheren Anteils türkischstämmiger Bürgerinnen und Bürger in Deutschland nicht weiter verwunderlich ist. Kaum seriös zu beantworten ist hingegen die Frage, inwiefern der Antisemitismus jeweils eher religiös und inwiefern eher türkisch- bzw. arabisch-nationalistisch motiviert ist. Hier bedürfte es anderer Analyseinstrumente als der Auswertung von Facebook- bzw. YouTube-Profilen.

2. Bei Beiträgen zum Thema Israel bzw. Nahostkonflikt aus den letzten drei Jahren hat etwa die Hälfte der antisemitischen Kommentare einen muslimischen Hintergrund und lediglich etwa zehn Prozent einen rechten (die restlichen etwa 40 Prozent sind überwiegend nicht einsehbar oder lassen sich nicht zuordnen). Bei Beiträgen aus dem Zeitraum 20 0 bis 20 3 hingegen verhält es sich umgekehrt. Hier hat in den letzten Jahren also eine deutliche Verschiebung stattgefunden, wobei der Gaza-Konflikt vom Sommer 20 4 und die entspr echenden antiisraelischen Demonstratio-

nen allem Anschein nach einen gewissen Dammbruch bedeuteten.







Als weiterer Erklärungsfaktor kommt in Betracht, dass viele rechte Nutzer, die im Zeitraum 2010 bis 2013 gegen Juden agitierten, sich ab 2014 verstärkt auf das Feindbild Flüchtling fokussierten und das Feindbild Jude dadurch (vorübergehend?) in den Hintergrund trat. Dass die Zunahme muslimisch motivierter antisemitischer Agitation überwiegend auf den Zuzug entsprechend sozialisierter Flüchtlinge zurückzuführen ist, ist hingegen insofern als unwahrscheinlich anzusehen, als diese kaum innerhalb kürzester Zeit die entsprechenden Sprachkenntnisse erworben haben dürften.

3. Beiträge aus den Themenfeldern Antisemitismus und Holocaust schließlich brachten nahezu ausschließlich rechtsmotivierte Kommentare hervor, die sich nahezu alle als eine Form der Schuld- bzw. Erinnerungsabwehr (sekundärer Antisemitismus) beschreiben lassen (Näheres hierzu siehe unten).



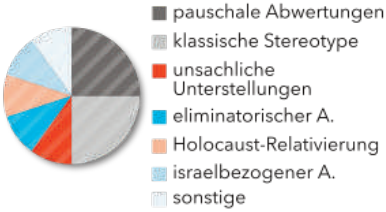

4. Über alle Themenfelder hinweg sind Kommentare mit linkem oder linksextremistischem Hintergrund die Ausnahme. Das gleiche gilt für Kommentare von Nutzern, die sich explizit in der sogenannten gesellschaftlichen bzw. politischen Mitte verorten, wobei allerdings davon auszugehen ist, dass ein Teil der zuordenbaren sowie der inhaltsleeren bzw. nicht einsehbaren Profile diesem Spektrum zuzurechnen ist.

Im Hinblick auf die Erscheinungs- und Artikulationsformen des Antisemitismus kann Folgendes festgehalten werden:

. Bei Beiträgen zum Thema Juden bzw. Judentum im Allgemeinen nehmen antisemitische Kommentare zu etwa einem Viertel die Form pauschaler Abwertungen ohne jegliche Begründung (häufig durch Schimpf-

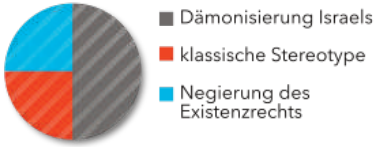
worte, aber auch durch Aussagen wie „ich hasse Juden“ oder „da sind mir sogar Muslime lieber“) an. In einem weiteren Viertel der Fälle wird auf klassische antisemitische Stereotype zurückgegriffen, insbesondere das Bild vom gierigen, Wucher treibenden Juden, gefolgt von den verschiedenen Varianten einer angeblichen jüdischen Weltverschwörung. Bei jeweils etwa zehn Prozent der Kommentare handelt es sich um pauschale unsachliche Unterstellungen (z.B. „Juden kaufen nicht von Deutschen“ oder „Juden… Pädos“), Formen des eliminatorischen Antisemitismus (insbesondere durch eine positive Bezugnahme auf Hitler) und Formen der Holocaust-Relativierung (insbesondere durch Holocaust-Witze).

**Themenfeld Juden und Judentum**




. Antisemitische Kommentare in den Themenfeldern Israel und Nahostkonflikt sind etwa zur Hälfte insofern antisemitisch, als sie den Staat Israel dämonisieren; in der Regel durch Varianten der Behauptung, Israel wolle die Palästinenser „auslöschen“, „abschlachten“ etc., teilweise auch durch eine Gleichsetzung Israels mit dem nationalsozialistischen Regime. Etwa ein Viertel der Kommentare negierten das Existenzrecht Israels, ein weiteres Viertel wertet Israel durch klassische antisemitische Stereotype ab, insbesondere unter Bezugnahme auf Verschwörungstheorien (neben den gängigen Weltverschwörungstheorien ist hier auch die Behauptung, Israel habe die HAMAS und den IS erschaffen, verbreitet).

**Themenfeld Israel und Nahostkonflikt**




3. Antisemitische Kommentare in den Themenfeldern Antisemitismus und Holocaust schließlich sind überwiegend dem Bereich des sekundären Antisemitismus zuzuordnen. Den Juden wird vorgeworfen, Antisemitismus nur zu thematisieren, um damit Profit zu machen, der Tod des Holocaust-Überlebenden Elie Wiesel wird mit demonstrativer Gleichgültigkeit oder sogar Beifall bedacht.

**Themenfeld Antisemitismus**




Derartige Äußerungen korrelieren stark mit Manifestationen eines über-

steigerten Patriotismus bzw. Nationalismus sowie Warnungen vor einer Überfremdung Deutschlands durch Flüchtlinge und/oder Muslime. Der Impuls zur Verteidigung Deutschlands gegen alles „Fremde“ und derjenige zur Abwehr kollektiven Schuldempfindens scheinen also ein Stück weit verwandt zu sein.

4. Jenseits der Tatsache, dass Nutzer mit muslimischem Hintergrund stärker auf das Thema Israel und Nahostkonflikt und rechte Nutzer stärker auf die Themen Antisemitismus und Holocaust reagieren, zeigen sich keine nennenswerten Zusammenhänge zwischen politischer bzw. religiöser Motivation und konkreter Erscheinungsform des Antisemitismus. Selbst positive Bezugnahmen auf Hitler sind unter muslimisch motivierten Nutzern nicht weniger verbreitet als unter rechtsmotivierten.

Die Erhebung kann kaum den Anspruch erheben, *den* Antisemitismus in Deutschland abgebildet zu haben. Sie beleuchtet vielmehr Erscheinungsformen und Hintergründe antisemitischer Agitation in einem bestimmten gesellschaftlichen Handlungsfeld. Dass hier dem Antisemitismus unter Muslimen eine quantitativ und qualitativ mindestens ebenso hohe Relevanz zukommt wie dem traditionellen Antisemitismus der Rechten – und dies, obwohl sich die Erhebung auf deutschsprachige Internetpräsenzen beschränkte –, macht jedoch nicht nur deutlich, dass die Zahlen der polizeilichen Statistiken um weitere Daten aus verschiedenen Gesellschaftsbereichen ergänzt werden sollten, um ein treffendes Bild des aktuellen Antisemitismus zu erhalten. Es zeigt vor allem, dass Gesellschaft, Politik und Sicherheitsbehörden den Antisemitismus unter Muslimen in den Blick nehmen müssen, ohne darüber jenen der Rechten zu vernachlässigen.

**Fortbildungsangebote |** Die Analysestelle steht für Vorträge zu Antisemitismus im Allgemeinen und den skizzierten Studien im Speziellen gerne zur Verfügung. In Zusammenarbeit mit anderen Verfassungsschutzbehörden wurde außerdem ein Workshop zu islamistischem Antisemitismus entwickelt. Anhand von einschlägigen Zeitungsartikeln, Karikaturen und Videoclips lernen die Teilnehmer gängige Motive und Argumentationsmuster kennen und verstehen.

Wenn Sie Interesse an diesen oder anderen Fortbildungs- und Beratungsangeboten zum Thema Extremismus haben, wenden Sie sich bitte an *praevention@lfv.hessen.de*.




# Extremismus mit Auslandsbezug

## Merkmale

**Der nichtreligiös motivierte Extremismus mit Auslandsbezug umfasst sicherheitsgefährdende extremistische und terroristische Bestrebungen in Deutschland, die im Zusammenhang mit politisch-gesellschaftlichen Entwicklungen im Ausland stehen und überwiegend von Menschen mit Bezug zu den politischen Verhältnissen in einem anderen Staat getragen werden.**

**Gegen Völkerverständigung und friedliches Zusammenleben der Völker |** Extremistische Bestrebungen mit Auslandsbezug richten sich gegen den Gedanken der Völkerverständigung bzw. das friedliche Zusammenleben der Völker. Diese Bestrebungen gefährden die auswärtigen Belange der Bundesrepublik Deutschland, indem ihre Urheber Gewalt anwenden oder darauf ausgerichtete Handlungen vorbereiten. Obwohl diese Bestrebungen nicht in erster Linie auf die Abschaffung oder Beeinträchtigung der freiheitlichen demokratischen Grundordnung zielen, können sie die Sicherheit des Bundes oder der Länder gefährden.

**Breites Spektrum von Bestrebungen mit Auslandsbezug |** Die Art der politischen Agitation zur Umsetzung dieser extremistischen Aktivitäten ist vielfältig. Sie reicht von Demonstrationen und Kundgebungen mit zum Teil gewalttätigem Verlauf bis hin zu Spendensammelaktionen und zur logistischen Unterstützung von Konfliktparteien im Herkunftsland. Das schließt die Unterstützung ausländischer terroristischer Gruppierungen ein. Die unterschiedlichen Zielrichtungen ausländerextremistischer Organisationen lassen sich im Wesentlichen unterteilen in

- nationalistische, rechtsextremistische Bestrebungen,
- linksextremistische Bestrebungen

sowie

- ethnisch motivierte Autonomie- bzw. Unabhängigkeitsbestrebungen.

Die Übergänge sind dabei oft fließend.

## Personenpotenzial[1]

Das Personenpotenzial im xtr emismus mit Auslandsbezug ist in etwa konstant geblieben. Kleinere extremistische Bestrebungen insbesondere im separatistischen Spektrum haben an personeller Unterstützung verloren oder sich aus Hessen zurückgezogen. Im Bereich des xtr emismus mit türkischem Bezug wurden linksextremistische Strukturen und rechtsextremistisch-nationalistische Strukturen berücksichtigt.

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Kurdischer Ursprung** | | | |
| Hessen | 1.500 | 1.500 | 1.500 |
| Bund | 14.500 | 14.000 | 14.000 |
| **Türkischer Ursprung** | | | |
| Hessen | 2.725 | 2.725 | 2.725 |
| Bund | 13.550 | 13.550 | 12.550 |
| **Sonstige** | | | |
| Hessen | 250 | 300 | 400 |
| Bund | 2.500 | 2.500 | 2.500 |
| **Extremisten mit Auslandsbezug gesamt** | | | |
| **Hessen** | **4.475** | **4.525** | **4.625** |
| **Bund** | **30.550** | **30.050** | **29.050** |

## Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)

### Definition/Kerndaten

**Ursprüngliches Ziel der PKK war es, einen sozialistisch geprägten Staat („Kurdistan") zu schaffen. Nachdem die strikt hierarchisch aufgebaute Kaderpartei 1984 zur Erreichung dieses Ziels einen blutigen Guerillakrieg gegen die Türkei begonnen hatte, rückte sie seit 1999 zunehmend davon ab. Inzwischen fordert die PKK die Anerkennung der kurdischen Identität und Autonomie. Laut eigenen Aussagen will sie dies vor allem auf politischem Wege erreichen. Seit November 1993 (bestandskräftig seit März 1994) ist die PKK in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegt, die EU stuft die PKK seit 2002 als terroristische Organisation ein.**

[1] Die Zahlen sind teilweise geschätzt und gerundet.

| | |
|---|---|
| Führung: | **Abdullah Öcalan** (seit 1999 in der Türkei inhaftiert), **Remzi Kartal** (Vorsitzender des **Volkskongresses Kurdistan, Kongreya Gelê Kurdistan, KONGRA GEL**), **Murat Karayilan** (Vorsitzender der **Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans, Koma Civakên Kurdistan, KCK**) |
| Anhänger/ Mitglieder: | In Hessen etwa **1.500**, bundesweit etwa **14.500** |
| Bewaffnete Gruppen: | **Hêzên Parastina Gel (HPG, Volksverteidigungskräfte), Teyrêbazên Azadîya Kurdistan (TAK, Freiheitsfalken Kurdistans)** |
| Syrischer Ableger: | **Partiya Yekitîya Demokrat (PYD, Partei der demokratischen Union)** und deren militärischer Arm **Yekîneyên Parastina Gel (YPG, Volksverteidigungseinheiten)** |
| Medien (Auswahl): | **Yeni Özgür Politika (YÖP, Neue Freie Politik)** als Sprachrohr der **PKK, Serxwebûn (Unabhängigkeit), Stêrk TV, Med NUCE TV** |

*Logo der PKK*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Die zentrale Großveranstaltung im PKK-nahen Spektrum, das Newroz-Fest, fand im Berichtsjahr in Hessen statt. An der Veranstaltung nahmen rund 30.000 Anhänger teil. Die Sorge um den Gesundheitszustand Öcalans bestimmte in der zweiten Jahreshälfte maßgeblich das Demonstrationsgeschehen der örtlichen PKK-nahen Vereine. Sie führten im Oktober zahlreiche Veranstaltungen in hessischen Innenstädten durch. Die Rekrutierung kurdischer Jugendlicher aus Deutschland zu Kampfeinsätzen in den kurdischen Gebieten des Nahen Ostens ist seit einigen Jahren zu beobachten. Auch in Hessen gab es erneut einen solchen Fall.**

**Europaweite Newrozfeier 2017 in Frankfurt am Main |** Am 18. März fand in Frankfurt am Main die bundesweit zentrale kurdische Newroz-Veranstaltung mit rund 30.000 Teilnehmern statt. Im Vorfeld der Veranstaltung war durch das Bundesministerium des Innern die Liste der verbotenen PKK-Symbole erweitert worden, was von Seiten PKK-naher kurdischer Verbände und Organisationen im In- und Ausland kritisiert wurde.

PKK-Anhänger aus ganz Deutschland und dem benachbarten europäischen Ausland feierten am 18. März in Frankfurt am Main das kurdische Neujahrsfest. Allerdings verlief die Veranstaltung im Berichtsjahr nicht störungsfrei. Der Charakter einer aufgrund der Erfahrungen in den Vorjahren erwarteten „familiären Feier" wich schnell einer hochpolitischen Großdemonstration. Unterstützt von türkischen und deutschen Linksextremisten und unter Verwendung verbotsrelevanter PKK-Symbolik, nutzten die PKK-Anhänger diese zentrale Newroz-Veranstal-

tung zu öffentlichkeitswirksamen Anti-Erdoğan-Protesten und der Werbung für die sogenannte Hayir-Kampagne (dt. Nein) im Hinblick auf das im April abgehaltene Referendum über die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei. Das provokante Flaggezeigen zog Ermittlungsverfahren nach sich. Den eigentlichen Charakter eines kurdischen Neujahrsfestes entfaltete Newroz in Hessen erst bei mehreren regionalen Veranstaltungen in Gießen (Landkreis Gießen), Darmstadt und Limburg (Landkreis Limburg-Weilburg).

Die erstmals seit Jahren in Hessen durchgeführte zentrale Newroz-Großveranstaltung war bereits im Januar durch das Navenda Civika Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê (NAV-DEM, Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.) angemeldet worden. Es wurden zwei Demonstrationszüge durch die Innenstadt und eine Abschlusskundgebung im Europaviertel durchgeführt.

Mit rund 30.000 Teilnehmern (2016: 12.000, 2015: 17.000) war das Newrozfest in Frankfurt am Main eine der größten PKK-nahen Veranstaltungen der letzten Jahre überhaupt und übertraf sogar die Teilnehmerzahl der jeweils im Spätsommer durchgeführten kurdischen Kulturfestivals der letzten Jahre (2016: 12.000 Teilnehmer, 2015: 17.000).

Unter den Teilnehmern waren alle Generationen vertreten, wobei Jugendliche und junge Erwachsene eine deutlich sichtbare Mehrheit bildeten. Neben dem Zeigen verbotener PKK-Symbole sammelten sich im Verlauf der Demonstration vor allem Anhänger der Ciwanên Azad immer wieder in Gruppen, um dann in Sprechchören Parolen zu skandieren. Befürchtete Störungen durch nationalistische Türken blieben aus.

**Weitere regionale Newroz-Veranstaltungen in Hessen |** Am 20. März kam es in Limburg (120 Teilnehmer, Landkreis Limburg-Weilburg), Gießen (350 Teilnehmer, Landkreis Gießen) und Darmstadt (450 Teilnehmer) zu regionalen und dem Charakter nach traditionellen, kulturell geprägten Newrozfeiern und Fackelmärschen. Vereinzelt wurden verbotene Fahnen festgestellt.

**Jahresübergreifende Kampagnen für Öcalan |** Im Februar startete die sogenannte Azad-Bike-Kampagne („Mach frei“) in Deutschland. Sie stand offensichtlich im Zusammenhang mit dem Jahrestag der Verhaftung und Inhaftierung Abdullah Öcalans (15. Februar 1999). In Hessen wurde die Kampagne durch mehrere Plakataktionen in Kassel bekannt bzw. öffentlich. Die Kampagne wurde später im Gesamtzusammenhang der aktuellen Thematik „Freiheit für Kurdistan“ weiter fortgeführt.

Zweck der Kampagne war, das Gedenken an das Schicksal Öcalans wach zu halten. Gerade Spray- und Banneraktionen an markanten Plätzen sowie dazugehörige martialische Videos (Facebook etc.) sind bei kurdischen Jugendlichen ein beliebtes Mittel, ihr politisches Interesse auszudrücken.

Im Rahmen der Azad-Bike-Kampagne zur Forderung nach Freiheit für Abdullah Öcalan führten die kurdischen Jugendorganisationen Ciwanên Azad und Jinên Ciwanên Azad ab dem 9. August europaweite Aktionen durch. So entrollten jugendliche Anhänger der PKK in Kassel vom Dach des örtlichen PKK-nahen Vereins ein großformatiges Transparent mit der Aufschrift „Die Freiheit von A. Öcalan ist auch unsere Freiheit". In Darmstadt, Frankfurt am Main und Korbach (Landkreis Waldeck-Frankenberg) fanden am 12. August unter dem Motto „Freiheit für Öcalan" Kundgebungen statt, die von etwa 50 bis 180 Personen besucht wurden.

Für den 1. September meldete das Demokratische Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Darmstadt e. V. eine Kundgebung unter dem Motto „Stoppt den Krieg in Kurdistan, Freiheit für Abdullah Öcalan" an. An der Veranstaltung nahmen etwa 25 Personen teil. Am 9. September fanden in Darmstadt und Frankfurt am Main Demonstrationen mit dem Thema „Freiheit für Öcalan" statt. Die Teilnehmerzahlen beliefen sich auf 200 bzw. 150 Personen.

**Demonstrationen zum Gesundheitszustand Öcalans |** Aus Sorge um den Gesundheitszustand Öcalans führten die örtlichen PKK-nahen Vereine im Oktober zahlreiche Veranstaltungen in hessischen Innenstädten durch.

Allein das in der Szene kursierende Gerücht über eine Verschlechterung des Gesundheitszustands Öcalans hatte genügt, europaweit zahlreiche Sympathisanten der PKK auf die Straße zu bringen. In mehreren hessischen Städten mit örtlichem PKK-nahen Verein fanden hierzu Veranstaltungen statt. Die Demonstrationen und Kundgebungen verliefen friedlich.

Abdullah Öcalan, der ideologische Anführer der PKK, ist seit dem Jahr 1999 auf der Gefängnisinsel Imrali im Marmarameer (Türkei) inhaftiert. Er wurde in einem Prozess zum Tode verurteilt. Später wurde dies in lebenslange Haft umgewandelt.

**Verfassungsreferendum |** Am 16. April stimmte die türkische Bevölkerung über eine Verfassungsänderung ab, die die Einführung eines Präsidialsystems in der Türkei und eine Ausweitung der Machtbefugnisse des Präsidenten bewirken sollte. In Deutschland durften knapp 1,5 Millionen Türken abstimmen.

PKK-nahe Vereine in Hessen wandten sich in öffentlichen Veranstaltungen gegen die Annahme des Referendums. Der örtliche PKK-nahe Verein in Rüsselsheim am Main (Kreis Groß-Gerau), das Kurdisch-Demokratische Gemeinschaftszentrum e. V., zeichnete hierbei am 25. März für die größte Informationsveranstaltung mit rund 300 Teilnehmern verantwortlich.

**Rekrutierungen |** Die Rekrutierung kurdischer Jugendlicher zu politischen oder militärischen Ausbildungszwecken ist seit Jahren gängige Praxis innerhalb der PKK bzw. ihrer Jugendorganisation Ciwanên Azad. Das jährlich stattfindende Kurdistanfestival (im Berichts-

jahr mit 14.000 Teilnehmern in Köln, Nordrhein-Westfalen) dient dabei als ein Treffpunkt vor einer möglichen Ausreise zum Kampfeinsatz.

Ähnlich den Ausreisefällen deutscher Jugendlicher zu Kampfeinsätzen für den IS in Syrien und im Irak sind seit 2013 auch Ausreisefälle kurdischer Jugendlicher zum Einsatz mit den kurdischen Peschmerga – unter Beteiligung der PKK – gegen den IS in Kobane (Syrien) und in Sengal (Irak) zu beobachten. Auch in Hessen gab es seither mehrere solcher Fälle. So wird seit September eine junge deutsche Staatsangehörige kurdischer Herkunft im Bereich Nordhessen/Niedersachsen vermisst. Die Zwanzigjährige galt als Aktivistin der kurdischen Jugend im PKK-Gebiet Kassel.

Von Rückkehrern aus politischen oder militärischen PKK-Schulungscamps ging im Berichtsjahr – im Gegensatz zu IS-Angehörigen – keine konkrete Gefahr für die öffentliche Sicherheit Deutschlands aus.

## Erweiterung des Betätigungsverbots

**PKK-Verbotserweiterung |** Mit Erlass vom 2. März aktualisierte und erweiterte das Bundesministerium des Innern seine Bewertung der derzeit verwendeten Organisationsbezeichnungen und der hieraus folgenden Kennzeichen der PKK. In dieser Neufassung der verbotenen PKK-Kennzeichen werden unter anderem auch die syrische PYD als sogenannte Ablegerpartei der PKK und deren militärischer Arm Yekîneyên Parastina Gel/Jin (YPG/YPJ, Volksverteidigungseinheiten) sowie die PKK-Jugendorganisation Ciwanên Azad (Freie Jugend) und die PKK-Studierendenorganisationen Yekîtiya/Jinên Xwendekarên Kurdistan (YXK/JXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan) aufgeführt. Deren Symbole können bei Kundgebungen mit nachweislichem PKK-Kontext geeignet sein, einen Verstoß gegen das Vereinsgesetz darzustellen. Grundlage hierfür war die Verbotsverfügung des Bundesministerium des Innern vom 22. November 1993. Diese verbietet, Kennzeichen der PKK und deren Teilorganisation Eniya Rizgariya Neteweyî ya Kurdistanê (ERNK, Nationale Befreiungsfront Kurdistans) öffentlich zu verwenden. Davon betroffen sind auch die zahlreichen Unter- und Teilorganisationen im Einflussbereich der PKK unbeschadet ihrer scheinbaren organisatorischen Selbstständigkeit, denn diese handeln – bestätigt durch die Rechtsprechung des Bundesgerichtshofs – tatsächlich ausschließlich abhängig von den Vorgaben der Gesamtorganisation. Darüber hinaus hat die strafgerichtliche Rechtsprechung für einige dieser Organisationen eine Zuordnung als Teilorganisation der PKK ausdrücklich vorgenommen, so für die HPG und die TAK sowie für die PKK-Jugendorganisation Ciwanên Azad. Beide Entscheidungen sind rechtskräftig.

Die PKK-Anhänger wichen inzwischen zunehmend auf Symbole aus, die – für sich genommen – zunächst keinen unmittelbaren Bezug zur PKK aufweisen, so zum Beispiel eine Fahne mit dem Abbild des Parteigründers Abdullah Öcalan auf gelbem oder grün-gelbem Grund. Auf-

grund eines erheblichen Emotionalisierungseffektes bei Versammlungen sind diese Fahnen aber in besonderer Weise dazu geeignet, den Zusammenhalt von Sympathisanten der in Deutschland mit einem Betätigungsverbot belegten PKK zu fördern und diesen nach außen hin unübersehbar zu demonstrieren, weshalb sie ebenfalls dem Verbot unterliegen.

Nach Bekanntwerden des erweiterten Kennzeichenverbots zeigten sich die PKK-Anhänger und die betroffenen Teilorganisationen empört. Der YXK äußerte in einer Stellungnahme, das Verbot ihrer Flaggen und Symbole entziehe sich jeglicher Rechtsstaatlichkeit. Das Verhalten der deutschen Bundesregierung zeige ihre enorme politische Abhängigkeit vom Erdoğan-Regime. Ähnlich reagierte das NAV-DEM in einer Presseerklärung. Das Verbot der Symbole der kurdischen Freiheitsbewegung komme einem Verbot der kurdischen Identität gleich. Zudem wurde das Bundesministerium des Innern zur Rücknahme der „absurden Entscheidung" aufgefordert. Auch hessische PKK-nahe Gruppen kritisierten die Erweiterung der Liste verbotener PKK-Symbole.

## Entstehung/Geschichte

**Terror in der Türkei – Verurteilung Öcalans |** 1978 als eine Partei mit marxistisch-leninistischer Ausrichtung gegründet, suchte die PKK mit ihren bewaffneten Einheiten seit dem 15. August 1984 die Auseinandersetzung mit dem türkischen Militär. Den Kampfhandlungen fielen seitdem mehrere zehntausend Menschen zum Opfer. 1998 entzog Syrien auf massiven Druck der Türkei dem PKK-Anführer Abdullah Öcalan die Unterstützung und veranlasste ihn, sein dortiges Exil aufzugeben. Nach verschiedenen Aufenthalten in Europa und Afrika wurde Öcalan am 15. Februar 1999 in Kenia festgenommen und in die Türkei gebracht. Am 29. Juni 1999 vom Staatssicherheitsgericht in Ankara zum Tode verurteilt – die Strafe wurde mit Abschaffung der Todesstrafe am 3. Oktober 2002 in lebenslange Haft umgewandelt –, befindet sich Öcalan seitdem auf der Gefängnisinsel Imrali in Haft. Für die PKK gilt der 15. Februar 1999 als „schwarzer Tag in der Geschichte des kurdischen Volkes", sie spricht in diesem Zusammenhang von einem „internationalen Komplott".

**Umbenennungen der PKK |** 2002 benannte sich die PKK in Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (KADEK, Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans) um. 2003 folgte die Umbenennung in KONGRA GEL. Damit versuchte die PKK, sich von der „Stigmatisierung" als Terrororganisation zu befreien und sich als politisch neuausgerichtete Organisation zu präsentieren.

Die unterschiedlichen Bezeichnungen der letzten Jahre hinsichtlich der Struktur und der personellen Zusammensetzung führten zu keinen grundsätzlichen Umgestaltungen der PKK. Die Ursprungsorganisation bestand im Wesentlichen fort. 2005 gründete sich die KCK, die sich die Verwirklichung des „demokratischen Konföderalismus" zum Ziel gesetzt hat. Darunter versteht die PKK einen nicht-

staatlichen Verbund aller Kurden in der Türkei, in Syrien, im Iran und Irak, den sie mit eigenen Regierungsorganen und mit dem Anspruch einer eigenen Staatsbürgerschaft versieht. Die staatlichen Grenzen der Länder, in denen Kurden leben, sollen in diesem virtuellen Verbund unangetastet bleiben.

PKK und KCK sind im Wesentlichen strukturell identisch. In der Binnenkommunikation sprechen Funktionäre, Mitglieder und Anhänger – unbeschadet aller jeweils aktuellen Bezeichnungen der Organisation – seit jeher von PKK. Im Außenverkehr tituliert sich die PKK hingegen, wenn sie ihr organisatorisches Ganzes meint, als KCK. Der KONGRA GEL ist das höchste Entscheidungsgremium der PKK. Er nimmt für sich parlamentarische Funktionen in Anspruch und stellt sich als ein Organ interner Meinungsbildung und Beschlussfassung dar.

**Umfeld der PKK |** Mit der PKK verbunden sind die PYD in Syrien sowie die Partiya Jiyana Azad a Kurdistanê (PJAK, Partei für ein freies Leben in Kurdistan) und die Partiya Çareseriya Demokratik a Kurdistanê (PÇDK, Partei für eine politische Lösung in Kurdistan) im Irak. Als Schwesterparteien wollen sie die Interessen von Kurden vertreten.

Die Umsetzung von PKK-Positionen erfolgt insbesondere über eigene Medienstrukturen. Neben einem PKK-Fernsehsender (Stêrk-TV/Med NUCE-TV) gibt es eine eigene PKK-nahe Nachrichtenagentur (Firatnews Agency, ANF, mit Sitz in den Niederlanden) sowie diverse Zeitungen und Zeitschriften (unter anderem die vom Verbot nicht betroffene YÖP, die in Neu-Isenburg im Landkreis Offenbach erscheint, Serxwebun und Ciwanên Azad – Freie Jugend).

## Ideologie/Ziele

**Siedlungsverbund – Autonomie in der Türkei |** Ziel der terroristischen PKK war ursprünglich die staatliche Unabhängigkeit der auf mehrere Staaten im Nahen Osten zersplitterten kurdischen Siedlungsgebiete. Der kurdische Staat sollte in der Türkei aus Südostanatolien, Regionen im Nordosten Syriens („Rojava"), Gebieten im Norden des Irak und Gebieten Westirans bestehen. Die PKK behauptet, dieses Anliegen zugunsten eines einheitlichen länderübergreifenden Siedlungsverbunds aller Kurden aufgegeben zu haben, in dessen Rahmen die Grenzen der betroffenen Staaten Bestand haben sollen.

Was die in der Türkei lebenden Kurden betrifft, kämpft die PKK für die staatliche Anerkennung ihrer Identität, die in Südostanatolien mittels eines Autonomiestatus – ähnlich der Autonomen Region Kurdistan im Nordirak – verwirklicht werden soll. Im Zuge des syrischen Bürgerkrieges und der bewaffneten Auseinandersetzungen mit dem IS streben die PKK und ihr syrischer Ableger PYD auch im Norden Syriens nach Autonomie. In den vom IS befreiten, überwiegend von Kurden besiedelten nördlichen Kantonen Syriens, von Cizîre über Kobane bis Afrin, zeichneten sich bereits Strukturen einer gewissen Autonomie ab. Diese waren allerdings noch weit von jeglicher politischer oder eigenstaatlicher Rele-

vanz entfernt und existierten im Berichtsjahr nur aufgrund der politisch instabilen Lage im Bürgerkriegsland Syrien.

Am 25. September fand in der Autonomen Region Kurdistans im Nordirak ein Referendum zur vollständigen Unabhängigkeit vom Irak statt. Die Durchführung des Referendums war umstritten. Die irakische Zentralregierung wie auch die Türkei reagierten mit scharfer Kritik. Vor allem die Türkei war militärisch bemüht, weder einen autonomen kurdischen Staat im Nordirak noch einen geschlossenen kurdischen Korridor entlang der syrisch-türkischen Grenze entstehen zu lassen. Dabei spielte es für die türkische Regierung keine wirkliche Rolle, ob Kurden Teilautonomie oder tatsächliche Eigenstaatlichkeit auf dem Gebiet Syriens (und des Irak) anstreben. Seitens der Türkei wurde auch nicht zwischen PKK und der von der westlichen Allianz unterstützten PYD unterschieden.

**Öcalan als ideologische Führungsfigur |** Der in der Türkei inhaftierte Abdullah Öcalan fungiert weiterhin als ideologische Führungsfigur der Terrororganisation. Die anhaltende Sorge um seinen Gesundheitszustand und seine weitgehende Isolation treiben die kurdische Diaspora weiter um. Demonstrationsserien und diverse Kampagnen spiegelten dies in Hessen im Berichtsjahr wider.

## Strukturen

Zahlreiche Teilorganisationen trugen die Aktivitäten der PKK:

- Propaganda- bzw. Frontorganisation (politischer Arm): Koordînasyona Civaka Demokratîk a Kurdistan (CDK, Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft), Sitz unbekannt.
- Dachorganisation für Europa: Kongreya Civakên Demokratîk a Kurdîstanîyên Ewrupa (KCD-E, Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa), ehemals Konfederasyona Komelên Kurd li Avrupa (KON-KURD, Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa), Sitz in Brüssel.
- Dachorganisation für Deutschland: NAV-DEM, Sitz in Düsseldorf, mit – nach eigenen Angaben – bundesweit 45 Vereinen. In Hessen waren zehn Vereine der NAV-DEM angeschlossen und gelten somit als PKK-nah. Diese hatten ihren Sitz in Darmstadt, Frankfurt am Main, Gießen (Landkreis Gießen), Limburg (Landkreis Limburg-Weilburg), Wiesbaden, Hanau (Main-Kinzig-Kreis), Offenbach am Main, Rüsselsheim am Main (Kreis Groß-Gerau), Bensheim (Kreis Bergstraße) und Kassel. Bei der NAV-DEM handelt es sich um die Nachfolgeorganisation der Yekitîya Komalên Kurd li Elmanya (YEK-KOM, Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.). Die Umbenennung wurde im Juni 2014 beschlossen. Die in diesem Zusammenhang ebenfalls geplante einheitliche unverfängliche Bezeichnung der Mitgliedsvereine in Kurdische Demokratische Gesellschaftszentren (oder ähnlich) hat sich bislang nicht durchgängig in den jeweiligen Vereinsregistern niedergeschlagen. Bisher haben fünf hessische Vereine die Umbenennung offiziell vollzogen.

- Neben der Struktur der im NAV-DEM organisierten PKK-nahen Vereine ließen sich in Hessen aus diesen Vereinen heraus folgende vier sogenannten Frauenvereine offiziell in die jeweiligen Vereinsregister eintragen:
  - Frauenrat Amara Frankfurt am Main e. V.
  - Sara kurdischer Frauenrat Offenbach e. V.
  - Nujin kurdischer Frauenrat e. V.
  - Roza Kurdischer Frauenrat Darmstadt e. V.

  In Gießen firmierte zudem der Bercem – Frauenrat Gießen mit eigener Internetpräsenz, ohne allerdings im Vereinsregister eingetragen zu sein. Die Frauenräte und -vereine waren Teil der Massenorganisationen der PKK und nutzten wie die Jugendgruppen die örtlichen Räumlichkeiten PKK-naher Vereine.

Für bestimmte Zielgruppen unterhielt die PKK sogenannte Massenorganisationen, zum Beispiel:

- Ciwanên Azad (Freie Jugend), ehemals Koma Komalen Ciwanen Demokratik A Kurdistan (Komalên Ciwan, Vereinigung der demokratischen Jugendlichen; Umbenennung in 2014),
- Jinên Ciwanên Azad (Bewegung junger Frauen),
- Koma Jinen Bilind (KJB, Union der stolzen Frauen – Dachverband der Frauenverbände),
- YXK (Verband der Studierenden aus Kurdistan), neu ist seit 2016 die öffentliche Unterscheidung zwischen dem YXK und JXK (Jinen Xwendekarên Kurdistan, Studierende Frauen aus Kurdistan). Die JXK verfügt in Hessen über (Facebook-)Ortsgruppen in Marburg, Kassel und Frankfurt/Rhein-Main.
- Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V. (Civaka Azad),
- Tevna Akademîsyenên Kurd (KURD-AKAD, Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.),
- Heyva Sor a Kurdistanê (HSK, Kurdischer Roter Halbmond),
- Yekitiya Kardaren Kurt Li Ewropa (YKK, Verband der kurdischen Arbeitgeber in Europa)/Association of Kurdish Employers in Europe (AKEE), Sitz in Frankfurt am Main.

## Bewertung/Ausblick

Nicht nur das Newroz-Fest, sondern immer wieder auch die Kristallisationsfigur der PKK, Öcalan – ihres trotz Inhaftierung weiter uneingeschränkt als Anführer akzeptierten Vorsitzenden „Apo“ (kurdische Bezeichnung für „Onkel“) –, zeigen die hohe Mobilisierungsfähigkeit des PKK-Umfeldes. Öcalan ist Triebfeder nahezu aller PKK-nahen Demonstrationslagen in Deutschland und Hessen. Die Spontandemonstrationen im Oktober anlässlich seines Gesundheitszustandes zeigten, dass die PKK-Sympathisanten in Hessen jederzeit und insbesondere bei diesem Thema in der Lage sind, innerhalb weniger Stunden eine hohe Anzahl von Personen zu mobilisieren. Nach wie vor bilden sich für die PKK nachteilige Geschehnisse in der Türkei zeitnah in der kurdischen Diaspora in Form von demonstrativen – zunehmend spontanen – Aktionen ab.

Zugleich kritisierten PKK-nahe Vereine und Verbände die Ausweitung der gegen die PKK erlassenen Verbotsverfügung um weitere verbotene Symbole. Darauf reagierten Anhänger zum einen kreativ, indem sie veränderte oder neue Symboliken nutzten, die von diesem Verbot nicht umfasst sind. Zum anderen wurden verbotene Symbole auch bewusst provokativ bei Veranstaltungen eingesetzt, um deutlich zu machen, dass diese Verbotserweiterung als Angriff auf die PKK und als Ergebnis einer protürkischen Haltung der Bundesregierung eingeschätzt wurde.

Die Anziehungskraft von Veranstaltungen, die von PKK-Anhängern oder ihren nahestehenden Verbänden und Vereinen organisiert werden, hat vor diesem Hintergrund zugenommen. Ein anhaltend hohes Teilnehmerniveau ist in Zukunft zu erwarten.

Ob die seit Jahren propagierte Doppelstrategie – gewaltfrei in der Diaspora, aber Unterstützung auch gewalttätiger Aktionen in den kurdischen Gebieten – weiter Bestand hat, muss sich zeigen. Bislang versuchte das PKK-Umfeld, die positive öffentliche Berichterstattung und mediale Darstellung der vergangenen Jahre, „Verteidiger der kurdischen und yezidischen Zivilbevölkerung gegen den IS" zu sein, für sich zu nutzen. Die Bemühungen um die Aufhebung des PKK-Betätigungsverbots werden immer intensiver und auch die Hoffnung auf eine kurdische Autonomieregion – wie im Nordirak nun auch in Nordsyrien – bleibt für die PKK ein realistisches Ziel. Gewalttätige Auseinandersetzungen in Deutschland und Europa würden diesen Bemühungen zuwiderlaufen.

Die militärischen Aktivitäten der Türkei im Norden Syriens könnten eine Veränderung der Doppelstrategie bewirken. Die politische Entwicklung in der Türkei bzw. das Verhalten der türkischen Regierung gegenüber politischen Gegnern, insbesondere gegenüber PKK-Strukturen zum Beispiel in Syrien, dürften zu einer deutlichen Intensivierung der demonstrativen Aktionen beitragen. Bei einer verschärften Situation ist mit Angriffen auf türkische Einrichtungen auch in Deutschland zu rechnen.

# Devrimci Halk Kurtuluş Partisi Cephesi (DHKP-C, Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front)

## Definition/Kerndaten

**In der Türkei war die DHKP-C terroristisch aktiv und warb für den bewaffneten „Volkskampf", während sie in Deutschland nach wie vor gewaltfrei agierte. Die Gewaltverzichtserklärung aus dem Jahr 1999 hatte Bestand. Darin heißt es: „Die DHKP-C wird ihren Kampf gegen die unrechtmäßige Verbotsmaßnahme in Deutschland fortsetzen – offen, demokratisch und gewaltfrei. Insbesondere wird in Deutschland keine Gewalt gegen türkische Institutionen ausgeübt". Die sogenannte Rückfront in Westeuropa diente der Terrororganisation vor allem dazu, Gelder für ihre Aktivitäten in der Türkei zu beschaffen. Seit 2002 steht die DHKP-C auf der EU-Liste terroristischer Organisationen.**

| | |
|---|---|
| Führung: | Funktionärsgruppe (nach dem Tod von **Dursun Karataş** wurde kein neuer Generalsekretär benannt) |
| Anhänger: | In Hessen etwa **75**, bundesweit etwa **650** |
| Medien (Auswahl): | **Devrimci Sol (Dev Sol, Revolutionäre Linke), Yürüyüş (Marsch)** |
| Europäischer Dachverband: | **Avrupa Türk Konfederasyon (ATK, Türkische Konföderation in Europa),** Sitz in Frankfurt am Main |



*Logo der Anatolischen Föderation*



*Logo der DHKC (Volksbefreiungsfront )*



*Logo der DHKP (Volksbefreiungspartei)*

## Ereignisse/Entwicklungen

**Die Anhänger der DHKP-C waren in Hessen kaum organisiert. Dennoch kam es in Frankfurt am Main und in Darmstadt regelmäßig zu Veranstaltungen, die der Partei zugerechnet werden können.**

**„Märtyrergedenken" und „Gefangenensolidarität" |** Nachdem im Dezember 2016 der mutmaßliche Europaleiter in Hamburg festgenommen worden war, kam es im Laufe des Berichtsjahres immer wieder zu Solidaritätsveranstaltun-

gen im gesamten Bundesgebiet. Der „lange Marsch" mit Veranstaltungen in verschiedenen Städten thematisierte die Festnahme und forderte die Freilassung.

Nach dem Putschversuch 2016 in der Türkei wurden viele Staatsbedienstete entlassen, da ihnen eine Beteiligung am Staatsstreich oder eine Verbindung zu einer extremistischen bzw. terroristischen Gruppierung vorgeworfen wurde. Auch mehrere in Deutschland lebende Aktivisten saßen in türkischen Gefängnissen. Im Berichtsjahr beschäftigte sich die DHKP-C besonders stark mit dem Fall zweier Akademiker, die nach dem Putsch ihre Anstellung verloren hatten. In der Türkei und in Europa gab es mehrere Solidaritäts- bzw. Protestveranstaltungen. Beiden Personen wird die Mitgliedschaft in der DHKP-C vorgeworfen. In Frankfurt am Main und in Darmstadt fanden mehrere Solidaritätskundgebungen und Informationsstände statt. Flyer wurden verteilt und Unterschriften zur Freilassung gesammelt. Bei einer Kundgebung am 5. August in Frankfurt am Main nahm der Vorsitzende des Deutschen Freidenker Verbands e. V., Landesverband Hessen, teil und verteilte Flyer zu einer bevorstehenden Veranstaltung des Frankfurter Solidaritätskomitees für Syrien. Bei dieser trat am 2. September eine kleine Delegation von Grup Yorum auf.

**Grup-Yorum-Konzert |** Die zum Propagandanetzwerk der DHKP-C gehörende türkische Musikgruppe Grup Yorum trat anlässlich ihres sechsten großen Europakonzertes am 17. Juni in Fulda (Landkreis Fulda) auf. Bei dem „Fest der Völker" spielten weitere Musiker und Bands. Mit ca. 2.000 Teilnehmern war die Veranstaltung im Vergleich zu Konzerten in den Vorjahren in Nordrhein-Westfalen deutlich schlechter besucht.

Angemeldet hatte das Festival der Deutsche Freidenker Verband e. V., der öffentlich als Organisator auftrat. Ursprünglich war das Messegelände in Fulda angemietet worden. Nachdem bekannt wurde, dass unter anderem die bekannte DHKP-C-nahe Musikband Grup Yorum auftreten sollte, kündigte die Stadt Fulda den Mietvertrag auf. Die Veranstaltung wurde unter Auflagen letztlich vor dem Stadion durchgeführt. Beim Festival selbst wurden in den Redebeiträgen und an den Infoständen Bezüge zur DHKP-C offensichtlich.

Im September startete die Kampagne „Lieder kennen keine Verbote", mit der gegen die Verhinderung von Konzerten von Grup Yorum und gegen Einreiseverbote für Musiker dieses Musikkollektivs protestiert wurde. Im Rahmen der Kampagne fanden kleinere Konzerte in Duisburg (Nordrhein-Westfalen) und in Stuttgart (Baden-Württemberg) statt.

## Entstehung/Geschichte

Die DHKP-C wurde 1994 als Nachfolgeorganisation der seit 1983 in Deutschland verbotenen Dev Sol gegründet. Auf der Grundlage des Marxismus-Leninismus spricht sich die DHKP-C nach wie vor für einen revolutionären Umsturz der bestehenden Staats- und Gesellschaftsordnung in der Türkei aus und strebt die Errichtung einer sozialistischen Gesell-

schaft an. Sie propagiert einen bewaffneten Volkskampf unter ihrer Führung und führt in der Türkei immer wieder auch Selbstmordanschläge durch. Die EU hat die in Deutschland seit 1998 verbotene Organisation im Jahr 2002 als terroristische Organisation eingestuft. Ähnlich wie das Publikationsorgan der DHKP-C, Yürüyüş, dessen Verbreitung seit 2015 durch das Bundesinnenministerium verboten ist, gilt auch die Musikband Grup Yorum als fest mit der Organisation verbunden.

Grup Yorum (Yorum bedeutet Interpretation oder Kommentar) wurde 1985 als Reaktion auf die Entpolitisierungs- und Einschüchterungspolitik nach dem Militärputsch 1980 von türkischen Studenten gegründet. Laut eigener Beschreibung habe sie ein „revolutionär-sozialistisches Musikverständnis" und sei „die Stimme des Volkes". Unter diesem Motto werden europaweit Konzerte durchgeführt, auf denen Verbindungen zur DHKP-C offensichtlich werden.

## Ideologie/Ziele

Die DHKP-C richtet ihre Aktivitäten darauf aus, den türkischen Staat mit Gewalt zu zerschlagen und durch ein marxistisch-leninistisches Regime unter ihrer Kontrolle zu ersetzen. Ihr Ziel ist die Errichtung einer klassenlosen sozialistischen Gesellschaft.

## Bewertung/Ausblick

Deutschland gilt innerhalb der EU als wichtiger finanzieller und logistischer Rückzugsraum der DHKP-C. Neben den jährlichen Spendenkampagnen dienen auch die Einnahmen aus den Grup-Yorum-Konzerten zur Finanzierung der Organisation. Deutschland wird als Vorbereitungsraum für terroristische Anschläge in der Türkei genutzt, ist selbst aber bisher nicht Ziel von Gewaltaktionen.

Die DHKP-C versucht unter dem Deckmantel gesellschaftspolitisch konsensfähiger Themen (Antirassismus-Kampagnen, Gedenkveranstaltungen für die Opfer des sogenannten Gezi-Aufstandes 2013 in Istanbul, Solidaritätsaktionen für politische Gefangene in der Türkei etc.) neue Anhänger zu mobilisieren. Im Zusammenhang mit den politischen Ereignissen in der Türkei besteht eine hohe Emotionalisierung innerhalb der Organisation.

Die Konzerte der Musikband Grup Yorum dienen der Rekrutierung neuer Anhänger. Das Besucherspektrum, insbesondere musikaffine Jugendliche mit türkischem Migrationshintergrund, geht deutlich über die engere Anhängerschaft der DHKP-C hinaus. Für die DHKP-C stellt dies ein ideales Publikum für ein Programm aus Musik und Ideologie dar. Gerade dies macht die Gefahr aus, die von Veranstaltungen dieser Art ausgeht.

## Straf- und Gewalttaten

Die Zahl der extremistischen Straf- und Gewalttaten im Phänomenbereich des Extremismus mit Auslandsbezug erhöhte sich in Hessen deutlich von 71 im Jahr 2016 auf 118. Zugleich reduzierte sich die Zahl der Gewalttaten deutlich auf eine (im Jahr 2016 waren es zehn). Diese Entwicklung war insbesondere auf zwei Aspekte zurückzuführen: Zum einen konnten durch die Erweiterung des Verbotserlasses gegen die PKK Unterstützungshandlungen (in der Regel Propagandadelikte) für die mit einem Betätigungsverbot belegte Vereinigung nunmehr auch vermehrt strafrechtlich verfolgt werden. Zum anderen ist die Anzahl der Gewalttaten im Jahr 2016 auch den unmittelbar folgenden Auswirkungen des damaligen gescheiterten Putsches in der Türkei auf die Szene in Deutschland geschuldet. (Siehe im Glossar und Abkürzungsverzeichnis unter dem Stichwort Politisch motivierte Kriminalität zur Erfassung politisch motivierter Straf- und Gewalttaten mit extremistischem Hintergrund.)

| | 2017 | 2016 | 2015 |
|---|---|---|---|
| **Deliktart** | | | |
| Tötung | | | |
| Versuchte Tötung | | | |
| Körperverletzung | 1 | 6 | 6 |
| Brandstiftung / Sprengstoffdelikte | | 3 | |
| Landfriedensbruch | | 1 | 1 |
| Gefährliche Eingriffe in den Bahn-, Schiffs-, Luft- und Straßenverkehr | | | |
| Freiheitsberaubung, Raub, Erpressung, Widerstandsdelikte | | | 1 |
| **Gewalttaten gesamt** | 1 | 10 | 8 |
| **Sonstige Straftaten** | | | |
| Sachbeschädigung | 8 | 13 | 17 |
| Nötigung / Bedrohung | 2 | | 2 |
| Andere Straftaten (insb. Propagandadelikte) | 107 | 48 | 34 |
| **Straf- und Gewalttaten gesamt** | 118 | 71 | 61 |



# Flüchtlinge im Visier von Extremisten

**Auch im Berichtsjahr bildeten die Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik zentrale Themen in der rechtsextremistischen Agitation in Hessen. Mit der Angst vor „kultureller Überfremdung" sollten Ressentiments und Ängste in der Bevölkerung geschürt werden. Diese fremdenfeindliche Agitation birgt das Risiko, dass sich Einzelpersonen und Gruppierungen radikalisieren, was zum Begehen schwerster Straftaten führen kann.**

**Diskreditierung von Flüchtlingen |** Mit ihrer fremdenfeindlichen Agitation versuchten Rechtsextremisten, in der Bevölkerung die Schutzbedürftigkeit der Flüchtlinge zu diskreditieren. Insbesondere seit dem Bekanntwerden herausragender Ereignisse wie der beiden Tötungsdelikte in Freiburg im Breisgau (Baden-Württemberg) und Kandel (Rheinland-Pfalz), bei denen zwei Frauen von Flüchtlingen getötet wurden, wurde mit der von Asylbewerbern bzw. Migranten ausgehenden Kriminalität seitens der Rechtsextremisten agitiert.

**Sozialneid, Aufrufe zur Gewalt, Drohungen |** Darüber hinaus führten Rechtsextremisten im Internet Sozialneid-Debatten. Besonders in sozialen Netzwerken wurde zum Teil offener Hass gegen Flüchtlinge und damit pauschal Fremdenfeindlichkeit geschürt. Rechtsextremistische Parteien und Organisationen posteten im Internet aus ihrer Sicht erfolgreiche Aktionen. Dabei handelte es sich zum Beispiel um Flugblattverteilungen und das Anbringen von Bannern. Im Berichtsjahr ging in Hessen die Zahl dieser Aktionen im Vergleich zum Vorjahr zurück.

**Rückgang rechtsextremistischer Aktionen |** In geringerer Zahl als im Vorjahr waren von rechtsextremistischen Parteien initiierte und beworbene Demonstrationen Bestandteil des gegen die Flüchtlinge und die Flüchtlingspolitik gerichteten Protests. In Hessen kam es am 26. August in Fulda (Landkreis Fulda) zu einer Demonstration von ca. 100 Anhängern der Partei Der Dritte Weg unter dem Motto „Asylflut stoppen. Heimat, Familie, Tradition".

**Beispiele für fremdenfeindliche Straftaten |** Übergriffe auf Flüchtlinge, Asylbewerber, Erstaufnahmeeinrichtungen und Unterkünfte werden durch die Sicherheitsbehörden weiterhin mit Sorge betrachtet. Im Berichtsjahr kam es zu weniger Angriffen auf Asylbewerberunterkünfte. In Hessen sind folgende Fälle hervorzuheben:

- Im Februar kam es in Alsbach-Hähnlein (Landkreis Darmstadt-Dieburg) zu einer schweren Brandstiftung an einer Asylbewerberunterkunft. Unbekannte Täter warfen einen Brandsatz vor eines der Fenster. Der Brand konnte von den Bewohnern selbst gelöscht werden. An der Gebäudefassade entstand Sachschaden, Personen wurden nicht verletzt.
- In Beselich (Landkreis Limburg-Weilburg) sprühten unbekannte Täter im Februar rote Hakenkreuze an die Fassade und den Briefkasten einer Asylbewerberunterkunft.
- Eine weitere Tat ereignete sich im

März in Beselich (Landkreis Limburg-Weilburg). Auch hier sprühten Unbekannte ein Hakenkreuz an die Hauswand der Flüchtlingsunterkunft.
- In Kassel kam es im Juni zu einer Straftat an einer Unterkunft für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge. In unmittelbarer Nähe wurden der Schriftzug „Sieg Heil" und weitere Parolen und Symbole aufgebracht.
- Im Dezember machten sich vier Täter in Laubach (Landkreis Gießen) eines Landfriedensbruchs schuldig. Die maskierten Täter schlugen mittels Baseballschläger Scheiben einer Asylbewerberunterkunft ein. Zwei Flüchtlinge, die angegriffen wurden, konnten sich in Sicherheit bringen. Als Motiv nannten die Täter eine fremdenfeindliche Einstellung.

Für die menschenverachtende Agitation gegen Flüchtlinge können folgende Beispiele genannt werden:
- Ein unbekannter Facebook-Nutzer kommentierte einen Beitrag zum Thema „Finanzierung von Flüchtlingen" mit folgenden Worten: „Dieses dreckige Viehzeug. Schickt sie dahin, wo sie hergekommen sind. Da können sie im Dreck nach Essen wühlen. Denen fehlt mal voll fett eine aufs Maul dreckiges Gesindel." (Schreibweise wie im Original.)
- Auf der Facebook-Seite „Merkels Neubürger" wurden folgende Kommentierungen eingestellt: „Gleich abknallen diese Schweine", „Jedes Schwein ist mehr wert als dieses Dreckspack. Schweine bringen wir täglich genug um……warum nicht auch dieses dreckige Ausländerpack?" und „Wir holen uns diesen Menschenmüll hier freiwillig hin! … heute hätten wir die richtige Brennstäbe für die Öfen!" (Schreibweise wie im Original.)

**Entwicklung der gegen Flüchtlingsunterkünfte, Flüchtlinge und Flüchtlingshelfer gerichteten Straftaten |** In Hessen gab es im Berichtszeitraum sieben (2016: 25) Straftaten, die sich gegen Asyl- und Flüchtlingsunterkünfte richteten; diese entfielen alle auf den Bereich PMK – rechts –. Die Anzahl der Straftaten gegen Asylbewerber und Flüchtlinge belief sich auf 50 (2016: 72), davon entfielen 46 (2016: 67) auf den Bereich PMK – rechts –. Gegen Hilfsorganisationen sowie ehrenamtliche und freiwillige Helfer waren zwei Straftaten zu verzeichnen (2016: drei), davon entfiel eine (2016: zwei) auf den Bereich PMK – rechts –. Die Zahl dieser Straftaten lag somit auf einem gleichbleibend niedrigen Niveau bei sinkender Tendenz.

**Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug |** Das Themenfeld „Antirassismus" blieb für Linksextremisten grundsätzlich ein wichtiger Aktionsbereich. Allerdings beschränkten sich solche Aktivitäten im Berichtsjahr weitgehend auf lokale oder regionale Projekte. Größere Bedeutung gewannen die begonnenen Rückführungen von Geflüchteten in ihre Heimatländer, zum Beispiel nach Afghanistan, oder die Einrichtung sogenannter Abschiebehafteinrichtungen, zum Beispiel auch in Darmstadt. Deswegen kam es zu demonstrativen Aktionen, die friedlich verliefen.

Im Bereich des Extremismus mit Auslandsbezug war festzustellen, dass die Bemühungen extremistischer Gruppierungen, Flüchtlinge gezielt anzusprechen und für ihre Sache zu gewinnen, auch auf Grund der deutlich zurückgegangenen Anzahl der Geflüchteten nicht mehr von Bedeutung waren.

**Islamismus/Salafismus |** Seit August 2015 wurden bundesweit und auch in Hessen vermehrt Kontaktaufnahmen zu Flüchtlingen bzw. entsprechende Versuche oder entsprechende Vorbereitungshandlungen von Islamisten festgestellt, bei denen überwiegend von einem missionarischen Hintergrund auszugehen ist. Hierbei handelte es sich um Fälle, in denen auch mittels Unterstützungs- und Hilfeleistungen versucht wurde, Flüchtlinge für islamistische Weltbilder zu gewinnen.

Flüchtlinge frequentierten zudem extremistische oder extremistisch beeinflusste Moscheen. Ob sie gezielt für diese Besuche angeworben oder angesprochen wurden, ist nicht in allen Fällen bekannt.

In diesem Kontext ist darauf hinzuweisen, dass die Unterstützung hier lebender Muslime und muslimischer Organisationen für Flüchtlinge nicht pauschal als islamistische Missionierung oder Radikalisierung vorverurteilt werden dürfen.

Eine besondere Aufmerksamkeit der Sicherheitsbehörden ist zudem bei der Einreise von Mitgliedern, Unterstützern und Sympathisanten islamistischer Organisationen gegeben. Unter den nach Deutschland geflüchteten Personen befanden sich zum Teil auch solche, die vor ihrer Flucht im Herkunftsland in unterschiedlichem Maße in jihadistische Organisationen eingebunden gewesen sein sollen oder waren.

Bisweilen offenbaren sie diese Aktivitäten im Kontakt mit den Behörden. Dabei schildern sie beispielsweise den Aufenthalt in einem islamistisch-terroristischen Trainingslager oder die Auseinandersetzung mit Regierungskräften des Herkunftslandes.

Intensiver Aufklärung erfordert das Entdecken von Terroristen unter Flüchtlingen. So gehen die Sicherheitsbehörden Hinweisen zu Personen nach, die unter dem Deckmantel der Migrationsbewegungen zur Erfüllung eines terroristischen Auftrags nach Europa gelangt sein sollen.

Nicht zu unterschätzen ist zudem die Problematik, dass antisemitische Weltbilder auch unter einigen Flüchtlingen bestehen.

**Bewertung – Maßnahmen |** Die Zahl der Übergriffe auf Asylunterkünfte ging im Berichtsjahr deutlich zurück. Der Hauptgrund dürfte die Entwicklung der Flüchtlingszahlen sein. Viele Unterkünfte konnten deshalb geschlossen werden. Obwohl die Zahl der nach Deutschland einreisenden Flüchtlinge mittlerweile stark sinkt, ist davon auszugehen, dass die rechtsextremistische Agitation gegen Flüchtlinge anhalten wird. Bei entsprechend öffentlichkeitswirksamen, emotionalisierenden Ereignissen be-

steht die Gefahr der schlagartigen Intensivierung der Agitation.

In Hessen kam es bisher überwiegend zu den Deliktsfeldern Volksverhetzung, Verwenden von Kennzeichen verfassungswidriger Organisationen, Sachbeschädigung durch fremdenfeindliche Farbschmierereien und Brandstiftung. Unverändert besteht die Gefahr, dass Rechtsextremisten Gewalt befürworten, damit zu Gewalttaten anstoßen bzw. selbst schwerwiegende Straftaten gegen Flüchtlinge oder Flüchtlingsunterkünfte begehen. Hierbei kann es auch zu Todesopfern kommen. Dies gilt insbesondere vor dem Hintergrund, dass die Themen „Flüchtlinge“ und „Flüchtlingspolitik“ auf unbestimmte Zeit Gegenstand des in Teilen kontrovers geführten gesellschaftlichen und medialen Diskurses bleiben werden.




# Organisierte Kriminalität

## Definition/Ziele

Organisierte Kriminalität (OK) ist ein komplexes Kriminalitätsphänomen. Seine wesentlichen Merkmale sind in § 2 Abs. 3 d) des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz definiert. OK wird demnach beschrieben als die von Gewinn- und Machtstreben bestimmte planmäßige Begehung von Straftaten, die einzeln oder in ihrer Gesamtheit von erheblicher Bedeutung für die Rechtsordnung sind, durch mehr als zwei Beteiligte, die auf längere oder unbestimmte Dauer arbeitsteilig tätig werden

- unter Verwendung gewerblicher oder geschäftsähnlicher Strukturen oder
- unter Anwendung von Gewalt oder durch entsprechende Drohungen oder
- unter Einflussnahme auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft.

Akteure der OK – Täter, Hintermänner und Nutznießer – missbrauchen die freiheitliche demokratische Grundordnung, um ihre auf Gewinnmaximierung ausgerichteten Interessen mit dem Begehen von Straftaten, dem Einsatz von Gewalt oder der Einflussnahme auf Institutionen durchzusetzen. Illegal erwirtschaftete Gelder werden oftmals im Rahmen legaler Wirtschaftstätigkeit gewaschen und in legale und illegale Unternehmungen reinvestiert.

OK-Gruppen passen ihre Aktionsfelder kriminellen „Markterfordernissen" an und reagieren flexibel auf deren Veränderungen. Aktionen im Rahmen der OK sind generell darauf ausgelegt, nicht erkannt zu werden. Da sie weitgehend und unter erheblichem Aufwand konspirativ durchgeführt werden, ist es schwer, kriminelle Handlungen als OK-Struktur zu erkennen. Die jährlich durch die OK verursachte Schadenssumme in Deutschland bewegt sich nach offiziellen Schätzungen – zuletzt für das Jahr 2016 – auf 424 Millionen Euro. Unter Einrechnung einer erheblichen Dunkelziffer kann von einem Schaden in Milliardenhöhe ausgegangen werden.

## Rockerkriminalität

**Hells Angels MC – Entwicklung nach dem Mord |** Im Bereich der kriminellen Rockergruppierungen (Outlaw Motorcycle Gangs, OMCG) in Hessen dauert die Aufklärung des Mordes am Gießener Hells Angels MC-Präsidenten im Oktober 2016 noch an. Der bislang schwelende Konflikt zwischen den Oldschool-Rockern und dem sogenannten Türken-Charter wurde offenbar beigelegt.

**Gruppierungen nicht einheitlich |** Die Szene zeigte sich in ihren Strukturen nicht einheitlich. Zwar ähnelten Grup-

pierungen wie der Osmanen Germania Box Club (OGBC), Osmanen Box Club oder der Lions 21 optisch und in ihren hierarchischen Strukturen den bekannten OMCGs, sie grenzten sich jedoch selbst von diesen ab und verstanden sich vielmehr als Streetgang. Motorräder spielten innerhalb dieser Gruppierungen keine Rolle.

**OGBC – Führungsfunktionäre in Haft |** Im Berichtsjahr fiel der Fokus vor allem auf den OGBC, weil dieser im Verdacht stand, aus der Türkei gesteuert zu sein. Wichtige Protagonisten, darunter der in Hessen wohnhafte ehemalige Weltpräsident des OGBC sowie dessen ehemaliger Stellvertreter, saßen in Stuttgart in Untersuchungshaft. Sie erwartet ein Verfahren wegen schwerer Gewaltverbrechen.

**Türkisch-kurdischer Konflikt |** Zwischen dem türkisch-nationalistisch eingestellten OGBC und der kurdischen Gruppierung Bahoz hatte es 2016 zum Teil gewaltsame Auseinandersetzungen gegeben. Im Berichtsjahr erklärte die kurdische Gruppierung ihre Auflösung. Insgesamt gingen – auch infolge der Verhaftungen – im Berichtsjahr weniger Aktivitäten von dem OGBC aus als noch in den Jahren zuvor.

## Italienische Organisierte Kriminalität

Bei Aktivitäten von kriminellen Gruppen – zum Beispiel der italienischen OK – beobachtete das LfV besonders deren Verbindungen in das Rhein-Main-Gebiet. Hierbei ging es unter anderem um die Aufklärung, inwieweit die italienische OK ihre illegal erworbenen Gelder in Gastronomie bzw. Hotelbetriebe und in legale Immobiliengeschäfte investierte.

## Maßnahmen des LfV

Die vom LfV überwiegend mit nachrichtendienstlichen Mitteln und im Rahmen der Zusammenarbeit mit anderen Verfassungsschutzbehörden und ausländischen Nachrichtendiensten gesammelten Erkenntnisse werden den einzelnen Bedarfsträgern gezielt und in geeigneter Form zur Verfügung gestellt. Diese Erkenntnisse eignen sich selten für eine öffentliche Darstellung.

Seinem Auftrag entsprechend agiert der Verfassungsschutz bei der Beobachtung und Aufklärung der OK im Vorfeld konkreter Straftaten. Ziel ist die Erkenntnisgewinnung in Bezug auf personelle, lo-

gistische, organisatorische, finanzielle sowie deliktische Strukturen. Neben dem frühzeitigen Ansatz der Erkenntnisgewinnung bietet die Beobachtung durch Nachrichtendienste den Vorteil einer langfristigen und nicht auf einzelne Strafverfahren bezogenen Beobachtung. Die Strukturaufklärung des Verfassungsschutzes ist dabei nicht auf die Bearbeitung einzelner Delikte ausgerichtet, sondern analysiert die kriminellen Strukturen in einem ganzheitlichen Zusammenhang. Daraus können in der Folge auch Erkenntnisse für Strafverfolgungsbehörden resultieren.

In seiner Funktion als „Frühwarnsystem" unterstützt der Verfassungsschutz die Maßnahmen von Politik, Polizei, weiteren staatlichen Einrichtungen und anderen öffentlichen Stellen, indem er Erkenntnisse über Gefahren, die von der OK ausgehen, zur Verfügung stellt. Besonders wachsam werden weiterhin auch Versuche von OK-Gruppen beobachtet, welche möglicherweise darauf ausgerichtet sein könnten, Einfluss auf Politik, Verwaltung, Justiz, Medien oder Wirtschaft zu erlangen.



# Spionageabwehr

## Aktivitäten ausländischer Nachrichtendienste

**Das LfV geht aufgrund seines gesetzlichen Auftrags jedem Spionageanfangsverdacht nach, stellt sich auf gesellschaftlichen, politischen und technischen Wandel ein und trägt diesem in seiner Arbeit Rechnung. Diese Arbeit wird mit einem „Rundumblick" durchgeführt: Die Verfassungsschutzbehörden überprüfen alle Hinweise auf gegen deutsche Interessen gerichtete nachrichtendienstliche Aktivitäten, unabhängig von welchem Staat sie ausgehen.**

Zum Bereich der Spionageabwehr zählen folgende Beobachtungsschwerpunkte:

- Geheimdienstliche Agententätigkeit/Oppositionellenausspähung gemäß § 99 StGB,
- Proliferation,
- Cyberabwehr,
- Einflussnahme fremder Staaten auf die Meinungsbildung und die Politik mittels Desinformation, Propaganda, hybrider Kriegsführung,
- Staatsterrorismus

**Ziele und Arbeitsweisen ausländischer Nachrichtendienste |** Nach wie vor wurden Mitglieder der Gruppe der 20 wichtigsten Industrie- und Schwellenländer Opfer nachrichtendienstlicher Angriffe. Die von den G20-Staaten getroffenen Entscheidungen in Bezug auf internationale Finanz-, Wirtschafts- und Energiefragen standen im Fokus des Interesses ausländischer Nachrichtendienste. Weiteres Ziel ist langfristig auch die EU als militärischer Faktor in der NATO mit Deutschland als stabilem Partner der großen Industrie- und Wirtschaftsnationen. Unverändert standen neue militärische Forschungserkenntnisse sowie zukunftsorientierte Technologien im Zentrum von Spionageaktivitäten.

Ausländische Nachrichtendienste spähten fortgesetzt in Deutschland ansässige Organisationen und Volksgruppen aus, die im Herkunftsland als Oppositionelle politisch verfolgt oder beobachtet wurden.

Die entsprechenden Staaten nutzten für nachrichtendienstliche Operationen in der Bundesrepublik Deutschland neben amtlichen Einrichtungen (zum Beispiel Botschaften, Generalkonsulaten) halbamtliche Vertretungen ihrer Länder (so etwa Presseagenturen, Fluggesellschaften). Ausländische Nachrichtendienste waren in unterschiedlicher Stärke in den jeweiligen Einrichtungen ihrer Staaten in Deutschland präsent. Auch in Hessen wurden diese als Legalresidenturen bezeichneten Stützpunkte ausländischer Nachrichtendienste unterhalten. Getarnt agierten sie aus den offiziellen Einrichtungen heraus und nutzten den Schutz des diplomatischen Status oder traten als halboffizielle Vertreter von Presseorganen, Fluggesellschaften oder Firmen mit staatlicher Beteiligung der Herkunftsländer auf. Dies geschah unter Ausnutzen zum Beispiel der Pressefreiheit oder in Firmen im Rahmen wirtschaftlicher Gepflogenheiten.

Für den Banken- und Wirtschaftsstandort Frankfurt am Main als Metro-

pole der Rhein-Main-Region galt dies in erster Linie für dort ansässige Generalkonsulate.

**Flüchtlinge im Visier ausländischer Nachrichtendienste |** Der überwiegende Teil der im Berichtsjahr in die Bundesrepublik eingereisten Flüchtlinge stammt aus Ländern, in denen staatliche Strukturen nur noch begrenzt vorhanden waren, wie etwa Syrien und Irak. Es ist jedoch davon auszugehen, dass die Nachrichtendienste dieser Länder nach wie vor existent sind. Daher gilt für die in Deutschland ankommenden Flüchtlinge: Wer sich im Heimatland gegen das Regime engagierte, gerät eventuell auch in Deutschland in das Visier fremder Nachrichtendienste. Flüchtlinge und deren Familien in der Heimat können ausgespäht werden, gegebenenfalls versuchen fremde Nachrichtendienste, sie als menschliche Quelle zu gewinnen. Darüber hinaus ist nicht auszuschließen, dass ausländische Nachrichtendienste daran interessiert sind, Informationen über bestimmte Flüchtlingsgruppen und das Agieren der in den Herkunftsländern verbliebenen Opposition zu erhalten.

Daneben stammten zahlreiche Flüchtlinge, zum Teil ehemals hochrangige Regierungsbedienstete, aus der Türkei. Seit dem Putschversuch im Jahr 2016 werden vor allem Personen ausgespäht und verfolgt, die seitens des türkischen Staates als Gülen-Anhänger gelten.

**Nachrichten und Sicherheitsdienste der Volksrepublik China |** Das von der Kommunistischen Partei Chinas (KPCh) autoritär regierte Land hat sich – auch unter Einsatz seiner Nachrichtendienste – als wirtschaftliche und militärische Großmacht etabliert. Beobachtung und Kontrolle der Oppositionsbewegungen im Ausland blieben ein wichtiger Schwerpunkt seiner Dienste. Auch in Deutschland betrieben sie die Unterwanderung der in China als „Fünf Gifte" bezeichneten Bewegungen:

- Mitglieder der regimekritischen Meditationsbewegung Falun Gong,
- Organisationen von Angehörigen der muslimischen Uiguren,
- Organisationen von Unterstützern eines autonomen Tibets,
- Organisationen von Anhängern der Demokratiebewegung,
- Organisationen von Befürwortern der Eigenstaatlichkeit Taiwans.

Um politische, wirtschaftliche und militärische Informationsbeschaffung der chinesischen Dienste bei Auslandsbesuchen in China abzuwehren, sollten Besucher der Volksrepublik China auf elektronische Angriffe achten.

Ferner beabsichtigt China, das freie Internet im Land bzw. die Virtual-Private-Network-Zugänge (VPN) einzustellen. Private Nutzer haben bereits seit einiger Zeit keinen Zugriff zum freien Internet. Das war lediglich eingeschränkten Nutzern vorbehalten, wie Firmen, die global vernetzt sind und auf diese Weise mit anderen Firmenstandorten kommunizieren. 2018 sollen die VPN-Zugänge gesperrt werden, über die geblockte Seiten bisher einsehbar waren.

Im Dezember 2017 wies die EU darauf hin, dass bei zwei europäischen Botschaften in China im Herbst die VPN-Zugänge abgeschaltet wurden. Auch die Financial Times berichtete von fünf ausländischen Unternehmen, deren Betriebs-VPNs gestört oder gar stillgelegt worden waren. China untermauerte diese Politik mit dem Begriff „Cybersouveränität". Künftig sollen die Firmen eine staatlich genehmigte Software nutzen. Der Schutz vor dem Einblick oder gar einem Eingriff des Staates ist damit nicht gewährleistet.

China versuchte darüber hinaus, Perspektiventscheidungen der G20-Staaten in der Wirtschafts-, Energie- und Finanzpolitik frühzeitig in Erfahrung zu bringen, um entsprechende eigene Strategien zu entwickeln. Im Berichtsjahr gab es verstärkt Hinweise auf Anwerbeversuche chinesischer Nachrichtendienste über soziale Netzwerke. Über Fakeprofile bei LinkedIn wurde Kontakt zu Zielpersonen aufgebaut.

**Nachrichten und Sicherheitsdienste der Russischen Föderation |** Politische Einrichtungen der Exekutive und der Legislative in der EU waren nach wie vor von zentralem Interesse für die beiden russischen Auslandsnachrichtendienste:

- Der Slushba Wneschnej Raswedki (SWR) ist für zivile Objekte und Themen (speziell für Politik, Wirtschaft und Wissenschaft/Technologien) zuständig.
- Die Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (GRU, Hauptverwaltung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation) interessiert sich für das gesamte militärische Spektrum, insbesondere für neue Technologien in der Entwicklung und im Einsatz.

Die Aktivitäten des russischen Inlandsnachrichtendiensts Federalnaja Slushba Besopasnosti (FSB, Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation) sind weiterhin anhaltend hoch. Vor allem die Reisen von Ausländern nach Russland ließen eine risikolose Ansprache auf eigenem Territorium zu. Dem FSB sind alle Grenztruppen angeschlossen, sodass bereits bei der Einreise „Vorabkontrollen" möglich waren.

**Proliferation |** Im sicherheitspolitischen Zusammenhang bezeichnet der Begriff Proliferation die Weiterverbreitung bzw. Weitergabe von Massenvernichtungswaffen sowie den Erwerb passender Trägersysteme und entsprechender Technologien an Staaten, die bislang nicht über solche Waffen verfügen. Neben dem Import kompletter Waffensysteme umfasst Proliferation auch die illegale Beschaffung von Komponenten, relevanten Technologien und Herstellungsverfahren sowie die Abwerbung wissenschaftlich-technischen Personals.

Vor diesem Hintergrund waren Massenvernichtungswaffen weiterhin ein machtpolitisches Instrument, das sowohl in regionalen als auch in internationalen Krisensituationen die Stabilität eines gesamten Staatengefüges erschüttern kann. Insbesondere Staaten wie Iran, Nordkorea, Pakistan und Syrien versuchen im Rahmen der Proliferation solche Waffen zu erwerben und weiterzuver-

breiten, indem sie etwa die Transportwege über Drittstaaten verschleierten. Ziel solcher nachrichtendienstlicher Maßnahmen war es, Kontrollmechanismen in Staaten, die nicht besonderen Embargo-Vorschriften unterliegen, zu umgehen.

Bezüglich der im Iran sowie in Nordkorea, Pakistan und Syrien tätigen Firmen sind folgende Aspekte, Hinweise und Anhaltspunkte, die eventuell auf proliferationsrelevante Aktivitäten hinweisen, zu berücksichtigen:

- Der tatsächliche Verbleib der Güter ist unklar und kann nicht plausibel erklärt werden.
- Der Kunde kann nicht erklären, wofür das Produkt gebraucht wird.
- Der beabsichtigte Verwendungszweck weicht erheblich von der vom Hersteller vorgegebenen Produktbestimmung ab.
- Der Kunde handelt üblicherweise mit militärischen Gütern.
- Die Person, die als Käufer auftritt, verfügt nicht über das erforderliche Fachwissen.
- Die tatsächliche Identität eines Neukunden ist nicht bekannt.
- Es werden ohne erkennbaren Grund Zwischenhändler eingeschaltet, gegebenenfalls auch im Ausland (sogenannte Umweglieferung).
- Der Kunde wünscht eine außergewöhnliche Etikettierung oder Kennzeichnung bzw. Beschriftung, um die Güter neutral zu bezeichnen.
- Angebotene Zahlungsbedingungen sind besonders vorteilhaft, wie zum Beispiel Barzahlung, hohe Vorauszahlungen oder ungewöhnliche Provisionen.
- Der Käufer verzichtet auf das Einweisen in die Handhabung, auf Serviceleistungen oder auf Garantie.
- Firmenangehörige werden zu Ausbildungszwecken zur Herstellerfirma nach Deutschland geschickt, obwohl eine Einweisung vor Ort praktischer und sinnvoller wäre.
- Mitglieder von Besucherdelegationen werden namentlich nicht vorgestellt.
- Zu weiteren Geschäftskontakten nach Deutschland wird geschwiegen.
- Neutrale Handelsfirmen täuschen den Verkäufer über den tatsächlichen Kauf durch staatlich gesteuerte Unternehmen.
- Hochschulen des jeweiligen Landes treten als Empfänger auf, um die Identität des Endverbrauchers zu verschleiern.

Es ist daher für Unternehmen, die möglicherweise proliferationsrelevante Waren ausführen, immer empfehlenswert, sich zu Detailfragen bei eventuell genehmigungspflichtigen Sachverhalten unmittelbar mit dem Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle (BAFA) in Verbindung zu setzen.

**Gastwissenschaftler |** Auch das Thema „Gastwissenschaftler" steht im Zusammenhang mit Proliferationssachverhalten. Der wissenschaftliche Austausch von Studierenden und ausgebildeten Fachkräften zwischen Universitäten und Forschungseinrichtungen ist zwar politisch und wirtschaftlich gewollt und sinnvoll, dennoch geschieht dies oft mit Kenntnis der jeweiligen ausländischen

Nachrichtendienste. Relevante Staaten mit solchen illegalen Beschaffungsmethoden sind insbesondere Iran, Nordkorea und Pakistan.

Beispiel hierfür ist der Bereich Elektrotechnik im Verbund mit dem Einsatz von Zentrifugen im Prozess der Urananreicherung. Hier gibt es immer wieder Verdachtsmomente, dass ausländische Nachrichtendienste eigene Gastwissenschaftler unter Druck setzen, um das gewünschte technische Know-how zu erlangen. Ein weiteres Beispiel für nachrichtendienstliche Steuerung ist der Forschungsaustausch von Universitätsinstituten in dem Sektor chemisch-biologischer Verfahren.

**Cyber-Spionage |** Im Rahmen der gesetzlich festgeschriebenen föderalen Aufgabenteilung analysieren die Sicherheitsbehörden auf Bundesebene mögliche Bedrohungen der eigenen digitalen Kommunikationssysteme und überprüfen diese auf mögliche Anhaltspunkte für Ausspähmaßnahmen. Diese Maßnahmen schließen die Regierungsnetze sowie die Systeme zur elektronischen Übermittlung und Verarbeitung von Dateien ein.

Hinweise zu Cyberspionageaktivitäten gegen Stellen in Hessen konnten im Berichtszeitraum zu russischen, iranischen und chinesischen Gruppierungen beobachtet werden.

Während bei russischen Aktivitäten insbesondere staatliche und politische Einrichtungen im Fokus standen, konnte bei iranischen und chinesischen Aktivitäten auch ein andauerndes Interesse an wirtschaftlichen Zielen, insbesondere in Forschungsbereichen festgestellt werden.

Bei staatlich gelenkten Cyberangriffen war ebenso wie bei Akteuren aus dem Cybercrime eine Entwicklung hin zu Angriffen auf mobile Endgeräte zu beobachten. Staatlich gesteuerte Angreifer kompromittierten gezielt WLAN-Netze und setzten vermehrt Malware für mobile Betriebssysteme wie zum Beispiel Android ein.

**IT gestützte Spionage |** In den Bereich der IT-gestützten Spionage fallen nicht nur die Informationsbeschaffung, sondern auch Aktivitäten, die auf das Schädigen bzw. die Sabotage dieser Systeme zielen. Elektronische Angriffe werden dabei oft durch die Informationsbeschaffung seitens menschlicher Quellen ergänzt. Diese Methode ist kostengünstig, in Realzeit durchführbar und besitzt eine hohe Erfolgswahrscheinlichkeit. Ernsthafte politische oder strafrechtliche Risiken für die Urheber der Angriffe bestehen nicht. Von IT-gestützter Spionage können sowohl Behörden und öffentliche Stellen als auch Wirtschaftsunternehmen und Forschungseinrichtungen betroffen sein.

Der tatsächliche Umfang des Schadens, der durch Wirtschafts- und Konkurrenzspionage entsteht, ist weitgehend unbekannt. Oft melden Unternehmen derartige Sicherheitsvorfälle den staatlichen Stellen nicht, da sie eine Rufschädigung fürchten. Im Zuge der zunehmenden Vernetzung und der steigenden Abhängigkeit von IT-Infrastrukturen ist dieses

Thema hochbrisant. Es ist besonders wichtig, dass betroffene Unternehmen Spionagesachverhalte bzw. bereits Verdachtsmomente den Sicherheitsbehörden offensiv anzeigen, um sie zu verfolgen und Schutzmaßnahmen zu ergreifen.

Im Berichtszeitraum gingen beim Verfassungsschutz eine Vielzahl an Verdachtsfällen hinsichtlich IT-gestützter Wirtschaftsspionage gegen hessische Unternehmen und Institutionen ein. Das LfV prüft diese Hinweise in Zusammenarbeit mit den Sicherheitsbehörden von Bund und Ländern und hilft den Betroffenen bei der Abwehr weiterer Angriffe. Häufig waren Forschungseinrichtungen und forschungsintensive Branchen, wie zum Beispiel die Medizin- und Pharmabranche, betroffen.

## Regeln für Reisende

Gefahren drohen nicht nur, wenn sich ein Benutzer weltweit im Internet bewegt oder entsprechende Kommunikationsmittel benutzt. Gefahren entstehen auch bei Reisen in Länder, in denen die Verhältnisse politisch instabil sind, Unruhen herrschen oder sich Krisen ausgebreitet haben. Der Aufenthalt in solchen Ländern ist stets mit einem hohen Risiko behaftet. Das persönliche Verhalten in solchen Regionen erfordert größte Vorsicht und ständige Aufmerksamkeit.

Vor allem die Konflikte in Regionen Afghanistans sowie in Pakistan und Syrien/Irak, in denen Stammeszugehörigkeiten oder Glaubensgemeinschaften über gemeinsame Grenzen hinausreichen, stellen für Reisende ein besonderes Sicherheitsproblem dar. Es besteht die Gefahr von Attentaten, Überfällen, Entführungen und anderen Gewaltverbrechen. Bei Reisen in Länder wie China und Russland können Angehörige unliebsamer Minderheiten von erheblichem Interesse für die dortigen Nachrichtendienste sein. Dies trifft auch auf Reisende zu, die über besonderes Wissen in Wirtschaft, Technik und Politik verfügen.

Wirtschaftsreisende und Teilnehmer politischer Delegationen sollten bei Besuchen in solchen Staaten einige Regeln beachten, um im Rahmen der vor Ort notwendigen Kommunikation den unnötigen Abfluss von Daten zu verhindern bzw. zu minimieren:

- Telekommunikation so weit wie möglich einschränken.
- Nur eigene Kommunikationsmittel nutzen und Sprechdisziplin einhalten. Kein Kommunikationsmittel des Gastgebers zum Austausch sensibler Informationen verwenden.
- Informationen auf mehrere Kommunikationsmittel sowie getrennte inhaltliche Nachrichten aufteilen (E-Mail, Telefon, persönliche Gespräche).

- Bei Besprechungen Akku aus dem Handy entfernen oder zumindest ungenutzte Schnittstellen (zum Beispiel Bluetooth, Infrarot, WLAN) deaktivieren.
- Laptops, Tablets, USB-Sticks, Handys, Smartphones, Navigationsgeräte oder andere elektronische Geräte nicht aus der Hand geben bzw. nicht im Hotel zurücklassen.
- Überwachungen im Hotel einkalkulieren.
- Nur absolut notwendige Daten auf (externen) Medien speichern.
- Sich des mangelnden Schutzes von Patenten und Gebrauchsmustern bewusst sein. Bei der Übertragung und Lizenzierung von Patenten in China ist das Patentgesetz peinlich genau zu beachten. Das „Patent Law of the People's Republik of China" lässt die Übertragung von Rechten an Ausländer nur mit der Erlaubnis der Regierung zu.

Auch bei Privatreisen empfiehlt es sich, einige Verhaltensregeln einzuhalten:

- Visa- und Meldebestimmungen sowie die Vorschriften bezüglich der Ein- und Ausfuhr von Devisen beachten.
- Jede Beteiligung an illegalen Transaktionen, unter anderem den Geldtausch auf der Straße und den Kauf gefälschter Gegenstände, vermeiden.
- Sonstige Ein- und Ausfuhrbestimmungen beachten.
- Fotografier- und Filmverbote befolgen.
- Keine negativen Äußerungen über das Gastland und sein Gesellschaftssystem tätigen.
- Bei unverschuldetem oder auch verschuldetem Fehlverhalten gegenüber Behörden sofort die nächste diplomatische oder konsularische Vertretung der Bundesrepublik Deutschland verständigen (schon vor Reisebeginn entsprechende Daten beschaffen).
- Vorsicht bei Taxifahrten walten lassen und ein Fahrzeug eines öffentlichen Taxistands nehmen.
- Menschenmengen und Demonstrationen meiden.

## Straftatbestand „Spionage"/Agententätigkeit

Geheimdienstliche (Agenten-)Tätigkeit im Geltungsbereich des Grundgesetzes für eine fremde Macht, das heißt einen Nachrichtendienst eines fremden Staats, ist kein „Kavaliersdelikt". Das Strafgesetzbuch (StGB) sieht dafür empfindliche Freiheitsstrafen vor. Das StGB bietet jedoch Möglichkeiten, sowohl strafbefreiend vom Versuch zurückzutreten als auch sogar bei bereits vollendeten Delikten Strafbefreiung oder -milderung zu erlangen. Erforderlich hierfür ist sogenannte tätige Reue, also ein ausreichender Beitrag zur Schadensverhinderung bzw. -begrenzung seitens des Täters. Dann kann unter be-

stimmten weiteren Voraussetzungen von der Verfolgung der Tat oder von der Bestrafung abgesehen werden. Der Gesetzgeber sieht es als ausreichend an, wenn der Täter sein gesamtes mit der Tat zusammenhängendes Wissen einer Dienststelle – zum Beispiel einer Verfassungsschutzbehörde – offenbart.

Zur strafrechtlichen Verfolgung der Spionage stehen im Wesentlichen zwei Straftatbestände zur Verfügung: Der Landesverrat gemäß § 94 StGB und die geheimdienstliche Agententätigkeit gemäß § 99 StGB.

Der Landesverrat gemäß § 94 StGB setzt voraus, dass der Betroffene Zugang zu Staatsgeheimnissen hat. Nach Definition der Generalbundesanwaltschaft für Landesverrat liegt die Bedeutungsschwelle der Information, für die ein Geheimnisverrat vorliegen kann, sehr hoch.

Als geheimdienstliche Agententätigkeit (§ 99 StGB) definiert der Generalbundesanwalt

*„jede auf die Beschaffung von Informationen für einen fremden Nachrichtendienst gerichtete Tätigkeit, die deutsche Sicherheitsinteressen beeinträchtigen kann. […] Erfasst wird auch die Ausspähung von in Deutschland lebenden Ausländern für Nachrichtendienste ihrer Heimatländer, die auf diese Weise Regimekritiker unter Kontrolle zu halten suchen, sofern auch die Interessen der Bundesrepublik Deutschland betroffen sind. […] Tathandlung kann jedes Verhalten sein, mit dem sich der Täter in den Dienst des fremden Geheimdienstes stellt. Dazu gehören Tätigkeiten mit typischen nachrichtendienstlichen Mitteln […] genauso wie Allerweltshandlungen, die ihrem äußeren Erscheinungsbild nach völlig unauffällig sind. Die Informationsbeschaffung braucht nur das Fernziel der Tätigkeit zu sein, erfasst wird auch die logistische Unterstützung – […] der Transport, die Observation usw. Das Erscheinungsbild der Spionage ändert sich mit den Aufträgen und passt sich ihnen an. […] Der Geheimdienst einer fremden Macht ist als solcher häufig schwer erkennbar. Für den Straftatbestand kommt es in objektiver Hinsicht und für den erforderlichen Vorsatz des Täters entscheidend auf die Fakten an, die einen Geheimdienst ausmachen: Eine Einrichtung eines fremden Staates, die in organisierter Weise Informationen heimlich beschafft und hierdurch deutsche Interessen verletzt.“*



# Geheim- und Wirtschaftsschutz

## Aufgaben/Ziele

Das Arbeitsfeld des LfV umfasst nicht nur die Beobachtung extremistischer Bestrebungen, sondern erstreckt sich auch auf den sogenannten Geheim- und Wirtschaftsschutz.

In den Bereich Geheimschutz fällt insbesondere die Mitwirkung des Verfassungsschutzes im Rahmen von Sicherheitsüberprüfungen nach dem Hessischen Sicherheitsüberprüfungsgesetz (HSÜG). So unterstützt das LfV Behörden und Unternehmen, die mit staatlichen Verschlusssachen umgehen müssen, bei der Bewältigung dieser Sicherheitsaufgaben.

Ziel des Wirtschaftsschutzes ist es, Unternehmen in ihrem Bemühen zu unterstützen, sich vor Ausspähung zu schützen. Die gesammelten Erfahrungen und das methodische Wissen des Verfassungsschutzes bilden dabei die Grundlage für eine präventive Arbeit zum Know-how-Schutz in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung.

## Geheimschutz

**Definition/Aufgaben |** Informationen, die als Verschlusssache eingestuft sind, bedürfen bei ihrer Bearbeitung und Aufbewahrung eines besonderen Schutzes. Dies gilt für öffentliche Stellen und die Privatwirtschaft gleichermaßen. Der Geheimschutz befasst sich mit dem ordnungsgemäßen Umgang mit Verschlusssachen, das heißt mit im staatlichen Interesse geheim zu haltenden Informationen, die Unbefugten nicht zur Kenntnis gelangen dürfen. Entsprechende Maßnahmen richten sich nach der Verschlusssachenanweisung (VSA) des Landes Hessen.

Das LfV berät alle Behörden und Unternehmen in Hessen, die Umgang mit Verschlusssachen haben. Es informiert, wie Verschlusssachen durch geeignete personelle und materielle Maßnahmen vor unberechtigtem Zugriff geschützt werden können. Staatliche Verschlusssachen werden durch eine Vielzahl von Maßnahmen personeller und organisatorisch-technischer Natur geschützt (personeller und materieller Geheimschutz).

**Personeller Geheimschutz |** Zweck des personellen Geheimschutzes ist es, zu verhindern, dass mit einem Sicherheitsrisiko behaftete Personen Zugang zu Verschlusssachen erhalten oder an sicherheitsempfindlicher Stelle innerhalb von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt werden. Ein Sicherheitsrisiko besteht zum Beispiel bei:

- Unzuverlässigkeit,
- fehlender Verfassungstreue,
- Erpressbarkeit durch Überschuldung und

- bei besonderer Gefährdung durch Werbungsversuche ausländischer Nachrichtendienste, insbesondere bei Reisen in entsprechende Länder.

Bevor eine Person zum Umgang mit Verschlusssachen ermächtigt wird, muss eine Sicherheitsüberprüfung durchgeführt werden. Hierbei ist das LfV mitwirkende Behörde, die auf Ersuchen der zuständigen Stelle tätig wird. Sicherheitsüberprüfungen im Rahmen des Geheimschutzes in der Wirtschaft veranlasst das Hessische Ministerium für Wirtschaft, Energie, Verkehr und Landesentwicklung. Im HSÜG sind die Verfahrensabläufe für unterschiedliche Überprüfungsarten geregelt. Eine Überprüfung findet nur mit Einwilligung des Betroffenen statt. Im Rahmen der Mitwirkung an Sicherheitsüberprüfungen wurden im Jahr 2017 470 Überprüfungen abgeschlossen.

Die Mitwirkung bei Sicherheitsüberprüfungen von Beschäftigten an sicherheitsempfindlichen Stellen in lebenswichtigen oder verteidigungswichtigen Einrichtungen (Sabotageschutz) ist seit 2013 ebenfalls Aufgabe des Verfassungsschutzes. In diesem Zusammenhang wurden im Berichtsjahr zusätzlich 406 Sicherheitsüberprüfungen abgeschlossen.

**Materieller Geheimschutz |** Der materielle Geheimschutz umfasst organisatorische und technische Maßnahmen. Sie sind im Wesentlichen in der VSA zusammengefasst, die sich auch an die Unternehmen in Hessen richtet. Die VSA regelt unter anderem die Herstellung, Aufbewahrung und Vernichtung von Verschlusssachen. Das LfV hat auch hier eine mitwirkende Funktion, das heißt, es berät und unterstützt Dienststellen und geheimschutzbetreute Unternehmen, die Verschlusssachen erstellen und bearbeiten.

## Wirtschaftsschutz

**Definition/Aufgaben |** Aufgabe des Verfassungsschutzes ist es, Spionageaktivitäten zu verhindern und die Wirtschaft durch Beratung und Aufklärung vor solchen Angriffen zu schützen. Hierzu ist es notwendig, die Sensibilität von Unternehmen und wissenschaftlichen Einrichtungen gegenüber Gefahren, die durch Angriffe drohen, zu erhöhen, Kenntnisse über Methoden und Ziele ausländischer Nachrichtendienste zu vermitteln und Hilfestellung beim Einsatz geeigneter Schutzmaßnahmen zu leisten („Prävention durch Information").

Die Erfahrungen und das methodische Wissen des Verfassungsschutzes bilden die Grundlage für die präventive Arbeit im Wirtschaftsschutz. Es liegt im staatlichen Interesse, einen Beitrag zum Know-how-Schutz in Wirtschaft, Wissenschaft und Forschung zu leisten. Zur erfolgrei-

chen Bekämpfung dieser Herausforderung ist daher eine intensive Zusammenarbeit zwischen Wirtschaft und Verfassungsschutz nötig.

**Das LfV als Ansprechpartner |** Ziel des Wirtschaftsschutzes des LfV ist es, zum Beispiel bei Unternehmen, Forschungseinrichtungen und Verbänden das Sicherheitsbewusstsein nachhaltig zu festigen und mit klein- und mittelständischen Firmen in Hessen eine vertrauensvolle Sicherheitspartnerschaft zu entwickeln.

Wer einen Ausspähversuch vermutet, Angriffe auf Informations- und Kommunikationstechnik feststellt oder allgemeine Fragen zum Schutz von Know-how hat, kann sich unter folgenden Kontaktdaten an den Wirtschaftsschutz des LfV wenden:

Telefonnummer: *0611-720600*
E-Mail-Adresse: *wirtschaftsschutz@lfv.hessen.de*

Zur vertraulichen Kommunikation bietet das LfV verschiedene verschlüsselte Übertragungswege an. Weitere Informationen hierzu erhalten Sie auf der Homepage des LfV unter

*lfv.hessen.de/presse/anfragen-oder-beratung-zum-thema-wirtschaftsschutz*

oder bei einem persönlichen Kontakt.

Das LfV bietet eine vertrauliche Zusammenarbeit an. Das umfangreiche Präventionsangebot des LfV enthält unter anderem folgende Komponenten:

- Vorträge und Hintergrundgespräche zur Wirtschaftsspionage allgemein,
- Vorträge und Hintergrundgespräche zu IT-gestützter Spionage,
- Hintergrundgespräche zu Spionageaktivitäten bestimmter Länder (zum Beispiel China, Russland, Iran),
- Beratung vor Auslandsreisen,
- Überlassung von Publikationen zu spionagerelevanten Themen (zum Beispiel Besuchermanagement, Einbruchsdiebstahl, soziale Netzwerke usw.),
- Informationsaustausch zu bekannten Spionagefällen (sowohl klassische Spionage als auch IT-gestützte Spionage).

Gerade auf dem Gebiet der Cyberangriffe ist in diesem Rahmen ein weitestgehend anonymisierter Informationsaustausch möglich. Rein technische Informationen können in Form von sogenannten Indicators of Compromise zwischen Sicherheitsbehörden und Wirtschaftsunternehmen ausgetauscht werden, um sich gemeinsam vor Angriffen zu schützen.

Auf Seiten der Unternehmen liegt oftmals nur ein diffuser Anfangsverdacht vor: Eine verdächtige E-Mail oder die Befürchtung, dass auf einer Geschäftsreise ein unbefugter Dritter Zugriff auf ein mobiles Endgerät wie zum Beispiel ein Smartphone oder ein Laptop hatte. Manchmal hat auch die unternehmenseigene IT-Abteilung bemerkt, dass ein Verbindungsaufbau zu einer oder von einer unbekannten IP-Adresse stattfand.

Diesen Spuren nachzugehen, sie richtig einzuordnen und zu bewerten, ist eine der Aufgaben des Wirtschaftsschutzes. Das LfV gibt den Betroffenen ein erstes Feedback, ob es sich wirklich um einen gezielten Angriff handelte oder ob ähnliche Angriffe in der Fläche festzustellen sind. Die Erstbewertung des LfV gibt Aufschluss, ob es sich um Cybercrime oder gezielte Spionage handelt.

Im Berichtszeitraum intensivierte das LfV seine präventive Arbeit im Bereich des Wirtschaftsschutzes weiter. Insgesamt wurden über 100 Präventions- und Beratungstermine bei Unternehmen direkt und bei Verbänden und Vereinen als Multiplikatoren durchgeführt.

So wurden im Rahmen der 2016 geschlossenen Sicherheitskooperation mit dem Verband für Sicherheit in der Wirtschaft e. V. (VSW) neue, gemeinsame Workshops mit Firmenvertretern etabliert.

Der Wirtschaftsschutz des LfV war auf dem 2. Cybersicherheitsgipfel des Landes Hessen vertreten und unterstützte bei verschiedenen Formaten der Industrie- und Handelskammern in Hessen mit Fachvorträgen.

Insbesondere Firmen aus Know-how-intensiven Branchen wie Luft- und Raumfahrt, Chemie, Medizin und Pharma bietet das LfV im Wirtschaftsschutz Unterstützung bei der Aufklärung von Spionagesachverhalten an.

Auch Unternehmen, die den sogenannten kritischen Infrastrukturen (KRITIS) zurechnen sind, stehen im Austausch mit dem LfV, um sich vor möglichen Gefahren durch Spionage und Sabotage zu schützen.




# Mitwirkungsaufgaben des LfV

**Gesetzlicher Auftrag |** Neben der Beobachtung extremistischer Bestrebungen als Kernaufgabe des Verfassungsschutzes kommt dem LfV die wichtige Aufgabe zu, auf Ersuchen von Behörden bei der Überprüfung von Antragstellern mitzuwirken. Eine Behörde kann nur dann ein Ersuchen zur Mitwirkung an das LfV richten, wenn dies gesetzlich vorgesehen ist (§ 2 Abs. 5 Nr. 4 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz Hessen).

Das LfV trägt mit seinen Erkenntnissen und Empfehlungen dazu bei, dass etwa Extremisten weder ihren Aufenthalt in der Bundesrepublik Deutschland verfestigen können noch Zugang zu sicherheitsempfindlichen Infrastrukturen erhalten.

**Erteilung von Aufenthaltstiteln |** So übermitteln die Ausländerbehörden vor Erteilung oder Verlängerung eines Aufenthaltstitels die personenbezogenen Daten des Antragstellers zwecks Feststellung von Versagungsgründen an das LfV (§ 73 Abs. 2 des Gesetzes über den Aufenthalt, die Erwerbstätigkeit und die Integration von Ausländern im Bundesgebiet – AufenthG). Werden dem LfV nachträglich sicherheitsrelevante Informationen bekannt, ist das LfV verpflichtet, diese mitzuteilen (sogenannte Nachberichtspflicht nach § 73 Abs. 3 AufenthG).

**Einbürgerung |** Auch bei Einbürgerungsbewerbern, die das 16. Lebensjahr vollendet haben, fragen die Regierungspräsidien vor ihrer Entscheidung im Einbürgerungsverfahren beim LfV nach Erkenntnissen an (§§ 32, 37 Abs. 2 des Staatsangehörigkeitsgesetzes – StAG).

**Visumverfahren |** Beantragt ein Ausländer aus einem konsultationspflichtigen Staat bei einer Auslandsvertretung ein Visum zur Einreise nach Deutschland bzw. in das Gebiet der Schengener Staaten, ist eine Vielzahl inländischer Stellen, wie etwa die nationalen Sicherheitsbehörden, zu beteiligen. Zur Feststellung von Versagungsgründen oder von sonstigen Sicherheitsbedenken ist dabei eine Übermittlung von personenbezogenen Daten über das Bundesverwaltungsamt (technischer Dienstleister) an das BfV möglich. Ergibt sich bei einem automatisierten Datenabgleich mit dem Nachrichtendienstlichen Informationssystem (NADIS) von Bund und Ländern eine Eintragung des LfV, wird das LfV an dem Verfahren beteiligt (§ 73 Abs. 1 AufenthG).

**Konsultationsverfahren im Asylprozess |** Seit 2017 wird bei unerlaubt eingereisten bzw. aufhältigen Personen sowie bei Asyl- und Schutzsuchenden mit der Erstregistrierung im Ausländerzentralregister ein automatisierter Sicherheitsabgleich initiiert, an dem das LfV – vergleichbar dem Visumsverfahren – beteiligt wird (§ 73 Abs. 1a, 3a AufenthG).

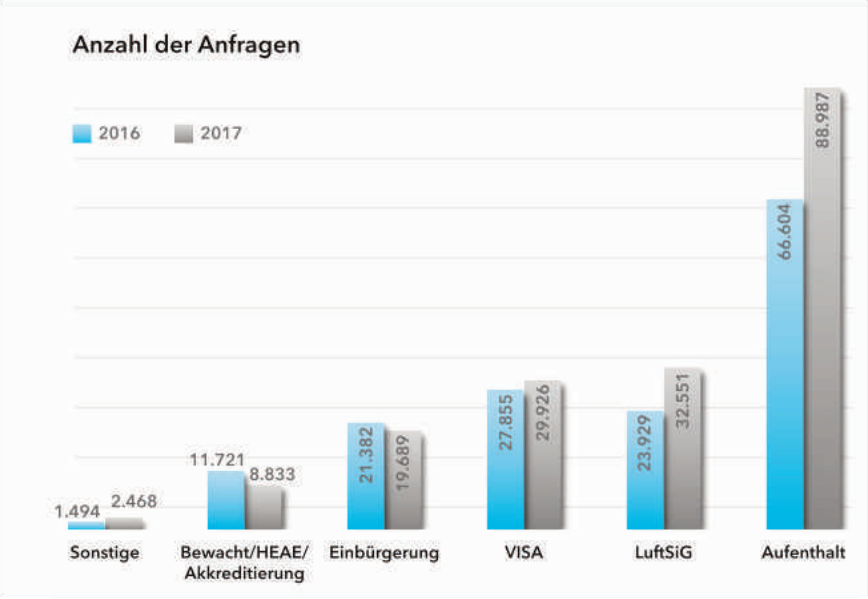
**Überprüfung der Zuverlässigkeit |** Ferner wirkt das LfV etwa bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung nach dem Sprenggesetz (SprengG), Luftsicherheitsgesetz (LuftSiG) und Atomgesetz (AtomG) mit. Werden bei der Zuverlässigkeitsüberprüfung nach dem LuftSiG bzw. AtomG im Nachhinein Informationen bekannt,

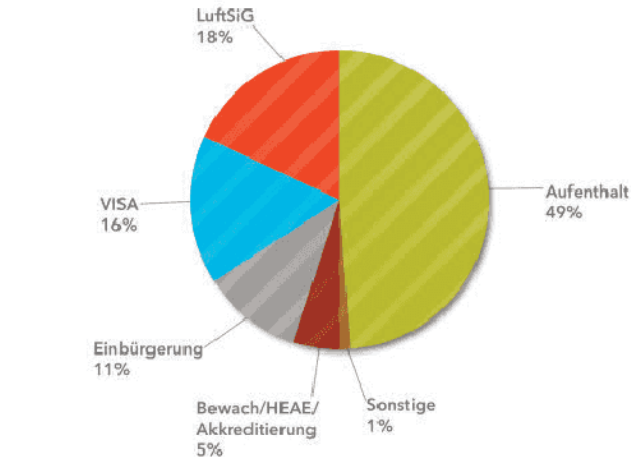
die für die Beurteilung der Zuverlässigkeit von Bedeutung sind, besteht für das LfV eine Nachberichtspflicht. Auch Personen, die ein Bewachungsgewerbe betreiben oder als Wachperson arbeiten wollen, unterliegen einer Zuverlässigkeitsüberprüfung durch das LfV (§ 34a der Gewerbeordnung – GewO).

Das LfV wertet im Rahmen seiner Mitwirkungsaufgaben allein die ihm bereits vorliegenden Erkenntnisse aus. Der Einsatz nachrichtendienstlicher Mittel kommt im Rahmen der Mitwirkungsaufgaben nicht in Betracht.

**Zahlen |** Wurden im Jahr 2016 noch 152.985 Mitwirkungsanfragen an das LfV gerichtet, betrug ihre Zahl für das Jahr 2017 bereits 182.454. Damit stieg die Zahl der Mitwirkungsanfragen gegenüber dem Vorjahr um fast 20 Prozent. Hierbei ist insbesondere ein signifikanter Anstieg bei den Anfragen der Ausländerbehörden zu verzeichnen (2017: 88.987, 2016: 66.604).

Zu den anfragestärksten Mitwirkungsaufgaben zählen insbesondere die Beteiligung bei Aufenthaltstiteln, Einbürgerungen, Visa und die Zuverlässigkeitsüberprüfungen nach dem Luftsicherheitsgesetz.




Prozentualer Anteil der Anfragen
LuftSiG
18%
Aufenthalt
49%
VISA
16%
Einbürgerung
11%
Bewach/HEAE/
Akkreditierung
5%
Sonstige
1%



# Glossar und Abkürzungsverzeichnis

**AfD**
Alternative für Deutschland.

**ag5**
antifaschistische gruppe 5.

**AKK**
Antikapitalistisches Kollektiv.

**AKP**
Adalet ve Kalkınma Partisi (Partei für Gerechtigkeit und Aufschwung).

**Al-Quds-Tag (Jerusalem Tag)**
… ist ein jährlich am letzten Freitag des Fastenmonats Ramadan stattfindender schiitischer „Gedenktag", den der damalige iranische Religionsführer Ruhollah Musawi Chomeini (1902 bis 1989) im Jahr 1979 im Iran nach seiner Rückkehr aus dem französischen Exil ausgerufen hatte. Mit dem al-Quds-Tag, an dem weltweit Demonstrationen stattfinden, soll den Palästinensern Solidarität für ihren „Befreiungskampf" ausgesprochen werden.

**AMGT**
Avrupa Millî Görüş Teskilatları (Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e.V.).

**AMISOM**
African Union Mission in Somalia.

**AMKA**
Amt für multikulturelle Angelegenheiten des Magistrats der Stadt Frankfurt am Main.

**Anarchismus**
Der „klassische" Anarchismus entstand als erste Absplitterung vom Kommunismus aus einem Streit zwischen den Anhängern von Karl Marx (1818 bis 1883) und dem russischen Revolutionär Michail A. Bakunin (1814 bis 1876). Der Anarchismus gehört zu den revolutionären gesellschaftspolitischen Bewegungen. Sein Ziel ist eine herrschaftsfreie Gesellschaft, die im Unterschied zum Sozialismus und Kommunismus nicht nur eine klassenlose oder genossenschaftliche, sondern auch von jedwedem unnötigen institutionellen Überbau befreite sein soll. Es wird daher jede Form der Regierung, ob Monarchie, Republik, Diktatur oder Demokratie, abgelehnt. Das bedeutet jedoch nicht, dass im Anarchismus jede gesellschaftliche Ordnung aufgehoben werden soll, vielmehr soll diese auf der Basis völliger Freiwilligkeit geordnet werden. Im Gegensatz zum Marxismus-Leninismus vertraut der Anarchismus auf die Spontaneität der Massen und nicht auf die organisierte Revolution durch eine Partei.

Nach anarchistischer Auffassung führt der Drang des Menschen zur Selbstbestimmung zu einer sozialen (nicht politischen) Revolution, durch die von der Basis her eine anarchistische Gesellschaftsform entsteht. Im Gegensatz zu anderen linksextremistischen Richtungen fehlen dem Anarchismus eine verbindliche Theorie und gemeinsame Organisationsstrukturen. In seiner Entwicklung bildeten sich daher verschiedene politische Ausrichtungen, deren Verhältnis untereinander zum Teil spannungsgeladen war und ist. Als Denkrichtungen werden unterschieden: Individual-Anarchismus, Sozial-Anarchismus, Anarcho-Kommunismus, Anarcho-Syndikalismus und Anarcho-Liberalismus.
(Vgl. http://www.mik.nrw.de/verfassungsschutz/linksextremismus/ideologie-undbegriffe/anarchismus.html, abgerufen im Mai 2017.)

**ANF**
Ajansa Nûçeyan a Firatê (Firatnews Agency).

**„Antifaschismus"**
„Antifaschismus" als Begriff wird auch von Demokraten verwendet, um ihre Ablehnung des Rechtsextremismus zum Ausdruck zu bringen. Mehrheitlich nehmen jedoch Linksextremisten diesen Begriff für sich in Anspruch. Sie behaupten, dass der kapitalistische Staat den Faschismus hervorbringe, zumindest aber toleriere. Daher richtet sich der Antifaschismus nicht nur gegen tatsächliche oder vermeintliche Rechtsextremisten, sondern immer auch gegen den Staat und seine Vertreter, insbesondere Angehörige der Sicherheitsbehörden.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar, abgerufen im Mai 2017.)

**„Antiimperialismus"**
Der Imperialismus, bei dem russischen revolutionären Politiker Lenin (eigentlich Wladimir I. Uljanow, 1870 bis 1924) als „höchstes Stadium des Kapitalismus" definiert, ist für Linksextremisten ein Gegenstand heftigster Ablehnung. Nach der klassischen marxistisch-leninistischen Imperialismus-Theorie neigen „kapitalistische" Ökonomien und Staaten dazu, sich zur Maximierung des Profits Märkte für Rohstoffe, Arbeitskräfte und den Absatz von Produkten notfalls gewaltsam zu erschließen, was zu Kolonialismus und Kriegen zwischen „kapitalistischen" Staaten führe. Diese Analyse legt für Linksextremisten eine „antiimperialistische" und „internationalistische" Ausrichtung nahe: Sie verstehen sich als solidarisch mit den „um ihre nationale Befreiung von kolonialistischer Ausbeutung kämpfenden Völkern", falls letztere ein „sozialistisches" Regime errichten wollen.
(Vgl. http://www.bpb.de/politik/extremismus/linksextremismus/33626/antideutsch-eund-antiimperialisten?p=all, hier die komplette Fassung des – aufgrund seines großen Umfangs – oben stark gekürzten Glossareintrags, abgerufen im Mai 2018.)

**„Antikapitalismus"**
Aus linksextremistischer Sicht kennzeichnen den „Kapitalismus" nicht nur soziale Missstände, sondern auch gesellschaftspolitische Phänomene wie Faschismus, Rechtsextremismus, Rassismus, Repression, Gentrifizierung und Militarismus. Umso wichtiger erscheint Linksextremisten folglich der „antikapitalistische Kampf". Insbesondere die globale Wirtschafts- und Finanzkrise bildet vor diesem Hintergrund den Bezugsrahmen für verschiedene Protestaktionen unter Beteiligung von Linksextremisten. Im Fokus der sogenannten Krisenproteste steht dabei Frankfurt am Main, deutsche Finanzmetropole und zugleich Sitz der Europäischen Zentralbank, die unter Linksextremisten gleichsam als Symbol der „kapitalistischen Gesellschaft" gilt („Haut den Banken auf die Pranken"). (Vgl. Linksextremismus. Erscheinungsformen und Gefährdungspotenziale. Hrsg. v. Bundesamt für Verfassungsschutz. Köln 2016, S. 26.)

**Antisemitismus**
… ist ein zentrales Ideologieelement des Rechtsextremismus, ist aber auch im Islamismus sowie im Linksextremismus und Extremismus mit Auslandsbezug von Bedeutung. Insgesamt zielt der Antisemitismus auf die Diffamierung und Diskriminierung einer angeblichen Gesamtheit „der Juden" ab.
Der rechtsextremistische Antisemitismus baut insbesondere auf dem rassistischen Weltbild des Nationalsozialismus auf, welches das Judentum als „nichtdeutsche, fremde Rasse" definierte und diesen „Feind der eigenen Rasse" „ausmerzen" wollte. Nicht zuletzt aufgrund der strafrechtlichen Konsequenzen meiden Rechtsextremisten in ihrer Propaganda offenen, rassistisch motivierten Antisemitismus. Vielmehr weichen sie auf einen nur angedeuteten Antisemitismus aus, indem sie einen übermäßigen politischen Einfluss von Juden unterstellen. Oftmals findet antisemitische Propaganda nur unterschwellig statt, unter anderem durch subtil judenfeindlich gefärbte Zeitungsartikel oder Anspielungen. Rechtsextremisten nutzen die mitunter in Politik und Gesellschaft geäußerte Kritik an der Politik Israels, um dessen Existenzberechtigung in Frage zu stellen. Rechtsextremistische Gleichsetzungen der israelischen Politik mit den nationalsozialistischen Verbrechen an Juden sind ein gängiges Muster des antizionistischen Antisemitismus.
Auch Islamisten sehen Israel bzw. „die Zionisten" als Feinde an. Je nach Standort im islamistischen Spektrum wird den Juden mehr oder weniger offen die verschwörerische Manipulation „westlicher" Staaten, vor allem der USA, unterstellt. Die jüdische Einwanderung in Palästina, die Entstehung des Staats Israel und der ungelöste Nahost-Konflikt waren Auslöser für das Entstehen des islamistischen Antizionismus. Dieser war und ist stark antijüdisch gefärbt, insofern auch auf die prinzipielle, nach Auffassung von Islamisten im Koran belegte und durch die islamistische Geschichtsauffassung gestützte „ewige" Feindschaft „der Juden" gegen die Muslime bzw. den Islam Bezug genommen wird. Im Unterschied zum Antisemitismus deutscher Rechtsextremisten ist der islamistische Antisemitismus nicht rassistisch begründet.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar, abgerufen im März 2016.)

**Apo**
... ist die in der PKK übliche Bezeichnung für ihren inhaftierten Anführer Abdullah Öcalan.

**Arab.**
Arabisch.

**A.R.A.G.**
Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen.

**Art.**
Artikel.

**ATİK**
Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa).

**AU**
Afrikanische Union.

**AUF**
Antifa United Frankfurt.

**BAFA**
Bundesamt für Wirtschaft und Ausfuhrkontrolle.

**BAMF**
Bundesamt für Migration und Flüchtlinge.

**B.A.S.H.**
Bündnis antifaschistischer Strukturen Hessen.

**BC**
Boxclub.

**BfV**
Bundesamt für Verfassungsschutz.

**BGB**
Bürgerliches Gesetzbuch.

**BKA**
Bundeskriminalamt.

**BND**
Bundesnachrichtendienst.

**BPjM**
Bundesprüfstelle für jugendgefährdende Medien.

**BPol**
Bundespolizei.

**BRD**
… ist eine nichtoffizielle Abkürzung für die Bundesrepublik Deutschland.

**CDK**
Koordînasyona Civaka Demokratîk a Kurdistan (Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft).

**Cybergefahren**
… sind Gefährdungen, die den durch das Internet über territoriale Grenzen hinweg weltweit erreichbaren Informationsstrukturen drohen, zum Beispiel Sabotage, Datendiebstahl und -manipulation.

**DAP**
Deutsche Arbeiterpartei.

***da'wa***
Politische Salafisten versuchen, ihre Ideologie durch intensive Propagandaaktivitäten zu verbreiten. Dadurch wollen sie Staat und Gesellschaft in einem langfristigen Prozess nach salafistischen Normen umgestalten. Diese da'wa-Arbeit (arab. für Missionierung) betreiben sie insbesondere im Internet, über Musik sowie im Rahmen von Infoständen, Islamseminaren und Benefizveranstaltungen. Die zunehmend professionelle Verbreitung der salafistischen Ideologie übt eine beträchtliche Anziehungskraft aus auf vor allem junge, emotional und sozial noch nicht gefestigte Muslime, darunter auch Konvertiten. Für eine Reihe von Personen aus dem salafistisch-jihadistischen Bereich sind die da'wa-Aktivitäten ein wesentlicher Baustein in ihrer Radikalisierungsbiographie.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.bayern.de/islamismus/definition/strategie/dawaarbeit/index.html, abgerufen im April 2017.)

**DGB**
Deutscher Gewerkschaftsbund.

**DHKP C**
Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front).

**DKP**
Deutsche Kommunistische Partei.

**DS**
Deutsche Stimme.

**dt.**
Deutsch.

**e. V.**
Eingetragener Verein.

**ECFR**
European Council for Fatwa and Research (Europäischer Rat für Fatwa und Islamstudien).

**EIHS**
European Institute of Human Sciences [in Großbritannien] (Europäisches Institut für Humanwissenschaften).

**EIHW**
Europäisches Institut für Humanwissenschaften in Deutschland e.V.

**EMRK**
Europäische Menschenrechtskonvention.

**EMUG**
Europäische Moscheebau- und Unterstützungsgemeinschaft e. V.

**Ethnopluralismus**
Mit dem Begriff Ethnopluralismus bezeichnet die sogenannte Neue Rechte ein Theoriekonzept, das den für Rechtsextremisten typischen Rassismus neu und weniger angreifbar begründen soll. Kritiker nennen ihn einen „Rassismus ohne Rassen". Das Wort „Ethnopluralismus" – zusammengesetzt aus dem griechischen *ethnos* (Volk) und dem lateinischen *pluralis* (Mehrzahl) – propagiert eine Völkervielfalt. Es wurde geprägt von Henning Eichberg, einem der wichtigsten deutschen Theoretiker der

Neuen Rechten. Vorläufer des Konzepts finden sich aber schon bei Carl Schmitt. Das Grundsatzprogramm der NPD enthält deutliche ethnopluralistische Elemente.
Wie klassische Rassisten behaupten auch Ethnopluralisten, es gebe grundsätzliche und unveränderliche Eigenschaften von Menschengruppen – und jede Gruppe sei umso besser und stärker, je ähnlicher sich ihre jeweiligen Angehörigen seien. Dabei vermeiden Ethnopluralisten aber biologistische Argumentationen, eine Abstammungsgemeinschaft oder genetische Homogenität wird von ihnen nicht mehr offen gefordert. Stattdessen behaupten sie, Völker besäßen unveränderliche kulturelle Identitäten, die vor fremden Einflüssen zu schützen seien. Dass sämtliche menschliche Kulturen das Ergebnis gegenseitiger Beeinflussung sind, wird dabei völlig ausgeblendet. Auch der Ethnopluralismus ist also ein ausgrenzender Nationalismus. Allerdings propagiert er nicht mehr ausdrücklich eine Höherwertigkeit der eigenen Nation oder der eigenen Kultur. Stattdessen betont er lediglich, jede einzelne solle sich getrennt von anderen halten (eine typische Parole wäre zum Beispiel: „Deutschland den Deutschen, die Türkei den Türken!"). Im Ergebnis kann damit genauso eine Fremdenfeindlichkeit ideologisch begründet, kann eine Ausgrenzung von und Gewalt gegen Migranten gerechtfertigt werden.
(http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=17, abgerufen im Mai 2017.)

**EU**
Europäische Union.

**„Faschismus"**
… war und ist vor allem ein Kampfbegriff der Gegner des italienischen Faschismus (1922 bis 1943) und entsprechender Bewegungen in anderen europäischen Ländern. Der „Faschismus" ist unter anderem gekennzeichnet von „Führerprinzip", Gegnerschaft gegen Liberalismus und Sozialismus, „Antikapitalismus", Antikommunismus, Totalitarismus, Befürwortung und Einsatz von Gewalt, Rassismus, Nationalismus und Idealisierung der eigenen „Volksgemeinschaft". Der Begriff findet besonders unter Linksextremisten Verwendung.
(Vgl. Kleines Lexikon der Politik. Hrsg. v. Dieter Nohlen. München 2001, S. 120f.)

**FAU**
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union.

**FAU–IAA**
Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union – Internationale ArbeiterInnen Assoziation.

**FFGI**
Frankfurter Forschungszentrum Globaler Islam.

**FIOE**
Federation of Islamic Organizations in Europe (Föderation Islamischer Organisationen in Europa).

**FNS**
Freies Netz Süd.

**FP**
Fazilet Partisi (Tugendpartei).

**FRA**
European Union Agency for Fundamental Rights.

**Fremdenfeindlichkeit**
… richtet sich gegen Menschen, die sich durch Herkunft, Nationalität, Religion oder Hautfarbe von der eigenen als „normal" erachteten Umwelt unterscheiden. Die mit dieser Zuweisung typischerweise verbundenen vermeintlich minderwertigen Eigenschaften werden als Rechtfertigung für einschlägige Straftaten missbraucht. Insbesondere das rechtsextremistische Weltbild ist geprägt von einer Überbewertung ethnischer Zugehörigkeit, aus der unter anderem Fremdenfeindlichkeit resultiert. (Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lF, abgerufen im Mai 2017.)

**FSB**
Federalnaja Slushba Besopasnosti (Föderaler Dienst für Sicherheit der Russischen Föderation).

**„Führerprinzip"**
… galt als Grundgesetz nationalsozialistischer Weltanschauung. Es verpflichtete nach dem Motto „Führer befiehl, wir folgen" zu blindem Gehorsam und bedingungsloser Treue gegenüber Adolf Hitler (1889 bis 1945) als dem obersten „Führer" und die jeweilige Gefolgschaft zu Gehorsam gegenüber den Befehlen der Führer auf mittlerer und unterer Ebene. Das „Führerprinzip" war unter Berufung auf Hitlers Buch „Mein Kampf" als Gegensatz zu jeder Art von demokratischer Entscheidung und Mitbestimmung formuliert und fand im Kult um die Person Hitlers seinen höchsten Ausdruck. Im Willen des Diktators war alle hoheitliche Gewalt des Reiches verkörpert. Nach der damals gültigen Definition war die „Führergewalt" nicht durch Kontrollen gehemmt, sie war ausschließlich und unbeschränkt. Mit der Anerkennung des nationalsozialistischen „Führerprinzips", das bis 1933 nur innerhalb der Nationalsozialistischen Deutschen Arbeiterpartei (NSDAP) galt und dann auf alle Bereiche von Staat und Gesellschaft ausgedehnt wurde, verzichteten die Deutschen auf alle bürgerlichen Rechte der Gestaltung ihrer Verhältnisse und damit auch auf rationale

Strukturen der Politik, die nun ausschließlich vom Willen der „Führer" gesteuert wurde. Das „Führerprinzip" galt nicht nur im politischen und sozialen Bereich, auch die Wirtschaft wurde nach dem Prinzip von Befehl und Gehorsam gelenkt. Das „Führerprinzip" war Inbegriff der Selbstaufgabe des Individuums im nationalsozialistischen Staat. Als Anspruch ist das „Führerprinzip" auch für den modernen Rechtsextremismus typisch und kennzeichnender Ausdruck antidemokratischer Gesinnung.
(Vgl. http://www.bpb.de/politik/extremismus/antisemitismus/37986/argumente-gegen-rechte-vorurteile?p=9, abgerufen im März 2017.)

**„Führerstaat"**
Der „Führerabsolutismus" gründete sich nicht allein auf Hitlers Machtwillen oder besondere persönliche Qualitäten, sondern auch und vor allem auf die Zustimmungs- und Unterordnungsbereitschaft in Verwaltung und Gesellschaft sowie auf die besondere Herrschaftsmechanik im nationalsozialistischen Führerstaat. Der „Führer"-Mythos wurde zum gemeinsamen Nenner der inneren Herrschaftsmechanik sowie der Legitimation durch die Gesellschaft. Bereits während der Aufstiegsphase der NSDAP war Hitler zum machtpolitischen und ideologischen Bezugspunkt der nationalsozialistischen Bewegung geworden. Er hatte zudem diese Machtstellung durch die „Führer"-Erwartung innerhalb der NSDAP sowie durch den „Führer"-Kult propagandistisch verstärken bzw. überhöhen können. Nach der Machtübernahme 1933 übertrug sich dieser Prozess der wechselseitigen Verstärkung von allgemeiner Erwartung einer charismatischen Erlöser- und Retterfigur und von dem nunmehr staatlichen Kult um den „Führer" auf die gesamte Gesellschaft.
(http://www.bpb.de/geschichte/nationalsozialismus/dossier-nationalsozialismus/39550/ausbau-des-fuehrerstaates?p=all, aufgrund seines großen Umfangs stark gekürzter Glossareintrag, abgerufen im Mai 2018.)

**G 10 Kommission**
Die Verfassungsschutzbehörden dürfen zur Abwehr von drohenden Gefahren für die freiheitliche demokratische Grundordnung oder den Bestand oder die Sicherheit des Bundes oder eines Landes die Telekommunikation überwachen und aufzeichnen sowie die dem Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnis unterliegenden Sendungen (Art. 10 GG) öffnen und einsehen. Voraussetzung ist das Vorliegen von Anhaltspunkten für bestimmte, schwerwiegende Straftaten (zum Beispiel Hochverrat, geheimdienstliche Agententätigkeit oder Bildung einer terroristischen Vereinigung). Außerdem muss die Erforschung des Sachverhalts auf andere Weise aussichtslos oder wesentlich erschwert sein. Die Rechtmäßigkeit eines solchen Eingriffs (G 10-Maßnahme) richtet sich nach dem Gesetz zur Beschränkung des Brief-, Post- und Fernmeldegeheimnisses (Artikel 10-Gesetz). Über die Zulässigkeit und Notwendigkeit von G 10-Maßnahmen entscheidet ein unabhängiges parlamentarisches Gremium (G 10-Kommission).

**GBA**
Generalbundesanwalt.

**Gebietsrevisionismus**
Von Gebietsrevisionismus ist die Rede, wenn Rechtsextremisten die Anerkennung der deutschen Gebietsverluste, wie sie sich aus den beiden Weltkriegen ergeben haben, verweigern oder noch weitere Gebiete – entgegen den vertraglichen Verpflichtungen, die Deutschland seit 1918 bzw. seit 1945 eingegangen ist – für Deutschland beanspruchen. In der revisionistischen Agitation besteht das Deutsche Reich in den Grenzen von 1937 fort. Wichtigster Aspekt des Gebietsrevisionismus ist die Infragestellung der deutschen Ostgrenze (Oder-Neiße-Linie) bzw. die Forderung auf Herausgabe der „Ostgebiete". Es existieren jedoch auch weiterreichende Vorstellungen, zum Beispiel ein Deutsches Reich in den Grenzen von 1914 – zum Teil unter Einschluss Österreichs, Südtirols, des Sudentenlandes und weiterer Gebiete.
Insgesamt versuchen Revisionisten, den historischen Nationalsozialismus positiv darzustellen und das nationalsozialistische Regime von Schuld zu entlasten oder ganz freizusprechen. Man unterscheidet zwischen einem Revisionismus im engeren Sinne (Leugnung der Massenvernichtung von Juden) und einem Revisionismus im weiteren Sinne (zum Beispiel Leugnung oder Relativierung der deutschen Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges, Klage über die „Umerziehung" der Deutschen durch die Alliierten, Diffamierung der Widerstandskämpfer als Vaterlandsverräter). Die Leugnung des Holocaust ist in Deutschland strafbar.
Durch eine vermeintlich entlastende und verzerrende Darstellung der Geschichte versuchen die Rechtsextremisten, nationalsozialistische Ideologie wieder politisch anschlussfähig zu machen. Revisionisten stellen dazu angeblich positive Leistungen des Dritten Reichs heraus. Zugleich diffamieren sie die Widerstandskämpfer gegen das nationalsozialistische Regime und verschweigen, verharmlosen oder leugnen die Verbrechen der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft.
Revisionisten relativieren den Holocaust und andere Verbrechen der Nationalsozialisten, indem sie sie mit Handlungen der Siegermächte des Zweiten Weltkriegs gleichsetzen. Forschungsergebnisse, die eindeutig belegen, dass der Holocaust stattgefunden hat, werden durch rechtsextremistische Revisionisten bewusst ignoriert. Im Rahmen einer gezielten „Revisionismus-Kampagne" versuchen Rechtsextremisten aus aller Welt seit Jahren, den millionenfachen Mord an den Juden zu bestreiten oder zumindest die Zahl der Opfer in Frage zu stellen. Dazu berufen sich Revisionisten auf häufig von ihnen selbst in Auftrag gegebene pseudowissenschaftliche „Gutachten" („Leuchter-Report", „Rudolf-Gutachten"), in denen versucht wird, die Massenvernichtung in den Konzentrationslagern als technisch unmöglich darzustellen.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.bayern.de/rechtsextremismus/definition/ideologie/revisionismus/index.html, abgerufen im Mai 2017.)

**Gentrifizierung**
Die Stadt gilt insbesondere gewaltorientierten Linksextremisten traditionell als zentraler Ort des Klassenkampfs, als Ort der Zuspitzung der Klassengegensätze. Durch die Verbindung mit anderen Gruppen erhoffen sie sich Möglichkeiten der Massenmilitanz, die in Städten leichter organisierbar ist als in bevölkerungsschwachen Räumen. Ziel gewaltorientierter Linksextremisten ist insbesondere der Erhalt sogenannter Freiräume, die von der Szene als notwendige Widerstandsstrukturen angesehen werden. Mit dem Thema Antigentrifizierung versuchen Linksextremisten ihre eigenen Interessen in eine aktuelle stadt- und gesellschaftspolitische Diskussion einzubetten und damit in größeren Bevölkerungskreisen politisch Akzeptanz zu finden. Der Begriff Gentrifizierung kommt ursprünglich aus der Stadtsoziologie und bezeichnet soziale Umstrukturierungsprozesse in Stadtteilen, die zu steigenden Mieten und einer Verdrängung der bisherigen Bewohner führen. Viele Bewohner von Großstädten beschäftigt dieses Thema. Es bilden sich Initiativen, die in aller Regel von demokratischen Kräften getragen werden. Linksextremisten versuchen, sich diesen Initiativen anzuschließen beziehungsweise im gleichen Themenfeld eigene Aktionen zu entwickeln, um damit ihre gesellschaftliche Akzeptanz zu steigern und sich vordergründig als sozialpolitische Akteure zu profilieren, wobei sie extremistische Ziele verfolgen, die deutlich über die Sozialpolitik hinausreichen.
Autonome entwickeln im Zusammenhang mit dem Themenfeld Antigentrifizierung auch gewalttätige Aktivitäten: Insbesondere Immobilienmakler werden von ihnen als Mitverantwortliche für die „Gentrifizierung" und damit als Feindbild wahrgenommen. Büros und Fuhrpark von Immobilienfirmen sind immer wieder Ziel militanter Attacken aus der linksextremistischen Szene.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.bayern.de/linksextremismus/definition/aktionsfelder/antigentrifizierung/index.html, abgerufen im Mai 2017.)

**GETZ**
Gemeinsames Extremismus- und Terrorismusabwehrzentrum.

**GG**
Grundgesetz.

**GI**
Génération Identitaire.

**GIZ**
Gemeinsames Internetzentrum

**GRU**
Glawnoje Raswedywatelnoje Uprawlenije (Hauptverwaltung beim Generalstab der Streitkräfte der Russischen Föderation).

**GTAZ**
Gemeinsames Terrorismusabwehrzentrum.

***hadd***
… sind im Islam „Grenzvergehen", bei denen es sich um Alkoholgenuss, außereheli-chen Geschlechtsverkehr, Diebstahl, Straßenraub und Raubmord handelt. Aus sa-lafistischer Perspektive müssen dafür Strafen wie Auspeitschen, Abtrennen von Gliedmaßen, Enthaupten oder Steinigen verhängt werden. Die Definition der „Grenzvergehen" und deren Bestrafung haben ihre Grundlage im Koran und gelten für Salafisten als unmittelbarer und unfehlbarer Wille Allahs. In diesem Rahmen be-sitzen die Menschenrechte für Islamisten keine Gültigkeit.
(Vgl. Salafistische Bestrebungen in Deutschland. Hrsg. v. Bundesamt für Verfassungs-schutz und Landesbehörden für Verfassungsschutz. Köln 2012, S. 10 bis 12.)

**HAMAS**
Harakat al-Muqawama al-Islamiya (Islamische Widerstandsbewegung).

**Heimattreue Deutsche Jugend e. V. (HDJ)**
Das Bundesverwaltungsgericht in Leipzig wies am 1. September 2010 die Klage der HDJ gegen das Vereinsverbot ab. Es bestätigte damit das Verbot des Bundesminis-ters des Innern vom 31. März 2009. Dieses wurde verfügt, da sich die Ziele der Or-ganisation gegen die verfassungsmäßige Ordnung richteten.
Das Gericht stellte fest, dass die HDJ eine Wesensverwandtschaft mit dem National-sozialismus, vor allem mit der früheren Hitlerjugend, aufwies. Der Verein war der „Blut-und-Boden-Ideologie" und der Rassenlehre der Nationalsozialisten verhaftet und verbreitete antisemitische Thesen.
Die HDJ verstand sich nach eigenen Angaben als „die aktive volks- und heimattreue Jugendbewegung für alle deutschen Mädchen und Jungen im Alter von 7 bis 29 Jahren". Der Verein versuchte bewusst, den Eindruck einer harmlosen Pfadfinder-gruppe zu erwecken. Tatsächlich verfolgte er jedoch eindeutig rechtsextremistische Ziele. Er versuchte, bereits Kinder und Jugendliche zu interessieren und ideologisch zu vereinnahmen. Dazu gehörten Veranstaltungen, deren extremistische Zielsetzun-gen nicht auf den ersten Blick erkennbar waren, wie zum Beispiel Zeltlager, Fahrten und Ertüchtigungsspiele.
(http://www.verfassungsschutz.sachsen.de/1183.htm, abgerufen am 24. Januar 2018.)

**„Heldengedenken"**
Rechtsextremisten nehmen den Volkstrauertag jährlich zum Anlass, um insbesondere den Gefallenen aus den beiden Weltkriegen zu gedenken. Der seit der Einführung während der Weimarer Republik (1918 bis 1933) staatliche Feiertag wurde von den Nationalsozialisten übernommen und zum Heldengedenktag umbenannt. Damals fand dieser jedoch noch im März jeden Jahres – zuletzt 1945 statt. Erst seit 1952 wird

der Volkstrauertag im November zum Andenken aller Opfer von Kriegen und Gewaltherrschaft begangen.
(Vgl. https://www.bayern-gegen-rechtsextremismus.bayern.de/aktuelles/rechtsextreme-demonstration-zum-201eheldengedenken201c-am-16.-november-in-wunsiedel-neu-gegruendete-partei-201eder-dritte-weg201c-tritt-in-bayernerstmals-an-die-oeffentlichkeit, abgerufen im Mai 2017.)

**Hizb Allah (Partei Gottes)**
… ist eine schiitisch-islamistische Organisation, deren Ziel die Vernichtung Israels ist. Sie wurde Anfang der 1980er Jahre mit Unterstützung des Irans gegründet. Ihr politischer Arm ist Teil der libanesischen Regierung, der militärische Flügel ist für Angriffe auf Israel verantwortlich.

**HKE**
Hessisches Informations- und Kompetenzzentrum gegen Extremismus.

**HNG**
Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V.

**Holocaust**
Das Wort Holocaust stammt von dem griechischen Wort *holókaustus* und bedeutet „völlig verbrannt". Der Begriff wird verwendet, wenn von der systematischen Vernichtung ganzer Bevölkerungsgruppen während des Nationalsozialismus gesprochen wird. Im Hebräischen spricht man von Schoah, was auch große Katastrophe bedeutet. Als die Nationalsozialisten in Deutschland 1933 die Herrschaft übernahmen, begannen sie, einzelne Bevölkerungsgruppen auszugrenzen. Die Nationalsozialisten betrachteten sich als „Herrenrasse". Die Juden waren für sie eine „minderwertige Rasse" und wurden für viele Missstände im Land verantwortlich gemacht. Sie wurden angegriffen und viele durften ihre Berufe nicht mehr ausüben. Wehren konnten sie sich nicht, weil man ihnen auch ihre Bürgerrechte entzogen hatte. Sie mussten ab 1941 den sogenannten Judenstern tragen. Man nahm den Juden ihr Eigentum, ihre Wohnungen und Häuser, sie wurden aus Deutschland deportiert. Viele von ihnen wurden direkt in Lager getrieben und dort ermordet. Mehr als 180.000 vertriebene Juden wurden in den von Deutschland besetzten Ländern in Osteuropa in Ghettos angesiedelt. Als die Nationalsozialisten ihren Eroberungskrieg auf ganz Europa ausdehnten, wurden die Juden überall verfolgt. Es begann ein systematischer Völkermord. Die Nationalsozialisten schafften die Juden wie auch Sinti und Roma, Obdachlose, Behinderte, politisch Verfolgte, sogenannte Asoziale und Kriegsgefangene in Konzentrationslager. Über sechs Millionen jüdische Menschen wurden von 1933 bis 1945 getötet.
(Vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161214/holocaust, abgerufen im Mai 2017.)

**HPG**
Hêzên Parastina Gel (Volksverteidigungskräfte).

**HSK**
Heyva Sor a Kurdistanê e. V. (Kurdischer Roter Halbmond).

**HSÜG**
Hessisches Sicherheitsüberprüfungsgesetz.

**IAC**
Ismail Aĝa Cemaati.

**IBD**
Identitäre Bewegung Deutschland.

**IBH**
Identitäre Bewegung Hessen.

**IBÖ**
Identitäre Bewegung Österreich.

**ICCB**
Islami Cemaat ve Cemiyetler Birligi (Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.).

**Ideologie**
Der Begriff steht für sogenannte Weltanschauungen, die vorgeben, für alle gesellschaftlichen Probleme die richtige Lösung zu haben. Menschen, die solche weltanschaulichen Ideen oftmals starr und einseitig vertreten, nennt man „Ideologen". Das Wort stammt aus dem Griechischen und bedeutet „Lehre von den Ideen". Bis ins 19. Jahrhundert war „Ideologie" eine Bezeichnung für die Wissenschaft, die sich mit der Entstehung und Entwicklung von geistesgeschichtlichen und philosophischen Ideen befasst.
(Vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161222/ideologie, abgerufen im Mai 2017.)

**IESH**
Institut Européen des Sciences Humaines (Europäisches Institut für Humanwissenschaften [in Frankreich]).

**IGD**
Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V.

**IGMG**
Islamische Gemeinschaft Millî Görüş e. V.

**IL**
Interventionistische Linke.

**Imperialismus**
… bezeichnet eigentlich das Streben von Staaten, ihre Macht weit über die eigenen Landesgrenzen hinaus auszudehnen. Das kann dadurch geschehen, dass schwächere Länder gezielt politisch, wirtschaftlich, kulturell oder mit anderen Methoden beeinflusst und vom stärkeren Land abhängig gemacht werden. Manchmal führt auch ein stärkeres Land direkt einen Krieg gegen ein schwächeres Land, um die Kontrolle über dieses Land zu erreichen. Als Zeitalter des klassischen Imperialismus gilt der Zeitraum zwischen 1880 und 1918. Damals teilten die Kolonialmächte die Gebiete Afrikas und Asiens, die noch keine Kolonien waren, unter sich auf.
(Vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/161225/imperialismus, abgerufen im Mai 2017.)

**IS**
Islamischer Staat.

**Islamseminare**
… wurden seit 2002 regelmäßig von Salafisten abgehalten. Die zumeist mehrtägigen Veranstaltungen dienten in erster Linie dazu, neue Anhänger zu gewinnen und diese im salafistischen Sinne zu indoktrinieren. In der Regel zielten Islamseminare auf einen überregionalen Teilnehmerkreis. Als Redner traten bekannte Prediger auf, die mit ihren Vorträgen und Predigten versuchten, vor allem Jugendliche und junge Heranwachsende zu rekrutieren. Im Rahmen der Islamseminare wurden Kontakte gepflegt, bereits radikalisierte Muslime konnten sich vernetzen und darüber hinaus weiter radikalisieren. Strukturen, die den gewaltsamen Jihad unterstützen, konnten auf diese Weise entstehen, sodass die Seminare eine wichtige Rolle als Einstieg in den jihadistischen Islamismus spielten. Die bei Islamseminaren gehaltenen Vorträge wurden vielfach im Internet veröffentlicht, sodass ihr Radikalisierungspotenzial deutlich über die eigentliche Veranstaltung hinausreichte.

**IT**
Informationstechnik.

**IUE**
Islamische Union Europa e. V.

**Jihad**
Die wörtliche Übersetzung dieses Begriffs ist „Anstrengung" oder „Bemühung". Es gibt zwei Formen des Jihad: Die geistig-spirituelle Bemühung des Gläubigen um das richtige religiöse und moralische Verhalten gegenüber Gott und den Mitmenschen (sogenannter großer Jihad) und den kämpferischen Einsatz zur Verteidigung oder Ausdehnung des islamischen Herrschaftsgebiets (sogenannter kleiner Jihad). Von militanten Gruppen wird der Jihad häufig als religiöse Legitimation für Terroranschläge verwendet. Islamistische Terroristen führen unter dem Leitprinzip dieses Jihad ihren gewalttätigen Kampf/„heiligen Krieg" gegen die angeblichen Feinde des Islam.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lJ, abgerufen im Mai 2017.)

**JN**
Junge Nationaldemokraten.

**JXK**
Jinên Xwendekarên Kurdistan (Studierende Frauen aus Kurdistan).

**KADEK**
Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans).

**Kalifat**
… ist eine autokratische Herrschaftsform, in der sowohl die politische als auch die religiöse Herrschaft durch eine Person, das heißt den Kalifen, ausgeübt wird.
(Vgl. Lexikon des Dialogs. Grundbegriffe aus Christentum und Islam, Bd. 1. Hrsg. v. Richard Heinzmann in Zusammenarbeit mit Peter Antes, Martin Thurner, Mualla Selçuk u. Halis Albayrak. Freiburg, Basel u. Wien 2013, S. 392f.)

**Kameradschaften**
… sind in der Regel neonazistische lokale Gruppierungen, die meistens zehn bis 20 Mitglieder umfassen. Im Gegensatz zu den einzelnen Gruppen der subkulturell geprägten gewaltbereiten rechtsextremistischen Szene/Skinheads sind sie deutlich durch den Willen zu politischer Aktivität geprägt. Obwohl Kameradschaften meist keine oder nur geringe vereinsähnliche Strukturen aufweisen, sind sie durch eine verbindliche Funktionsverteilung deutlich strukturiert.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lK, abgerufen im Mai 2017.)

**KCD E**
Kongreya Civakên Demokratik a Kurdistanîyên li Ewrupa (Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa).

**KCK**
Koma Civakên Kurdistan (Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans).

**KIA**
Koordinierte Internetauswertung.

**KJB**
Koma Jinen Bilind (Union der stolzen Frauen).

**Kommunismus**
Kommunisten glauben an die Lehre von Karl Marx (1818 bis 1883), der zufolge sich die gesamte Menschheitsgeschichte als Wechselspiel von Ausbeutung und Revolte dagegen verstehen lässt. Daran beteiligten Gruppen werden materielle Interessen unterstellt, die in der kommunistischen Lehre als „objektiv" verstanden werden. Sollen es in der Geschichtsauffassung der Kommunisten erst Sklavenhalter und Sklaven, dann Feudalherren und Bauern gewesen sein, die einen „Klassenkampf" führten, so stehen sich heute angeblich „Bourgeoisie" und „Proletariat" gegenüber. Das „Proletariat" soll eine Diktatur errichten, die den Übergang zu einer klassenlosen Gesellschaft einleiten wird. Besonders die von Wladimir I. Lenin (1870 bis 1924) eingeführte Lehre, wonach das „Proletariat" dabei von einer „Avantgarde" geführt werden muss, hat die Erscheinungsform kommunistischer Gruppen in den letzten Jahrzehnten geprägt. Von der marxistisch-leninistischen Orthodoxie abweichende kommunistische Strömungen berufen sich oft auf Berufsrevolutionäre wie Leo Trotzki (1879 bis 1953), Joseph Stalin (1878 bis 1953) oder Mao Zedong (1893 bis 1976).
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336524.de, abgerufen im Mai 2017.)

**KON-KURD**
Konfederasyona Komelên Kurd li Avrupa (Konföderation der Kurdischen Vereine in Europa).

**KONGRA GEL**
Kongreya Gelê Kurdistanê (Volkskongress Kurdistans).

**Koran**
… ist das heilige Buch des Islam, das die vom Propheten Mohammed verkündeten Offenbarungen Allahs enthält. Der Koran ist in 114 Abschnitte (Suren) unterteilt, die Erzählungen über Propheten, Weissagungen, Belehrungen, Vorschriften, Predigten

und die Auseinandersetzungen mit „heidnischen" Mekkanern, Juden und Christen umfassen. Die islamische Welt betrachtet den Koran als Gesetzbuch und als religiöse Unterrichtung.
(Vgl. Der Brockhaus. Religionen. Glauben, Riten, Heilige. Hrsg. v. der Lexikonredaktion des Verlags F. A. Brockhaus, Mannheim. Leipzig u. Mannheim 2004, S. 370-372.)

**Koranverteilaktion „LIES!"**
Seit 2011 verteilten vor allem salafistische Missionierungsvereinigungen in Deutschland, Österreich, Frankreich, Spanien, Nordafrika sowie in der Schweiz und der Ukraine kostenlos Koranexemplare in der jeweiligen Landessprache. Ziel des Projekts war es, 25 Millionen Stück zu verteilen, um nahezu jedem Haushalt in Deutschland ein Buch zur Verfügung zu stellen. Die Beteiligung an der „LIES!"-Kampagne war für Sympathisanten – in den meisten Fällen Jugendliche – oft der Einstieg in die salafistische Szene. Hierdurch konnte ein Prozess angestoßen werden, der Sympathisanten zu Anhängern der salafistischen Ideologie, dann zu aktiv eingebundenen Akteuren und letztlich zu salafistischen Propagandisten werden ließ. Dieser Prozess musste nicht per se den Anfang einer weiteren Radikalisierung bedeuten, dennoch zeigen Fälle ehemaliger „LIES!"-Akteure, die nach Syrien und in den Irak ausreisten, um sich dort am gewaltsamen Jihad zu beteiligen, dass der Übergang vom politischen zum jihadistischen Salafismus ein fließender ist und „LIES!" als Engagementplattform für Salafisten jeglicher Couleur die hierfür nötigen Kontakte ermöglichte. Mit dem im November 2016 vollzogenen Verbot der Vereinigung Die Wahre Religion (DWR) kamen die „LIES!"-Verteilaktionen, nachdem sie bereits vorher zurückgegangen waren, endgültig zum Erliegen.

**KOREX**
Kompetenzzentrum gegen Rechtsextremismus.

**KPCh**
Kommunistische Partei Chinas.

**KPD**
Kommunistische Partei Deutschlands.

**KRITIS**
Kritische Infrastrukturen.

***kuffar***
… bedeutet im Arabischen „Gottesleugner" bzw. „Ungläubige".

**KURD-AKAD**
Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.

**Laizismus**
… ist eine Mitte des 19. Jahrhunderts in Frankreich entstandene Bezeichnung für eine politische Bewegung, die sich gegen jeden Einfluss des Klerus auf Staat, Kultur und Erziehung wendet, sich für die Trennung von Staat und Kirche ausspricht und die Kirchen in den rein sakralen Bereich zurückdrängen will.
(Vgl. http://www.wissen.de/lexikon/laizismus, abgerufen im Mai 2017.)

**LfV**
Landesamt für Verfassungsschutz.

**MAD**
Militärischer Abschirmdienst.

**Maoismus**
… ist die Bezeichnung für die Gesamtheit der Lehren Mao Zedongs (1893 bis 1976) sowie für die von ihm maßgeblich bestimmte Theorie und Praxis des chinesischen Kommunismus. Der Maoismus verbindet Gedanken des Marxismus-Leninismus mit traditionell chinesischen Elementen. Das im Westen verbreitete Bild des Maoismus wurde unter anderem durch die „Kulturrevolution" (1966 bis 1969) geprägt:
- die betont nationale Ausrichtung,
- die Ablehnung einer zentralen Führung der kommunistischen Weltbewegung,
- die Verbundenheit mit der Dritten Welt im Kampf gegen die Supermächte,
- die Auffassung, dass die armen Bauern (und nicht das Proletariat) die Hauptkraft der Revolution bilden,
- die Konzeption der Machteroberung durch Guerillakrieg von ländlichen Stützpunkten aus,
- die Auffassung, dass Klassenkampf und Revolution auch unter sozialistischen Verhältnissen fortdauern.

Der Maoismus ist verantwortlich für Millionen von Opfern unter der chinesischen Bevölkerung (so etwa während der Zeit des Großen Sprungs nach vorn, 1958 bis 1961, und während der Kulturrevolution).
(Vgl. http://www.wissen.de/lexikon/maoismus, abgerufen im Mai 2017.)

**Marxismus**
… ist eine von Karl Marx (1818 bis 1883) und Friedrich Engels (1820 bis 1895) begründete Gesellschaftslehre und Theorie der politischen Ökonomie, zu deren Kernpunkt die von Marx kritisierten kapitalistischen Produktionsverhältnisse in seiner Zeit gehören. Danach wird die Gesellschaft nicht durch die politischen, rechtlichen oder moralischen Vorstellungen bestimmt, sondern durch den Fortschritt der materiellen

Produktionstechnik. Die kapitalistischen Produktionsverhältnisse bewirken nach marxistischer Auffassung, dass sich die gesellschaftliche Arbeitsteilung vertieft und der wirtschaftliche Reichtum nur von der Arbeiterklasse (Proletariat) geschaffen wird, während sich der Reichtum und das Eigentum an den Produktionsmitteln in den Händen immer weniger Kapitalisten konzentriert. Dieser, von Marx als Grundwiderspruch der kapitalistischen Produktion bezeichnete Gegensatz zwischen gesellschaftlicher Produktion durch die Arbeiterklasse und der privaten Aneignung der Gewinne durch die Kapitalisten, kann nur durch die revolutionäre Erhebung der Arbeiterklasse beseitigt werden. Die Arbeiterklasse enteignet dabei die Kapitalisten und das Eigentum an den Produktionsmitteln wird in Gesellschaftseigentum überführt. Der Kapitalismus wird vom Sozialismus abgelöst. Letztlich wird aber die Schaffung einer klassenlosen Gesellschaft im Kommunismus angestrebt.
(Vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/lexikon-der-wirtschaft/20092/marxismus, abgerufen im Mai 2017.)

**MB**
Muslimbruderschaft.

**MC**
Motorcycle Club.

**MLPD**
Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands.

**MNP**
Milli Nizam Partisi (Nationale Ordnungspartei).

**Monotheismus**
… ist das Bekenntnis und die Verehrung nur eines einzigen Gottes, der im Glauben als personales Gegenüber verstanden wird und im Verständnis der Gläubigen als Schöpfer und Erhalter der Welt gilt. Theologisch zeichnet sich der Monotheismus somit durch den Ausschließlichkeitscharakter und Universalitätsanspruch Gottes aus.
(Vgl. Der Brockhaus. Religionen. Glauben, Riten, Heilige. Hrsg. v. d. Lexikonredaktion des Verlags F. A. Brockhaus, Mannheim. Leipzig u. Mannheim 2004, S. 442 f.)

**Nachrichtendienste**
Nachrichtendienste sammeln Informationen über die innere oder äußere Sicherheit eines Staates gefährdende Bestrebungen und werten sie aus. Hierbei können die Nachrichtendienste verdeckt arbeiten. Die Ergebnisse der Analyse werden in Berichtsform zusammengefasst und den politischen Entscheidungsträgern sowie den Kontrollgremien zur Verfügung gestellt. In der Bundesrepublik Deutschland gibt es drei Nachrichtendienste:

- Inlandsnachrichtendienst (Verfassungsschutzbehörden: Bundesamt für Verfassungsschutz und Landesämter für Verfassungsschutz),
- Auslandsnachrichtendienst (BND),
- Militärischer Abschirmdienst (MAD).

Der Verfassungsschutz in der Bundesrepublik Deutschland ist föderal organisiert. Dementsprechend existieren 17 Verfassungsschutzbehörden, ein Bundesamt (BfV) und 16 Landesbehörden für Verfassungsschutz. Sie arbeiten gemäß dem Bundesverfassungsschutzgesetz bzw. den Landesverfassungsschutzgesetzen in Angelegenheiten des Verfassungsschutzes zusammen. Die Verfassungsschutzbehörden der Länder können als untergeordnete Abteilung unmittelbar im jeweiligen Innenministerium angesiedelt sein oder sind als eigenständige Landesoberbehörde dem jeweiligen Innenministerium nachgeordnet.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lN, abgerufen im Mai 2017.)

**Nachrichtendienstliche Mittel**
… ist der Oberbegriff für technische Mittel und Arbeitsmethoden der geheimen Nachrichtenbeschaffung. So darf das LfV Hessen nach § 3 Abs. 2 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz Methoden, Gegenstände und Instrumente zur verdeckten Informationsbeschaffung, wie den Einsatz von Vertrauensleuten und Gewährspersonen, Observationen, Bild- und Tonaufzeichnungen, Tarnpapiere und Tarnkennzeichen anwenden.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lN, abgerufen im Mai 2017.)

**NADIS**
Nachrichtendienstliches Informationssystem.

**Nationaler Sozialismus**
… ist ein Begriff, der in der Neonazi-Szene verwendet wird, um sich einerseits auf den historischen Nationalsozialismus zu beziehen und andererseits durch die leichte sprachliche Abwandlung ideologische Modernität zu suggerieren.

**Nationalismus**
… ist ein übersteigertes Bewusstsein vom Wert und der Bedeutung der eigenen Nation. Im Gegensatz zum Nationalbewusstsein und zum Patriotismus (Vaterlandsliebe) glorifiziert der Nationalismus die eigene Nation und setzt andere Nationen herab. Zugleich wird ein Sendungsbewusstsein entwickelt, möglichst die ganze Welt nach den eigenen Vorstellungen zu formen.
(Vgl. https://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/pocket-politik/16503/nationalismus, abgerufen im Mai 2017.)

**National Socialist Black Metal (NSBM)**
… ist eine Stilrichtung des Blackmetals, die Ende der 1980er Jahre in Skandinavien entstand. Als Unterströmung der Metal-Musik transportiert sie antichristliche, lebensfeindliche, satanistische und heidnische Positionen. Der NSBM ist die rechtsextremistische Zuspitzung dieser Inhalte.

**Nationalsozialismus**
Unter Nationalsozialismus versteht man die völkisch-antisemitisch-nationalrevolutionäre Bewegung in der Zwischenkriegszeit (1918 bis 1939), die sich in Deutschland als Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) organisierte und die unter der Führung Adolf Hitlers (1889 bis 1945) 1933 bis 1945 eine totalitäre Diktatur errichtete. Der Nationalsozialismus gehört überdies in den Zusammenhang der europäischen faschistischen Bewegungen der Zwischenkriegszeit, die außer in Deutschland nur in Italien aus eigener Kraft und ohne ausländische militärische Unterstützung an die Macht kamen. Der Nationalsozialismus stellt innerhalb der europäischen Faschismen aufgrund seines Rassenantisemitismus und seiner Vernichtungspolitik die radikalste Variante dar. Die Geschichte der NSDAP unterteilt sich in die sogenannte Bewegungsphase (1919 bis 1933) und die Regimephase (1933 bis 1945).
(Vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/handwoerterbuch-politischessystem/202075/nationalsozialismus?p=all, hier die komplette Fassung des – aufgrund seines großen Umfangs – oben stark gekürzten Glossareintrags, abgerufen im Mai 2017.)

**NATO**
North Atlantic Treaty Organization (Organisation des Nordatlantikvertrags).

**NAV-DEM**
Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê (Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.).

**NetzDG**
Gesetz zur Verbesserung der Rechtsdurchsetzung in sozialen Netzwerken (Netzwerkdurchsetzungsgesetz).

**Neue Rechte**
Bei der Neuen Rechten handelt es sich um eine in den 1970er Jahren in Frankreich aufgekommene geistige Strömung, die sich um eine Intellektualisierung des Rechtsextremismus bemüht. Sie beruft sich unter anderem auf antidemokratische Denker, die bereits zur Zeit der Weimarer Republik (1918 bis 1933) unter der Bezeichnung Konservative Revolution aktiv waren. Die Aktivisten der Neuen Rechten beabsichtigen die Beseitigung oder zumindest die Beeinträchtigung des demokratischen Verfassungsstaates und versuchen, zunächst einen bestimmenden

kulturellen Einfluss zu erlangen, um letztlich den demokratischen Verfassungsstaat zu delegitimieren und das politische System grundlegend zu verändern. (Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lN#neue-rechte, abgerufen im Mai 2017.)

**NGO**
Non-governmental organization (Nichtregierungsorganisation).

**NIAS**
Nachrichtendienstliche Informations- und Analysestelle.

**NPD**
Nationaldemokratische Partei Deutschlands.

**NSDAP**
Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei.

**NSU**
Nationalsozialistischer Untergrund.

**OK**
Organisierte Kriminalität.

**OLG**
Oberlandesgericht.

**OMCG**
Outlaw Motorcycle Gang.

**OSS**
Oldschool Society.

**PAAF**
Phänomenbereichsübergreifende wissenschaftliche Analysestelle Antisemitismus und Fremdenfeindlichkeit

**PIAS**
Polizeiliche Informations- und Analysestelle.

**PKK**
Partiya Karkerên Kurdistan (Arbeiterpartei Kurdistans).

**PKV**
Parlamentarische Kontrollkommission Verfassungsschutz.

**Politisch motivierte Kriminalität (PMK)**
… wurde als Definitionssystem zum 1. Januar 2001 eingeführt. Erfasst werden alle Straftaten, die einen oder mehrere Straftatbestände der „klassischen" Staatsschutzdelikte erfüllen sowie Straftaten, bei denen Anhaltspunkte für eine politische Motivation gegeben sind. Die Daten werden im Polizeibereich erhoben und zentral durch das Bundeskriminalamt unter verschiedenen Gesichtspunkten differenziert dargestellt. Diese politischen Straftaten, die – sofern sie eine Verfassungsschutzrelevanz haben – auch extremistisch motiviert sein müssen, werden folgenden Phänomenbereichen zugeordnet: rechts, links, Ausländerkriminalität und sonstige politisch motivierte Straftaten mit extremistischem Hintergrund. Extremistisch motivierte Straftaten bilden also eine Teilmenge der PMK. Es handelt sich dabei um diejenigen Straftaten, bei denen es Anhaltspunkte dafür gibt, dass sie darauf abzielen, bestimmte Verfassungsgrundsätze zu beseitigen oder außer Kraft zu setzen, die für die freiheitliche demokratische Grundordnung prägend sind.
(Vgl. auch http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IP, abgerufen im Mai 2017.)

**Proliferation**
… bezeichnet die Weiterverbreitung von atomaren, biologischen oder chemischen Massenvernichtungswaffen und entsprechenden Waffenträgersystemen bzw. der zu deren Herstellung verwendeten Produkte, einschließlich des dazu erforderlichen Know-how. Im Fokus der Proliferation stehen Waren/Produkte, die sowohl für zivile Anwendungen als auch für militärische Zwecke (= doppelte Verwendbarkeit) geeignet sind. Voraussetzung für eine Exportgenehmigung ist die eindeutige Feststellung einer ausschließlich zivilen Nutzung durch den Endempfänger.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IP, abgerufen im März 2016, u. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_ID#dual-use-gueter, abgerufen im Mai 2017.)

**PYD**
Partiya Yekitîya Demokrat (Partei der demokratischen Union).

**Quelle/Quellenschutz**
… bezeichnet im nachrichtendienstlichen Sprachgebrauch die Herkunft einer Information. Quellen können Personen, aber auch Medien (so etwa Internet, Druckerzeugnisse) oder Behörden sein. Unter Quellenschutz versteht man alle Maßnahmen, die erforderlich und geeignet sind, eine nachrichtendienstliche Quelle vor einer Enttarnung und deren Folgen zu schützen.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IQ, abgerufen im Mai 2017.)

**Radikalismus/Extremismus**
Die Verfassungsschutzbehörden unterscheiden zwischen Extremismus und Radikalismus, obwohl beide Begriffe oft synonym gebraucht werden. Bei Radikalismus handelt es sich zwar auch um eine überspitzte, zum Extremen neigende Denk- und Handlungsweise, die gesellschaftliche Probleme und Konflikte bereits von der Wurzel (lat. *radix*) her anpacken will. Im Unterschied zum Extremismus sollen jedoch weder der demokratische Verfassungsstaat noch die damit verbundenen Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung beseitigt werden. So sind zum Beispiel Kapitalismuskritiker, die grundsätzliche Zweifel an der Struktur unserer Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung äußern und sie von Grund auf verändern wollen, noch keine Extremisten. Radikale politische Auffassungen haben in unserer pluralistischen Gesellschaftsordnung ihren legitimen Platz. Auch wer seine radikalen Zielvorstellungen realisieren will, muss nicht befürchten, dass er vom Verfassungsschutz beobachtet wird, jedenfalls nicht, solange er die Grundprinzipien unserer Verfassungsordnung anerkennt. Als extremistisch werden dagegen die Aktivitäten bezeichnet, die darauf abzielen, die Grundwerte der freiheitlichen Demokratie zu beseitigen.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IE, abgerufen im Mai 2017.)

**RAF**
Rote Armee Fraktion.

**Rassismus**
Allen Rechtsextremisten gemeinsam ist die Auffassung, die Zugehörigkeit zu einer Ethnie, Nation oder „Rasse" entscheide über den Wert eines Menschen. Rassisten gehen von nicht oder kaum veränderbaren „Rassen" aus. Sie leiten daraus „naturbedingte" Besonderheiten und Verhaltensweisen von Menschen ab und unterscheiden zwischen „höherwertigen" und „minderwertigen" Menschen.
Mit der Bezeichnung als „Rasse" werden Menschen nach ethnischen Besonderheiten in Gruppen aufgeteilt. Ab Ende des 17. Jahrhunderts bis ins 20. Jahrhundert versuchten zahlreiche Wissenschaftler dies zu belegen. Sie scheiterten allesamt. Dennoch fand der Rassismus weite Verbreitung. Über die Kriterien zur trennscharfen Definition von „Rassen" bestand keine Einigkeit. Die Anhänger des „Rasse"-Konzeptes benannten die verschiedensten Unterscheidungsmerkmale. Mal war von nur zwei, mal von über 60 „Rassen" die Rede.
Bis heute sind menschliche „Rassen" biologisch nicht belegt. Belegt sind dagegen soziologische Funktionen des Rassismus: „Rassen" werden bemüht, um Menschen auszugrenzen und Zugehörigkeit zu erzeugen. Das „Rasse"-Modell bietet einfache Erklärungen. Rechtsextremisten finden es daher attraktiv.
Rassisten meinen, „Rassen" optisch unterscheiden zu können. Äußere Merkmale werden dadurch zum entscheidenden Kriterium, ob einer Person bestimmte Rechte zustehen oder nicht. Rassisten in Deutschland werten die „weiße" bzw. „arische Rasse"

auf und sehen alle anderen „Rassen" als minderwertig an. Dabei haben sie keine einheitliche Vorstellung einer „weißen" oder „arischen Rasse": Die einen denken dabei an „Deutsche" und Skandinavier, andere meinen alle Europäer, einige verstehen darunter alle optisch als „Weiße" erkennbare Menschen.
Nach der Vorstellung von Rechtsextremisten soll das deutsche Volk vor der Integration „rassisch minderwertiger Ausländer" und vor einer „Völkervermischung" bewahrt werden. Rechtsextremisten befürchten den Untergang der „Rasse" des deutschen Volkes infolge einer „Durchmischung mit fremdem Blut".
Der Rassismus verstößt gegen elementare Menschenrechte und damit gegen die freiheitliche demokratische Grundordnung. Die Ausgrenzung jener Menschen, die nicht dem rassischen Ideal der Rechtsextremisten entsprechen, widerspricht dem Grundsatz der Gleichheit aller Menschen vor dem Gesetz. Die Würde des Menschen ist bedingungs- und voraussetzungslos jedem Menschen eigen und nicht von der biologisch-genetischen Teilhabe an der Volksgemeinschaft abhängig (Art. 1 GG).
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.bayern.de/rechtsextremismus/definition/ideologie/rassismus/index.html, abgerufen im Mai 2017.)

**Reconquista**
… heißt soviel wie „Rückeroberung". Der Begriff steht symbolisch für die Wiedergewinnung der iberischen Halbinsel durch die Nachfahren der Westgoten. Muslimische Eroberer nahmen im frühen Mittelalter Anfang des 8. Jahrhunderts die iberische Halbinsel ein und zerschlugen das westgotische Reich. Kurz danach formten sich neue Kräfte, die bis 1492 die iberische Halbinsel „zurückeroberten".
(http://www.enforex.com/spanisch/kultur/reconquista.html, hier die komplette Fassung des – aufgrund seines Umfangs – oben stark gekürzten Glossareintrags, abgerufen im Mai 2017.)

**Residentur**
… ist ein getarnter nachrichtendienstlicher Stützpunkt im Operationsgebiet. Befindet sich der Stützpunkt in einer offiziellen oder halboffiziellen Vertretung (zum Beispiel Botschaft, Handelsvertretung) spricht man von einer Legalresidentur. Hiervon zu unterscheiden ist eine illegale Residentur, die aus einer Gruppe von konspirativ arbeitenden Agenten besteht.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lR, abgerufen im Mai 2017.)

**Revisionismus, rechtsextremistischer**
Der das Bestreben nach einer kritischen Überprüfung von Erkenntnissen beschreibende Begriff „Revisionismus" wird von Rechtsextremisten zur Umdeutung der Vergangenheit verwendet. Ihnen geht es dabei nicht um eine wissenschaftlich objektive Erforschung der Geschichte, sondern um die Manipulation des Geschichtsbilds, um insbesondere den Nationalsozialismus in einem günstigen Licht erscheinen zu

lassen. Man kann unterscheiden zwischen einem Revisionismus im engeren Sinn, der den Holocaust leugnet, und einem Revisionismus im weiteren Sinn, der etwa die deutsche Schuld am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges bestreitet.
Der zeitgeschichtliche Revisionismus bedient sich unterschiedlicher Aussagen und Methoden. So beinhaltet die Leugnung des „Holocaust", das Ausmaß der Ermordung von Millionen europäischer Juden durch das NS-Regime zu verharmlosen oder sogar abzustreiten. Dabei werden vorhandene Dokumente auf unseriöse Weise fehlinterpretiert oder fadenscheinige Vorwände zur Leugnung der Ereignisse gesucht. Forschungsergebnisse seriöser Historiker, die eindeutig belegen, dass die „Endlösung der Judenfrage" unzweifelhaft stattgefunden hat, werden durch rechtsextremistische Revisionisten bewusst ignoriert.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IR, abgerufen im Mai 2017.)

**RH**
Rote Hilfe e. V.

**RHD**
Rote Hilfe Deutschlands.

**RIG**
Rat der Imame und Gelehrten e.V.

**SAV**
Sozialistische Alternative.

**Scharia**
… ist das religiös begründete, auf Offenbarung zurückgeführte Recht des Islam. Es regelt nicht nur Rechtsfragen (zum Beispiel Ehe- oder Strafrecht), sondern enthält der Idee nach die Gesamtheit der aus der Offenbarung zu gewinnenden Normen für das Handeln des Menschen im Verhältnis zu Gott und zu den Mitmenschen. Nach traditioneller, heute jedoch nicht mehr von allen Muslimen geteilter Überzeugung ist die Verwirklichung der Scharia ein zentraler, unverzichtbarer Bestandteil der islamischen Religion.
(Vgl. Der Brockhaus. Religionen. Glauben, Riten, Heilige. Hrsg. v. d. Lexikonredaktion des Verlags F. A. Brockhaus, Mannheim. Leipzig u. Mannheim 2004, S. 289.)

**Schwarzer Block**
Der sogenannte schwarze Block, vermummte Aktivisten in einheitlicher Kampfausrüstung, ist eine Aktionsform, die ursprünglich im linksextremistischen autonomen Spektrum entwickelt wurde und vor allem bei Demonstrationen angewandt wird. Der schwarze Block ist keine zentral organisierte und koordinierte Organisations-

form, sondern ein punktueller Zusammenschluss gewaltorientierter Linksextremisten. Ziel dieses Auftretens ist die erschwerte Zuordnung von Straf- und Gewalttaten zu Einzelpersonen durch die Polizei. Jeder schwarze Block enthält jedoch ein einzelfallbezogenes, spezifisch bestimmendes Gewaltpotenzial, das sich je nach Lageentwicklung dynamisch und auch kurzfristig noch verändern kann. Wenngleich der schwarze Block überwiegend ein Ausdruck linksextremistischer Massenmilitanz (Straßenkrawalle im Rahmen von Demonstrationen) ist, schließt die Teilnahme eines schwarzen Blocks an einer Demonstration keinesfalls einen friedlichen Demonstrationsverlauf aus. Seit einigen Jahren ist die Aktionsform des schwarzen Blocks auch bei den rechtsextremistischen Autonomen Nationalisten zu beobachten.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IS, abgerufen im Mai 2017.)

**SDAJ**
Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend.

**Selbstverwaltete Freiräume**
…sind linksextremistische autonome Zentren, denen häufig Infoläden angeschlossen sind. Hier finden unter anderem Gruppentreffen, Vorträge und Mobilisierungsveranstaltungen vor Demonstrationen statt. Meist von einer Vielzahl von Gruppen und Einzelpersonen frequentiert, sind sie zudem ein Ort der Vernetzung der Szene. Darüber hinaus stellen solche Räumlichkeiten den meist nur locker organisierten autonomen Gruppen eine Infrastruktur für deren politische Arbeit zur Verfügung. Hier können benötigte Informationen aus Archiven beschafft werden und es existiert eine umfangreiche Büroausstattung. Infoläden dienen außerdem häufig als Postadressen für konspirativ agierende Gruppen.

**Separatismus**
Der Begriff Separatismus kommt vom lateinischen Wort *separare* (dt. trennen) und beschreibt die Absicht eines Teils der Bevölkerung, sich von dem Staat, in dem er lebt, zu trennen und einen eigenen Staat zu gründen. Manchmal wollen sich Separatisten nicht nur vom eigenen Staat trennen, sondern sie wollen sich auch einem anderen Staat anschließen.
(Vgl. http://www.bpb.de/nachschlagen/lexika/das-junge-politik-lexikon/210464/separatismus-sezession, abgerufen im Mai 2017.)

**SHAEF**
Supreme Headquarters, Allied Expeditionary Force (Oberstes Hauptquartier der Alliierten Expeditionsstreitkräfte).

**Sicherheitsüberprüfung**
Die Verfassungsschutzbehörden haben auch die Aufgabe, bei der Sicherheitsüberprüfung von Personen mitzuwirken, denen im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Informationen anvertraut werden, die Zugang dazu erhalten sollen oder ihn sich verschaffen können, oder die an sicherheitsempfindlichen Stellen von lebens- oder verteidigungswichtigen Einrichtungen beschäftigt sind oder werden sollen.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_IS, abgerufen im Mai 2017.)

**SMAD**
Sowjetische Militäradministration in Deutschland.

**SP**
Saadet Partisi (Partei der Glückseligkeit).

**SRP**
Sozialistische Reichspartei.

**StGB**
Strafgesetzbuch.

**Sunna**
… ist die Gesamtheit der vom Propheten Mohammed überlieferten Aussprüche, Entscheidungen und Verhaltensweisen. Die Sunna ist neben dem Koran eine der Hauptquellen des islamischen Rechts. Die Muslime, die sich an die Sunna halten, werden Sunniten genannt. Die Schiiten haben ihre eigene Sunna, die auf einer gesonderten, auf Ali und seine Angehörigen zurückgeführten, Tradition beruht.
(Vgl. Der Brockhaus. Religionen. Glauben, Riten, Heilige. Hrsg. v. d. Lexikonredaktion des Verlags F. A. Brockhaus, Mannheim. Leipzig u. Mannheim 2004, S. 618.)

**SWR**
Slushba Wneschnej Raswedki (= russischer Auslandsnachrichtendienst).

**TAK**
Teyrêbazên Azadîya Kurdistan (Freiheitsfalken Kurdistans).

**Terrororganisation**
… ist eine Gruppe von mehr als zwei Personen, die es sich zum Ziel gesetzt hat, zur Erreichung ihrer politischen, religiösen oder sozialen Ziele terroristische Straftaten zu begehen. Dies können Anschläge auf Leib, Leben und Eigentum anderer Men-

schen, aber auch andere schwere Straftaten sein, die in § 129a Abs. 1 und 2 StGB genannt sind.

**TH**
Türkische Hizbullah.

**TKP/ML**
Türkiye Komünist Partisi/Marksist Leninist (Türkische Kommunistische Partei/ Marxisten-Leninisten).

**Trennungsgebot**
… gibt eine organisatorische und funktionelle Trennung von Verfassungsschutz und Polizei/Staatsschutz vor. Dies ist für das LfV Hessen in § 1 Abs. 1 des Gesetzes über das Landesamt für Verfassungsschutz geregelt. Eine solche Trennung verbietet jedoch nicht den Informationsaustausch zwischen Verfassungsschutz und Polizei. Dieser ist vielmehr notwendig, um trotz der Trennung effektiv arbeiten zu können. Nur durch eine Vernetzung von Nachrichtendiensten und Polizeibehörden ist es möglich, die in der jeweiligen Sphäre gewonnenen Erkenntnisse auszutauschen und zu analysieren.
(Vgl. https://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lT, abgerufen im Mai 2018)

**Trotzkismus**
… ist eine politisch-ideologische Richtung, die auf Leo Trotzki (1879 bis 1940), einen der Hauptakteure der russischen Oktoberrevolution 1917, zurückgeht. Ziel der Trotzkisten sind eine „permanente Revolution" und die „Diktatur des Proletariats" unter ihrer Führung. Trotzkistische Parteien stehen abseits von den übrigen kommunistischen Parteien. Um dennoch über ihre engen Zirkel hinaus Einfluss zu gewinnen, bedienen sich Trotzkisten der Methode des gezielten Unterwanderns (Entrismus).
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.brandenburg.de/cms/detail.php/lbm1.c.336513.de, abgerufen im Mai 2017.)

**UCC**
Uniform Commercial Code.

**Umma**
… bezeichnet allgemein die Gemeinschaft der Muslime.

**USA**
United States of America (Vereinigte Staaten von Amerika).

**V. Chr.**
Vor Christus.

**Vereinsverbot**
Ein Verbot eines Vereins ist nach Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes möglich, wenn der Zweck oder die Tätigkeit des Vereins den Strafgesetzen zuwiderläuft oder sich gegen die verfassungsmäßige Ordnung oder den Gedanken der Völkerverständigung richtet. Erst wenn dies durch Verfügung der Verbotsbehörde festgestellt ist, wird nach § 3 Abs. 1 Vereinsgesetz der Verein als verboten (Art. 9 Abs. 2 des Grundgesetzes) behandelt. Ein Vereinsverbot wird durch den Landes- bzw. Bundesinnenminister erlassen.
(Vgl. http://www.verfassungsschutz.de/de/service/glossar/_lV, abgerufen im Mai 2017.)

**Verschlusssache (VS)**
Verschlusssachen sind im öffentlichen Interesse geheimhaltungsbedürftige Gegenstände oder Erkenntnisse unabhängig von ihrer Darstellungsform (§ 2 des Hessischen Sicherheitsüberprüfungsgesetzes). Eine Verschlusssache wird entsprechend ihrer Schutzbedürftigkeit in folgender aufsteigender Wichtigkeit eingestuft: VS – Nur für den Dienstgebrauch, VS – Vertraulich, Geheim, Streng Geheim.

**Verschlusssachenanweisung (VSA)**
… für das Land Hessen ist eine von der Hessischen Landesregierung beschlossene Verwaltungsvorschrift. Sie regelt den materiellen und organisatorischen Schutz von Verschlusssachen sowie deren Kennzeichnung und Aufbewahrung.

**Völkisch**
… bezeichnet eine radikal-nationalistische Einstellung, die die Menschengruppe, zu der man sich zugehörig fühlt, das eigene „Volk" verabsolutiert und als (ethnisch) reine Gemeinschaft definiert. Ende des 19. und in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts erlangte die völkische Bewegung großen politischen Einfluss, sie war ein Wegbereiter des Nationalsozialismus. Bis heute sind die Völkischen eine wichtige Strömung des Rechtsextremismus.
Der Begriff „völkisch" kam seit etwa 1870 im Deutschen Reich und in Österreich-Ungarn zunächst als sprachpuristische Eindeutschung des Wortes „national" auf. Zum Ende des 19. Jahrhunderts formierte sich eine völkische Bewegung. Ihr Ziel war eine ethnisch und kulturell homogene Nation, aus der vermeintlich „undeutsche" Fremdkörper auszuscheiden seien. Als solche sahen die Völkischen einerseits – ihrer Rassenideologie folgend – Juden, Slawen und generell Deutsche ausländischer Abstammung an. Andererseits wurden aber zum Beispiel auch körperlich oder geistig Behinderte, Freimaurer oder Sozialdemokraten und Kommunisten als „undeutsch" definiert.

Zentral für die völkische Bewegung war zudem die Idee einer „arteigenen" Religion. Diese sollte wahlweise ein germanisiertes Christentum sein (das existierende Christentum wurde als von jüdischen Einflüssen überfremdet angesehen) oder ein esoterisches Neuheidentum (hergeleitet aus germanischer Mythologie und Sagenwelt). Der später auch von den Nationalsozialisten gepflegte Runenkult fand sich schon bei der völkischen Bewegung. Als wichtige völkische Theoretiker gelten Guido von List (1848 bis 1919), Jörg Lanz von Liebenfels (1874 bis 1954) und Houston Stewart Chamberlain (1855 bis 1927).
Die völkische Bewegung war nicht nur antisemitisch, sondern auch antiegalitär und generell antimodernistisch. Sie lehnte Frauenemanzipation und Demokratie ab, ebenso Parlamentarismus und Republik, Industrialisierung und Urbanisierung, moderne Kunst und neuartige Sportarten wie Fußball. Stattdessen propagierte sie die Rückkehr zu vermeintlichen, idealisierten deutschen oder germanischen Ur-Zuständen.
Wichtige völkische Organisationen waren der Alldeutsche Verband, der Deutschvölkische Schutz- und Trutzbund (allein dieser hatte Anfang der 1920er Jahre rund 200.000 Mitglieder, vor allem aus dem Mittelstand und dem Bildungsbürgertum), die Thule-Gesellschaft oder der Deutschnationale Handelsgehilfenverband. Daneben existierten etliche völkische Kleinparteien, etwa die Deutsche Arbeiterpartei (DAP), aus der später unter Adolf Hitler die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) wurde. Vor allem nach dem Ersten Weltkrieg (1914 bis 1918) erlebte die Bewegung einen starken Aufschwung. Bis heute spielt die völkische Strömung im deutschen Rechtsextremismus eine wichtige Rolle.
(Vgl. http://www.bpb.de/politik/extremismus/rechtsextremismus/173908/glossar?p=63, abgerufen im Mai 2017.)

**„Volksgemeinschaft"**
… ist ein zentraler Begriff der nationalsozialistischen Ideologie. Er steht programmatisch für die Idee des nationalen Sozialismus. Das Volk als Rasse- und Weltanschauungsgemeinschaft soll sich geschlossen hinter seinem Führer versammeln. Klassen- und Standesschranken sind aufgehoben. Durch „Gleichschaltung" der öffentlichen Meinung in der nationalsozialistischen Propaganda und durch ein konsequent nationalsozialistisches Erziehungssystem sollte die „Volksgemeinschaft" verwirklicht werden.
„Volksgemeinschaft" war bereits um 1900 ein häufig gebrauchter Begriff. Als Gegenbild zur modernen von Konflikten und sozialen Gegensätzen geprägten Gesellschaft war er für die verschiedensten politischen Gruppierungen, völkischen und konservativen, aber auch liberalen und christlichen, attraktiv. In der Euphorie der Kriegsbegeisterung vom August 1914 und der anschließenden Kameradschaft im Feld sahen viele konservative, aber auch linke Kräfte geradezu das Modell der verwirklichten „Volksgemeinschaft", in der alle Klassen- und Standesschranken gefallen waren. Grundvoraussetzung für die Teilhabe an der nationalsozialistischen Volksge-

meinschaft war die Angehörigkeit zur „arischen Rasse". Während das einzelne Individuum „vergänglich" sei, sei das Volk „bleibend". Obgleich es eine Vielzahl von „rassekundlichen" Publikationen im Dritten Reich gab, fehlte eine exakte Bestimmung von „Rasse". Tatsächlich war „Volksgemeinschaft" als „Rassegemeinschaft" vor allem ein negativer Begriff: So unpräzise „Rasse" war, so klar war, gegen wen der Begriff sich richtete: vor allem gegen die Juden. Ausgeschlossen von der „Volksgemeinschaft" blieben auch grundsätzlich und unabhängig von ihrer „Rassezugehörigkeit" diejenigen, die sich gegen den Nationalsozialismus stellten und die sich auch der weltanschaulichen Umerziehung widersetzen.
(Vgl. http://www.zukunft-braucht-erinnerung.de/volksgemeinschaft/, hier die komplette Fassung des – aufgrund seines großen Umfangs – oben stark gekürzten Glossareintrags, abgerufen im Mai 2018.)

**VPN**
Violence Prevention Network e. V.
Virtual Private Network.

**Weiße Rose**
In den Jahren 1942/43 verbreitete die Münchner Gruppe Weiße Rose sechs Flugblätter gegen das nationalsozialistische Regime. Den Kern der Gruppe bildeten die Studenten Hans und Sophie Scholl, Alexander Schmorell (1917 bis 1943), Christoph Probst (1919 bis 1943), Willi Graf (1918 bis 1943) und der Professor Kurt Huber (1893 bis 1943). Weitere Studenten, Schüler, Lehrer, Professoren, Ärzte, Schriftsteller und Buchhändler hatten losen Kontakt zur Weißen Rose. In einer ersten Aktionsphase im Juni/Juli 1942 veröffentlichte die Gruppe vier „Flugblätter der Weißen Rose" in einer Auflage von jeweils etwa 100 Exemplaren. Verteilt wurden diese Flugblätter an einen kleinen Kreis ausgesuchter Adressaten, von denen die meisten Akademiker in München und Umgebung waren. Im Januar 1943 entstand ein fünftes Flugblatt. Es erschien in einer Auflage von 6.000 bis 9.000 und tauchte in mehreren Städten Süddeutschlands und in Österreich auf. Ab Februar 1943 unternahm die Gruppe nächtliche Aktionen, bei denen sie verschiedene Gebäude in München mit Parolen wie „Nieder mit Hitler", „Hitler Massenmörder" und „Freiheit" beschrifteten. Ebenfalls im Februar 1943 entstand das sechste Flugblatt der Gruppe. Es richtete sich an die Münchner Studentenschaft und forderte vor dem Hintergrund der Schlacht um Stalingrad dazu auf, sich vom nationalsozialistischen System zu befreien. Bei der Verteilung dieses Flugblatts wurden die Geschwister Scholl am 18. Februar 1943 in der Münchner Universität beobachtet und verhaftet. Sie wurden am 22. Februar zusammen mit Christoph Probst vom Volksgerichtshof unter Roland Freisler zum Tode verurteilt und noch am selben Tag hingerichtet. In einem weiteren Prozess wurden Graf, Schmorell und Huber am 19. April 1943 ebenfalls zum Tode verurteilt; auch sie wurden hingerichtet. Bis Mitte Oktober 1944 fanden noch fünf

Prozesse statt, bei denen Freiheitsstrafen bis zu zwölf Jahren ausgesprochen wurden.
(Vgl. https://www.dhm.de/lemo/kapitel/der-zweite-weltkrieg/widerstand-gegen-den-nationalsozialismus/weisse-rose.html, abgerufen am 23. Januar 2018.)

**VSA**
Verschlusssachenanweisung.

**YEK-KOM**
Yekitîya Komalên Kurd li Almanya (Föderation kurdischer Vereine in Deutschland e. V.).

**YKK**
Yekitiya Kardarên Kurt Li Ewropa (Association of Kurdish Employers in Europe, AKEE, Verband der kurdischen Arbeitgeber in Europa).

**YÖP**
Yeni Özgür Politika (Neue Freie Politik).

**YPG**
Yekîneyên Parastina Gel (Volksbefreiungseinheiten), militärischer Arm des syrischen PKK-Ablegers PYD.

**YXK**
Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (Verband der Studierenden aus Kurdistan).

**ZKA**
Zollkriminalamt.

# Anhang zum Register

Der Anhang zum Register enthält die in diesem Verfassungsschutzbericht aufgeführten Gruppierungen, Publikationen u.a., die zum Beobachtungsauftrag gehören.

Ahnenrad der Moderne

ak raccoons

Al-Ikhwan al-Muslimum fi Suriya (Muslimbruderschaft von Syrien)

Almadinah Islamischer Kulturverein e. V.

Al-Nahda

Al-Qaida (Die Basis)

Al-Shabab (Die Jugend)

Antifa R4

Antifa United Frankfurt (AUF)

antifaschistische gruppe 5 (ag5)

Antifaschistische Revolutionäre Aktion Gießen (A.R.A.G.)

Antikapitalistisches Kollektiv (AKK)

Arbeitskreis Umwelt Wiesbaden (AKU)

Ariadne

Avrupa Millî Görüş Teşkilatları (AMGT, Vereinigung der neuen Weltsicht in Europa e. V.)

Avrupa Türkiyeli İşçiler Konfederasyonu (ATİK, Konföderation der Arbeiter aus der Türkei in Europa)

Bahoz

Bercem – Frauenrat Gießen

Berserker Pforzheim – Ortsgruppe Lahn-Dill

Bloc Identitaire – Le mouvement social européen

Bündnis antifaschistischer Strukturen Hessen (B.A.S.H.)

Civaka Azad – Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V.

Ciwanên Azad (Freie Jugend)

Çocuk (Kind)

Combat 18 Deutschland (C18 Deutschland)

Committee for a Workers' International

d.i.s.s.i.d.e.n.t.

d.o.r.n.

Demokratisches Gesellschaftszentrum der Kurdinnen und Kurden in Darmstadt e. V.

Der Dritte Weg/Der III. Weg

Deutsche Kommunistische Partei (DKP)

Deutscher Freidenker Verband e. V.

Deutsche Stimme (DS)

Deutsche Volksunion (DVU)

Devrimci Halk Kurtuluş Partisi-Cephesi (DHKP-C, Revolutionäre Volksbefreiungspartei-Front)

Devrimci Sol (Revolutionäre Linke)

DIE RECHTE

Doğru Haber (Wahre Nachricht)

Eniya Rizgariya Neteweyî ya Kurdistanê (ERNK, Nationale Befreiungsfront Kurdistans)

Erbakan Vakfi Hessen (Erbakan-Stiftung)

Europäische Moscheebau und Unterstützungsgemeinschaft (EMUG)

Europäisches Institut für Humanwissenschaften in

Deutschland e. V. (EIHW)

European Council for Fatwa and Research (ECFR, Europäischer Rat für Fatwa und Forschung)

European Institute of Human Sciences (EIHS)

Exil-Regierung Deutsches Reich

Faust

Fight-G20-Bündnis

FLAK

Föderation Islamischer Organisationen in Europa (FIOE)

Frauenrat Amara Frankfurt am Main e. V.

Freie Arbeiterinnen- und Arbeiter-Union (FAU)

Freier Widerstand Hessen (FWH)

Freier Widerstand Main-Kinzig (FWMK)

Freies Netz Süd (FNS)

Génération Identitaire (GI)

Gruppe Arbeitermacht (GAM)

Grup Yorum

Gündogdu

Harakat al-Muqawama al-Islamiya (HAMAS, Islamische Widerstandsbewegung)

Hayat-Tahrir As-Sham (HTS)

Hells Angels MC (HAMC)

Heimattreue Deutsche Jugend e. V.

Heyva Sor a Kurdistanê e. V. (HSK, Kurdischer Roter Halbmond)

Hêzên Parastina Gel (HPG, Volksverteidigungskräfte)

Hilfsorganisation für nationale politische Gefangene und deren Angehörige e. V. (HNG)

Hizb al-Hurriya wal-Adala (Partei der Freiheit und Gerechtigkeit)

Hizb Allah (Partei Gottes)

Identitäre Bewegung Deutschland (IBD)

Identitäre Bewegung Deutschland e. V.

Identitäre Bewegung Hessen (IBH)

Identitärer Aktivist

Ilim-Gruppe

Institut Européen des Sciences Humaines (IESH)

Internationalistische Liste/MLPD

Interventionistische Linke (IL)

İnzar (Warnung)

Islami Cemaat ve Cemiyetler Birligi (ICCB, Verband der islamischen Vereine und Gemeinden e. V.)

Islamische Gemeinschaft in Deutschland e. V. (IGD)

Islamische Gemeinschaft in Süddeutschland e. V.

Islamische Union Europa e. V. (IUE)

Islamischer Humanitärer Entwicklungsdienst (IHED)

Islamischer Staat (IS)

Ismail Aĝa Cemaati (IAC, Ismail-Aĝa-Gemeinschaft)

Jinên Ciwanên Azad (JCA, Junge Freie Frauen)

Jinên Xwendekarên Kurdistan (JXK, Studierende Frauen aus Kurdistan)

Junge Nationaldemokraten (JN)

Kalifatsstaat

Kameradschaft Aryans

Koma Civakên Kurdistan (KCK, Gemeinschaft der Kommunen Kurdistans)

Koma Jinen Bilind (KJB, Union der stolzen Frauen)

Kommunistische Partei Deutschlands (KPD)

Kongreya Azadî û Demokrasiya Kurdistanê (KADEK, Freiheits- und Demokratiekongress Kurdistans)

Kongreya Civakên Demokratik a Kurdistanîyên li

Ewrupa (KCD-E, Kurdischer Demokratischer Gesellschaftskongress in Europa)

Kongreya Gelê Kurdistanê (KONGRA GEL, Volkskongress Kurdistan)

Koordînasyona Civaka Demokratîk a Kurdistan (CDK, Koordination der kurdisch-demokratischen Gesellschaft)

kritik&praxis – radikale Linke [f]rankfurt

Kurdisch-Demokratisches Gemeinschaftszentrum e. V.

Kurdisches Zentrum für Öffentlichkeitsarbeit e. V. (Civaka Azad)

LIES!-Kampagne

linksunten.indymedia

Lions 21

Mars Ultor 2016

Marxistisch-Leninistische Partei Deutschlands (MLPD)

Medina-Moschee (Almadinah Islamischer Kulturverein e. V.)

Millî Gazete (Nationale Zeitung)

Millî-Görüş-Bewegung

Moscheebau-Kommission e. V.

Muslimbruderschaft (MB)

National Socialist Black Metal (NSBM)

Nationaldemokratische Partei Deutschlands (NPD)

Nationale Sozialisten Main-Kinzig (NSMK)

Nationalsozialistischer Untergrund (NSU)

Navenda Civaka Demokratîk ya Kurdên li Almanyayê (NAV-DEM, Demokratisches Gesellschaftszentrum der KurdInnen in Deutschland e. V.)

Tevna Akademîsyenên Kurd (KURD-AKAD Netzwerk kurdischer AkademikerInnen e. V.)

noborderffm

Nordglanz

Nujin kurdischer Frauenrat e. V.

OAT-Marburg (Offenes Antifa Treffen in Marburg)

Oldschool Society (OSS)

Osmanen Box Club

Osmanen Germania Box Club (OGBC)

Partiya Karkerên Kurdistan (PKK, Arbeiterpartei Kurdistans)

Partiya Yekitîya Demokrat (PYD, Partei der demokratischen Union)

Palestine Liberation Organization (PLO, Palästinensische Befreiungsorganisation)

Rat der Imame und Gelehrten e. V. (RIG)

REBELL

Reichsbürger und Selbstverwalter

Revolution (REVO)

Rote Armee Fraktion (RAF)

Rote Hilfe e. V. (RH)

Roza Kurdischer Frauenrat Darmstadt e. V.

Saadet Partisi (SP Partei der Glückseligkeit)

Saadet Deutschland Regionalverein Hessen

Sara kurdischer Frauenrat Offenbach e. V.

Serxwebûn (Unabhängigkeit)

siempre*antifa Frankfurt/M

Sira-Projekt

Sozialistische Alternative (SAV)

Sozialistische Deutsche Arbeiterjugend (SDAJ)

Sozialistische Gleichheitspartei (SGP)

Stêrk-TV/Med NUCE-TV

Swing

T.A.S.K.

Teyrêbazên Azadîya Kurdistan (TAK, Freiheitsfalken Kurdistans)

Thule-Seminar e. V.

Türkische Hizbullah (TH)

Türkische Union Europa e. V.

Türkiye Komünist Partisi/Marksist-Leninist (TKP/ML, Türkische Kommunistische Partei/Marxisten-Leninisten)

…umsGanze!-Bündnis

Unikat e. V.

We Love Muhammad

Yekîneyên Parastina Gel (YPG, Volksverteidigungseinheiten)

Yekitiya Kardarên Kurt Li Ewropa (YKK)/Verband der Kurdischen Arbeitgeber in Europa e. V./Association of Kurdish Employers in Europe (AKEE)

Yekîtiya Xwendekarên Kurdistan (YXK, Verband der Studierenden aus Kurdistan)

Yeni Özgür Politika (YÖP Neue Freie Politik)

Yürüyüş (Marsch)

**Herausgeber**
Hessisches Ministerium des Innern und für Sport
Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

Redaktionsschluss: Juni 2018

**Gestaltungskonzept & Artwork**
Nina Faber de.sign, Wiesbaden

**Bildnachweise**
S. 9: © HMdIS | S. 12 + S. 14: © Landesamt für Verfassungsschutz Hessen, Wiesbaden | S. 36: picture alliance / Markus Scholz | S. 76: © picture alliance/Patrick Seeger | S. 82: © picture alliance / Arne Dedert | S. 152: © picture alliance / Andreas Arnold | S. 169: © picture alliance / Frank Rumpenhorst | S. 175: © picture alliance / Boris Roessler | S. 178: © picture alliance / Ulrich Baumgarten | S. 188: © picture alliance / Matthias Balk

© Landesamt für Verfassungsschutz Hessen – alle Rechte vorbehalten.

**Kontakt**
Landesamt für Verfassungsschutz Hessen
Konrad-Adenauer-Ring 49
65187 Wiesbaden
Tel.: 0611-7200
Fax: 0611-720179
Internet: www.verfassungsschutz.hessen.de

**Druck**
AC Medienhaus GmbH, Wiesbaden

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Hessischen Landesregierung herausgegeben. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zweck der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen sowie Wahlen zum Europaparlament. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken oder Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf die Druckschrift nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

Die genannten Beschränkungen gelten unabhängig davon, wann, auf welche Weise und in welcher Anzahl diese Druckschrift dem Empfänger zugegangen ist. Den Parteien ist es jedoch gestattet, die Druckschrift zur Unterrichtung ihrer einzelnen Mitglieder zu verwenden.

HESSEN

**Hessisches Ministerium des Innern und für Sport**

Friedrich-Ebert-Allee 12
65185 Wiesbaden

**www.hessen.de**

LfV Hessen